



Artikel 15 Buchstabe c der Anerkennungsrichtlinie (2011/95/EU)

Eine richterliche Analyse

Dezember 2014

EASO Curriculum für Justizbehörden



Artikel 15 Buchstabe c der Anerkennungsrichtlinie (2011/95/EU)

Eine richterliche Analyse

***Europe Direct soll Ihnen helfen, Antworten auf Ihre
Fragen zur Europäischen Union zu finden***

Gebührenfreie Telefonnummer (*):

00 800 6 7 8 9 10 11

(*) Sie erhalten die bereitgestellten Informationen kostenlos, und in den meisten Fällen entstehen auch keine Gesprächsgebühren (außer bei bestimmten Telefonanbietern sowie für Gespräche aus Telefonzellen oder Hotels).

Zahlreiche weitere Informationen zur Europäischen Union sind verfügbar über Internet, Server Europa (<http://europa.eu>).

ISBN 978-92-9243-359-8

doi:10.2847/7676

© Europäisches Unterstützungsbüro für Asylfragen 2015

Weder das EASO noch die in seinem Namen handelnden Personen können für die Verwendung der hierin enthaltenen Informationen haftbar gemacht werden.

Mitwirkende

Verfasst wurde diese Analyse von einer Arbeitsgruppe, bestehend aus den Richtern Mihai Andrei Balan (Rumänien), John Barnes (i. R.) (Vereinigtes Königreich), Bernard Dawson (Vereinigtes Königreich), Michael Hoppe (Deutschland), Florence Malvasio (Arbeitsgruppenkoordinatorin, Frankreich), Marie- Cécile Moulin-Zys (Frankreich), Julian Phillips (Vereinigtes Königreich), Hugo Storey (Arbeitsgruppenkoordinator, Vereinigtes Königreich), Karin Winter (Österreich), den juristischen Mitarbeitern bei Gericht Carole Aubin (Frankreich), Vera Pazderova (Tschechische Republik) sowie Roland Bank, Leiter des Rechtsreferats, (Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen, UNHCR).

Gemäß der in Anhang B beschriebenen Methodik wurden sie zu diesem Zweck vom Europäischen Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) eingeladen. Die Regelung für die Auswahl der Mitglieder der Arbeitsgruppe wurde im Verlauf des Jahres 2013 bei einer Reihe von Besprechungen zwischen dem EASO und den beiden Organisationen erörtert, mit denen es einen formellen Briefwechsel unterhält, nämlich dem Internationalen Verband der Richter für Flüchtlingsrecht (IARLJ) und der Vereinigung der europäischen Verwaltungsrichter (AEAJ) sowie den nationalen Richterverbänden der einzelnen Mitgliedstaaten, die sich im EASO-Netz der Gerichte zusammengeschlossen haben.

Die Arbeitsgruppe traf sich drei Mal, nämlich im April, Juni und September 2014 in Malta. Kommentare zu einem Diskussionspapier gingen von einzelnen Mitgliedern des EASO Richter Netzwerks ein, nämlich von den Richtern Johan Berg (Norwegen), Uwe Berlit (Deutschland), Jakub Camrda (Tschechische Republik), Jacek Chlebny (Polen), Harald Dörig (Deutschland), Hesther Gorter (Niederlande), Andrew Grubb (Vereinigtes Königreich), Fedora Lovričević-Stojanović (Kroatien), John McCarthy (Vereinigtes Königreich), Walter Muls (Belgien), John Nicholson (Vereinigtes Königreich), Juha Rautiainen (Finnland), Marlies Stapels-Wolfrath (Niederlande) und Boštjan Zalar (Slowenien). Anmerkungen wurden auch von Mitgliedern des EASO-Konsultationsforums eingereicht, insbesondere vom European Council for Refugees and Exiles (ECRE) und vom Forum Réfugiés-Cosi. Das Global Migration Centre (Graduate Institute of International and Development Studies, Genf), das National Centre for Competence in Research – On the Move (University of Fribourg) und Refugee Survey Quarterly (Oxford University Press) legten ebenfalls ihre Meinung zu diesem Text dar. Alle diese Kommentare wurden auf der Sitzung am 18./19. September 2014 berücksichtigt. Die Arbeitsgruppe bedankt sich bei allen, die Kommentare eingereicht haben, die sich bei der abschließenden Bearbeitung des Kapitels als äußerst hilfreich erwiesen haben.

Dieses Kapitel wird regelmäßig auf der Grundlage der in Anlage B dargestellten Methodik auf den neuesten Stand gebracht.

Eine Zusammenstellung wichtiger Urteile europäischer und einzelstaatlicher Gerichte zu Fragen, auf die in der rechtlichen Analyse eingegangen wird, kann auf der EASO-Website aufgerufen werden: www.easo.europa.eu (nur in englischer Sprache). Die Arbeitsgruppe dankt der Europäischen Datenbank für Asylrecht (EDAL), der Newsletter on European Asylum Issues (NEAIS) der Radboud University, Nijmegen, sowie den Mitgliedern des EASO-Netztes der Gerichte für ihre unschätzbare Hilfe bei der Zusammenstellung dieser Rechtsprechung.

Inhaltsverzeichnis

Mitwirkende	3
VERZEICHNIS DER ABKÜRZUNGEN	7
VORWORT	9
AUSLEGUNGSANSATZ	12
Ganzheitlicher Ansatz	12
Der Kontext von Artikel 15 Buchstabe c bei Entscheidungen über Anträge auf internationalen Schutz ..	12
Funktionen des EuGH und des EGMR	13
Teil I: DIE TATBESTANDELEMENTE	14
1.1. Tatsächliche Gefahr, einen ernsthaften Schaden zu erleiden	14
1.2. Bewaffneter Konflikt	15
1.2.1. Innerstaatlicher bewaffneter Konflikt	15
1.2.1.1. Differenzierung zwischen der Feststellung eines innerstaatlichen bewaffneten Konflikts und der Ermittlung des Grads an Gewalt	16
1.2.1.2. Grundlage der Definition	16
1.2.1.3. Anwendung der Definition des EuGH	17
1.2.1.4. Müssen es zwei oder mehr bewaffnete Gruppen sein?	17
1.2.2. Internationaler bewaffneter Konflikt	17
1.3. Willkürliche Gewalt	17
1.3.1. Definition des EuGH von „willkürlicher Gewalt“	18
1.3.2. Einzelstaatliche Rechtsprechung	18
1.3.3. UNHCR	19
1.3.4. Typische Formen willkürlicher Gewalt in bewaffneten Konflikten	19
1.3.5. Die Bedeutung gezielter Gewalt	19
1.4. Infolge	19
1.5. Zivilperson	20
1.5.1. Der persönliche Anwendungsbereich von Artikel 15 Buchstabe c ist auf Zivilpersonen beschränkt	20
1.5.2. Definitionsansatz lehnt vermutlich HVR-Definition ab	20
1.5.3. Unterscheidung zwischen Angehörigen bzw. Nicht-Angehörigen des Militärs	21
1.5.4. Zivilpersonen = alle Nicht-Kombattanten?	21
1.5.5. Schließt der Begriff „Zivilperson“ alle Angehörigen von Streitkräften und Polizei aus?	22
1.5.6. Reicht allein die Zugehörigkeit zu einer bewaffneten Gruppe aus, um den Status einer Zivilperson auszuschließen?	22
1.5.7. Indikatoren für den Status einer Zivilperson	22
1.5.8. Zukunftsorientierte Prüfung	23
1.5.9. Im Zweifelsfall	23
1.5.10. Ehemalige Kombattanten und Zwangsrekrutierung	23
1.6. Ernsthafte individuelle Bedrohung	24
1.6.1. Allgemeine Gefahr und spezifische Gefahr	25
1.6.2. Konzept des „gleitenden Maßstabs“	25
1.7. Leben oder Unversehrtheit [einer Zivilperson]	27
1.8. Geografischer Anwendungsbereich: Land/Gebiet/Region	28
1.8.1. Ermittlung des Herkunftsgebiets	28
1.8.2. Herkunftsgebiet als Zielort der Rückkehr	28
1.8.3. Schutz vor ernsthaftem Schaden im Zielgebiet	28
1.8.4. Interner Schutz	29

Teil II: ANWENDUNG	31
2.1. Zusammenfassung: Ganzheitlicher Ansatz	31
2.2. Beurteilung des Grads an Gewalt – ein praxisbezogener Ansatz	31
2.2.1. Straßburger Rechtsprechung	31
2.2.2. Einzelstaatliche Gerichte	32
2.2.3. Haltung des UNHCR	33
2.2.4. Schlussfolgerungen - nicht erschöpfende Liste möglicher Indikatoren	33
2.3. Anwendung der Beurteilung mit Hilfe des „gleitenden Maßstabs“	34
Einzelstaatliche Rechtsprechung	35
2.4. Geografischer Anwendungsbereich: Land/Gebiet/Region	36
2.5. Interner Schutz	37
2.5.1. Artikel 8 (in der ursprünglichen Fassung und in der Neufassung der Anerkennungsrichtlinie)	37
ANHANG A - Entscheidungsbaum	39
ANHANG B - Methodik	41
Methodik für die berufliche Fortbildung von Mitgliedern von Gerichten	41
Hintergrund und Einführung	41
Fortbildungsprogramm	41
Hinzuziehung von Experten	42
Ausarbeitung des Programms	43
Umsetzung des Programms	44
Aufbau-Workshops des EASO	45
Monitoring und Evaluierung	45
Grundsätze für die Durchführung	46
ANHANG C - Literaturverzeichnis	47
Appendix D — Compilation of Jurisprudence on Article 15(c) of the Qualification Directive (QD)	50

VERZEICHNIS DER ABKÜRZUNGEN

AEAJ	Association of European Administrative Judges (Vereinigung der europäischen Verwaltungsrichter)
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AR	Anerkennungsrichtlinie
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
CNDA	Cour Nationale du Droit d'Asile (Nationaler Gerichtshof für Asylrecht (Frankreich))
EASO	European Asylum Support Office (Europäisches Unterstützungsbüro für Asylfragen)
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EMRK	Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten
EU	Europäische Union
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Union
HVR	Humanitäres Völkerrecht
IARLJ	International Association of Refugee Law Judges (Internationaler Verband der Richter für Flüchtlingsrecht)
ICTY	International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia (Internationaler Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (IStGHJ))
IHRL	International Human Rights Law (Internationale Menschenrechtsnormen)
IKRK	Internationales Komitee vom Roten Kreuz
UK	Vereinigtes Königreich
UKAIT	United Kingdom Asylum and Immigration Tribunal (Asyl- und Einwanderungsgerichtshof des Vereinigten Königreichs)
UKUT	United Kingdom Upper Tribunal
UNHCR	Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen

VORWORT

Mit dieser rechtlichen Analyse soll Justizbehörden, die mit Fällen internationalen Schutzes befasst sind, ein hilfreiches Instrument für ein besseres Verständnis von Fragen des Schutzes an die Hand gegeben werden, in diesem Kapitel mit Blick auf Artikel 15 Buchstabe c der Anerkennungsrichtlinie (AR).⁽¹⁾ Es hat sich gezeigt, dass diese Bestimmung, die potenziell das Ergebnis vieler Rechtssachen berühren kann, in denen es um internationalen Schutz geht, für die Richter nicht leicht anzuwenden ist. Studien zeigen, dass es in verschiedenen Mitgliedstaaten abweichende Auslegungen gegeben hat.⁽²⁾ Das vorliegende Dokument soll dem Leser beim Verständnis der AR mit Hilfe der Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union (EuGH) und des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) sowie einschlägiger Entscheidungen der Gerichte der Mitgliedstaaten behilflich sein. Einzelstaatliche Rechtsprechung wird nicht erschöpfend zitiert, soll aber Einblick in die Art und Weise geben, in der die AR umgesetzt und ausgelegt wurde. Dieses Kapitel gibt das Verständnis der Arbeitsgruppe beim derzeitigen Stand der Gesetzgebung wieder. Es ist zu bedenken, dass es zu Artikel 15 Buchstabe c vermutlich noch mehr Urteile des EuGH geben wird, und der Leser wird darauf hingewiesen, dass es wichtig ist, sich stets über die neuesten Entwicklungen auf dem Laufenden zu halten.

Es wird davon ausgegangen, dass dem Leser die groben Strukturen des Asylrechts der Europäischen Union (EU) vertraut sind, wie sie im *Asyl-Acquis* der EU ihren Ausdruck gefunden haben; das Kapitel soll nicht nur denjenigen Hilfestellung bieten, die noch keine oder nur wenige Erfahrungen mit seiner Anwendung bei der richterlichen Entscheidungsfindung haben, sondern auch den Spezialisten.

Gegenstand der Analyse ist lediglich ein Teil von Artikel 15, der drei Kriterien für Personen enthält, die subsidiären Schutz benötigen, ansonsten aber nach der Flüchtlingskonvention keinen Anspruch auf Schutz haben. Zu gegebener Zeit werden weitere Kapitel erstellt, die sich mit den anderen Kriterien befassen, die zusammengefasst Schutz vor Risiken bieten, die mit den denen vergleichbar sind, die einen Verstoß gegen die Artikel 2 und 3 der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK) darstellen.

Das Kapitel ist in zwei Teile gegliedert. Teil I enthält eine Analyse der einzelnen Bestandteile von Artikel 15 Buchstabe c. In Teil II wird der Frage nachgegangen, wie die Bestimmung in der Praxis anzuwenden ist. In Anhang A findet sich ein „Entscheidungsbaum“ mit den Fragen, die Gerichte bei der Anwendung von Artikel 15 Buchstabe c zu stellen haben.

Der EuGH hat unterstrichen, dass die Herangehensweise an Artikel 15 Buchstabe c vor dem Hintergrund der gesamten Anerkennungsrichtlinie zu betrachten ist. Des Weiteren befasst sich diese Analyse nicht mit allen rechtlichen Elementen wie etwa dem Ausschluss, die für eine Beurteilung in Fällen subsidiären Schutzes unerlässlich sind. Auch diese Elemente werden noch in künftigen Kapiteln behandelt. Die Anerkennungsrichtlinie sieht Mindestnormen vor, die die Mitgliedstaaten anzunehmen haben; es steht diesen frei, bei den Kriterien und der Art des gewährten Schutzes mehr zu tun.

Für die Analyse sind die folgenden Stellen der AR einschließlich Erwägungsgründe von Belang:

(¹) Richtlinie 2011/95/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2011 über Normen für die Anerkennung von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen als Personen mit Anspruch auf internationalen Schutz, für einen einheitlichen Status für Flüchtlinge oder für Personen mit Anrecht auf subsidiären Schutz und für den Inhalt des zu gewährenden Schutzes (Neufassung), in: *Amtsblatt* L 337 vom 20.12.2011, S. 9, <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2011:337:0009:0026:DE:PDF>.

Wie in den Erwägungsgründen 50 und 51 erklärt, sind Dänemark, Irland und das Vereinigte Königreich durch die Neufassung der AR nicht gebunden, weil sie sich an ihrer Annahme nicht beteiligt haben. Irland und das Vereinigte Königreich sind nach wie vor gebunden durch die Richtlinie 2004/83/EG des Rates vom 29. April 2004 über Mindestnormen für die Anerkennung und den Status von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen als Flüchtlinge oder als Personen, die anderweitig internationalen Schutz benötigen, und über den Inhalt des zu gewährenden Schutzes, in: *Amtsblatt* L 304 vom 30.9.2004, <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:32004L0083:DE:HTML>. Die durch die Neufassung der AR gebundenen Mitgliedstaaten mussten ihre innerstaatlichen Rechtsvorschriften bis zum 21. Dezember 2013 an die Neufassung anpassen. Die Neufassung der AR nimmt an der Richtlinie 2004/83/EG eine Reihe wesentlicher Änderungen vor, hat aber den Wortlaut von Artikel 15 Buchstabe c mit dem dazugehörigen Erwägungsgrund übernommen, auch wenn dieser jetzt eine andere Nummer trägt (³⁵ anstatt früher 26).

(²) Siehe z. B. *Safe at Last? Law and Practice in Selected Member States with Respect to Asylum-Seekers Fleeing Indiscriminate Violence*, UNHCR, Juli 2011, <http://www.unhcr.org/4e2d7f029.pdf>. In Erwägungsgrund 8 der Neufassung der AR heißt es, dass „zwischen den Mitgliedstaaten weiterhin beträchtliche Unterschiede bei der Gewährung von Schutz und den Formen dieses Schutzes bestehen.“

Erwägungsgründe

- Erwägungsgrund 6 – In den Schlussfolgerungen von Tampere ist [...] festgehalten, dass die Vorschriften über die Flüchtlingseigenschaft durch Maßnahmen zu den Formen des subsidiären Schutzes ergänzt werden sollten, die einer Person, die eines solchen Schutzes bedarf, einen angemessenen Status verleihen.
- Erwägungsgrund 12 – Das wesentliche Ziel der Richtlinie besteht darin, einerseits zu gewährleisten, dass die Mitgliedstaaten gemeinsame Kriterien zur Bestimmung der Personen anwenden, die tatsächlich Schutz benötigen, und andererseits sicherzustellen, dass diesen Personen in allen Mitgliedstaaten ein Mindestniveau von Leistungen geboten wird.
- Erwägungsgrund 33 – Ferner sollen Normen für die Bestimmung und die Merkmale des subsidiären Schutzstatus festgelegt werden. Der subsidiäre Schutzstatus sollte den in der Genfer Flüchtlingskonvention festgelegten Schutz für Flüchtlinge ergänzen.
- Erwägungsgrund 34 – Es müssen gemeinsame Kriterien eingeführt werden, die als Grundlage für die Anerkennung von Personen, die internationalen Schutz beantragen, als Anspruchsberechtigte auf subsidiären Schutz dienen. Diese Kriterien sollten völkerrechtlichen Verpflichtungen der Mitgliedstaaten aus Rechtsakten im Bereich Menschenrechte und bestehenden Praktiken in den Mitgliedstaaten entsprechen.
- Erwägungsgrund 35 – Gefahren, denen die Bevölkerung oder eine Bevölkerungsgruppe eines Landes allgemein ausgesetzt sind, stellen für sich genommen normalerweise keine individuelle Bedrohung dar, die als ernsthafter Schaden zu beurteilen wäre.

Artikel 2 Buchstabe f

„Person mit Anspruch auf subsidiären Schutz“ [bezeichnet] einen Drittstaatsangehörigen oder einen Staatenlosen, der die Voraussetzungen für die Anerkennung als Flüchtling nicht erfüllt, der aber stichhaltige Gründe für die Annahme vorgebracht hat, dass er bei einer Rückkehr in sein Herkunftsland oder, bei einem Staatenlosen, in das Land seines vorherigen gewöhnlichen Aufenthalts tatsächlich Gefahr laufe, einen ernsthaften Schaden im Sinne des Artikel 15 zu erleiden, und auf den Artikel 17 Absätze 1 und 2 keine Anwendung findet und der den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen kann oder wegen dieser Gefahr nicht in Anspruch nehmen will.

Artikel 15

Als ernsthafter Schaden gilt a) die Verhängung oder Vollstreckung der Todesstrafe oder b) Folter und unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Bestrafung eines Antragstellers im Herkunftsland oder c) eine ernsthafte individuelle Bedrohung des Lebens oder der Unversehrtheit einer Zivilperson infolge willkürlicher Gewalt im Rahmen eines internationalen oder innerstaatlichen bewaffneten Konflikts.

Die anderen Teile der Anerkennungsrichtlinie, auf die in dieser Analyse verwiesen wird, werden in den jeweiligen Abschnitten genannt.

Artikel 78 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) besagt: „Die Union entwickelt eine gemeinsame Politik im Bereich Asyl, subsidiärer Schutz und vorübergehender Schutz, mit der jedem Drittstaatsangehörigen, der internationalen Schutz benötigt, ein angemessener Status angeboten [...] werden soll. Diese Politik muss mit dem Genfer Abkommen vom 28. Juli 1951 und dem Protokoll vom 31. Januar 1967 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge sowie den anderen einschlägigen Verträgen im Einklang stehen“.

In ihrem Vorschlag für die Anerkennungsrichtlinie nannte die Europäische Kommission 2001 das allgemeine Ziel der Richtlinie:

In der Charta der Grundrechte der Europäischen Union ist das Recht auf Asyl in Artikel 18 festgelegt. Ausgehend davon wird im vorliegenden Vorschlag dargelegt, dass der wesentliche Baustein des Systems die uneingeschränkte und allumfassende Anwendung der Genfer Konvention sein soll, ergänzt um Maßnahmen für jene Personen, auf die die Konvention keine Anwendung findet, die aber dennoch internationalen Schutz benötigen, und denen subsidiärer Schutz gewährt werden soll. ⁽³⁾

⁽³⁾ Europäische Kommission, Vorschlag für eine Richtlinie des Rates über Mindestnormen für die Anerkennung und den Status von Drittstaatsangehörigen und Staatenlosen als Flüchtlinge oder als Personen, die anderweitig internationalen Schutz benötigen, KOM(2001) 510 endg. Abrufbar unter: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2001:0510:FIN:DE:PDF>.

Ihren Vorschlag für eine Neufassung der Anerkennungsrichtlinie über die Anerkennung und den Status von Personen, die internationalen Schutz benötigen, legte die Europäische Kommission im Oktober 2009 vor. ⁽⁴⁾

Er sah unter anderem die Klarstellung wichtiger Konzepte wie „Akteure, die Schutz bieten können“, „interner Schutz“ und „Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe“ vor, um einzelstaatliche Behörden in die Lage zu versetzen, die Kriterien auf einer solideren Grundlage anzuwenden und schutzbedürftige Personen schneller zu ermitteln.

Änderungen an Artikel 15 Buchstabe c schlug die Kommission nicht vor, da sie davon ausging, dass der EuGH im Urteil in der Rechtssache *Elgafaji* ⁽⁵⁾ Vorgaben für die Auslegung gemacht und darüber hinaus festgestellt hatte, festgestellt hatte, dass seine Bestimmungen zwar über den Anwendungsbereich von Artikel 3 EMRK hinausgingen, aber trotzdem in vollem Umfang mit der EMRK vereinbar seien. ⁽⁶⁾

Sofern nicht anders angegeben, sind mit den in diesem Kapitel erwähnten „Artikeln“ Bestimmungen der Anerkennungsrichtlinie gemeint.

⁽⁴⁾ Siehe Pressemitteilung IP/09/1552, unter http://europa.eu/rapid/press-release_IP-09-1552_de.htm?locale=de.

⁽⁵⁾ EuGH (Große Kammer), Urteil vom 17. Februar 2009, Rechtssache C-465/07, *Meki Elgafaji und Noor Elgafaji* ./ *Staatssecretaris van Justitie*.

⁽⁶⁾ Europäische Kommission, Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Mindestnormen für die Anerkennung und den Status von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen als Personen mit Anspruch auf internationalen Schutz und über den Inhalt des zu gewährenden Schutzes, 21. Oktober 2009, KOM(2009) 551 endg., Begründung, S. 6.

Abrufbar unter: <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52009PC0551&from=DE>.

AUSLEGUNGSANSATZ

In Anbetracht der Tatsache, dass der EuGH noch zu einer Reihe von Kernelementen von Artikel 15 Buchstabe c zu urteilen hat, ist es unbedingt erforderlich, dass einzelstaatliche Richter, diese Kernelemente auszulegen haben, bei der Auslegung von EU-Rechtsvorschriften einen EU-Ansatz berücksichtigen und anwenden. Wie der EuGH in seinem Urteil *Diakité* ⁽⁷⁾ in der Randnummer 27 festgestellt hat, seien Bedeutung und Tragweite zentraler Begriffe „...entsprechend [ihrem] Sinn nach dem gewöhnlichen Sprachgebrauch zu bestimmen, wobei zu berücksichtigen ist, in welchem Zusammenhang er verwendet wird und welche Ziele mit der Regelung verfolgt werden (Rechtssache C-549/07 *Wallentin-Hermann*, Slg. 2008, I-11061, Rdnr. 17 und Rechtssache C-119/12 *Probst*, [2012] EuGH, Rdnr. 20).“

Der Ansatz des EuGH wurde als systemischer oder „meta-teleologischer“ Ansatz bezeichnet, in dessen Mittelpunkt nicht nur Ziel und Zweck der einschlägigen Bestimmungen stehen, sondern auch diejenigen der EU-Regelung insgesamt, die sich auf die in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union („Charta“) verankerten Menschenrechtsstandards und die der Organisation zugrundeliegenden Werte stützen. ⁽⁸⁾

Ganzheitlicher Ansatz

Hält man sich an den oben genannten Ansatz, ist bei der Auslegung von Kernelementen von Artikel 15 Buchstabe c zu beachten, dass sie miteinander verbunden sind und nicht jedes für sich betrachtet werden darf. Ein solcher Ansatz gewährleistet Übereinstimmung mit dem Ansatz bezüglich Kernelementen des Flüchtlingsbegriffs. Es sei nochmals daran erinnert, dass das EU-Recht Vorrang vor einzelstaatlichem Recht hat.

Der Kontext von Artikel 15 Buchstabe c bei Entscheidungen über Anträge auf internationalen Schutz

In seinem Urteil vom 8. Mai 2014 in der Rechtssache C-604/12, *HN ./ Minister for Justice, Equality and Law Reform, Ireland, Attorney General*, bekräftigte der EuGH Folgendes:

29 - In diesem Zusammenhang ist hervorzuheben, dass der Wortlaut des Art. 2 Buchst. e der Richtlinie 2004/83 eine Person mit Anspruch auf subsidiären Schutz als einen Drittstaatsangehörigen oder einen Staatenlosen definiert, der die Voraussetzungen für die Anerkennung als Flüchtling nicht erfüllt.

30 – Die Verwendung des Begriffs „subsidiär“ sowie der Wortlaut von Artikel 2 Buchstabe e der dieses Artikels zeigen, dass sich der subsidiäre Schutzstatus an Drittstaatsangehörige richtet, die keinen Anspruch auf Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft haben.

31 – Darüber hinaus geht aus den Erwägungsgründen 5, 6 und 24 der Richtlinie 2004/83 hervor, dass durch die Mindestkriterien für die Gewährung des subsidiären Schutzes die Möglichkeit geschaffen werden soll, die in der Genfer Konvention festgelegte Schutzregelung für Flüchtlinge dadurch zu ergänzen, dass die Personen, die tatsächlich internationalen Schutz benötigen, bestimmt werden und ihnen ein angemessener Status verliehen wird (Rechtssache C-285/12, *Diakité*, EU:C:2014:39, Rdnr. 33).

32 – Aus diesen Elementen geht hervor, dass der in der Richtlinie 2004/83 vorgesehene subsidiäre Schutz eine Ergänzung zu der in der Genfer Konvention festgelegten Schutzregelung für Flüchtlinge darstellt.

⁽⁷⁾ EuGH, Urteil vom 30. Januar 2014, Rechtssache 285/12, *Aboubacar Diakité ./ Commissaire général aux réfugiés et aux apatrides*.

⁽⁸⁾ z. B. von Violeta Moreno Lax 'Of Autonomy, Autarky, Purposiveness and Fragmentation: The Relationship between EU Asylum Law and International Humanitarian Law' in D. Cantor and J.-F. Durieux (eds.), *Refuge from Inhumanity? War Refugees and International Humanitarian Law* (Martinus Nijhoff, 2014), S. 298.

Bei Entscheidungen in Fällen, in denen es um internationalen Schutz geht, müssen Justizbehörden daher zunächst prüfen, ob eine Person Anspruch auf Gewährung von Flüchtlingsschutz hat. Ist dieser zu verneinen, ist der Frage nachzugehen, ob diese Person Anspruch auf subsidiären Schutz gemäß Artikel 15 Buchstabe a, b ⁽⁹⁾ oder c hat. Eine Fokussierung auf Artikel 15 Buchstabe c darf jedoch für Gerichte kein Anlass sein, den weiteren Schutzrahmen außer Acht zu lassen.

Hat eine Person keinen Anspruch auf internationalen Schutz, weil sie beispielsweise davon ausgeschlossen ist, kann es ferner erforderlich sein, Artikel 3 EMRK und ggf. Artikel 4 sowie Artikel 19 Absatz 2 der Charta heranzuziehen (siehe Erwägungsgrund 16 AR).

Funktionen des EuGH und des EGMR

Aufgabe des EuGH ist es, die einheitliche Auslegung und Anwendung des Unionsrechts zu gewährleisten. Gemäß Artikel 267 AEUV ist er für die Beantwortung von Fragen der Gerichte der Mitgliedstaaten zum EU-Recht zuständig (Vorabentscheidungsverfahren); auf diese Weise liefert der Gerichtshof grundlegende Urteile.

Mit dem Artikel 267-Verfahren entscheidet der EuGH nicht in der Sache. Er legt seine Auslegung vor, und daraufhin wird die Sache an das einzelstaatliche Gericht zur Entscheidung auf der Grundlage dieser Auslegung zurückverwiesen. Entscheidungen des EuGH sind für die Mitgliedstaaten verbindlich. ⁽¹⁰⁾

Der EGMR verhandelt über Individualbeschwerden und Staatenbeschwerden, bei denen eine Verletzung eines Rechts aus der EMRK von einem der 47 Vertragsstaaten behauptet wird. Anders als der EuGH entscheidet der EGMR den Einzelfall, wozu ggf. auch die Ermittlung des Sachverhalts gehört. Seine Urteile sind für die an dem Beschwerdeverfahren beteiligten Parteien bindend. Ansonsten finden die Urteile des Gerichtshofs Berücksichtigung, wenn ähnliche Sachverhalte oder Fragen vor Justizbehörden verhandelt werden.

⁽⁹⁾ Der Anwendungsbereich von Artikel 15 Buchstabe b ist enger gefasst als der von Artikel 3 EMRK, siehe Schlussanträge des Generalanwalts in der Rechtssache C-542/13 *M'Bodj* ./ *Conseil des Ministres*, 17. Juli 2014.

⁽¹⁰⁾ Eine Orientierungshilfe für Vorlagen beim EuGH bieten die „Empfehlungen an die nationalen Gerichte bezüglich der Vorlage von Vorabentscheidungsersuchen“ (2012/C 338/01), in: *Amtsblatt C 338* vom 6.11.2012, abrufbar unter <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2012:338:0001:0006:DE:PDF>. Siehe ferner den „Guide on preliminary references“ (Leitfaden für Vorabentscheidungsersuchen), im Mai 2014 von der IARLJ auf ihrer Website veröffentlicht, abrufbar unter www.iarjlj.org.

Teil I: DIE TATBESTANDSELEMENTE

1.1. Tatsächliche Gefahr, einen ernsthaften Schaden zu erleiden

Artikel 2 Buchstabe f spricht von einer „tatsächlichen Gefahr, einen ernsthaften Schaden im Sinne des Artikel 15 zu erleiden“.

Subsidiärer Schutz wird Drittstaatsangehörigen gewährt, die die Voraussetzungen für die Gewährung von Asyl nicht erfüllen, die aber stichhaltige Gründe für die Annahme vorgebracht haben, dass sie bei einer Rückkehr in ihr Herkunftsland „tatsächlich Gefahr laufen, einen ernsthaften Schaden zu erleiden“ (siehe Artikel 2 Buchstabe f, früher Artikel 2 Buchstabe e). Im Hinblick auf die Vorgabe, stichhaltige Gründe vorzubringen, können es die Mitgliedstaaten als Pflicht des Antragstellers betrachten, so schnell wie möglich alle zur Begründung des Antrags auf internationalen Schutz erforderlichen Anhaltspunkte darzulegen. Auf der anderen Seite ist es Pflicht des Mitgliedstaats, unter Mitwirkung des Antragstellers die für den Antrag maßgeblichen Anhaltspunkte zu prüfen (Artikel 4 Absatz 1). In ihren Schlussanträgen in den verbundenen Rechtssachen *A, B und C* ⁽¹¹⁾ führte Generalanwältin Sharpston aus:

Bei der nach Artikel 4 Absatz 1 der Anerkennungsrichtlinie vorgesehenen Mitwirkung handelt es sich nicht um einen Gerichtsprozess. Sie ermöglicht vielmehr einerseits dem Antragsteller, seinen Fall darzustellen und seine Beweise vorzulegen, und andererseits den zuständigen Behörden, Informationen zu sammeln, den Antragsteller zu sehen und anzuhören, sein Auftreten zu beurteilen und die Plausibilität und Kohärenz seines Vorbringens in Frage zu stellen. Der Begriff „Mitwirkung“ impliziert eine Zusammenarbeit zwischen den beiden Seiten im Hinblick auf ein gemeinsames Ziel. Nach der genannten Bestimmung können die Mitgliedstaaten zwar vom Antragsteller verlangen, alle zur Begründung seines Begehrens erforderlichen Anhaltspunkte darzulegen. Daraus folgt aber nicht, dass es mit Artikel 4 der Anerkennungsrichtlinie vereinbar wäre, Beweisvorschriften anzuwenden, die es für einen Antragsteller praktisch unmöglich oder übermäßig schwierig machen (wie z. B. Beweismaßstäbe nach dem Grundsatz „jenseits jeden vernünftigen Zweifels“ oder Beweismaßstäbe, wie sie in Strafverfahren oder Quasi-Strafverfahren gelten), die zur Begründung seines Antrags erforderlichen Anhaltspunkte gemäß der Anerkennungsrichtlinie darzulegen. [...] Bei Angaben, die begründeten Anlass geben, den Wahrheitsgehalt des Vorbringens des Asylbewerbers in Frage zu stellen, muss der Betroffene jedoch eine zufriedenstellende Erklärung für die ihm vorgehaltenen Widersprüche liefern.

Das Element „tatsächliche Gefahr“ bestimmt den Beweismaßstab dafür, ob eine Person Anspruch auf subsidiären Schutz hat. ⁽¹²⁾ Mit anderen Worten: Es kennzeichnet den Grad der Wahrscheinlichkeit, dass die Situation willkürlicher Gewalt einen ernsthaften Schaden hervorruft.

Bis zum heutigen Tage hat der EuGH noch keine genaue Definition des Begriffs „tatsächliche Gefahr“ vorgelegt. Dessen ungeachtet hat der Gerichtshof bekräftigt, dass im Hinblick auf Artikel 15 Buchstabe c eine Gefahr, die mit der allgemeinen Lage eines Landes im Zusammenhang steht, allein grundsätzlich nicht genügt. ⁽¹³⁾ Es kann jedoch Ausnahmesituationen geben, in denen der Grad willkürlicher Gewalt ein so hohes Niveau erreicht, dass eine Zivilperson allein durch ihre Anwesenheit tatsächlich Gefahr laufe, einer solchen Bedrohung ausgesetzt zu sein. ⁽¹⁴⁾ Es kann ferner davon ausgegangen werden, dass der Maßstab „tatsächliche Gefahr“ Gefahren ausschließt, die rein hypothetisch oder so weit entfernt sind, dass sie unrealistisch sind. ⁽¹⁵⁾ Auf das nach dieser Bestimmung erforder-

⁽¹¹⁾ Schlussanträge der Generalanwältin verbundene Rechtssachen C-148/13, C-149/13 und C-150/13, *A, B und C*, 17. Juli 2014, Rdnrn. 73 und 74.

⁽¹²⁾ Siehe Artikel 2 Buchstabe d AR, der die Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft von der „begründeten Furcht“ vor Verfolgung abhängig macht.

⁽¹³⁾ *Elgafaji*, zitiert in FN 5, Rdnr. 37.

⁽¹⁴⁾ a.a.O., Rdnrn. 35 und 43. In Rdnr. 36 befand der EuGH weiter, dass Artikel 15 Buchstabe c einen eigenen „Anwendungsbereich“ hat, was bedeuten muss, dass dieser über den in den Buchstaben a und b genannten ernsthaften Schaden hinausgeht. Unter Bezugnahme auf *Elgafaji* führte der EGMR jedoch in seinem Urteil vom 28. Juni 2011, *Sufi und Elmi* ./ *Vereinigtes Königreich*, Beschwerden Nr. 8319/07 und 11449/07, unter Rdnr. 226 aus, er sei nicht davon überzeugt, dass Artikel 3 der Konvention in der Auslegung in *N.A.* ./ *UK* [Beschwerde Nr. 25904/07, 17. Juli 2008] keine Garantien bietet, die mit dem Schutz nach der AR vergleichbar sind. Er weist insbesondere darauf hin, dass die in beiden Bestimmungen festgelegte Schwelle unter außergewöhnlichen Bedingungen wegen einer Situation allgemeiner Gewalt erreicht werden kann, die so intensiv ist dass eine in die fragliche Region abgeschobene Person schon allein wegen ihrer dortigen Anwesenheit in Gefahr geriete. Es ist daher in Zweifel zu ziehen, ob Artikel 15 Buchstabe c wirklich so deutlich über Artikel 3 in der Interpretation des EGMR in *Sufi und Elmi* hinausgeht.

⁽¹⁵⁾ EGMR, Urteil vom 7. Juli 1989, *Soering* ./ *Vereinigtes Königreich*, Beschwerde Nr. 14308/88, Rdnr. 88.

liche Gefahrenniveau wird im Einzelnen weiter unten in Abschnitt 1.3 „Willkürliche Gewalt“ und in Abschnitt 1.6 „Ernsthafte individuelle Bedrohung“ eingegangen.

Das Tatbestandselement „ernsthafter Schaden“ charakterisiert die Art und Intensität des Eingriffs in die Rechte einer Person; damit dieser Eingriff als schwer gelten kann, muss er hinreichend gravierend sein. In Artikel 15 sind drei konkrete Arten von Schaden definiert, die einen Anspruch auf subsidiären Schutz begründen. Subsidiärer Schutz kann also nicht bei jeder Art von Schäden, Diskriminierung oder Rechtsverletzung einer Person gewährt werden, sondern nur bei einer dieser drei Formen ernsthaften Schadens, die die Kriterien von Artikel 15 Buchstabe a, b oder c erfüllen.

Mit Blick auf den Zweck dieses Dokuments wird es im folgenden Text im Wesentlichen um ernsthaften Schaden gehen, wie er in Artikel 15 Buchstabe c definiert ist, dem zufolge als ernsthafter Schaden „eine ernsthafte individuelle Bedrohung des Lebens oder der Unversehrtheit einer Zivilperson infolge willkürlicher Gewalt im Rahmen eines internationalen oder innerstaatlichen bewaffneten Konflikts“ gilt.

In *Elgafaji* schließt der EuGH zwar eine Überschneidung nicht aus, bekräftigt aber, dass der in Artikel 15 Buchstabe c definierte Schaden eine Schadensgefahr allgemeinerer Art als Artikel 15 Buchstaben a und b umfasst.⁽¹⁶⁾ Diesem Urteil zufolge ist dort von einer „Bedrohung des Lebens einer Zivilperson oder Person“ anstatt von bestimmten Gewalteinwirkungen die Rede. Wenn außerdem das Maß an willkürlicher Gewalt ausreichend hoch ist, kann sich diese Bedrohung aus einer allgemeinen Lage eines „internationalen oder innerstaatlichen bewaffneten Konflikts“ ergeben. Schließlich wird die in Frage stehende Gewalt, der die Bedrohung entspringt, als „willkürlich“ gekennzeichnet, was impliziert, dass sie sich auf Personen ungeachtet ihrer persönlichen Situation erstrecken kann.⁽¹⁷⁾ In den folgenden Abschnitten dieses Dokuments wird auf die verschiedenen Bestandteile dieser Definition im Einzelnen eingegangen.

Unter tatsächlichen Gesichtspunkten können sich außerdem die in den Kategorien von Artikel 15 genannten Schadensarten in gewissem Umfang nicht nur miteinander überschneiden, sondern auch mit den in Artikel 9 definierten Verfolgungshandlungen.⁽¹⁸⁾ In einem solchen Fall muss der Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft Vorrang eingeräumt werden, sofern die anderen Bedingungen von Artikel 2 Buchstabe d erfüllt sind. Der EuGH hat befunden, dass Artikel 15 Buchstabe b im Wesentlichen Artikel 3 EMRK entspricht.⁽¹⁹⁾

1.2. Bewaffneter Konflikt

Die in Artikel 15 Buchstabe c verwendete Formulierung lautet „internationaler oder innerstaatlicher bewaffneter Konflikt“.

1.2.1. Innerstaatlicher bewaffneter Konflikt

Die Bedeutung dieses Begriffs wurde vom EuGH in Rechtssache *Diakité* geklärt. In Rdnr. 35 bekräftigte der Gerichtshof, dass:

[...] Artikel 15 Buchstabe c der Richtlinie dahingehend auszulegen ist, dass für die Anwendung dieser Bestimmung vom Vorliegen eines innerstaatlichen bewaffneten Konflikts auszugehen ist, wenn die regulären Streitkräfte eines Staates auf eine oder mehrere bewaffnete Gruppen treffen oder wenn zwei oder mehrere bewaffnete Gruppen aufeinandertreffen, ohne dass dieser Konflikt als bewaffneter Konflikt, der keinen internationalen Charakter aufweist, im Sinne des humanitären Völkerrechts eingestuft zu werden braucht und ohne dass die Intensität der bewaffneten Auseinandersetzungen, der Organisationsgrad der vorhandenen bewaffneten Streitkräfte oder die Dauer des Konflikts Gegenstand einer anderen Beurteilung als der des im betreffenden Gebiet herrschenden Grads an Gewalt ist.

⁽¹⁶⁾ *Elgafaji*, zitiert in FN 5, Rdnr. 33.

⁽¹⁷⁾ a.a.O., Rdnr. 34.

⁽¹⁸⁾ Siehe Artikel 9 Absatz 2 AR mit einer nicht erschöpfenden Auflistung von Arten von Schaden, die als Verfolgung gelten können. Siehe die beim EuGH anhängige Rechtssache C-472/13, *Andre Lawrence Shepherd* ./ *Bundesrepublik Deutschland*.

⁽¹⁹⁾ *Elgafaji*, op. cit., Rdnr. 28. Siehe ferner die beim EuGH anhängige Rechtssache C-562/13, *Centre public d'action sociale d'Ottignies-Louvain-La-Neuve* ./ *Moussa Abdida*, Schlussanträge des Generalanwalts, vorgelegt am 4. September 2014.

Mit dieser Konstruktion wird zweierlei erreicht:

Kurze Definition – Sie liefert eine kurze Definition des innerstaatlichen bewaffneten Konflikts (der gegeben ist, wenn „die regulären Streitkräfte eines Staates auf eine oder mehrere bewaffnete Gruppierungen treffen“⁽²⁰⁾).

Ablehnung von Ansätzen in Anlehnung an das humanitäre Völkerrecht (HVR) – Sie lehnt ausdrücklich zwei alternative Ansätze bei der Definition ab. Die abgelehnten Ansätze werden beschrieben als HVR-Ansatz und als ein Ansatz, dem zufolge ein innerstaatlicher bewaffneter Konflikt nur dann vorliegt, wenn die Konflikte von einer gewissen Intensität sind, die bewaffneten Streitkräfte einen Organisationsgrad aufweisen oder der Konflikt über eine gewisse Zeit andauert. Da letzteres im Wesentlichen ein HVR-Ansatz ist, kann wohl davon ausgegangen werden, dass der EuGH so genannte „HVR“-Ansätze ablehnt.⁽²¹⁾

1.2.1.1. Differenzierung zwischen der Feststellung eines innerstaatlichen bewaffneten Konflikts und der Ermittlung des Grads an Gewalt

In *Diakité* legte der EuGH besonderen Wert darauf, dass Gerichte zwischen Folgendem unterscheiden:

- der Beurteilung des Vorliegens eines bewaffneten Konflikts und
- der Beurteilung des Grads an Gewalt.

Das Vorliegen eines bewaffneten Konflikts ist eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung dafür, dass Artikel 15 Buchstabe c greift. Im Zusammenhang mit einer allgemeinen Gefahr für Zivilpersonen⁽²²⁾, kommt Artikel 15 Buchstabe c nur zur Anwendung, wenn die zweite Beurteilung ergibt, dass der bewaffnete Konflikt durch willkürliche Gewalt eines so hohen Grads gekennzeichnet ist, dass Zivilpersonen *per se* tatsächlich Gefahr laufen, einen ernsthaften Schaden zu erleiden. In *Diakité* stellte der EuGH daher in Rdnr. 30 fest:

Außerdem wird das Vorliegen eines innerstaatlichen bewaffneten Konflikts nur zur Gewährung subsidiären Schutzes führen können, sofern die Auseinandersetzungen zwischen den regulären Streitkräften eines Staates und einer oder mehreren bewaffneten Gruppen oder zwischen zwei oder mehreren bewaffneten Gruppen ausnahmsweise als ernsthafte individuelle Bedrohung des Lebens oder der Unversehrtheit der Person, die die Gewährung des subsidiären Schutzes beantragt, im Sinne von Artikel 15 Buchstabe c der Richtlinie angesehen werden, weil der Grad willkürlicher Gewalt bei diesen Konflikten ein so hohes Niveau erreicht, dass stichhaltige Gründe für die Annahme bestehen, dass eine Zivilperson bei einer Rückkehr in das betreffende Land allein durch ihre Anwesenheit im Gebiet dieses Landes oder dieser Region tatsächlich Gefahr laufe, einer solchen Bedrohung ausgesetzt zu sein (vgl. in diesem Sinne Urteil *Elgafaji*, Rn. 43).

1.2.1.2. Grundlage der Definition

Der EuGH stützt sich bei seiner Definition des Begriffs des bewaffneten Konflikts auf „den gewöhnlichen Sprachgebrauch, wobei zu berücksichtigen ist, in welchem Zusammenhang er verwendet wird und welche Ziele mit der Regelung verfolgt werden, zu der er gehört“ (*Diakité*, Rdnr. 27) Wir haben bereits festgestellt, dass der Gerichtshof damit klar macht, dass mit Blick auf Artikel 15 Buchstabe c ein EU-spezifischer Ansatz bei der Auslegung anzuwenden ist.

Der EuGH möchte damit ganz eindeutig unterstreichen, dass Justizbehörden den Schutz nach Artikel 15 Buchstabe c nicht verweigern dürfen, weil die bewaffneten Auseinandersetzungen nicht den im humanitären Völkerrecht oder einem vergleichbaren externen Rechtsinstrument verlangten Schwellenwert erreichen.

In Rdnr. 17 von *Diakité* beschrieb der EuGH die Vorlagefrage als aus zwei Teilen bestehend: i) ob die Frage, ob ein innerstaatlicher bewaffneter Konflikt vorliegt, auf der Grundlage der im humanitären Völkerrecht festgelegten

⁽²⁰⁾ *Diakité*, zitiert in FN 7, Rdnr. 28.

⁽²¹⁾ a.a.O., Rdnr. 21.

⁽²²⁾ Siehe jedoch auch Abschnitt 1.6.1 zu spezifischen Gefahren und Abschnitt 1.6.2 zum Begriff einer „gleitenden Skala“.

Kriterien zu beurteilen ist, und ii) „wenn nicht, welche Kriterien bei der Beurteilung der Frage, ob ein solcher Konflikt vorliegt, heranzuziehen sind [...]“.

1.2.1.3. Anwendung der Definition des EuGH

Die erste Frage beantwortet der EuGH mit einem klaren Nein, bei der zweiten Frage bietet er nur seine sehr kurze Definition, die sich auf den gewöhnlichen Sprachgebrauch stützt. Es bleibt daher den Gerichten überlassen, diese Definition in der Praxis zu entfalten und/oder zu benutzen. Die Definition des EuGH ist eindeutig weiter gefasst als die HVR-Definition und könnte beispielsweise auch bewaffnete Konflikte umfassen, die die Folge der Drogenkriege in einigen lateinamerikanischen Ländern sind ⁽²³⁾. Daraus ergibt sich, dass es je nach der Lage im Land für Justizbehörden unter bestimmten Umständen noch immer erforderlich sein kann, zu entscheiden, ob ein bewaffneter Konflikt in dem vom Gerichtshof beschriebenen Sinne vorliegt. So dürften beispielsweise Unruhen und Aufstände, bei denen gar keine oder im Wesentlichen keine Waffen eingesetzt werden, kein solcher Konflikt sein. Der Einsatz von Waffen allein ist möglicherweise nicht ausreichend, es sei denn, er erfolgt innerhalb bewaffneter Gruppen oder durch sie. Allein die Existenz bewaffneter Gruppen ist möglicherweise nicht ausreichend, wenn diese Gruppen z.B. in der Praxis keine Waffen einsetzen. Es müsste darüber hinaus Beweise für Auseinandersetzungen (also Kämpfe) zwischen ihnen oder zwischen einer bewaffneten Gruppen und staatlichen Streitkräften geben.

1.2.1.4. Müssen es zwei oder mehr bewaffnete Gruppen sein?

Gemäß der Definition des EuGH wäre eine Situation ausgeschlossen, in der nur eine bewaffnete Gruppe der Bevölkerung gegenüberstände, obwohl sich Generalanwalt Mengozzi in seinen Schlussanträgen in der Rechtssache *Diakité* (wie der englische Court of Appeal in *QD (Iraq)*) ⁽²⁴⁾ dafür einsetzte, auch diesen Fall zu erfassen. Eine solche Situation tritt jedoch vermutlich nur relativ selten ein.

1.2.2. Internationaler bewaffneter Konflikt

In *Diakité* hat der EuGH nicht versucht, „internationaler bewaffneter Konflikt“ zu definieren, doch parallel zu seiner Argumentation bezüglich des innerstaatlichen bewaffneten Konflikts müsste dieser Begriff wohl nach seinem üblichen Sprachgebrauch bestimmt werden und müsste er daher ein Begriff sein, für den keine HVR-Schwelle gilt. Dessen ungeachtet ist es (wie im humanitären Völkerrecht) wahrscheinlich, dass ein Land gleichzeitig sowohl einen innerstaatlichen als auch einen internationalen bewaffneten Konflikt zu gewärtigen hat.

1.3. Willkürliche Gewalt

„Willkürliche Gewalt“ verweist auf die Quelle der in Artikel 15 Buchstabe c genannten spezifischen Art ernsthaften Schadens. Da diese Bestimmung den Zweck hat, den Zivilpersonen, die unter den Folgen eines bewaffneten Konflikts leiden, (subsidiären) Schutz zu gewähren, ist der Begriff „willkürliche Gewalt“ weit auszulegen.

Die Schutzbedürfnisse einer bestimmten Zivilbevölkerungsgruppe in einem Land oder in einer seiner Regionen sollten nicht durch eine enge Herangehensweise an die Definition der Begriffe „willkürlich“ und „Gewalt“ bestimmt werden, sondern durch eine sorgfältige, ganzheitliche Beurteilung des Sachverhalts kombiniert mit einer eingehenden und genauen Analyse des Grads an Gewalt, vor allem im Hinblick auf die Art der Gewalt und ihren Umfang.

⁽²³⁾ C. Bauloz, 'The Definition of Internal Armed Conflict in Asylum Law', *Journal of International Criminal Justice* (2014), S. 11; C. Bauloz, 'The (Mis)Use of IHL under Article 15(c) of the EU Qualification Directive', in D. Cantor and J.-F. Durieux (eds.), *op. cit.*, S. 261.

⁽²⁴⁾ Court of Appeal (UK), *QD (Iraq)* ./ *Secretary of State for the Home Department* [2009] EWCA Civ. 620, Rdnr. 35.

1.3.1. Definition des EuGH von „willkürlicher Gewalt“

In seinem Urteil in der Rechtsache *Elgafaji* war der EuGH der Auffassung, der Begriff „willkürlich“ impliziere, dass sich die Gewalt „auf Personen ungeachtet ihrer persönlichen Situation erstrecken kann“. ⁽²⁵⁾

Der EuGH hat die „außergewöhnliche Situation“ unterstrichen, die vorliegen muss, damit Artikel 15 Buchstabe c für Zivilpersonen generell zur Anwendung gelangt. In *Elgafaji* hat der Gerichtshof in Rdnr. 35 klar zum Ausdruck gebracht, dass hierfür

[...] der den bestehenden bewaffneten Konflikt kennzeichnende Grad willkürlicher Gewalt ... ein so hohes Niveau [erreichen muss], dass stichhaltige Gründe für die Annahme bestehen, dass eine Zivilperson bei einer Rückkehr in das betreffende Land oder gegebenenfalls die betreffende Region allein durch ihre Anwesenheit im Gebiet dieses Landes oder dieser Region tatsächlich Gefahr laufe, einer ernsthaften Bedrohung im Sinne des Artikel 15 Buchstabe c der Richtlinie ausgesetzt zu sein.

1.3.2. Einzelstaatliche Rechtsprechung

Seit dem Urteil *Elgafaji* haben einzelstaatliche Justizbehörden sich eher bemüht, Gradmesser für Natur und Ausmaß der willkürlichen Gewalt zu bestimmen als das Konzept näher zu definieren (siehe weiter unten Teil II Abschnitt 2.2). Nach Auffassung des United Kingdom Upper Tribunal (UKUT) können Bombenangriffe oder Schießereien:

durchaus als willkürlich betrachtet werden können, da sie zwar spezifische oder allgemeine Ziele haben, jedoch unvermeidlich normale Zivilpersonen, die sich zufällig am Ort des Geschehens aufhalten, dem aussetzen, was in der Diskussion als Kollateralschaden bezeichnet wird. Als Mittel dienen Bomben, die außer dem Ziel noch andere Personen treffen können, oder Schießereien, die ein zwar geringeres, aber dennoch real vorhandenes Risiko eines Kollateralschadens herbeiführen. ⁽²⁶⁾

Bezüglich allgemeiner Ziele nannte das UKUT als Beispiel die Bombenexplosionen an belebten Plätzen wie Märkten oder Orten, an denen religiöse Prozessionen oder Versammlungen stattfinden. ⁽²⁷⁾ In seiner Auslegung des Urteils *Elgafaji* kam das deutsche Bundesverwaltungsgericht zu dem Schluss, es sei nicht erforderlich, zu bestimmen, ob die Gewaltakte die Regeln des humanitären Völkerrechts verletzen, weil der in der Anerkennungsrichtlinie verwendete Begriff der Gewalt weit gefasst sei. ⁽²⁸⁾ In der einzelstaatlichen Rechtsprechung ist ausführlich erörtert worden, inwieweit indirekte Wirkungen willkürlicher Gewalt zu berücksichtigen sind.

Der französische Conseil d'Etat hat Angriffe auf und Misshandlungen der Zivilbevölkerung sowie Vertreibung als mögliche Merkmale willkürlicher Gewalt bezeichnet. ⁽²⁹⁾ Diese Merkmale waren in einem Fall gegeben, in dem ein Antragsteller durch Regionen Afghanistans reisen musste, in denen solche Gewalt herrschte ⁽³⁰⁾; die Beurteilung erforderte keine Analyse der landesweiten allgemeinen Situation, sondern nur die Prüfung der Lage in den betreffenden Regionen. ⁽³¹⁾

In zwei Urteilen führte der Verwaltungsgerichtshof der Republik Slowenien die folgenden Faktoren an, die bei der Beurteilung des Grads an Gewalt berücksichtigt werden sollten: bei Kampfhandlungen getötete und verletzte Angehörige der Zivilbevölkerung einschließlich möglicher Entwicklung der Zahl der Toten und Verletzten im Zeitverlauf, Zahl der Binnenvertriebenen, grundlegende humanitäre Bedingungen in Einrichtungen für Binnenvertriebene einschließlich Nahrungsmittelversorgung, Hygiene und Sicherheit, und das Ausmaß des Versagens des Staates bei der Bereitstellung grundlegender materieller Infrastrukturen, von Ordnung, Gesundheitsversorgung, Nahrungsmittelversorgung, Trinkwasser. Der Verwaltungsgerichtshof unterstrich, der durch Artikel 15 Buchstabe c geschützte Wert sei nicht nur das bloße „Überleben“ von Asylbewerbern, sondern auch ein Verbot

⁽²⁵⁾ *Elgafaji*, zitiert in FN 5, Rdnr. 34.

⁽²⁶⁾ Upper Tribunal, Immigration and Asylum Chamber (UK), Urteil vom 13. November 2012, *HM and others (Article 15(c)) Iraq CG v. the Secretary of State for the Home Department*, [2012] UKUT 00409(IAC), Rdnr. 42.

⁽²⁷⁾ a.a.O.

⁽²⁸⁾ Bundesverwaltungsgericht (Deutschland), Urteil vom 27. April 2010, 10 C 4.09, ECLI:DE:BVerwG:2010:270410U10C4.09.0, Rdnr. 34.

⁽²⁹⁾ Conseil d'État (Frankreich), Urteil vom 3. Juli 2009, Nr. 320295, Office Français de Protection des Réfugiés et Apatrides c *M. Baskarathas*, Nr. 320295.

⁽³⁰⁾ CNDA (Frankreich), Urteil vom 11. Januar 2012, *M. Samadi* Nr. 11011903 C.

⁽³¹⁾ CNDA (Frankreich), Urteil vom 28. März 2013, *M. Mohamed Adan* Nr. 12017575 C.

unmenschlicher Behandlung⁽³²⁾. Nach Auffassung des slowenischen Obersten Gerichtshofs sind diese Faktoren „rechtlich relevant“⁽³³⁾.

1.3.3. UNHCR

Ganz ähnlich sieht der UNHCR, nach dessen Verständnis der Begriff „willkürlich“ „Gewaltakte“ umfasst, „die nicht gegen ein bestimmtes Objekt oder eine bestimmte Person gerichtet sind, sowie Gewaltakte, die gegen ein bestimmtes Objekt oder eine bestimmte Person gerichtet sind, deren Wirkungen jedoch anderen Schaden zufügen können“.⁽³⁴⁾

1.3.4. Typische Formen willkürlicher Gewalt in bewaffneten Konflikten

Bei der Beantwortung der Frage, ob Gewalt willkürlich ist, kann die Art der Gewalt ein wichtiger Faktor sein. Zu Akten willkürlicher Gewalt können gehören: massive gezielte Bombardements, Luftangriffe, Guerilla-Angriffe, Kollateralschäden bei direkten oder zufälligen Anschlägen in Stadtvierteln, Belagerung, verbrannte Erde, Hecken-schützen, Todesschwadronen, Anschläge auf öffentlichen Plätzen, Plünderungen, Einsatz selbstgebauter Sprengkörper usw.

1.3.5. Die Bedeutung gezielter Gewalt

Je deutlicher die Beurteilung der Art der Gewalt darauf hindeutet, dass die betreffende Person Opfer eines gezielten Angriffs war oder würde, desto aufmerksamer sollten Justizbehörden die Frage prüfen, ob eine solche Person nicht Anspruch auf Zuerkennung des Flüchtlingsstatus anstatt auf subsidiären Schutz hat. Es besteht jedoch keinesfalls Anlass, bei der Analyse des Grads an willkürlicher Gewalt in dem betreffenden Gebiet oder der betreffenden Region des Landes die gezielte Gewalt außer Acht zu lassen. Gezielte Gewalt umfasst das Anvisieren sowohl spezifischer als auch allgemeiner Ziele: Manche Gewaltakte, die zwar gezielt sind, können trotzdem Zivilpersonen in großer Zahl schädigen.⁽³⁵⁾

Weitere Ausführungen zur Frage, wie der Grad an willkürlicher Gewalt zu beurteilen ist, sind in Teil II in den Abschnitten 2.2 und 2.3 zu finden.

1.4. Infolge

Subsidiärer Schutz gemäß Artikel 15 Buchstabe c wird einer Person gewährt, die stichhaltige Gründe für die Annahme vorgebracht hat, dass sie bei einer Rückkehr in ihr Herkunftsland tatsächlich Gefahr liefe, eine ernsthafte individuelle Bedrohung ihres Lebens *infolge* willkürlicher Gewalt zu erleiden. Ein zentrales Element bei der Prüfung der Kausalität ist der Grad solcher Gewalt.⁽³⁶⁾ In Anbetracht der breit gefassten Definition willkürlicher Gewalt sollte das Erfordernis eines Kausalzusammenhangs nicht zu eng angewandt werden. Willkürliche Gewalt kann sowohl indirekte als auch direkte Auswirkungen haben. Bis zu einem gewissen Maß sollten auch indirekte Auswirkungen der Gewaltakte, wie beispielsweise der völlige Zusammenbruch von Recht und Ordnung, berücksichtigt werden wie beispielsweise der völlige Zusammenbruch von Recht und Ordnung als Ergebnis des Konflikts.

Sollten strafbare Handlungen als Ergebnis des Zusammenbruchs von Recht und Ordnung und andere indirekte Auswirkungen willkürlicher Gewalt als willkürliche Gewalt im Sinne des Artikel 15 Buchstabe c betrachtet werden?

⁽³²⁾ Slowenischer Verwaltungsgerichtshof, Urteile vom 25. September 2013, I U 498/2012-17, und vom 29. Januar 2014, I U 1327/2013-10.

⁽³³⁾ Oberster Gerichtshof der Republik Slowenien, Urteil vom 10. April 2014, I Up 117/2014.

⁽³⁴⁾ UNHCR, *Safe at last*, FN 2, S. 103.

⁽³⁵⁾ *HM and Others*, zitiert in FN 26, Rdnr. 292.

⁽³⁶⁾ Siehe H. Lambert, *Causation in International Protection from Armed Conflict*, in D. Cantor and J.-F. Durieux (eds.), op. cit., S. 65.

2008 entschied das deutsche Bundesverwaltungsgericht, dass kriminelle Gewalt, die nicht von einer der Konfliktparteien begangen wird, nur bei der Beurteilung der Art der ernsthaften und individuellen Bedrohung des Lebens oder der Unversehrtheit der Person Berücksichtigung finden sollte. ⁽³⁷⁾ Nach Auffassung des Bundesverwaltungsgerichts können „die allgemeinen Lebensgefahren, die lediglich Folge des bewaffneten Konflikts sind – etwa eine dadurch bedingte Verschlechterung der Versorgungslage – nicht in die Bemessung der Gefahrendichte einbezogen werden“ ⁽³⁸⁾ und stellen daher keine Bedrohung im Sinne des Artikel 15 Buchstabe c dar. Das UKUT räumte 2010 ein, dass allgemeine Kriminalität, die Schäden von ausreichender Ernsthaftigkeit verursacht, Folge eines bewaffneten Konflikts sein könnte, wenn Recht und Ordnung nicht mehr gewährleistet sind. Ein völliger Zusammenbruch von Recht und Ordnung, nach dem Anarchie und Kriminalität herrschen, die den in Artikel 15 Buchstabe c erwähnten ernsthaften Schaden verursachen, kann in der Wirkung zu willkürlicher Gewalt führen, auch wenn diese nicht zwangsläufig das Ziel war. ⁽³⁹⁾ Es muss ein ausreichender Kausalzusammenhang zwischen der Gewalt und dem Konflikt bestehen, doch muss willkürliche Gewalt gegen Zivilpersonen nicht unbedingt unmittelbar von den am Konflikt beteiligten Kombattanten ausgehen. ⁽⁴⁰⁾ Auch der französische Conseil d’Etat ⁽⁴¹⁾ sowie der niederländische Raad van State ⁽⁴²⁾ haben die Auffassung vertreten, dass auch indirekte Auswirkungen von Konflikten berücksichtigt werden sollten.

Der UNHCR betont in diesem Zusammenhang in ähnlicher Weise, dass ein Zusammenbruch von Recht und Ordnung als Folge willkürlicher Gewalt oder eines bewaffneten Konflikts zu berücksichtigen ist. Unerheblich ist insbesondere die Quelle, von der die willkürliche Gewalt ausgeht. ⁽⁴³⁾

Es ist noch nicht absehbar, ob der vom EuGH in *Diakité* vertretene neue und weite Ansatz bei der Definition willkürlicher Gewalt auch zu einer größeren Akzeptanz der Auffassung führt, dass indirekte Auswirkungen willkürlicher Gewalt willkürliche Gewalt in Sinne des Artikel 15 Buchstabe c sein können.

1.5. Zivilperson

1.5.1. Der persönliche Anwendungsbereich von Artikel 15 Buchstabe c ist auf Zivilpersonen beschränkt

Es ist logisch, dass Schutz gemäß Artikel 15 Buchstabe c nur Zivilpersonen gewährt wird. ⁽⁴⁴⁾ Ist ein Antragsteller keine Zivilperson und fällt er damit nicht unter Artikel 15 Buchstabe c, muss geprüft werden, ob die Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft oder Schutz gemäß Artikel 15 Buchstaben a und b erwogen wurde oder erwogen werden sollte, sofern der Antragsteller nicht in den Anwendungsbereich der Ausschlussklauseln (Artikel 12 und 17) fällt. Von Belang können auch Artikel 2 und 3 EMRK sein (die keinen Ausschlussklauseln unterliegen).

1.5.2. Definitionsansatz lehnt vermutlich HVR-Definition ab

In Anbetracht der vielfältigen Gründe, die der EuGH in *Diakité* für seine Ablehnung von HVR-Kriterien als Hilfe bei der Definition des bewaffneten Konflikts vorgetragen hat, muss wohl davon ausgegangen werden, dass er auch keine HVR-Definition des Begriffs Zivilperson akzeptieren würde. ⁽⁴⁵⁾ Stattdessen dürfte der Gerichtshof bestrebt sein, den Begriff entsprechend seinem Sinn nach dem gewöhnlichen Sprachgebrauch zu bestimmen und dabei

⁽³⁷⁾ Bundesverwaltungsgericht (Deutschland), Urteil vom 17. November 2011, 10 C 13.10, ECLI: DE: BVerwG: 2011: 171 111U1 0C13.10.0, Rdnr. 24.

⁽³⁸⁾ Bundesverwaltungsgericht (Deutschland), Urteil vom 24. Juni 2008, 10 C 43.07, ECLI: DE: BVerwG: 2008: 240608U10C43.0 7.0, Rdnr. 35.

⁽³⁹⁾ *HM and Others*, zitiert in FN 26, Rdnrn. 79-80.

⁽⁴⁰⁾ a.a.O., Rdnr. 45.

⁽⁴¹⁾ *Baskarathas*, zitiert in FN 29.

⁽⁴²⁾ Raad van State (Niederlande), Urteil vom 7. Juli 2008, 200802709/1, ECLI:NL:RVS:2008:BD7524.

⁽⁴³⁾ UNHCR, *Safe at last*, FN 2, S. 60 und 103.

⁽⁴⁴⁾ C. Bauloz, op. cit., FN 23, S. 253 – „Subsidiary protection under 15(c) is carefully limited *ratione personae* to civilian third-country nationals or civilian stateless persons not qualifying as refugees“.

⁽⁴⁵⁾ Es gibt keine feste Definition im humanitären Völkerrecht, jedoch wird diejenige von G. Mettraux, *International Crimes and the ad hoc Tribunals* (OUP, 2005), weitgehend als eine angesehen, die die Definition im Gewohnheitsrecht erfasst. Zivilpersonen werden dort definiert als „Personen, die nicht oder nicht mehr den kämpfenden Truppen oder einer organisierten militärischen Gruppe einer Konfliktpartei angehören“. Im humanitären Völkerrecht besteht eine Annahme zugunsten von Schutz, und in Artikel 50 Absatz 1 des Zusatzprotokolls I heißt es, „wenn Zweifel daran bestehen, ob eine Person Zivilist ist, ist diese Person als Zivilist zu betrachten“. Siehe ferner E. Wilmschurst and S. Breau, *Perspective on the ICRC Study on Customary International Humanitarian Law* (CUP, 2007), S. 10-11, 111-112, 406.

zu berücksichtigen, in welchem Zusammenhang er verwendet wird und welche Ziele mit der Regelung verfolgt werden, zu der er gehört (*Diakité*, Rdnr. 27). Die Tatsache, dass es selbst im humanitären Völkerrecht keine einmütige Definition dieses Begriffs gibt ⁽⁴⁶⁾, dürfte ebenfalls deutlich machen, dass eine auf dem HVR fußende Definition unpassend wäre.

Weil sich Definitionen aus Wörterbüchern stark unterscheiden, bieten sie nur wenig Hilfe und geben keine Bedeutung an, die mit den Zielen und Zwecken der Anerkennungsrichtlinie in Einklang steht. Im einfachen alltäglichen Sprachgebrauch könnte man sagen, dass Zivilpersonen alle Personen sind, die keine Kombattanten bzw. Personen sind, die nicht kämpfen, aber dies hilft in seiner Kürze inhaltlich nicht weiter.

1.5.3. Unterscheidung zwischen Angehörigen bzw. Nicht-Angehörigen des Militärs

Der Tatsache, dass der EuGH in *Diakité* eindeutig feststellt, dass ein bewaffneter Konflikt auch ohne Beteiligung des Staates entstehen kann, oder ohne dass der Staat Partei ist („oder in der zwei oder mehrere bewaffnete Gruppen aufeinandertreffen“), ist zu entnehmen, dass der Begriff im Wesentlichen dazu verwendet wird, Angehörige bzw. Nicht-Angehörige des Militärs zu unterscheiden. Zu den Angehörigen des Militärs können sowohl Angehörige der Streitkräfte eines Staates oder der Polizei sowie Mitglieder von Rebellen- oder Aufständischengruppen gehören (mitunter als „Freischärler“ bezeichnet).

1.5.4. Zivilpersonen = alle Nicht-Kombattanten?

Würde auf die Bedeutung des Begriffs Zivilperson in internationalen Menschenrechtsnormen (IHRL) Bezug genommen ⁽⁴⁷⁾ (das zunehmend von einer Komplementarität von IHRL und HVR spricht), müsste dem Begriff die gleiche Bedeutung verliehen werden, wie er sie in dem den vier Genfer Abkommen von 1949 gemeinsamen Artikel 3 hat: „Personen, die nicht unmittelbar an den Feindseligkeiten teilnehmen, einschließlich der Mitglieder der Streitkräfte, welche die Waffen gestreckt haben, und der Personen, die durch [...] irgendeine andere Ursache außer Kampf gesetzt wurden“. Der letzte Teil dieser Aussage deutet darauf hin, dass es nicht ausreicht, nicht mehr an Feindseligkeiten teilzunehmen; eine Person muss sich vielmehr aktiv davon lossagen. ⁽⁴⁸⁾

Es gibt eine Reihe einzelstaatlicher Entscheidungen, die diesen Ansatz verdeutlichen. In *ZQ (serving soldier)* ⁽⁴⁹⁾ unterstrich das United Kingdom Asylum and Immigration Tribunal (UKAIT), dass im humanitären Völkerrecht die Tatsache, dass ein Soldat keinen Dienst hat oder krankgemeldet ist, ihm nicht unbedingt den Status einer Zivilperson verleiht. Das Gericht zitierte die Berufungskammer des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien (ICTY), die in *Prosecutor ./. Blaskic* ⁽⁵⁰⁾ in Rdnr. 114 anmerkte: „Die spezifische Situation des Opfers zu dem Zeitpunkt, zu dem die Verbrechen [Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit] begangen werden, darf nicht darüber entscheiden, ob er den Status einer Zivilperson hat oder nicht. Ist es Mitglied einer bewaffneten Organisation, verleiht ihm die Tatsache, dass es zum Zeitpunkt der Begehung von Verbrechen nicht bewaffnet oder nicht im Kampf ist, nicht den Status einer Zivilperson.“ In *HM and Others* befand das UKUT, die Definition der Zivilperson sollte niemanden umfassen, „der von sich aus an einem bewaffneten Konflikt teilnimmt“, also auch keine Angehörigen der Streitkräfte oder der Polizei. ⁽⁵¹⁾ Nach dem Verständnis des Interna-

⁽⁴⁶⁾ Obwohl sie für den HVR-Grundsatz der Unterscheidung von zentraler Bedeutung ist: In der IKRK-Studie zum humanitären Gewohnheitsvölkerrecht heißt es in Regel 1: „Die Konfliktparteien müssen jederzeit zwischen Zivilpersonen und Kombattanten unterscheiden“ [J. Henckaerts and L. Doswald-Beck, *Customary International Humanitarian Law* (CUP, 2005)].

⁽⁴⁷⁾ Erwägungsgrund 34 der AR besagt: „Es müssen gemeinsame Kriterien eingeführt werden, die als Grundlage für die Anerkennung von Personen, die internationalen Schutz beantragen, als Anspruchsberechtigte auf subsidiären Schutz dienen. Diese Kriterien sollten völkerrechtlichen Verpflichtungen der Mitgliedstaaten aus Rechtsakten im Bereich Menschenrechte und bestehenden Praktiken in den Mitgliedstaaten entsprechen.“ Generalanwalt Mengozzi stellte in *Diakité* fest: „Aus den Materialien zur Anerkennungsrichtlinie ergibt sich, dass der Begriff des subsidiären Schutzes im Wesentlichen auf den völkerrechtlichen Verträgen im Bereich der Menschenrechte beruht.“

⁽⁴⁸⁾ In seinem Urteil vom 1. Juli 1997, *Kalac ./. Türkei*, Beschwerde Nr. 20704/92, befand der EGMR: „Mit seiner Entscheidung für eine militärische Laufbahn akzeptierte Herr Kalac von sich aus ein System militärischer Disziplin, das naturgemäß die Möglichkeit implizierte, dass ihm als Angehörigem der Streitkräfte gewisse Einschränkungen seiner Rechte und Freiheiten auferlegt wurden, die Zivilpersonen nicht auferlegt werden können“; siehe ferner EGMR, Urteil vom 8. Juni 1976, *Engel und andere ./. Niederlande*, Beschwerde Nr. 5100/71 und weitere, Rdnr. 57. Allgemeiner wird im Recht des völkerrechtlichen Menschenrechtsschutzes internationalen Menschenrechtsnormen zunehmend die Auffassung vertreten, dass in bewaffneten Konflikten das humanitäre Völkerrecht eine ergänzende Funktion hat und tatsächlich *lex specialis* ist: siehe Orna Ben-Naftali (ed.) *International Humanitarian Law and International Human Rights Law*, OUP, 2011, S. 3-10.

⁽⁴⁹⁾ Asylum and Immigration Tribunal (UK) (Vorläufer des UKUT), Urteil vom 2. Dezember 2009, *ZQ (Serving Soldier) Iraq ./. Secretary of State for the Home Department*, CG [2009] UKAIT 00048.

⁽⁵⁰⁾ ICTY, Berufungskammer, Urteil vom 29. Juli 2004, *Prosecutor ./. Blaskic*, Rechtssache Nr. IT-95-14-A.

⁽⁵¹⁾ *HM and others*, zitiert in FN 26, zitiert ebenfalls im Urteil *ZQ (serving soldier)*, zitiert in FN 49.

tionalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) sind Zivilisten in nicht internationalen bewaffneten Konflikten „alle Personen, die nicht den staatlichen Streitkräften oder organisierten bewaffneten Gruppen einer Konfliktpartei angehören“.

1.5.5. Schließt der Begriff „Zivilperson“ alle Angehörigen von Streitkräften und Polizei aus?

In Anbetracht der Tatsache, dass nach Auffassung des EuGH bei der Bestimmung der Bedeutung eines Schlüsselbegriffs zu berücksichtigen ist, in welchen Zusammenhang er verwendet wird und welche Ziele mit der Regelung verfolgt werden, zu der er gehört (*Diakité*, Rdnr. 27), könnte es sein, dass der Begriff „Zivilperson“ eine weiter gefasste Bedeutung hat und auch alle diejenigen umfasst, die keine Kombattanten bzw. keine Kämpfer bzw. außer Gefecht sind. Anders als offensichtlich nach dem humanitären Völkerrecht könnte es beispielsweise vorkommen, dass ein Angehöriger von Streitkräften oder der Polizei, der sich außer Dienst in seiner Herkunftsregion oder seinem Herkunftsgebiet aufhält und nur dort tatsächlich Gefahr läuft, ernsthaften Schaden zu erleiden, durchaus als Zivilperson gelten könnte. Unter Bezugnahme auf die Argumentation in *Diakité* wäre es denkbar, dass nach Ansicht des Gerichtshofs der Begriff eher faktisch zu definieren und weniger als Bezeichnung eines vorgefassten rechtlichen Status zu betrachten sein könnte. ⁽⁵²⁾

1.5.6. Reicht allein die Zugehörigkeit zu einer bewaffneten Gruppe aus, um den Status einer Zivilperson auszuschließen?

Nach der Auffassung, die der EuGH in *B und D* ⁽⁵³⁾ vertreten hat, wäre es nicht korrekt, einfach zu versuchen, den Status einer Person als Nicht-Zivilperson aus ihrer Zugehörigkeit zu einer bewaffneten Gruppe abzuleiten. In der Rechtssache *B und D*, die die Anwendung der Klauseln über den Ausschluss vom Flüchtlingsstatus betraf, lehnte der Gerichtshof automatische Schlüsse sowohl ausgehend von Resolutionen des UN-Sicherheitsrats als auch von im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik angenommenen EU-Instrumenten ab. In Rdnr. 89 des Urteils in der Rechtssache *B und D* führte der EuGH aus, es bestehe kein unmittelbarer Zusammenhang zwischen der Definition terroristischer Akte in diesen Texten und der AR „hinsichtlich der verfolgten Ziele“. Daher „ist es nicht gerechtfertigt, dass die zuständige Stelle, wenn sie den Ausschluss einer Person von der Flüchtlingsanerkennung [...] in Betracht zieht, sich nur auf deren Zugehörigkeit zu einer Organisation stützt, die in einer Liste aufgeführt ist, die außerhalb des Rahmens erlassen wurde, den die Richtlinie [...] geschaffen hat“. Die Aufnahme in eine Liste oder in eine bestehende Definition kann nicht an die Stelle einer individuellen Prüfung des jeweiligen Sachverhalts treten. Auch die „Beteiligung an den Handlungen einer terroristischen Vereinigung [...] fällt nicht notwendig und automatisch unter die in [...] der Richtlinie vorgesehenen Ausschlussgründe“.

1.5.7. Indikatoren für den Status einer Zivilperson

In der Annahme, dass nicht automatisch eine Definition aus dem humanitären Völkerrecht oder einem anderen externen Regelwerk übernommen wird, und dass stattdessen der EuGH, ähnlich wie in *B und D*, eine „vollständige Prüfung sämtlicher besonderer Umstände jedes Einzelfalls“ verlangt, könnten die folgenden Indikatoren (die nicht unbedingt miteinander harmonieren müssen) hilfreich sein:

- Zivilperson ist eine Person, die nicht Konfliktpartei ist und lediglich versucht, ungeachtet der Konfliktsituation einfach weiterzuleben.
- Die Tatsache, dass eine Person nicht bewaffnet ist, macht sie noch nicht zu einer Zivilperson, denn eine solche muss sich im Konflikt auch neutral verhalten.
- Personen, die bereitwillig bei bewaffneten Gruppen mitmachen, können kaum als Zivilpersonen betrachtet werden.
- Mit der Definition von Zivilpersonen sollen Personen ausgeschlossen werden, die an einem Krieg teilnehmen; daher deckt sie nur Personen ab, die nicht aktiv an Feindseligkeiten teilnehmen oder teilnehmen würden.

⁽⁵²⁾ C. Bauloz, zitiert in FN 23, meint hierzu: „Eine faktische Definition sollte festen rechtlichen Kategorien vorgezogen werden, in deren Mittelpunkt allzu starre Statuskategorien stehen“.

⁽⁵³⁾ EuGH (Große Kammer), Urteil vom 9. November 2010, *Bundesrepublik Deutschland ./ B und D*, verbundene Rechtssachen C-57/09 und C-101/09.

- Es sollte der Frage nachgegangen werden, welche Funktion eine Person in der Organisation hat. Es sollte berücksichtigt werden, ob eine Person unter Zwang gehandelt hat (oder handeln würde). Andererseits sollte ebenfalls bedacht werden, dass beispielsweise scheinbare zivile politische Vertreter in einem Rebellenaufstand für Entscheidungen verantwortlich sein können, die Tötungen nach sich ziehen.
- Für Personen, die für Militäreinrichtungen einschließlich Militärkrankenhäuser arbeiten, kann es schwierig sein, als Zivilperson zu gelten, auch wenn sie nicht verpflichtet sind, sich an militärische Befehlsstrukturen zu halten.
- Eine Person, die in der Armee eine zivile Aufgabe wahrnimmt, wie z. B. ein Arzt, kann als Zivilperson gelten, sofern die Stelle nicht mit einem militärischen Rang verbunden ist.
- Hat eine Person keinen militärischen Rang inne, ist es für sie einfacher, den Status einer de-facto-Zivilperson zu beanspruchen.
- Artikel 43 über Streitkräfte des Zusatzprotokolls zu den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 über den Schutz der Opfer internationaler bewaffneter Konflikte (Protokoll I), 8. Juni 1977, nimmt von der Definition von Streitkräften „das in Artikel 33 des III. Abkommens bezeichnete Sanitäts- und Seelsorgepersonal“ aus. Bei einem nicht kämpfenden Armeearzt in einem Militärkrankenhaus kann man davon ausgehen, dass er eine im Wesentlichen humanitäre und weniger eine militärische Aufgabe wahrnimmt und damit das in der Charta und der EMRK geschützte Recht auf Leben fördert. ⁽⁵⁴⁾
- Die optische Wahrnehmung zählt zu den Mitteln, mit denen sich Zivilpersonen erkennen und von Kombattanten unterscheiden lassen. Zur Bestimmung des Status darf nur der Einsatz der Person als Nicht-Zivilist geprüft und der Frage nachgegangen werden, ob die Person bei ihrer Rückkehr als Nicht-Zivilist identifiziert werden könnte.

1.5.8. Zukunftsorientierte Prüfung

Es ist zu bedenken, dass sich die Justizbehörden bei der Prüfung aller Anträge auf internationalen Schutz vorrangig mit hypothetischen Gefahren bei der Rückkehr befassen, also mit der zukünftigen Situation des Antragstellers nach einer möglichen Rückkehr in sein Herkunftsland. Fragen dazu, ob jemand früher Zivilperson oder Kombattant/Kämpfer war, geben nicht zwingend eine Antwort darauf, ob die Person bei ihrer Rückkehr Zivilist oder Kombattant/Kämpfer ist (oder als solcher wahrgenommen wird).

1.5.9. Im Zweifelsfall

Wird zur Beantwortung der Frage, ob eine Person eine Zivilperson ist (also bei der Rückkehr eine Zivilperson wäre), ein tatsächenspezifischer Ansatz herangezogen, sollte dem Grundsatz Bedeutung eingeräumt werden, der besagt (Artikel 50 des Zusatzprotokolls I mit dem Titel „Zivilpersonen und Zivilbevölkerung“, Absatz 1): „Im Zweifelsfall gilt die betreffende Person als Zivilperson“.

Nach Auffassung des belgischen Rats für Ausländerstreitsachen ⁽⁵⁵⁾ sollte bei einem Antragsteller, der mit den Asylbehörden bei der Formulierung seines Antrags zusammengearbeitet hat, im Zweifelsfall diese Person als Zivilperson betrachtet werden.

1.5.10. Ehemalige Kombattanten und Zwangsrekrutierung

Bei ehemaligen Kombattanten (einschließlich Kindersoldaten) ist zu bedenken, dass der Zweck der AR nicht darin besteht, neue Ausschlussklauseln zu formulieren, sondern schutzbedürftige Personen zu ermitteln. Eine Ausschlussklausel sollte in der Regel erst in einer späteren Phase in Erwägung gezogen werden. Der französische Asylgerichtshof befand im Fall eines afghanischen Staatsangehörigen, dass ein ehemaliger Soldat, der aus der afghanischen Armee ausgeschieden ist, als Zivilperson betrachtet werden kann. ⁽⁵⁶⁾

⁽⁵⁴⁾ Siehe z. B. Menschenrechtskommission, Entscheidung vom 10. Juli 1984, *Stewart ./. UK*, Beschwerde Nr. 10044/82, Rdnr. 15, „das Konzept, dem zufolge das Recht auf Leben durch das Gesetz geschützt werden muss“, schreibt dem Staat nicht nur vor, nicht „vorsätzlich“ Leben zu nehmen, sondern vielmehr Maßnahmen zum Schutz des Lebens zu ergreifen. In dieser Sache ging es um die Anwendung von Artikel 2 Absatz 2 EMRK.

⁽⁵⁵⁾ Conseil du contentieux des étrangers/Raad voor Vreemdelingenbetwistingen (Belgien), Urteil vom 4. Dezember 2007, Rechtssache 4460.

⁽⁵⁶⁾ CNDA (Frankreich), Urteil vom 24. Januar 2013, *M. Miakhail* Nr. 12018368 C+.

Der UNHCR empfiehlt folgenden Ansatz:

In diesem Zusammenhang sollte der Begriff „Zivilperson“ in Artikel 15 Buchstabe c nicht dazu dienen, ehemalige Kombattanten auszuschließen, die sich nachweislich von militärischen Aktivitäten zurückgezogen haben. Die Tatsache, dass eine Person in der Vergangenheit Kombattant war, schließt sie nicht zwangsläufig von internationalem Schutz aus, sofern sie sich tatsächlich und auf Dauer von militärischen Aktivitäten zurückgezogen hat. Die Kriterien, anhand derer bestimmt wird, ob eine Person diese Bedingungen erfüllt, wurden vom Exekutivausschuss des UNHCR festgelegt. ⁽⁵⁷⁾

Dies unterstreicht, dass ein ehemaliger Kombattant, vor allem, wenn er zuvor den regulären Streitkräften angehörte, bei seiner Rückkehr noch immer als Kombattant gelten kann.

In seiner *Asylum Process Guidance on Humanitarian Protection* vom 15. Mai 2013 stellte das Innenministerium des Vereinigten Königreichs klar, dass nur echte Nicht-Kombattanten, also Personen, die keine Konfliktpartei sind, Schutz gemäß Artikel 15 Buchstabe c in Anspruch nehmen können: „Dazu können auch ehemalige Kombattanten zählen, die sich ernsthaft und auf Dauer von bewaffneten Aktivitäten zurückgezogen haben“.

Generell gilt, dass ein Antragsteller, der mit Gewalt als Soldat/Kämpfer angeworben wurde ⁽⁵⁸⁾, dadurch nicht seinen Status als Zivilperson verliert, doch sollte – wie bei Kindersoldaten – bei einer Entscheidung in dieser Frage ein sensibler, die tatsächlichen Umstände des Einzelfalls in den Blick nehmender Ansatz angewandt werden, ähnlich dem des EuGH in *B und D*: siehe weiter oben 1.5.6.

1.6. Ernsthafte individuelle Bedrohung

Gemäß Artikel 15 Buchstabe c muss ein Antragsteller nachweisen, dass er tatsächlich Gefahr läuft, einer ernsthaften Bedrohung ausgesetzt zu sein, und nicht notwendigerweise, dass er Opfer konkreter Gewalttaten wird. Die Bedrohung soll sich aus einer allgemeinen Konfliktsituation ergeben, weshalb im Wesentlichen diese Bestimmung eine allgemeinere Schadensgefahr als sowohl Artikel 15 Buchstabe a als auch Artikel 15 Buchstabe b umfasst: siehe *Elgafaji*, Rdnrn. 32-34. Im Tenor führte der EuGH aus:

Aus diesen Gründen hat der Gerichtshof (Große Kammer) für Recht erkannt: Artikel 15 Buchstabe c in Verbindung mit Artikel 2 Buchstabe e der Richtlinie 2004/83/EG des Rates ... ist wie folgt auszulegen:

- Das Vorliegen einer ernsthaften individuellen Bedrohung des Lebens oder der Unversehrtheit der Person, die die Gewährung des subsidiären Schutzes beantragt, setzt nicht voraus, dass diese Person beweist, dass sie aufgrund von ihrer persönlichen Situation innewohnenden Umständen spezifisch betroffen ist.
- Das Vorliegen einer solchen Bedrohung kann ausnahmsweise als gegeben angesehen werden, wenn der den bestehenden bewaffneten Konflikt kennzeichnende Grad willkürlicher Gewalt nach der Beurteilung der zuständigen nationalen Behörden, die mit dem Antrag auf subsidiären Schutz befasst sind, oder der Gerichte eines Mitgliedstaats, bei denen eine Klage gegen die Ablehnung eines solchen Antrags anhängig ist, ein so hohes Niveau erreicht, dass stichhaltige Gründe für die Annahme bestehen, dass eine Zivilperson bei einer Rückkehr in das betreffende Land oder gegebenenfalls in die betroffene Region allein durch ihre Anwesenheit im Gebiet dieses Landes oder dieser Region tatsächlich Gefahr liefe, einer solchen Bedrohung ausgesetzt zu sein.

⁽⁵⁷⁾ UNHCR, Statement on Subsidiary Protection Under the EC Qualification Directive for People Threatened by Indiscriminate Violence, Januar 2008, S. 7. Abrufbar unter: <http://www.refworld.org/docid/479df7472.html>.

⁽⁵⁸⁾ Es ist zu unterscheiden zwischen Personen, die nach dem Recht des Herkunftslands rekrutiert wurden (in dem möglicherweise Wehrpflicht herrscht), und Personen, die gegen ihren Willen einer bewaffneten Gruppe beitreten mussten: Siehe hierzu ferner UNHCR, *Guidelines on International Protection No. 10: Claims to Refugee Status related to Military Service within the context of Article 1A (2) of the 1951 Convention and/or the 1967 Protocol relating to the Status of Refugees*, 3. Dezember 2013, insbesondere NRdnr. 35-41.

1.6.1. Allgemeine Gefahr und spezifische Gefahr

Gemäß der Analyse des EuGH in *Elgafaji* setzt das Vorliegen einer ernsthaften individuellen Bedrohung des Lebens oder der Unversehrtheit eines Antragstellers nicht voraus, dass ein Antragsteller beweist, dass er aufgrund von seiner persönlichen Situation innewohnenden Umständen spezifisch betroffen ist. Bei einem Antragsteller kann eine allgemeine Gefahr einer solchen Bedrohung ausnahmsweise als gegeben angesehen werden, wenn der den bestehenden bewaffneten Konflikt kennzeichnende Grad willkürlicher Gewalt ein so hohes Niveau erreicht, dass stichhaltige Gründe für die Annahme bestehen, dass eine Zivilperson bei einer Rückkehr in das betreffende Land oder in die betreffende Region allein durch ihre Anwesenheit im Gebiet dieses Landes oder dieser Region tatsächlich Gefahr laufe, einer solchen Bedrohung ausgesetzt zu sein. Mit anderen Worten: Die „Individualisierung“, die für den Nachweis benötigt wird, dass es sich um eine „individuelle“ Bedrohung handelt, lässt sich entweder mit „spezifischen Risikofaktoren“, die mit den besonderen Merkmalen oder Umständen der betreffenden Person zu tun haben, oder mit den „allgemeinen Risikofaktoren“ erreichen, die sich aus einer Ausnahmesituation mit einem sehr hohen Grad an Gewalt ergeben.

1.6.2. Konzept des „gleitenden Maßstabs“

Vor dem Hintergrund von Artikel 15 Buchstabe c sollte die Frage, ob eine Person einer allgemeinen oder einer spezifischen Gefahr ausgesetzt ist, nicht als Gegensatz gesehen werden. Der EuGH formulierte vielmehr etwas, das als Konzept des „gleitenden Maßstabs“ bekannt ist:

„Der Grad willkürlicher Gewalt, der vorliegen muss, damit der Antragsteller Anspruch auf subsidiären Schutz hat, wird umso geringer sein, je mehr er möglicherweise zu belegen vermag, dass er aufgrund von seiner persönlichen Situation innewohnenden Umständen spezifisch betroffen ist“ (*Elgafaji*, Rdnr. 39; *Diakité*, Rdnr. 31). Es gilt aber auch das Gegenteil: Ausnahmsweise kann der Grad an Gewalt ein so hohes Niveau erreichen, dass eine Zivilperson allein durch ihre Anwesenheit im Gebiet des betreffenden Landes oder der betreffenden Region tatsächlich Gefahr laufe, einen ernsthaften Schaden zu erleiden (Rdnr. 43). Nach Auffassung des Gerichtshofs stand diese Auslegung nicht im Widerspruch zum [seinerzeitigen] Erwägungsgrund 26 der Richtlinie, da dessen Wortlaut die Möglichkeit einer solchen Ausnahmesituation zulässt. ⁽⁵⁹⁾

Mit Hilfe des Konzepts des gleitenden Maßstabs gelingt es dem EuGH, individuelle Bedrohung und willkürliche Gewalt abzuwägen und klarzustellen, wie die Bestimmung in Einzelfall anzuwenden ist.

Es wird deutlich, dass der Begriff des „allgemeinen Risikos“ des EuGH dem ähnelt, was der EGMR in seiner Rechtsprechung im Zusammenhang mit Artikel 3 EMRK anerkannt hat, dass nämlich von einer Person gesagt werden kann, sie laufe Gefahr, allein durch ihre Anwesenheit in einer durch einen außergewöhnlich hohen Grad an Gewalt gekennzeichneten Situation einen ernsthaften Schaden zu erleiden. In *NA ./.* *Vereinigtes Königreich* ⁽⁶⁰⁾ befand der EGMR in den Rdnrn. 115-116:

115. Aus dem vorangehenden Überblick über seine Rechtsprechung folgt, dass der Gerichtshof niemals die Möglichkeit ausgeschlossen hat, dass ein Zielland von einer so intensiven allgemeinen Gewalt gekennzeichnet sein kann, dass jede Rückführung dorthin zwangsläufig gegen Artikel 3 der Konvention verstieße. Dessen ungeachtet vertritt der Gerichtshof einen solchen Ansatz nur in wirklich extremen Fällen allgemeiner Gewalt, wenn also ein tatsächliches Misshandlungsrisiko allein dadurch gegeben wäre, dass eine Person bei ihrer Rückkehr dieser Gewalt ausgesetzt wäre.

116. In Fällen jedoch, in denen ein Antragsteller behauptet, er sei Angehöriger einer Gruppe, die systematisch Misshandlungen erleide, vertritt der Gerichtshof ausnahmsweise die Auffassung, dass der Schutz gemäß Artikel 3 der Konvention greift, wenn der Antragsteller belegt, dass ernsthafte Gründe für die Annahme bestehen, dass die fragliche Praxis tatsächlich besteht und dass er tatsächlich der betreffenden Gruppe angehört (siehe das bereits zitierte Urteil *Saadi ./.* *Italien*, Rdnr. 132). Unter solchen Umständen besteht der Gerichtshof nicht darauf, dass der Antragsteller das Vorliegen weiterer spezieller

⁽⁵⁹⁾ E. Tsourdi, 'What Protection for Persons Fleeing Indiscriminate Violence? The Impact of the European Courts on the EU Subsidiary Protection Regime', in D. Cantor and J-F Durieux (eds), *op.cit.*, S. 277.

⁽⁶⁰⁾ EGMR, Urteil vom 17. Juli 2008, *NA ./.* *Vereinigtes Königreich*, Beschwerde Nr. 25904/07.

Unterscheidungsmerkmale nachweist, wenn damit der von Artikel 3 gebotene Schutz illusorisch würde. Entschieden wird dies im Lichte der Darstellung des Antragstellers und der Informationen über die Lage der betreffenden Gruppe im Bestimmungsland (siehe das bereits zitierte Urteil *Salah Sheekh*, Rdnr. 148).

In *Sufi und Elmi ./ Vereinigtes Königreich* hat der EGMR nochmals klargestellt, dass bei Anwendung dieses Ansatzes auch das Kriterium des (wie wir ihn genannt haben) gleitenden Maßstabs zum Tragen käme. Der EGMR bekräftigte zunächst, dass in dem Fall, dass eine Gefahr der Verletzung von Artikel 3 festgestellt wird, „die Rückführung des Antragstellers zwangsläufig gegen diesen Artikel verstoßen würde, und zwar unabhängig davon, ob die Gefahr aus einer von allgemeiner Gewalt geprägten Situation, einem persönlichen Merkmal des Antragstellers oder einer Kombination dieser beiden Faktoren resultiert“ (Rdnr. 218).

Ein Kommentator merkt hierzu an:

Im Wesentlichen scheint die Anwendung des gleitenden Maßstabs aus *Elgafaji* von diesem jüngsten Urteil des EGMR nicht sehr weit entfernt zu sein, zumindest im Hinblick auf die Individualisierung. Was Fälle extrem verallgemeinerter und willkürlicher Gewalt angeht, ist der Maßstab ähnlich formuliert. Der EuGH hat ferner betont, es handle sich um „Ausnahme“-Situationen. Wo die Gewalt weniger intensiv ist, verlangen beide Gerichtshöfe ein gewisses Maß an Individualisierung. ⁽⁶¹⁾

Gibt es einen gleitenden Maßstab nach Artikel 3 EMRK, muss es ihn auch nach Artikel 15 Buchstabe b geben ⁽⁶²⁾. Das Problem ist, wie man an eine solche Individualisierung vor dem Hintergrund von Artikel 15 Buchstabe c herangeht: „Das zweite Problem rührt aus der Anwendung des gleitenden Maßstabs, wenn es um die Ermittlung von Faktoren geht, die für die persönlichen Umstände des Antragstellers in Fällen weniger intensiver Gewalt kennzeichnend sind“. ⁽⁶³⁾ Generalanwalt Maduro stellte hierzu fest: „...wenn bei der Erläuterung der für die Beantwortung der Frage, ob eine Person individuell betroffen ist, relevanten Faktoren als ein Beispiel ihre Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe genannt wird. ⁽⁶⁴⁾ Die Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe ist Spiegel der Flüchtlingskonvention von 1951.

Wenn jedoch „persönliche Umstände“ die Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder einen der vier anderen Gründe der Flüchtlingskonvention von 1951 bedeutet, ist der angemessene Rahmen für die Prüfung des Antrags möglicherweise die Definition des Begriffs Flüchtling. ⁽⁶⁵⁾

Die persönlichen Umstände, die hier nachgewiesen werden müssen, dürfen auf keinen Fall auf die in der Definition des Flüchtlingsbegriffs genannten Gründe aus der Flüchtlingskonvention beschränkt werden; sie sollten grundsätzlich Faktoren umfassen, die die betreffende Person einer größeren Gefahr aussetzen als den Rest der Bevölkerung. Es sei daran erinnert, dass gemäß Artikel 4 Absatz 3 Buchstabe c bei der Prüfung eines Antrags auf internationalen Schutz zu berücksichtigen sind „die individuelle Lage und die persönlichen Umstände des Antragstellers, einschließlich solcher Faktoren wie familiärer und sozialer Hintergrund, Geschlecht und Alter, um bewerten zu können, ob in Anbetracht seiner persönlichen Umstände die Handlungen, denen er ausgesetzt war oder ausgesetzt sein könnte, einer Verfolgung oder einem sonstigen ernsthaften Schaden gleichzusetzen sind“.

Während daher gemäß Artikel 15 Buchstabe c sowohl spezifische als auch allgemeine Gefahren geprüft werden, deuten die Schwierigkeiten, die einzelstaatliche Justizbehörden bei der Anwendung des gleitenden Maßstabs haben, darauf hin, dass dieser seinen größten Nutzen bei der Prüfung von Anträgen zeigt, die auf allgemeine Gefahren verweisen. Anträge, die sich auf eine spezifische Gefahr beziehen, sollten sehr häufig über den Flüchtlingsbegriff gelöst werden oder (falls es keinen Anerkennungsgrund nach der Flüchtlingskonvention gibt), über Artikel 15 Buchstabe a oder Article 15 Buchstabe b. Daher sei nochmals wiederholt, dass Justizbehörden vor Entscheidungen über Anträge auf internationalen Schutz zunächst prüfen müssen, ob eine Person Anspruch auf Flüchtlingsschutz hat; damit stellt sich die Frage nach der Anwendung des gleitenden Maßstabs gemäß Artikel 15 Buchstabe c nur dann, wenn entschieden wurde, dass ein Antragsteller eine begründete Furcht vor Verfolgung nicht dargelegt hat.

⁽⁶¹⁾ E. Tsourdi, zitiert in FN 59, S. 281.

⁽⁶²⁾ E. Tsourdi, op. cit., S. 288.

⁽⁶³⁾ a.a.O.

⁽⁶⁴⁾ a.a.O.

⁽⁶⁵⁾ a.a.O.

1.7. Leben oder Unversehrtheit [einer Zivilperson]

Wie im Urteil *Elgafaji* ⁽⁶⁶⁾ ausgeführt, hat Artikel 15 Buchstabe c einen größeren Anwendungsbereich als Artikel 3 EMRK und muss daher unabhängig ausgelegt werden, allerdings unter gebührender Beachtung der in der EMRK garantierten Grundrechte.

Der Doppelbegriff „Leben oder Unversehrtheit“ wird weder in der Anerkennungsrichtlinie noch vom EuGH in seinen Entscheidungen definiert; es handelt sich dabei um zwei wichtige Merkmale einer Zivilperson, die durch willkürliche Gewalt im Rahmen eines internationalen oder innerstaatlichen bewaffneten Konflikts beeinträchtigt werden.

Vergleicht man die Bestimmungen von Artikel 15 Buchstaben a und b, die eine bestimmte Art von Schaden erwähnen, mit Artikel 15 Buchstabe c, wird deutlich, dass der dort definierte Schaden eine Schadensgefahr allgemeinerer Art umfasst. ⁽⁶⁷⁾

Der Schaden, den ein Antragsteller erleiden könnte, kann nicht nur körperlicher, sondern auch seelischer oder geistiger Art sein. ⁽⁶⁸⁾ Der Schaden kann ebenso die Folge von „indirekten Formen der Gewalt wie Einschüchterung, Erpressung, Beschlagnahme von Eigentum, Überfälle auf Wohnungen und Geschäfte, Kontrollstellen und Entführung“ sein ⁽⁶⁹⁾, die die „Unversehrtheit“ einer Zivilperson beeinträchtigen. Daher sollten Justizbehörden bei der Analyse der Rückkehrgefährdung auch sorgfältig ein breites Spektrum von Umständen in den, um die Lage und die Gegebenheiten vor Ort einzuschätzen.

Es bleibt allerdings die Frage offen, ob die Gefahr für „Leben oder Unversehrtheit“ auf eine tatsächliche Gefahr, einen Schaden zu erleiden, die unveräußerliche Rechte verletzt, oder beschränkt ist ob sie auch erhebliche Verletzungen qualifizierter Rechte eines Antragstellers umfasst. Im Urteil *KH (Iraq)* heißt es in Rdnr. 101:

für diese Bestimmung, in der es um den Schwerpunkt der Bedrohung geht, gab es fünf Änderungsentwürfe. Dr. McAdam (weiter oben auf Seite 75) merkt an, dass die ursprüngliche Formulierung „Leben, Sicherheit oder Freiheit“, die genauso wie späterer Textfassungen auf dem Freiheitsbegriff („Leben oder körperliche Unversehrtheit oder Schutz vor willkürlicher Verhaftung“) beruhen letzten Endes wegen der Bedenken einiger Mitgliedstaaten damit würde der Anwendungsbereich der Richtlinie auf unangemessene Weise erweitert gestrichen wurde. ⁽⁷⁰⁾

Im gemeinsamen Artikel 3 der Genfer Abkommen von 1949 wird der Ausdruck „Leben und Unversehrtheit“ (nicht „Leben oder Unversehrtheit“) verwendet, und in *KH (Iraq)* hieß es, dieser Ausdruck sei eindeutig nicht geeignet, irgendetwas, das sich auf zivile *Objekte* bezieht, zu erfassen. Letztere werden im humanitären Völkerrecht folgendermaßen - nicht abschließend - definiert: „Wohnungen, Läden, Schulen und andere Orte nicht-militärischer Tätigkeiten, Freizeit- und Kultstätten, Beförderungsmittel, Kulturgüter, Krankenhäuser und medizinische Einrichtungen und Stellen“. Dem Urteil *Diakité* ist zwar zu entnehmen, dass zentrale Begriffe von Artikel 15 Buchstabe c nicht vor dem Hintergrund des HVR gedeutet werden sollten, doch wäre diese Differenzierung wohl bei jeder Definition erforderlich.

In *KH* stellte das UKAIT in Rdnr. 107 fest, dass in Artikel 3 Absatz 1 zwischen a) Gewalt gegen „Leben und Unversehrtheit“ auf der einen und c) „Verletzungen der persönlichen Würde, insbesondere erniedrigende und entwürdigende Behandlung“ auf der anderen Seite unterschieden wird. Daher bezweifelte das Gericht, dass der sachliche Anwendungsbereich des Tatbestandsmerkmals „Leben und Unversehrtheit“ auch Bedrohungen durch unmenschliche und entwürdigende Behandlung umfassen könnte. Die dem Konzept „Leben oder Unversehrtheit“ im HVR innewohnende Beschränkung wird ferner durch die Tatsache unterstrichen, dass im II. Zusatzprotokoll (seinerzeit war man der Auffassung, dass für den Schutz von Zivilpersonen ein breiterer sachlicher Anwendungsbereich festgelegt werden sollte) noch ausführlicher formuliert wurde, um den Schutz weiter auszudehnen. Artikel 4 Absatz 2 Buchstabe a dieses Protokolls verbietet: „Angriffe auf das Leben, die Gesundheit und das körperliche oder geistige Wohlbefinden von Personen, insbesondere vorsätzliche Tötung und grausame Behandlung wie Folter, Verstümmelung oder jede Art von körperlicher Züchtigung“. Das Gericht schlussfolgerte:

⁽⁶⁶⁾ *Elgafaji*, zitiert in FN 5, Rdnr. 28.

⁽⁶⁷⁾ a.a.O., Rdnr. 33.

⁽⁶⁸⁾ UNHCR, *Safe at last*, FN 2, S. 60.

⁽⁶⁹⁾ *HM and Others*, zitiert in FN 26, Rdnr. 114.

⁽⁷⁰⁾ Asylum and Immigration Tribunal (UK), Urteil vom 25. März 2008, *KH (Article 15(c) Qualification Directive) Iraq* CG [2008] UKAIT 00023.

„Eingedenk der Tatsache jedoch, dass „Leben oder Unversehrtheit“ weit auszulegen ist, würden wir akzeptieren, dass dieser Ausdruck die Mittel für das Überleben einer Person umfassen muss“. Der Verwaltungsgerichtshof von Slowenien vertrat die Auffassung, der durch Artikel 15 Buchstabe c geschützte Wert sei nicht nur das „Überleben“ von Asylbewerbern, sondern auch ein Verbot unmenschlicher Behandlung⁽⁷¹⁾.

1.8. Geografischer Anwendungsbereich: Land/Gebiet/Region

Bei der Prüfung eines Antrags auf Schutz gemäß Artikel 15 Buchstabe c ist unbedingt die Lage im Rückkehrland zu beurteilen.⁽⁷²⁾ Es muss jedoch nicht unbedingt entschieden werden, ob der bewaffnete Konflikt über das ganze Land verbreitet ist; im Mittelpunkt sollte vielmehr die Region stehen, in der der Antragsteller lebt (oder das Zielgebiet), sowie die Frage, ob eine Person in diesem Gebiet oder auf dem Weg in dieses Gebiet, gefährdet ist. Gemäß Artikel 8 hat ein Antragsteller, selbst wenn er belegen kann, dass er in seinem Herkunftsgebiet einer tatsächlichen Gefahr im Sinne von Artikel 15 Buchstabe c ausgesetzt ist, Anspruch auf subsidiären Schutz nur dann, wenn er in einem anderen Teil des Landes keinen internen Schutz erlangen kann. Die erste Frage ist daher, ob ein Antragsteller im Herkunftsgebiet (oder auf dem Weg dorthin) tatsächlich Gefahr läuft, einen ernsthaften Schaden zu erleiden. Wird diese Frage bejaht, stellt sich als zweites die Frage, ob ein ernsthafter Schaden durch die Erlangung internen Schutzes in einem anderen Landesteil vermieden werden kann.

1.8.1. Ermittlung des Herkunftsgebiets

Bei der Entscheidung, ob das Ziel der Rückführung die Heimatregion des Antragstellers ist, muss ein tatsachenbezogener Ansatz gewählt werden, der Umstände wie etwa den letzten Wohnsitz und das Gebiet des letzten gewöhnlichen Aufenthalts in den Blick nimmt.⁽⁷³⁾

1.8.2. Herkunftsgebiet als Zielort der Rückkehr

Bei der Betrachtung von Gefahren für einen Antragsteller in seinem Herkunftsgebiet ist daher auch zu bedenken, ob er überhaupt an diesen Zielort reisen kann. Sollte dem nicht so sein, weil entlang der Wege, die zu nehmen von ihm vernünftigerweise erwartet werden können, ein bewaffneter Konflikt ausgetragen wird, kann davon ausgegangen werden, dass dieser Antragsteller nachgewiesen hat, dass in seinem Zielgebiet Gefahren im Sinne von Artikel 15 Buchstabe c herrschen.

Der EGMR hat sich mit der geografischen Natur des Konflikts vor dem Hintergrund allgemeiner Gewalt in *Sufi und Elmi* auseinandergesetzt.⁽⁷⁴⁾ In der einzelstaatlichen Rechtsprechung zu Artikel 15 Buchstabe c haben das deutsche Bundesverwaltungsgericht und der französische Nationale Asylgerichtshof entschieden, dass bei der Beurteilung nicht die Lage im gesamten Land, sondern nur in der betreffenden Region betrachtet werden muss⁽⁷⁵⁾, einschließlich der Route, die vom Zielort der Rückführung in das Herkunftsgebiet genommen werden muss.⁽⁷⁶⁾ Eine ähnliche Auffassung haben auch Gerichte im Vereinigten Königreich vertreten.⁽⁷⁷⁾

1.8.3. Schutz vor ernsthaftem Schaden im Zielgebiet

Es sei darauf hingewiesen, dass bei der Prüfung der Frage, ob im Herkunftsgebiet einer Person eine Gefahr im Sinne von Artikel 15 Buchstabe c besteht, eine solche Gefahr nur festgestellt werden kann, wenn gegen sie kein

⁽⁷¹⁾ Slowenischer Verwaltungsgerichtshof, Urteile vom 25. September 2013, I U 498/2012-17, und vom 29. Januar 2014, I U 1327/2013-10.

⁽⁷²⁾ „Der Mehrwert von Artikel 15 Buchstabe c liegt in seiner Fähigkeit, Schutz vor ernsthaften Gefahren zu bieten, die eher situationsabhängig und weniger gegen einzelne Personen gerichtet sind.“ UNHCR Statement on Subsidiary Protection, zitiert in FN 57.

⁽⁷³⁾ Bundesverwaltungsgericht (Deutschland), Urteil vom 31. Januar 2013, 10 C 15.12, Rdnr. 14.

⁽⁷⁴⁾ *Sufi und Elmi*, zitiert in FN 14, Rdnrn. 210, 265-292.

⁽⁷⁵⁾ *M. Mohamad Adan*, zitiert in FN 31.

⁽⁷⁶⁾ Bundesverwaltungsgericht (Deutschland), op. cit., Randn. 13; *M. Mohamad Adan*, op. cit.

⁽⁷⁷⁾ *HM and Others*, zitiert in FN 26.

wirksamer Schutz besteht. Gemäß Artikel 7⁽⁷⁸⁾ muss der Schutz wirksam sein und darf nicht nur vorübergehender Art sein. Ein solcher Schutz ist generell gewährleistet, wenn die in Artikel 7 Absatz 1 Buchstaben a und b genannten Akteure geeignete Schritte einleiten, Zielort der Rückführung den ernsthaften Schaden zu verhindern, beispielsweise durch wirksame Rechtsvorschriften zur Prävention, Ermittlung, Strafverfolgung und Ahndung von Handlungen, die eine Verfolgung oder einen ernsthaften Schaden darstellen, und wenn der Antragsteller Zugang zu diesem Schutz hat.

1.8.4. Interner Schutz

Besteht im Herkunftsgebiet des Antragstellers eine Gefahr im Sinne von Artikel 15 (wie oben geschildert), stellt sich die Frage, ob es einen von dem Konflikt nicht betroffenen Landesteil gibt, in den umzusiedeln von der Person vernünftigerweise erwartet werden kann. Dieser Sachverhalt wird als interner Schutz (oder innerstaatliche Flucht- bzw. interne Umsiedlungsalternative) bezeichnet.

Artikel 8 besagt:

Interner Schutz

1. Bei der Prüfung des Antrags auf internationalen Schutz können die Mitgliedstaaten feststellen, dass ein Antragsteller keinen internationalen Schutz benötigt, sofern er in einem Teil seines Herkunftslandes

- a) keine begründete Furcht vor Verfolgung hat oder keine tatsächliche Gefahr, einen ernsthaften Schaden zu erleiden, besteht oder
- b) Zugang zu Schutz vor Verfolgung oder ernsthaftem Schaden gemäß Artikel 7 hat, und er sicher und legal in diesen Landesteil reisen kann, dort aufgenommen wird und vernünftigerweise erwartet werden kann, dass er sich dort niederlässt.

2. Bei Prüfung der Frage, ob ein Antragsteller begründete Furcht vor Verfolgung hat oder für ihn tatsächlich Gefahr einen ernsthaften Schaden zu erleiden besteht, oder ob Zugang zu Schutz vor Verfolgung oder ernsthaftem Schaden in einem Teil seines Herkunftslandes gemäß Absatz 1 in Anspruch nehmen kann, berücksichtigen die Mitgliedstaaten zum Zeitpunkt der Entscheidung über den Antrag die dortigen allgemeinen Gegebenheiten und die persönlichen Umstände des Antragstellers gemäß Artikel 4. Zu diesem Zweck stellen die Mitgliedstaaten sicher, dass genaue und aktuelle Informationen aus relevanten Quellen, wie etwa Informationen des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge oder des Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen, eingeholt werden.

Erwägungsgrund 27 lautet:

Interner Schutz vor Verfolgung oder ernsthaftem Schaden sollte vom Antragsteller in einem Teil des Herkunftslandes, in den er sicher und legal reisen kann, in dem er aufgenommen wird und bei dem vernünftigerweise erwartet werden kann, dass er sich dort niederlassen kann, tatsächlich in Anspruch genommen werden können. Geht die Verfolgung oder der ernsthafte Schaden vom Staat oder Vertretern des Staates aus, so sollte eine Vermutung dafür bestehen, dass dem Antragsteller kein wirksamer Schutz zur Verfügung steht. Handelt es sich bei dem Antragsteller um einen unbegleiteten Minderjährigen, so sollte die Verfügbarkeit angemessener Betreuungsmöglichkeiten und Sorgerechtsregelungen, die dem Wohl des unbegleiteten Minderjährigen dienen, von der Prüfung der Frage, ob dieser Schutz tatsächlich gewährt werden kann, umfasst werden.

⁽⁷⁸⁾ Artikel 7 der Anerkennungsrichtlinie – Akteure, die Schutz bieten können

‘1. Der Schutz vor Verfolgung oder ernsthaftem Schaden kann nur geboten werden

a) vom Staat oder

b) von Parteien oder Organisationen einschließlich internationaler Organisationen, die den Staat oder einen wesentlichen Teil des Staatsgebiets beherrschen, sofern sie willens und in der Lage sind, Schutz gemäß Absatz 2 zu bieten.

2. Der Schutz vor Verfolgung oder ernsthaftem Schaden muss wirksam und darf nicht nur vorübergehender Art sein. Ein solcher Schutz ist generell gewährleistet, wenn die unter Absatz 1 Buchstaben a und b genannten Akteure geeignete Schritte einleiten, um die Verfolgung oder den ernsthaften Schaden zu verhindern, beispielsweise durch wirksame Rechtsvorschriften zur Ermittlung, Strafverfolgung und Ahndung von Handlungen, die eine Verfolgung oder einen ernsthaften Schaden darstellen, und wenn der Antragsteller Zugang zu diesem Schutz hat.

3. Bei der Beurteilung der Frage, ob eine internationale Organisation einen Staat oder einen wesentlichen Teil des Staatsgebiets beherrscht und den in Absatz 2 beschriebenen Schutz bietet, ziehen die Mitgliedstaaten etwaige in einschlägigen Rechtsakten der Union aufgestellte Leitlinien heran.“

Die Relevanz internen Schutzes wurde vom EuGH in *Elgafaji* mit dem Hinweis bekräftigt, dass „bei der individuellen Prüfung eines Antrags auf subsidiären Schutz [...] zu berücksichtigen sein können [...] das geografische Ausmaß der Lage willkürlicher Gewalt sowie der tatsächliche Zielort des Antragstellers bei einer Rückkehr“. ⁽⁷⁹⁾

Geografisches Ausmaß und interner Schutz sind insofern miteinander verknüpfte Grundsätze, als deren weiteste Definition implizit besagen könnte, dass interner Schutz nicht nur den Schutz durch Dritte umfasst ⁽⁸⁰⁾, sondern auch Eigenschutz durch Umsiedlung in einen Teil des Landes, in dem der Konflikt nicht besteht oder wo die Bedrohung durch willkürliche Gewalt aufgrund des Konflikts geringer ist.

In Artikel 8 Absatz 2 der Neufassung der Anerkennungsrichtlinie (nicht jedoch in der ursprünglichen Fassung, siehe weiter unten) wird ausdrücklich auf den Zugang zu Schutz verwiesen. In Artikel 7 werden zu den Akteuren, die Schutz bieten können, nicht nur staatliche, sondern auch nicht-staatliche Akteure gezählt, die den Staat oder einen wesentlichen Teil des Staatsgebiets beherrschen. Der Grundsatz des internen Schutzes bezieht sich auf den gesamten Artikel 15, findet aber wohl häufiger auf Artikel 15 Buchstaben a und b Anwendung, bei denen es um ein gezieltes Vorgehen gegen den Einzelnen geht, als auf Artikel 15 Buchstabe c. Dies ist darauf zurückzuführen, dass nach Feststellung einer Bedrohung durch willkürliche Gewalt als Ergebnis eines bewaffneten Konflikts im Herkunftsgebiet die Möglichkeit der Verfügbarkeit internen Schutzes in diesem Gebiet nicht mehr besteht, weil im Rahmen bewaffneter Konflikte häufig nur geringe Zweifel daran bestehen, dass wirksamer Schutz nicht zur Verfügung steht. Die Fähigkeit von Akteuren, die Schutz bieten können, tatsächlich Schutz zu bieten, und Hinweise auf Staatsversagen gehören nach Angaben des UNHCR zur den Indikatoren für die Beurteilung des Grads an Gewalt und für ernsthafte Bedrohung. ⁽⁸¹⁾

Für eine angemessene Prüfung von Artikel 15 Buchstabe c ist also eine Beurteilung der Lage nicht nur im Herkunftsgebiet des Antragstellers, sondern auch in anderen Teilen des Lands erforderlich, in denen möglicherweise interner Schutz gefunden werden kann. Diese Beurteilung der vorherrschenden allgemeinen Gegebenheiten und der persönlichen Umstände des Antragstellers erfordert eine gründliche Prüfung. Die Anerkennungsrichtlinie sieht vor, dass diese Beurteilung gemäß Artikel 4 (Prüfung der Tatsachen und Umstände) vorgenommen wird, und dass „genaue und aktuelle Informationen“ herangezogen werden.

Eine tiefer gehende Analyse des geografischen Ausmaßes und des internen Schutzes ist in Teil II in den Abschnitten 2.4 und 2.5 zu finden.

⁽⁷⁹⁾ *Elgafaji*, zitiert in FN 5, Rdnr. 40.

⁽⁸⁰⁾ Artikel 7 Absatz 1 Buchstabe b besagt jedoch, dass Schutz von nicht-staatlichen Akteuren nur geboten werden kann, wenn sie den Staat oder einen wesentlichen Teil des Staatsgebiets beherrschen und willens und in der Lage sind, Schutz gemäß Artikel 7 Absatz 2 AR zu bieten. Siehe Oberster Verwaltungsgerichtshof der Tschechischen Republik, Entscheidung vom 27. Oktober 2011, *D.K. ./ Innenministerium*, Azs 22/2011.

⁽⁸¹⁾ UNHCR, *Safe at last*, FN 2.

Teil II: ANWENDUNG

2.1. Zusammenfassung: Ganzheitlicher Ansatz

In Teil I wurden die einzelnen Tatbestandsmerkmale von Artikel 15 Buchstabe c analysiert. In diesem Teil geht es nun um die Anwendung dieser Bestimmung in der Praxis.

Wie bereits festgestellt, erfordert die Bewertung von Artikel 15 Buchstabe c einen ganzheitlichen Ansatz. Die Justizbehörden haben eine Reihe von Tatbestandsmerkmalen zu berücksichtigen: bewaffneter Konflikt, Leben oder Unversehrtheit einer Zivilperson, ernsthafte und individuelle Bedrohung, willkürliche Gewalt, erforderliches Ausmaß der Gewalt, geografisches Ausmaß und die interne Schutzalternative. Zwischen allen diesen Tatbestandsanforderungen besteht eine Wechselwirkung.

In Anhang A ist ein Entscheidungsbaum abgebildet, mit dessen Hilfe die logische Abfolge der Fragen zu ermitteln ist, die sich Justizbehörden stellen müssen, wenn sie den Anspruch auf subsidiären Schutz gemäß Artikel 15 Buchstabe c prüfen. Im Mittelpunkt dieses Abschnitts stehen die wichtigsten Anwendungsprobleme, die noch einer weiteren Klarstellung bedürfen.

2.2. Beurteilung des Grads an Gewalt – ein praxisbezogener Ansatz

Die nur begrenzte Orientierungshilfe des EuGH in *Elgafaji* ⁽⁸²⁾ und *Diakité* ⁽⁸³⁾ überlässt die Beantwortung der Frage, wie Artikel 15 Buchstabe c in der Praxis anzuwenden ist, weitgehend einzelstaatlichen Justizbehörden. Vor allem hilft sie den nationalen Justizbehörden nicht bei der Beantwortung der Frage, wie sie bei der Einschätzung der Situation in dem betreffenden Gebiet oder der betreffenden Region des Landes vorgehen sollen, i) um den Grad an Gewalt zu bestimmen und ii) wie sie ermitteln sollen, ob die Gewalt die tatsächliche Gefahr, einen ernsthaften Schaden zu erleiden, für jede Zivilperson oder für Einzelne aufgrund ihrer persönlichen Umstände oder in einer Kombination dieser zwei Möglichkeiten, hervorruft.

Bisher hat sich der EuGH nicht zu den Kriterien geäußert, anhand derer sich der Grad an Gewalt in einem bewaffneten Konflikt messen lässt. Die Justizbehörden werden aus der Praxisperspektive an die Beurteilung der zur Stützung des Antrags vorgelegten Nachweise herangehen müssen. Um Artikel 15 Buchstabe c praktische Wirksamkeit zu verleihen, müssen alle von einzelstaatlichen Gerichten herangezogenen Kriterien den Anforderungen hinreichender Effektivität genügen. Auf Ebene der Mitgliedstaaten sind Fälle gemäß Artikel 15 Buchstabe c etwas Besonderes, weil es um ein Land geht, in dem zumindest teilweise Gewalt und Konflikt herrschen. Wie bereits in Teil I ausgeführt, müssen die Gerichte eine Reihe von Faktoren oder Indikatoren berücksichtigen; hierbei sollte unbedingt auf den Erkenntnissen in der Rechtsprechung des EGMR und einzelstaatlicher Justizbehörden aufgebaut werden.

2.2.1. Straßburger Rechtsprechung

Der Ansatz des EGMR bei der Beurteilung des Grads an Gewalt für die Zwecke von Artikel 3 EMRK – also der Frage, ob alle oder die meisten Zivilpersonen Gefahr laufen, Misshandlungen zu erfahren – wird in Rdnr. 241 von *Sufi und Elmi* folgendermaßen dargestellt:

⁽⁸²⁾ *Elgafaji*, zitiert in FN 5, Rdnr. 43.

⁽⁸³⁾ *Diakité*, zitiert in FN 7, Rdnr. 30.

In der vorliegenden Rechtssache trugen die Beschwerdeführer vor, die willkürliche Gewalt in Mogadischu habe ein so hohes Niveau erreicht, dass das Leben bzw. die Unversehrtheit aller Zivilpersonen in der Hauptstadt ernsthaft gefährdet sei. Der Gerichtshof hat zwar bereits erkennen lassen, dass nur „in den allerextremsten Fällen“ allgemeine Gewalt so intensiv ist, dass sie eine solche Gefahr birgt, doch hat er sich nicht dazu geäußert, wie die Intensität eines Konfliktes zu messen ist. Der Gerichtshof erinnert jedoch daran, dass das Asylum and Immigration Tribunal eine ähnliche Bewertung in der Rechtssache *AM und AM (Somalia)* ⁽⁸⁴⁾ (bereits zitiert) vorzunehmen hatte und dabei folgende Kriterien festgelegt hat: Erstens: Setzten die Konfliktparteien Methoden oder Taktiken der Kriegsführung ein, die die Lebensgefahr für Zivilpersonen erhöhten oder unmittelbar gegen Zivilpersonen gerichtet waren? Zweitens: Waren die Methoden und/oder Taktiken unter den Konfliktparteien weit verbreitet? Drittens: Waren die Feinseligkeiten örtlich beschränkt oder ausgedehnt? Und schließlich: Wie viele getötete, verletzte und vertriebene Zivilpersonen gab es infolge der Kämpfe? Diese Kriterien dürfen zwar nicht als erschöpfende Auflistung und als auf alle künftigen Fälle anwendbar verstanden werden, doch ist der Gerichtshof im vorliegenden Fall der Auffassung, dass sie einen geeigneten Maßstab für die Beurteilung des Grads an Gewalt in Mogadischu abgeben.

2.2.2. Einzelstaatliche Gerichte

Eine Reihe von Gerichten in den Mitgliedstaaten hat sich bei der Beurteilung des Grads an Gewalt in bewaffneten Konflikten für die Zwecke von Artikel 15 Buchstabe c für einen ähnlichen Ansatz entschieden. Bei den angewandten Methoden und der Gewichtung der verschiedenen Indikatoren sind jedoch leichte Unterschiede zu erkennen.

Das UKUT befand, dass die Verknüpfung zwischen dem allgemeinen bewaffneten Konflikt und der willkürlichen Gewalt, die eine Gefahr für Leben oder Unversehrtheit der Person darstellt, besteht, wenn in dem Konflikt Kampfmethoden (ob nach dem Kriegsrecht zulässig oder nicht) zum Einsatz kommen, die eine unmittelbare oder mittelbare Gefahr für Nicht-Kombattanten bedeuten. ⁽⁸⁵⁾ Für das Gericht bedeutete dies, dass bei der Beurteilung des Gewaltniveaus mit Blick auf Artikel 15 Buchstabe c das Augenmerk zuallererst auf den Beweisen betreffend die Zahl der getöteten oder verwundeten Zivilpersonen liegen sollte. ⁽⁸⁶⁾ Dessen ungeachtet unterstrich der Gerichtshof, es sei bei der Beurteilung des Grads an Gewalt ein inklusiver Ansatz schließlich. Ein solcher Ansatz verlangt eine sowohl quantitative als auch qualitative Analyse des Gewaltniveaus. In einer quantitativen Analyse geht es um die Zahl der getöteten oder verwundeten Zivilpersonen, die Zahl der sicherheitsrelevanten Zwischenfällen usw. Bei einer qualitativen Analyse herrschender Gewalt sind die Auswirkungen von Gewaltandrohungen ebenso wie die eigentliche physische Gewalt, das Verhalten der Parteien in dem bewaffneten Konflikt sowie kumulative Effekte bei bereits länger andauernden Konflikten zu berücksichtigen. Ein inklusiver Ansatz, der sowohl quantitativ als auch qualitativ ist, sollte über die reine Ermittlung der Zahl betroffener (verletzter oder getöteter) Zivilpersonen hinausgehen und der Tatsache Rechnung tragen, dass Vertreibung von Bevölkerungsteilen und das Ausmaß des Staatsversagens auch wichtige Faktoren sind, die bei der Beurteilung der Frage heranzuziehen sind, ob eine Person Gefahr läuft, Opfer willkürlicher Gewalt zu werden. ⁽⁸⁷⁾ Nach Auffassung des britischen Gerichts tragen sogar gezielte Tötungen, bei denen keine Zivilpersonen, sondern nur Kombattanten zu Schaden kommen, zu einem Klima der Angst und der Unsicherheit bei, das indirekt den Grad an Gewalt noch steigert. ⁽⁸⁸⁾ Daher ist das Gericht der Auffassung: „Es kann niemals richtig sein, gezielte Gewalt einfach der Gesamtsumme willkürlicher Gewalt zu subtrahieren“. ⁽⁸⁹⁾

Das deutsche Bundesverwaltungsgericht befand, dass eine annäherungsweise quantitative Ermittlung der Gesamtzahl der in dem betreffenden Gebiet lebenden Zivilpersonen einerseits und der Akte willkürlicher Gewalt, die von den Konfliktparteien gegen das Leben oder die Unversehrtheit von Zivilpersonen in diesem Gebiet verübt werden, erforderlich sei. Darüber hinaus sei eine Gesamtbetrachtung mit Blick auf die Anzahl der Opfer und die Schwere der Schädigungen (Todesfälle und Verletzungen) bei der Zivilbevölkerung erforderlich. Insoweit könnten auch die für die Feststellung einer Gruppenverfolgung im Bereich des Flüchtlingsrechts vom Bundesverwaltungsgericht entwickelten Kriterien entsprechend herangezogen werden. ⁽⁹⁰⁾ Neben der quantitativen Ermittlung des Grads

⁽⁸⁴⁾ Asylum and Immigration Tribunal (UK), *AM & AM (armed conflict: risk categories)* Rev 1 Somalia CG [2008] UKAIT 00091 27. Januar 2009.

⁽⁸⁵⁾ *HM and Others*, zitiert in FN 26, Rdnr. 45.

⁽⁸⁶⁾ a.a.O., Rdnr. 43.

⁽⁸⁷⁾ a.a.O., Rdnrn. 271-274.

⁽⁸⁸⁾ a.a.O., Rdnr. 292.

⁽⁸⁹⁾ Upper Tribunal (UK), Urteil vom 18. Mai 2012, AK (Article 15(c)) Afghanistan CG v. the Secretary of State for the Home Department, [2012] UKUT 00163, Rdnr. 207.

⁽⁹⁰⁾ Urteil 10 C 4.09, zitiert in FN 28, Rdnr. 33.

an Gewalt bedarf es nach dem Ansatz des Bundesverwaltungsgerichts einer wertenden Gesamtbetrachtung des statistischen Materials mit Blick auf die Anzahl der Opfer und die Schwere der Schädigungen (Todesfälle und Verletzungen) bei der Zivilbevölkerung. Zu dieser wertenden Gesamtbetrachtung gehöre jedenfalls auch die Würdigung der medizinischen Versorgungslage in dem jeweiligen Gebiet, von deren Qualität und Erreichbarkeit die Schwere eingetretener körperlicher Verletzungen mit Blick auf die den Opfern dauerhaft verbleibenden Verletzungsfolgen abhängen könne. ⁽⁹¹⁾

In einer Rechtssache, in der es um die Sicherheitslage in Mogadischu ging, entschied der niederländische Raad van State 2010, bei der Betrachtung einer Ausnahmesituation, in der Artikel 15 Buchstabe c auf jede Person Anwendung finden sollte, müsse über die Zahl der Toten und Verletzten in dem betreffenden Gebiet hinaus auch auf andere Faktoren geachtet werden, wie Binnenvertreibung, Flüchtlinge, die das Land verlassen, und die Beliebtheit der Gewalt. ⁽⁹²⁾

Nach Auffassung des französischen Nationalen Asylgerichtshofs und des Conseil d'Etat erreicht die Intensität eines bewaffneten Konflikts in Situationen allgemeiner Gewalt den Schwellenwert von *Elgafaji*. Zwangsvertreibungen, Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und die Besetzung von Gebieten seien ebenfalls Elemente, mit deren Hilfe sich die Intensität allgemeiner Gewalt messen lasse. ⁽⁹³⁾

2.2.3. Haltung des UNHCR

Auch der UNHCR hat darauf gedrängt, dass Justizbehörden sowohl quantitative als auch qualitative Elemente im Rahmen einer „pragmatischen, ganzheitlichen und zukunftsorientierten Beurteilung“ heranziehen, die „nicht auf eine mathematische Berechnung der Wahrscheinlichkeit verkürzt werden darf“. ⁽⁹⁴⁾ Die Organisation weist darauf hin, dass im Umgang mit Statistiken Vorsicht geboten ist, da bei der Datenerhebung unterschiedliche Methoden und Kriterien angewandt werden, nicht alle Fälle von Gewalt registriert werden und der geografische und zeitliche Rahmen von Bedeutung ist, innerhalb dessen Zwischenfälle betrachtet werden. ⁽⁹⁵⁾ Neben der Anzahl sicherheitsrelevanter Zwischenfälle und Opfer (einschließlich Tod, Verletzung und anderer Bedrohungen für Personen) sollten „das allgemeine Sicherheitsumfeld im Land, die Vertreibung der Bevölkerung und die Auswirkungen der Gewalt auf die humanitäre Gesamtsituation“ berücksichtigt werden. ⁽⁹⁶⁾

2.2.4. Schlussfolgerungen - nicht erschöpfende Liste möglicher Indikatoren

Es besteht zwischen dem UKUT, dem französischen Conseil d'Etat, dem niederländischen Raad van State, dem deutschen Bundesverwaltungsgericht und dem slowenischen Obersten Gerichtshof Einigkeit dahingehend, dass das Gewaltniveau sowohl quantitativ als auch qualitativ beurteilt werden muss. Für deutsche Gerichte bildet die Beurteilung der Quantität der Gewalt zwangsläufig die Grundlage für die Beurteilung ihrer Qualität. ⁽⁹⁷⁾ Auch den angeführten Entscheidungen anderer Gerichte in Europa ist das Anliegen zu entnehmen, eine sowohl quantitative als auch qualitative Beurteilung vorzunehmen. Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass ein erhebliches Maß an Gewalt gegeben sein muss, bevor subsidiärer Schutz gewährt wird. Eine Bestimmung der Schwelle von Artikel 15 Buchstabe c ist jedoch nicht mit einer einfachen Auswertung von Zahlenmaterial zu bewerkstelligen.

In Anbetracht der sich im Fluß befindlichen Rechtsprechung wäre es unklug, sich an einer abgeschlossenen Liste möglicher Indikatoren zu versuchen, doch lässt sich gestützt auf eine Analyse wegweisender Rechtssachen einschließlich *Sufi und Elmi, K.A.B.* ⁽⁹⁸⁾ (betreffend Artikel 3 EMRK) und das deutsche Bundesverwaltungsgericht, den niederländischen Raad van State, das UKUT, den französischen Nationalen Asylgerichtshof, den slowenischen Obersten Gerichtshof (um nur einige zu nennen) und unter Bezugnahme auf die UNHCR-Richtlinien für Länder

⁽⁹¹⁾ Urteil 10 C 13.10, zitiert in FN 37, Rdnr. 23.

⁽⁹²⁾ Raad van State (Niederlande), Urteil vom 26. Januar 2010, 200905017/1/V2, ECLI:NL:RVS:2010:BL1483.

⁽⁹³⁾ *Baskarathas*, zitiert in FN 29; siehe ferner CNDA, Urteil vom 18. Oktober 2011, Nr. 10003854.

⁽⁹⁴⁾ UNHCR, *Safe at last*, FN 2, S. 104.

⁽⁹⁵⁾ a.a.O., S. 46-47.

⁽⁹⁶⁾ a.a.O., S. 104.

⁽⁹⁷⁾ H. Lambert, „The Next Frontier: Expanding Protection in Europe for Victims of Armed Conflict and Indiscriminate Violence“, *IJRL* 2013, 224.

⁽⁹⁸⁾ EGMR, Urteil vom 5. September 2013, *K.A.B. v. Schweden*, Beschwerde Nr. 886/11.

wie Irak, Somalia und Afghanistan festhalten, dass bei der Beurteilung vorrangig drei Grundsätze beachtet werden sollten:

a) Erstens: Der Ansatz muss ganzheitlich und inklusiv sein. Justizbehörden müssen eine breite Palette relevanter Variablen berücksichtigen.

b) Zweitens: Justizbehörden sollten sich nicht auf eine rein quantitative Analyse von Zahlen getötete und verletzte Zivilpersonen usw. beschränken. Der Ansatz muss sowohl qualitativ als auch quantitativ sein. Bei der Beurteilung von Quantität und Qualität sollten Justizbehörden bedenken, dass wahrscheinlich Zwischenfälle nicht erfasst wurden und es andere Unsicherheitsfaktoren gibt.

c) Drittens: Aufbauend auf der Rechtsprechung, in die wiederum Erkenntnisse aus wissenschaftlichen Studien eingeflossen sind, sollten Gerichte insbesondere prüfen, was die Beweise uns über die Indikatoren für Gewalt- und Konfliktsituationen sagen (nachstehend eine als nicht abgeschlossen verstandene Auflistung):

- Die „*Sufi und Elmi-Kriterien*“ des EGMR:
 - die Konfliktparteien und ihre relative militärische Stärke;
 - angewandte Methoden und Taktiken der Kriegsführung (Gefahr von Opfern in der Zivilbevölkerung);
 - Art der eingesetzten Waffen;
 - geografischer Bereich der Kämpfe (örtlich beschränkt oder ausgedehnt);
 - Zahl der als Folge der Kämpfe getöteten, verletzten und vertriebenen Zivilpersonen.
- die Fähigkeit oder Unfähigkeit des Staates, seine Bürger gegen Gewalt zu schützen (gegebenenfalls hilft dies bei der Ermittlung der Akteure, die möglicherweise Schutz bieten können, und bei der Feststellung ihrer tatsächlichen Aufgabe) / das Ausmaß des Staatsversagens.
- sozioökonomische Bedingungen (dazu gehört auch eine Beurteilung der wirtschaftlichen Unterstützung und anderer Formen der Unterstützung durch internationale Organisationen und NRO).
- Kumulative Effekte lang andauernder bewaffneter Konflikte.

Die Indikatoren aus dieser nicht abschließenden Auflistung sind grundsätzlich anzuwenden, wenn eine generelle oder spezifische Gefahr für einen Antragsteller zu bewerten ist. Da jeder bewaffnete Konflikt seinen eigenen Mustern folgt, ist unbedingt daran zu denken, dass eine Auflistung von Indikatoren wie die vorstehende niemals erschöpfend sein kann. Aus den Merkmalen eines bewaffneten Konflikts und seiner Opfer unter der Zivilbevölkerung können sich noch andere Indikatoren ergeben, die zu berücksichtigen wären.

2.3. Anwendung der Beurteilung mit Hilfe des „gleitenden Maßstabs“

Das aus dem Urteil *Elgafaji* abgeleitete Konzept des „gleitenden Maßstabs“ (das darin allerdings nicht als solches beschrieben wird) bietet einen Rahmen für die Beurteilung der relativen Bedeutung der Begriffe „allgemeine Gefahr“ (bei der die willkürliche Gefahr so groß ist, dass eine Person allein deshalb gefährdet ist, weil sie eine Zivilperson ist) und „spezifische Gefahr“ (bei der eine individualisierte Bedrohung besteht). Damit erhält der Wortlaut von Erwägungsgrund 35 (früher 26) in der Präambel der Anerkennungsrichtlinie praktische Wirksamkeit und wird in den Zusammenhang gestellt: Das Bestehen einer ernsthaften und individuellen Bedrohung für Zivilpersonen kann im Allgemeinen als gegeben angesehen werden, wenn der den bestehenden bewaffneten Konflikt kennzeichnende Grad willkürlicher Gewalt ein hohes Niveau erreicht: Dies ist die Dimension „allgemeine Gefahr“ von Artikel 15 Buchstabe c. Besteht eine allgemeine Gefahr, ist die Frage der Glaubhaftigkeit unerheblich, oder genauer gesagt: Die Glaubhaftigkeit des Antragstellers wird nur begrenzt auf die Frager, ob der Antragssteller aus einem bestimmten Land oder einer bestimmten Region kommt.

Auch wenn der Grad an willkürlicher Gewalt geringer ist, kann man sich trotzdem erfolgreich auf Artikel 15 Buchstabe c berufen, nämlich wenn ein Antragsteller nachweisen kann, dass er aufgrund von Faktoren, die im Zusammenhang mit persönlichen Umständen stehen besonders betroffen ist. Dies ist die Dimension der „spezifischen Gefahr“ von Artikel 15 Buchstabe c. Der gleitende Maßstab prägt die Beurteilung Situationen spezifischer Gewalt. „Der Grad willkürlicher Gewalt, der vorliegen muss, damit der Antragsteller Anspruch auf subsidiären Schutz hat, wird umso geringer sein, je mehr er möglicherweise zu belegen vermag, dass er aufgrund von seiner persönlichen

Situation innewohnenden Umständen spezifisch betroffen ist“ (*Elgafaji*, Rdnr. 39; *Diakité*, Rdnr. 31). Hier spielt die Beurteilung der Glaubhaftigkeit eine wichtige Rolle.

Die bei der Beurteilung des Grads an willkürlicher Gewalt heranzuziehenden Faktoren wurden weiter oben angeführt (siehe Abschnitt 1.3.„Willkürliche Gewalt“).

Selbstverständlich muss die Beurteilung einer spezifischen Gefahr gemäß Artikel 15 Buchstabe c ähnlich verlaufen wie die Prüfung von Anträgen auf internationalen Schutz gemäß Artikel 15 Buchstaben a und b. Dies folgt aus dem Beharren des EuGH darauf, dass „diese Vorschrift [Artikel 15 Buchstabe c] systematisch im Verhältnis zu den beiden anderen Tatbeständen des Artikels 15 der Richtlinie und deshalb in enger Beziehung zu dieser Individualisierung auszulegen ist“. ⁽⁹⁹⁾ Die Herausforderung, die sich für Richter in der einzelstaatlichen Rechtsprechung bisher (siehe weiter unten Teil II Abschnitt 2.3.1) stellt, ist, dass es oft schwer zu erkennen ist, weshalb man bei einem Antragsteller, der gefahrerh hrende persönliche Umstände für sich geltend machen kann, Artikel 15 Buchstabe c Aufmerksamkeit widmen muss, wenn der Grad an willkürlicher Gewalt nicht so hoch ist, dass Zivilpersonen generell geführt sind. Wie bereits angemerkt, könnte es durchaus sein, dass sie Anspruch auf Schutz als Flüchtling oder auf subsidiären Schutz gemäß Artikel 15 Buchstabe b ⁽¹⁰⁰⁾ oder a haben. Es kann daher durchaus sein, dass Artikel 15 Buchstabe c vor allem in den Fällen liegen wird, in denen es darum geht, ob eine allgemeine Gefahr für alle Zivilpersonen besteht.

Einzelstaatliche Rechtsprechung

Im Anschluss an *Elgafaji* entschied der französische Conseil d’Etat in *Baskarathas* ⁽¹⁰¹⁾, ein Antragsteller müsse nicht nachweisen, dass er aufgrund seiner persönlichen Situation ein besonderes Ziel von Gewalt ist, wenn die willkürliche Gewalt ein solches Ausmaß erreicht hat, dass es nachweislich ernsthafte Gründe für die Annahme gibt, dass eine Zivilperson allein durch ihre Anwesenheit im Hoheitsgebiet geführt ist, wie dies nach Auffassung des Gerichtshofs in Sri Lanka im Sommer 2009 der Fall war.

In mehreren Rechtssachen betreffend afghanische Staatsangehörige berücksichtigte der französische Nationale Asylgerichtshof das jugendliche Alter des Asylbewerbers als individuelles Element bei der Beurteilung dessen tatsächlichen Risikos, ernsthaften Schaden zu erleiden. Nach Auffassung des Gerichtshofs handelt es sich, wenn das Gewaltniveau niedriger ist, in der Beurteilung um ein die Gefahr erhöhendes Element. Daher wurde subsidiärer Schutz gewährt. Der Gerichtshof zog noch andere, mit dem niedrigen Alter verbundene Elemente heran, wie den Tod der Eltern, fehlende familiäre Bindungen, Gewaltexposition und Zwangsanwerbung durch eine der bewaffneten Gruppen. ⁽¹⁰²⁾ Ein weiteres Element, das der Gerichtshof als gefahrerh hend ansah, tauchte im Fall eines Mannes aus Nord-Kivu (Demokratische Republik Kongo) auf, in dem er befand, dass Menschen, die aus beruflichen Gründen von und nach Angola reisen müssen, Gewaltakten bewaffneter Gruppen ausgesetzt seien. ⁽¹⁰³⁾ Ein wichtiger Aspekt war die Frage, ob der Beruf des Antragstellers für ihn so identitätsstiftend ist, dass von ihm vernünftigerweise nicht erwartet werden kann, dass er den Beruf wechselt, um so möglichen Schaden abzuwenden.

Das deutsche Bundesverwaltungsgericht hat Beispiele für individuelle Umstände aufgeführt, die die Bedrohung durch willkürliche Gewaltverst rken: wenn z. B. der Beruf eines Antragstellers (wie Arzt oder Journalist) die Person zwangsläufig in die Nähe von Gewaltakten bringt. Auch persönliche Umstände wie Zugehörigkeit zu einer Religion oder Ethnie können berücksichtigt werden, sofern sie nicht die Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft zur Folge haben. Auch bei solchen persönlichen Umständen forderte das Bundesverwaltungsgericht ein hohes Niveau willkürlicher Gewalt oder eine ernsthafte Bedrohung der Zivilbevölkerung in dem Gebiet. Indikatoren hierfür können die Anzahl der Akte willkürlicher Gewalt, die Anzahl der Opfer und die Schwere der Verluste unter der Zivilbevölkerung sein. ⁽¹⁰⁴⁾

Nach Auffassung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs war die Tatsache, dass der Antragsteller der Minderheit der Hazara (Afghaistan) angehört, kein individueller „gefahrerh hender“ Umstand. Nach den dem Gerichtshof

⁽⁹⁹⁾ *Elgafaji*, zitiert in FN 5, Rdnr. 38.

⁽¹⁰⁰⁾ Siehe die Schlussanträge des Generalanwalts in *M’Bodj*, zitiert in FN 9, zum Anwendungsbereich von Artikel 15 Buchstabe b.

⁽¹⁰¹⁾ *Baskarathas*, zitiert in FN 29.

⁽¹⁰²⁾ CNDA (Frankreich), Urteil vom 21. März 2013, *M. Youma Khan*, Nr. 12025577 C; CNDA, Urteil vom 2. Juli 2012, *M. Ahmad Zai* Nr. 12006088 C; CNDA, Urteil vom 18. Oktober 2011, *M. Hosseini* Nr. 10003854 C+; CNDA, Urteil vom 3. Juni 2011 *M. Khogyani* Nr. 09001675 C; CNDA, Urteil vom 20. Dezember 2010 *M. Haidari* Nr. 10016190 C+; CNDA, Urteil vom 1. September 2010, *M. Habibi* Nr. 09016933 C+.

⁽¹⁰³⁾ CNDA, Urteil vom 5. September 2013, *M. Muela* Nr. 13001980 C.

⁽¹⁰⁴⁾ Bundesverwaltungsgericht (Deutschland), Urteil vom 20. Februar 2013, BVerwG 10 C 23.12, Rdnr. 33.

vorliegenden Erkenntnismitteln hat sich die Situation der traditionell diskriminierten Hazara insgesamt verbessert, obwohl die hergebrachten Spannungen fortbestehen und auch immer wieder aufleben. Die Hazara lebten schon immer in den Provinzen Parwar und Kabul, und nach Angaben des UNHCR sind viele Hazara in diese Region zurückgekehrt. Auch die schiitische Religionszugehörigkeit des Klägers führt angesichts der Tatsache, dass rund 15 % der afghanischen Bevölkerung schiitische Muslime sind, nicht zu einem individuell „gefährerhöhenden“ Umstand. ⁽¹⁰⁵⁾

Nach Auffassung des Oberverwaltungsgerichts für das Land Nordrhein-Westfalen ist eine erhebliche individuelle Gefahr erforderlich. Diese könne aber erst dann bejaht werden, wenn sich allgemeine Gefahren des Konflikts mit der Folge einer ernsthaften persönlichen Betroffenheit aller Bewohner der maßgeblichen Region verdichten oder sich durch individuelle gefahrenerhöhende Umstände zuspitzen. Solche individuellen gefahrenerhöhenden Umstände können sich auch aus einer Gruppenzugehörigkeit ergeben. ⁽¹⁰⁶⁾

In *HM and others* erläuterte das UKUT seine Ansichten zur Argumentation des EuGH in *Elgafaji*:

Der EuGH vertrat in dieser Rechtssache offensichtlich die Auffassung, dass einer Person, die tatsächlich Gefahr läuft, persönlich oder eher allgemein das Ziel willkürlicher Gewalt zu werden, Schutz gewährt werden kann, wenn das allgemeine Gewaltniveau nicht hoch genug ist, um die erforderliche Gefahr für jemanden darzustellen, der keinen spezifischen Grund dafür anführen könnte, von Gewalt betroffen zu sein, sofern diese nicht ein hohes Niveau erreicht. ⁽¹⁰⁷⁾

Das Gericht prüfte, ob mit Blick auf des gleitenden Maßstabs von erhöhter Gefahr für Zivilpersonen im Irak gesprochen werden könnte, die Sunniten oder Schiiten oder Kurden oder frühere Mitglieder der Baath-Partei waren. Es entschied, dass generell nicht davon gesprochen werden kann. In Rdnr. 297 führte das Gericht aus:

Aus unserer Sicht ergeben die anderen Beweismittel im Zusammenhang mit Sunniten und Schiiten ein ähnliches Bild. Aus den oben angeführten Gründen sind wir der Ansicht, dass die Beweismittel nicht ausreichen, um eine Person allein aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu den Sunniten oder Schiiten einer „Kategorie in erhöhter Gefahr“ gemäß Artikel 15 Buchstabe c zuzuordnen; wir akzeptieren jedoch, dass eine Person je nach den individuellen Umständen und vor allem bei der Aussicht, in ein Gebiet zurückzukehren, in dem ihre sunnitischen oder schiitischen Brüder in der Minderheit sind, eine tatsächliche Gefahr im Sinne von Artikel 15 Buchstabe c geltend machen kann. (Sie kann natürlich auch in der Lage sein, eine tatsächliche Verfolgungsgefahr nach der Flüchtlingskonvention oder eine gegen Artikel 3 EMRK verstoßende Behandlung anzuführen).

2.4. Geografischer Anwendungsbereich: Land/Gebiet/Region

Justizbehörden, denen Nachweise für das Vorliegen eines bewaffneten Konflikts im Herkunftsland vorliegen, müssen das geografische Ausmaß dieses Konflikts bestimmen. Hat die willkürliche Gewalt im ganzen Land ein so hohes Niveau erreicht, dass Personen allein aufgrund ihrer Eigenschaft als Zivilpersonen Gefahren wie den in Artikel 15 Buchstabe c aufgeführten ausgesetzt sind, hat der Antragsteller Anspruch auf subsidiären Schutz. Ist jedoch das Gebiet des Landes, das von einem so hohen Grad an willkürlicher Gewalt betroffen ist, geografisch nur auf einen Teil oder mehrere Teile des Herkunftslands beschränkt, dann hängt die Fähigkeit des Antragstellers, zu beweisen, dass er allein aufgrund der Tatsache, dass er eine Zivilperson ist, in seinem Heimatgebiet tatsächlich Gefahr läuft, im Sinne von Artikel 15 Buchstabe c einen ernsthaften Schaden zu erleiden, davon ab, ob sein Herkunftsgebiet zu denen gehört, in denen ein hohes Niveau willkürlicher Gewalt herrscht (es sei denn, der betreffende Mitgliedstaat wendet Artikel 8 nicht an). Zu bewerten sind auch die praktischen Modalitäten der Reise in diesen Teil des Landes und des Aufenthalts bzw. der Niederlassung dort, so dass festgestellt werden kann, ob vom Antragsteller vernünftigerweise eine Umsiedlung dorthin erwartet werden kann. Zu den Faktoren, die zu berücksichtigen sind, können die Sicherheit rund um den Flughafen/die Stadt, über den /in die der Antragsteller zurückkehrt, sowie die Sicherheitslage entlang der Route gehören, über die er in das Gebiet reist, in dem der Konflikt nicht besteht. In einem Land, in dem intern die Freizügigkeit beschränkt ist, muss möglicherweise über die Rechtmäßigkeit der Ansiedlung in diesem Gebiet entschieden werden. Kann eine Person das Zielgebiet

⁽¹⁰⁵⁾ Bayerischer Verwaltungsgerichtshof (Deutschland), Urteil vom 3. Februar 2011, 13a B 10.30394.

⁽¹⁰⁶⁾ Oberverwaltungsgericht für Nordrhein-Westfalen (Deutschland), Urteil vom 29. Oktober 2010, 9 A 3642/06.A.

⁽¹⁰⁷⁾ *HM and Others*, zitiert in FN 26, Rdnr. 40.

wegen des bewaffneten Konflikts im Land nicht erreichen, gilt, wie bereits ausgeführt, eine Gefahr im Sinne von Artikel 15 Buchstabe c im Herkunftsgebiet als festgestellt.

2.5. Interner Schutz

Die Bestimmungen über internen Schutz in Artikel 8 Absatz 2 sprechen von „einem Teil des Herkunftslandes“. Es versteht sich, dass im Fall der Feststellung, dass aufgrund willkürlicher Gewalt die Gefahr eines ernsthaften Schadens im Sinne von Artikel 15 Buchstabe c besteht, die Gerichte (es sei denn, der betreffende Mitgliedstaat wendet Artikel 8 nicht an) zu dem Schluss kommen mussten, dass interner Schutz nicht verfügbar ist.

Ein Antragsteller hat dann keine realistische interne Schutzalternative, wenn in dem/den alternative(n) Teil/Teilen des Landes entweder i) ebenfalls eine tatsächliche Gefahr besteht, ernsthaften Schaden zu erleiden (gegen den kein wirksamer Schutz besteht), oder ii) vom Antragsteller vernünftigerweise nicht erwartet werden kann, dass er dorthin umsiedelt, oder iii) der Antragsteller gar nicht in diesen Teil/diese Teile gelangen könnte⁽¹⁰⁸⁾. Bei der Prüfung der Frage, ob in (einem) anderen Teil/Teilen des Landes Schutz vor ernsthaftem Schaden besteht, muss die Art des Schutzes untersucht werden, wobei gemäß Artikel 7 die Quelle des Schutzes, seine Wirksamkeit und die Frage zu berücksichtigen sind, ob er nicht nur vorübergehender Natur ist.

Gemäß Artikel 8 Absatz 2 berücksichtigen die Mitgliedstaaten zum Zeitpunkt der Entscheidung die allgemeinen Gegebenheiten im Herkunftsland. Nach Auffassung des UKUT bedeutet dies keine Beweislast für den Staat dahingehend, dass es einen Landesteil gibt, in den zu gehen und zu leben von einem Antragsteller, der begründete Furcht vor seiner Heimatregion hat, vernünftigerweise erwartet werden kann. Die Beweislast liegt beim Antragsteller, doch ist in der Praxis die Frage der internen Umsiedlung vom Staat anzusprechen, und es ist dann Sache des Antragstellers, zu beweisen, dass es nicht zumutbar wäre, dorthin umzusiedeln.⁽¹⁰⁹⁾

2.5.1. Artikel 8 (in der ursprünglichen Fassung und in der Neufassung der Anerkennungsrichtlinie)

Zwischen der ursprünglichen und der neuen Fassung von Artikel 8 bestehen Unterschiede, die bisher vom EuGH noch nicht untersucht wurden, aber praktische Auswirkungen haben können. Artikel 8 in seiner ursprünglichen Fassung⁽¹¹⁰⁾ anerkennt, dass die Bedrohung möglicherweise nicht im gesamten Herkunftsland besteht, und dass daher ein Antragsteller keinen internationalen Schutz benötigt, wenn von einer Person vernünftigerweise erwartet werden kann, sich in einem anderen Landesteil aufzuhalten, auch wenn praktische Hindernisse für eine Rückkehr in das Herkunftsland bestehen. Die Neufassung der AR (siehe weiter oben Abschnitt 1.8) modifiziert diese Bestimmung, denn nunmehr wird nicht nur gefordert, dass von einem Antragsteller vernünftigerweise erwartet werden kann, dass er sich in diesem Landesteil aufhält, sondern auch, dass er sicher und legal in diesen Landesteil reisen kann, dort aufgenommen wird und vernünftigerweise erwartet werden kann, dass er sich dort niederlässt. Von „praktischen Hindernissen“, ein Begriff, der nur schwer auszulegen war, ist hier nicht mehr die Rede. Man könnte nun durchaus argumentieren, dass die Formulierung dieser Aspekte der Bestimmung in der Neufassung klarstellen soll, was in der ursprünglichen Formulierung implizit enthalten war.

⁽¹⁰⁸⁾ i) wird mitunter als „Sicherheitselement“; ii) als „Zumutbarkeitselement“ und iii) als „Zugangselement“ bezeichnet.

⁽¹⁰⁹⁾ Upper Tribunal (UK), Urteil vom 25. November 2011, *AMM and others (conflict; humanitarian crisis; returnees; FGM) Somalia v. Secretary of State for the Home Department*, CG [2011] UKUT 00445 (IAC). Zur neuesten Entscheidung betreffend die Lage in Mogadischu siehe die Entscheidung des Upper Tribunal in *MOJ and others (Return to Mogadishu) (Rev1) (CG) [2014] UKUT 442 (IAC)*.

⁽¹¹⁰⁾ Artikel 8, ursprüngliche Fassung (noch immer für Irland und das Vereinigte Königreich geltend (siehe FN 1)), besagt:

„Interner Schutz

1. Bei der Prüfung des Antrags auf internationalen Schutz können die Mitgliedstaaten feststellen, dass ein Antragsteller keinen internationalen Schutz benötigt, sofern in einem Teil des Herkunftslandes keine begründete Furcht vor Verfolgung bzw. keine tatsächliche Gefahr, einen ernsthaften Schaden zu erleiden, besteht und von dem Antragsteller vernünftigerweise erwartet werden kann, dass er sich in diesem Landesteil aufhält.

2. Bei der Prüfung der Frage, ob ein Teil des Herkunftslandes die Voraussetzungen nach Absatz 1 erfüllt, berücksichtigen die Mitgliedstaaten die dortigen allgemeinen Gegebenheiten und die persönlichen Umstände des Antragstellers zum Zeitpunkt der Entscheidung über den Antrag.

3. Absatz 1 kann auch dann angewandt werden, wenn praktische Hindernisse für eine Rückkehr in das Herkunftsland bestehen.“

In der Neufassung der AR wird auch der Begriff „niederlassen“ verwendet ⁽¹¹¹⁾, also nicht mehr „aufhalten“ wie in der ursprünglichen Fassung der Richtlinie, und es könnte sein, dass damit eine Situation größere Stabilität ins Auge gefasst wird.

Artikel 8 Absatz 2 der Neufassung der Anerkennungsrichtlinie sieht für Mitgliedstaaten bei der Prüfung der Frage, ob ein Antragsteller über eine realistische interne Schutzalternative verfügt, die Verpflichtung vor, genaue und aktuelle Informationen aus relevanten Quellen über die Gegebenheiten in dem/den vorgeschlagenen alternativen Gebiet(en) des Landes einzuholen:

[...] berücksichtigen die Mitgliedstaaten zum Zeitpunkt der Entscheidung über den Antrag die dortigen allgemeinen Gegebenheiten und die persönlichen Umstände des Antragstellers gemäß Artikel 4. Zu diesem Zweck stellen die Mitgliedstaaten sicher, dass genaue und aktuelle Informationen aus relevanten Quellen, wie etwa Informationen des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge oder des Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen, eingeholt werden.

⁽¹¹¹⁾ Dieser Begriff wird auch vom EGMR verwendet; siehe Urteil vom 11. Januar 2007, *Salah Skeekh ./. Niederlande*, Beschwerde Nr. 1948/04 [2007] EGMR 36, Rdnr. 141: „Nach Auffassung des Gerichts muss eine Reihe von Garantien bestehen, damit interne Fluchtalternativen herangezogen werden können: Die abzuschiebende Person muss in der Lage sein, in das betreffende Gebiet zu reisen, muss dort aufgenommen werden und sich dort niederlassen können; andernfalls stellt sich die Frage nach einem Verstoß gegen Artikel 3, zumal, wenn in Ermangelung solcher Garantien der Abzuschiebende in einen Teil seines Herkunftslandes gerät, in dem er möglicherweise misshandelt wird.“

ANHANG A - Entscheidungsbaum

A. FLÜCHTLINGSSCHUTZ ABGELEHNT?	
Subsidiärer Schutz kann nur Personen gewährt werden, die die Voraussetzungen für die Anerkennung als Flüchtling nicht erfüllen (Artikel 2 Buchstabe f).	
B. BRINGT DIE LAGE IN DER HERKUNFTSREGION EINE GEFAHR IM SINNE VON ARTIKEL 15 BUCHSTABE C MIT SICH?	
	1. Ist die Lage in der Herkunftsregion des Antragstellers durch einen bewaffneten Konflikt gekennzeichnet?
	2. Falls dem so ist: Herrscht dort willkürliche Gewalt in einem so hohen Maß, dass Personen tatsächlich Gefahr laufen, einen ernsthaften Schaden zu erleiden, nur weil sie Zivilpersonen sind? (<i>Die Frage der „allgemeinen Gefahr“</i>)?
	3. Selbst wenn die zweite Frage verneint wird: Kann ein Antragsteller dessen ungeachtet die Gefahr eines ernsthaften Schadens durch (eine) spezifische Gefahr(en) belegen, der/denen er aufgrund persönlicher Umstände in Verbindung mit dem Hintergrund (des geringeren Niveaus) willkürlicher Gewalt ausgesetzt ist? Je deutlicher ein Antragsteller belegen kann, dass er spezifisch betroffen ist, desto niedriger muss das Niveau willkürlicher Gewalt sein (<i>Die Frage der „spezifischen Gefahr“</i>).
Um eine dieser Fragen bejahen zu können, müssen die Justizbehörden der Auffassung sein, dass es keinen wirklichen Schutz gegen einen derartigen ernsthaften Schaden gemäß Artikel 7 gibt (<i>Die Frage nach dem Schutz</i>)	
Da davon ausgegangen wird, dass die Herkunftsregion eines Antragstellers auch sein Zielgebiet ist, kann die Frage erforderlich sein, ob er dieses sicher erreichen kann. Falls dem nicht so ist, muss davon ausgegangen werden, dass der Antragsteller eine tatsächliche Gefahr nachgewiesen hat, auf dem Weg in das Zielgebiet einen ernsthaften Schaden zu erleiden, und dass dies ausreicht, um B zu bejahen.	
C. KEINE MÖGLICHKEIT INTERNEN SCHUTZES?	
Werden die Fragen 2 oder 3 bejaht, kann noch immer gefragt werden (es sei denn, der betreffende Mitgliedstaat wendet Artikel 8 nicht an), ob ein Antragsteller im Einklang mit Artikel 8 einen ernsthaften Schaden durch Niederlassung in einem anderen Teil des Herkunftslandes vermeiden kann.	
Bei dieser Untersuchung (die sich auf genaue und aktuelle Informationen aus relevanten Quellen stützen muss) ist zu fragen, ob	
	<ul style="list-style-type: none">• der Antragsteller in diesem anderen Landesteil vor ernsthaftem Schaden geschützt ist;• der Antragsteller sicher und legal in diesen Landesteil reisen kann und dort aufgenommen wird;• von dem Antragsteller vernünftigerweise erwartet werden kann, dass er sich dort niederlässt.
Zur Beantwortung der Frage, ob ein anderer Landesteil sicher ist, muss gefragt werden, ob dort für den Antragsteller keine tatsächliche Gefahr besteht, einen ernsthaften Schaden zu erleiden (gegen den kein wirksamer Schutz besteht).	
Damit ein anderer Landesteil als zugänglich bezeichnet werden kann, muss der Antragsteller in der Lage sein, dorthin zu reisen / dort hinzugelangen und muss er dort aufgenommen werden, ohne daran durch rechtliche oder praktische Hindernisse behindert zu werden (z. B. das Erfordernis, eine bestimmte Art von Identitätspapier zu haben, oder durch insgesamt unpassierbare Straßen oder durch mangelnde Sicherheit entlang der Route).	
Damit von einem Antragsteller vernünftigerweise erwartet werden kann, dass er sich in einem anderen Landesteil niederlässt, muss gefragt werden, ob dies für ihn eine unzumutbare Härte darstellt.	
Damit sich ein Antragsteller dort niederlassen kann, muss gewährleistet sein, dass er sich dort auf Dauer und ohne Bedingungen aufhalten darf.	
D. ANSPRUCH AUF SUBSIDIÄREN SCHUTZ	
Lautet die Antwort in den Abschnitten B und C „Ja“, erfüllt der Antragsteller die Bedingungen von Artikel 15 Buchstabe c und hat (sofern keine Gründe für Ausschluss oder Erlöschen vorliegen) seinen Anspruch auf subsidiären Schutz nachgewiesen.	

ANHANG B - Methodik

Methodik für die berufliche Fortbildung von Mitgliedern von Gerichten

Hintergrund und Einführung

In Artikel 6 der EASO-Gründungsverordnung⁽¹¹²⁾ (nachstehend „die Verordnung“) heißt es, dass die Agentur Schulungen für die Mitglieder der Gerichte in den Mitgliedstaaten einrichtet und das Schulungsangebot fortentwickelt. Zu diesem Zweck nutzt das EASO das Fachwissen akademischer Einrichtungen und anderer einschlägiger Organisationen und berücksichtigt dabei die in diesem Bereich bestehende Kooperation der Union unter uneingeschränkter Achtung der Unabhängigkeit der einzelstaatlichen Gerichtsbarkeit.

Mit dem Ziel der Förderung besserer Qualitätsstandards und einheitlicher Entscheidungen in der gesamten EU und im Einklang mit seinem gesetzlichen Auftrag bietet das EASO in zweifacher Hinsicht Unterstützung für Schulungen, nämlich mit der Ausarbeitung und Veröffentlichung von Fortbildungsmaterial und der Organisation von Fortbildungsaktivitäten. In der vorliegenden Methodik legt das EASO die Verfahren dar, nach denen seine Fortbildungsaktivitäten durchgeführt werden.

Bei der Wahrnehmung dieser Aufgaben hält sich das EASO strikt an die 2013 angenommenen Konzepte und Grundsätze für die Zusammenarbeit des EASO mit Gerichten.⁽¹¹³⁾

Fortbildungsprogramm

Inhalt und Geltungsbereich – Im Einklang mit dem in der Verordnung formulierten gesetzlichen Auftrag und in Zusammenarbeit mit Gerichten verabschiedet das EASO ein Fortbildungsprogramm, mit dem Mitgliedern von Gerichten ein vollständiger Überblick über das Gemeinsame Europäische Asylsystem (nachstehend „GEAS“) vermittelt werden soll. Unter Berücksichtigung des vom EASO-Netzwerk gemeldeten Bedarfs, der Entwicklungen in der europäischen und einzelstaatlichen Rechtsprechung, des Ausmaßes unterschiedlicher Auslegungen einschlägiger Bestimmungen und der Entwicklungen in diesem Bereich soll Material in Anlehnung an folgende Struktur, jedoch nicht nur nach dieser Struktur erarbeitet werden (ohne Rangordnung):

1. Einführung in das GEAS und Rolle und Zuständigkeiten der Gerichte im Bereich des internationalen Schutzes
2. Zugang zu Verfahren zur Gewährung internationalen Schutzes und Grundsatz der Nicht-Zurückweisung
3. Kriterien für Schutzgewährung und subsidiären Schutz unter Berücksichtigung der EU-Anerkennungsrichtlinie⁽¹¹⁴⁾
4. Beweismäßigkeit und Glaubwürdigkeit
5. Ausschlussgründe und Beendigung der Flüchtlingseigenschaft unter Berücksichtigung der EU-Anerkennungsrichtlinie
6. Internationaler Schutz in Konfliktsituationen:
7. Flüchtlingsschutz in Konfliktsituationen
8. Durchführung von Artikel 15 Buchstabe c der EU-Anerkennungsrichtlinie

⁽¹¹²⁾ Verordnung (EU) Nr. 439/2010 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Mai 2010 zur Einrichtung eines Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen, in: *Amtsblatt* L 132 vom 29.5.2010, S. 11, <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2010:132:0011:0028:DE:PDF>.

⁽¹¹³⁾ Vermerk über die Zusammenarbeit des EASO mit den Gerichten der Mitgliedstaaten, 21. August 2013.

⁽¹¹⁴⁾ Richtlinie 2011/95/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2011 über Normen für die Anerkennung von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen als Personen mit Anspruch auf internationalen Schutz, für einen einheitlichen Status für Flüchtlinge oder für Personen mit Anrecht auf subsidiären Schutz und für den Inhalt des zu gewährenden Schutzes (Neufassung), in: *Amtsblatt* L 337 vom 20.12.2011, S. 9, <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2011:337:0009:0026:DE:PDF>.

9. Aufnahme vor dem Hintergrund der EU-Richtlinie über die Aufnahmebedingungen ⁽¹¹⁵⁾
10. Bearbeitung von Dublin-Fällen unter Berücksichtigung der Dublin III-Verordnung ⁽¹¹⁶⁾
11. Verfahrensaspekte unter Berücksichtigung der EU-Asylverfahrensrichtlinie ⁽¹¹⁷⁾
12. Zugang zu im EU-Rechtsrahmen verankerten Rechten nach der Gewährung internationalen Schutzes
13. Rückführungsverfahren unter Berücksichtigung der EU-Rückführungsrichtlinie ⁽¹¹⁸⁾
14. Beurteilung und Verwendung von Herkunftslandinformationen
15. Zugang zu einem wirksamen Rechtsbehelf im Einklang mit den Rechtsakten des GEAS

Die inhaltlichen Einzelheiten des Programms sowie die Reihenfolge, in der die Kapitel ausgearbeitet werden sollen, werden nach einer Bedarfsermittlung festgelegt, die in Zusammenarbeit mit dem EASO-Netzwerk der Gerichte (nachstehend „EASO-Netzwerk“) vorgenommen wird; diesem Netzwerk gehören derzeit die nationalen EASO-Kontaktstellen in den Gerichten der Mitgliedstaaten, der Gerichtshof der EU (EuGH), der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) und die beiden Verbände an, mit denen das EASO einen formellen Briefwechsel unterhält, nämlich dem Internationalen Verband der Richter für Flüchtlingsrecht (nachstehend „IARLJ“) und der Vereinigung der europäischen Verwaltungsrichter (nachstehend „AEAJ“). Ferner werden bei Bedarf noch andere Partner konsultiert, darunter das UNHCR, die EU-Grundrechteagentur (FRA), das Europäische Netz für justizielle Ausbildung (EJTN) und die Europäische Rechtsakademie (ERA). Sie werden ferner im jährlichen Arbeitsplan des EASO aufscheinen, der im Rahmen der Planungs- und Koordinierungssitzungen des EASO angenommen wird.

Hinzuziehung von Experten

Redaktionsteams – Das Programm wird vom EASO in Zusammenarbeit mit dem EASO-Netzwerk in verschiedenen Arbeitsgruppen (Redaktionsteams) für die einzelnen Kapitel erarbeitet. Die Redaktionsteams setzen sich aus Experten zusammen, die über das EASO-Netzwerk benannt und anhand konkreter Kriterien ausgewählt werden. Im Einklang mit dem EASO-Arbeitsprogramm und dem konkreten Plan, der auf den jährlichen Planungs- und Koordinierungssitzungen angenommen wird, veröffentlicht das EASO einen Aufruf zur Interessenbekundung für Experten, die dann die einzelnen Kapitel ausarbeiten sollen.

Die Aufforderung wird dem EASO-Netzwerk unter Angabe des Themas des Kapitels, der vermutlichen Frist und der Anzahl der benötigten Experten übermittelt. Die nationalen EASO-Kontaktstellen werden dann aufgefordert, mit Gerichten Kontakt wegen der Ermittlung von Experten aufzunehmen, die Interesse zeigen und für einen Beitrag zu dem Kapitel zur Verfügung stehen.

Auf der Grundlage der eingegangenen Benennungen legt das EASO dem EASO-Netzwerk einen Vorschlag für die Zusammenstellung des Redaktionsteams vor. Dieser Vorschlag wird vom EASO anhand folgender Kriterien formuliert:

1. Sollte die Zahl der eingegangenen Nominierungen der Zahl der benötigten Experten entsprechen oder darunter liegen, werden alle nominierten Experten automatisch zur Mitarbeit im Redaktionsteam aufgefordert.
2. Sollten mehr Experten nominiert als benötigt werden, trifft das EASO eine mit Gründen versehene Vorauswahl von Experten. Die Vorauswahl läuft folgendermaßen ab:
 - Das EASO räumt bei der Auswahl Experten den Vorrang ein, die während des gesamten Prozesses für eine Mitarbeit zur Verfügung stehen und auch an allen Expertensitzungen teilnehmen können.

⁽¹¹⁵⁾ Richtlinie 2013/33/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 zur Festlegung von Normen für die Aufnahme von Personen, die internationalen Schutz beantragen (Neufassung), in: *Amtsblatt* L 180 vom 29.6.2013, S. 96, <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2013:180:0096:0116:EN:PDF>.

⁽¹¹⁶⁾ Verordnung (EU) Nr. 604/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 zur Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen in einem Mitgliedstaat gestellten Antrags auf internationalen Schutz zuständig ist (Neufassung), in: *Amtsblatt* L 180 vom 29.6.2013, S. 31, <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32013R0604&from=de>.

⁽¹¹⁷⁾ Richtlinie 2013/32/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 zu gemeinsamen Verfahren für die Zuerkennung und Aberkennung des internationalen Schutzes (Neufassung), in: *Amtsblatt* L 180 vom 29.6.2013, S. 60, <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32013L0032&from=de>.

⁽¹¹⁸⁾ Richtlinie 2008/115/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 über gemeinsame Normen und Verfahren in den Mitgliedstaaten zur Rückführung illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger, in: *Amtsblatt* L 348 vom 24.12.2008, S. 98, <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32008L0115&from=DE>.

- Sollte aus einem Mitgliedstaat mehr als ein Experte benannt werden, wendet sich das EASO an die Kontaktstelle und bittet sie, einen Experten auszuwählen. Auf diese Weise können mehr Mitgliedstaaten in der Gruppe vertreten sein.
- Das EASO schlägt dann vor, dass Mitgliedern von Gerichten der Vorrang gegenüber juristischen Mitarbeitern oder Berichterstattern eingeräumt wird.
- Sollten noch immer mehr Experten nominiert als benötigt werden, legt das EASO einen mit Gründen versehenen Vorschlag für eine Auswahl vor, der das Eingangsdatum der Benennungen (die zuerst eingegangenen werden vorrangig behandelt) sowie das Interesse des EASO an einer breitgefächerten regionalen Vertretung berücksichtigt.

Das EASO fordert ferner das UNHCR auf, einen Vertreter für das Redaktionsteam zu benennen.

Das EASO-Netzwerk wird aufgefordert, sich innerhalb von höchstens 10 Tagen zu der vorgeschlagenen Auswahl von Experten zu äußern und/oder Vorschläge zu unterbreiten. Bei der Endauswahl wird den Ansichten des EASO-Netzwerks Rechnung getragen und die Zusammensetzung des Redaktionsteams bestätigt.

Konsultationsprozess – Im Einklang mit der Verordnung leitet das EASO eine Konsultation zur Ausarbeitung der Materialien ein. Mit Blick auf diesen Konsultationsprozess veröffentlicht das EASO einen Aufruf zur Interessenbekundung, der an die Mitglieder des EASO-Beirats gerichtet ist, darunter Vertreter von Mitgliedstaaten, Organisationen der Zivilgesellschaft, anderen einschlägigen Organisationen und der Wissenschaft, sowie an andere Experten oder Wissenschaftler, die vom EASO-Netzwerk der Gerichte empfohlen werden.

Unter Berücksichtigung des Fachwissens der reagierenden Experten im jeweiligen Rechtsgebiet und ihrer Vertrautheit damit sowie der Auswahlkriterien des EASO-Beirats legt das EASO dem EASO-Netzwerk einen mit Gründen versehenen Vorschlag vor, der abschließend bestätigt, wer in die Konsultation eingebunden wird. Im Anschluss daran können die Teilnehmer am Konsultationsprozess aufgefordert werden, in ihren Beiträgen entweder auf alle Entwicklungen einzugehen oder sich auf Bereiche zu konzentrieren, in denen sie über besonderen Sachverstand verfügen.

Die EU-Grundrechteagentur (FRA) wird zur Teilnahme an der Konsultation aufgefordert.

Ausarbeitung des Programms

Vorbereitungsphase – Bevor die eigentliche Redaktionsphase beginnt, stellt das EASO diverse Materialien zusammen, darunter, wenn auch nicht ausschließlich:

1. ein Verzeichnis sachdienlicher Quellen und verfügbarer Materialien zum Thema
2. eine Zusammenstellung europäischer und einzelstaatlicher Rechtsprechung zum Thema

Die Teilnehmer am Konsultationsprozess sowie das EASO-Netzwerk ⁽¹¹⁹⁾ spielen in der Vorbereitungsphase eine wichtige Rolle. Zu diesem Zweck teilt das EASO den Teilnehmern am Konsultationsprozess und dem EASO-Netzwerk das Thema des jeweiligen Kapitels mit und übermittelt einen Entwurf des Vorbereitungsmaterials zusammen mit der Aufforderung, weitere Informationen einzureichen, die für die Ausarbeitung von Belang sein könnten. Diese Informationen fließen in die Materialien ein, die dann an das jeweilige Redaktionsteam weitergegeben werden.

Prozess der Abfassung – Das EASO organisiert für die Abfassung jedes Kapitels mindestens zwei Arbeitssitzungen. Während der ersten Sitzung erledigt das Redaktionsteam Folgendes:

- Ernennung eines oder mehrerer Koordinatoren für den Prozess der Abfassung
- Entwicklung der Gliederung des Kapitels und Einigung auf eine Arbeitsmethode
- Verteilung der Aufgaben im Prozess der Abfassung
- Ausarbeitung der Grundzüge des Inhalts des Kapitels

⁽¹¹⁹⁾ Auch das UNHCR wird konsultiert.

Koordiniert von Teamkoordinator und in enger Zusammenarbeit mit dem EASO erstellt das Team einen vorläufigen Entwurf des betreffenden Kapitels.

Während der zweiten Sitzung erledigt die Gruppe Folgendes:

- Überarbeitung des vorläufigen Entwurfs und Einigung auf den Inhalt
- Gewährleistung der Kohärenz aller Teile und Beiträge zum Entwurf
- Überprüfung des Entwurfs aus didaktischer Perspektive

Bei Bedarf kann die Gruppe dem EASO zusätzliche Sitzungen vorschlagen, auf denen weiter an dem Entwurf gearbeitet wird. Nach seiner Fertigstellung wird der Entwurf dem EASO vorgelegt.

Qualitätsprüfung – Das EASO übermittelt den vom Redaktionsteam fertiggestellten ersten Entwurf dem EASO-Netzwerk, dem UNHCR und den Teilnehmern am Konsultationsprozess, die gebeten werden, das Material durchzusehen und damit der Arbeitsgruppe bei der Verbesserung der Qualität des endgültigen Entwurfs zu helfen.

Alle eingehenden Anregungen werden an den Koordinator des Redaktionsteams weitergeleitet, der dann gemeinsam mit dem Redaktionsteam die Anregungen prüft und einen endgültigen Entwurf erstellt. Alternativ kann der Koordinator zur Prüfung der Anregungen die Abhaltung einer weiteren Sitzung vorschlagen, wenn die Anregungen besonders weitgehend sind oder Struktur und Inhalt des Kapitels erheblich ändern würden.

Im Namen des Redaktionsteams legt der Koordinator dann das Kapitel dem EASO vor.

Verfahren zur Aktualisierung – Im Zusammenhang mit den jährlichen Planungs- und Koordinierungssitzungen fordert das EASO das EASO-Netzwerk auf, sich zur Notwendigkeit einer Aktualisierung des Kapitels des Programms zu äußern.

Nach diesem Meinungsaustausch kann das EASO

- geringfügige Aktualisierungen vornehmen und dabei unter anderem relevante Entwicklungen in der Rechtsprechung aufnehmen, um die Qualität des Kapitels zu verbessern. In diesem Fall bereitet das EASO direkt einen ersten Aktualisierungsvorschlag vor, dessen Annahme durch das EASO-Netzwerk erfolgt;
- die Einsetzung eines Redaktionsteams verlangen, das ein oder mehrere Kapitel des Programms auf den neuesten Stand bringt. In diesem Fall erfolgt die Aktualisierung nach dem gleichen Verfahren wie die Ausarbeitung des Programms.

Umsetzung des Programms

In Zusammenarbeit mit den Mitgliedern des EASO-Netzwerks und relevanten Partnern (z. B. EJTN, ERA usw.) unterstützt das EASO den Einsatz des Schulungsprogramms durch einzelstaatliche Schulungseinrichtungen. Die Unterstützung durch das EASO umfasst unter anderem:

Leitfaden für Seminarleiter – Nach dem gleichen Verfahren, wie es für die Ausarbeitung der verschiedenen Kapitel des Programms gilt, bildet das EASO ein Redaktionsteam, das einen Leitfaden für Seminarleiter erstellt. Der Leitfaden soll Seminarleitern ein praktisches Referenzbuch sein und ihnen Hilfestellung bei der Organisation und Moderation von Seminaren im Rahmen des Fortbildungsprogramms bieten.

Workshops für Seminarleiter – Im Anschluss an die Ausarbeitung der einzelnen Kapitel des Programms veranstaltet das EASO außerdem einen Workshop für Seminarleiter, bei dem ein umfassender Überblick über das Kapitel sowie über die für die Abhaltung von Workshops auf nationaler Ebene vorgeschlagene Methodik vermittelt wird.

- **Benennung von Seminarleitern und Vorbereitung des Workshops** – Das EASO wird mindestens zwei Mitglieder des Redaktionsteams um Unterstützung bei der Vorbereitung und Leitung des Workshops bitten. Sollten hierfür keine Mitglieder des Redaktionsteams zur Verfügung stehen, startet das EASO über das EASO-Netzwerk eine eigene Aufforderung an Experten, sich als Seminarleiter zu melden.

- **Auswahl von Teilnehmern** – Das EASO übermittelt dann an das EASO-Netzwerk eine Aufforderung, eine Reihe potenzieller Seminarleiter mit besonderem Sachverstand in diesem Gebiet zu benennen, die Interesse für diese Tätigkeit zeigen und für die Organisation von Workshops im Rahmen des Fortbildungsprogramms auf nationaler Ebene zur Verfügung stehen. Sollten mehr Personen nominiert werden als in der Aufforderung angegeben, trifft das EASO eine Auswahl, bei der es auf eine breite geografische Streuung achtet und vor allem Seminarleiter auswählt, die die Umsetzung des Programms auf nationaler Ebene vermutlich erleichtern. Je nach Bedarf und im Einklang mit seinem Arbeitsprogramm und dem Jahresarbeitsplan, wie sie auf den Planungs- und Koordinierungssitzungen des EASO angenommen wurden, kann das EASO die Abhaltung weiterer Workshops für Seminarleiter in Erwägung ziehen.

Nationale Workshops - In enger Zusammenarbeit mit dem EASO-Netzwerk stellt das EASO Kontakte zu wichtigen einzelstaatlichen Ausbildungseinrichtungen für Richter vor, um die Organisation von Workshops auf nationaler Ebene zu fördern. Damit fördert das EASO auch das Engagement von Mitgliedern von Gerichten, die an der Ausarbeitung des Programms beteiligt waren oder an den Workshops des EASO für Seminarleitern teilgenommen haben.

Aufbau-Workshops des EASO

Einmal jährlich führt das EASO einen Aufbau-Workshop zu ausgewählten Aspekten des GEAS mit dem Ziel durch, die praktische Zusammenarbeit und einen hochrangigen Dialog zwischen Mitgliedern von Gerichten zu fördern.

Ermittlung relevanter Bereiche – Die Aufbau-Workshops des EASO befassen sich vorrangig mit Bereichen, in denen die Auslegungen in den Mitgliedstaaten weit voneinander abweichen, bzw. mit Bereichen, in denen die Entwicklung der Rechtsprechung vom EASO-Netzwerk als wichtig erachtet wird. Im Rahmen seiner jährlichen Planungs- und Koordinierungssitzungen fordert das EASO das EASO-Netzwerk sowie das UNHCR und Mitglieder des Beirats auf, potenziell interessante Themenbereiche vorzuschlagen. Gestützt auf diese Vorschläge unterbreitet das EASO dem EASO-Netzwerk einen Vorschlag, und dieses trifft dann eine endgültige Entscheidung über das Thema des nächsten Workshops. Gegebenenfalls führen die Workshops zur Ausarbeitung von Kapiteln zu spezifischen Schwerpunkten innerhalb des Programms.

Methodik - Zur Vorbereitung der Workshops bemüht sich das EASO um die Unterstützung des EASO-Netzwerks, das zur Entwicklung der Workshop-Methodik (z. B. Falldiskussionen, simulierte Gerichtsverhandlungen usw.) und zur Zusammenstellung des Materials beiträgt. Die jeweilige Methodik entscheidet über die maximale Teilnehmerzahl für jeden Workshop.

Teilnahme an EASO-Workshops – Gestützt auf die Methodik und in Absprache mit den Richterverbänden legt das EASO für jeden Workshop eine maximale Teilnehmerzahl fest. Teilnahmeberechtigt sind Mitglieder europäischer und einzelstaatlicher Gerichte und des EASO-Netzwerks der Gerichte einschließlich EJTN, FRA, ERA und UNHCR.

Vor der Organisation eines Workshops sendet das EASO offene Einladungen an das EASO-Netzwerk der Gerichte und die vorstehend genannten Organisationen mit Angaben zum Schwerpunkt des Workshops, zur Methodik, zur maximalen Teilnehmerzahl und zur Anmeldefrist. Die Teilnehmerschaft spiegelt eine ausgewogene Vertretung von Mitgliedern von Gerichten wieder; Vorrang hat die jeweils erste Anmeldung aus einem Mitgliedstaat.

Monitoring und Evaluierung

In seinen Tätigkeiten setzt sich das EASO für einen offenen und transparenten Dialog mit dem EASO-Netzwerk, mit einzelnen Mitgliedern von Gerichten, dem UNHCR, am Konsultationsprozess beteiligten Einzelpersonen und Teilnehmern an EASO-Tätigkeiten ein, die aufgefordert sind, dem EASO alle Ansichten und Anregungen vorzutragen, die möglicherweise die Qualität seiner Tätigkeiten verbessern.

Außerdem arbeitet das EASO Evaluierungsfragebögen aus, die bei seinen Fortbildungsveranstaltungen verteilt werden. Kleinere Verbesserungsvorschläge werden vom EASO direkt berücksichtigt, das das ESO-Netzwerk im

Rahmen seiner jährlichen Planungs- und Koordinierungssitzung über die allgemeine Bewertung seiner Tätigkeiten informiert.

Gleichfalls jährlich legt das EASO dem EASO-Netzwerk einen Überblick über seine Tätigkeiten sowie eingegangene sachdienliche Vorschläge für weitere Entwicklungen vor, die auf den jährlichen Planungs- und Koordinierungssitzungen erörtert werden.

Grundsätze für die Durchführung

- Bei der Durchführung seiner Fortbildungsaktivitäten trägt das EASO der Rechenschaftspflicht des EASO gegenüber der Öffentlichkeit und den Grundsätzen angemessen Rechnung, die für den Umgang mit Steuergeldern gelten.
- Für das Fortbildungsprogramm sind das EASO sowie die europäischen und einzelstaatlichen Gerichte gemeinsam verantwortlich. Alle Partner streben eine Einigung über den Inhalt der einzelnen Kapitel an, damit gewährleistet ist, dass das Endprodukt von der Richterschaft gebilligt wurde.
- Das am Ende stehende Programm ist Bestandteil des EASO-Fortbildungsprogramms einschließlich der entsprechenden Rechte. Das EASO nimmt bei Bedarf Aktualisierungen daran vor und bindet die europäischen und einzelstaatlichen Gerichte umfassend in diesen Prozess ein.
- Alle Entscheidungen bezüglich der Durchführung des Programms und der Auswahl der Experten werden von allen Partnern einvernehmlich getroffen.
- Die Abfassung, Annahme und Durchführung des Fortbildungsprogramms erfolgt im Einklang mit der den Mitgliedern der Gerichte zur Verfügung stehenden Methodik für Fortbildungstätigkeiten.

Grand Harbour Valletta, 11. Dezember 2014

ANHANG C - Literaturverzeichnis

- Association of European Administrative Judges, 'Court Decisions on Art. 15 (c) Qualification Directive', Asylum-Immigration - Berlin 2012 Workshop, 15 February 2013.
Abrufbar unter: <http://www.aeaj.org/spip.php?article296> [aufgerufen am 20. November 2014]
- Barnes, J., 'Article 15 (c) Qualifications Directive 2004/83/EC and 2011/95/EU – A voyage of Discovery', 8 November 2012, paper prepared for the EASO Conference on Afghanistan – country of origin information and beyond, Malta, 8-9 November 2012.
- Bauloz, C., 'The Definition of Internal Armed Conflict in Asylum: The 2014 Diakité Judgment of the EU Court of Justice', *Journal of International Criminal Justice*, 12(4), 2014.
- Bauloz, C., 'The (Mis) Use of IHL under Article 15(c) of the EU Qualification Directive', in Cantor, D. and Durieux, J.-F., 'Refugee from Inhumanity? War Refugees and International Humanitarian Law', Martinus Nijhoff Publishers, 2014.
- Ben-Naftali, O., (ed.), 'International Humanitarian Law and International Human Rights Law', Oxford University Press, 2011.
- Chetail, V., 'Armed conflict and forced migration: a systematic approach to international humanitarian law, refugee law, and international human rights law', Oxford University Press, 2014, p. 700-734. In: *The Oxford handbook of international law in armed conflict*, Cote 345.2/952.
- EuGH, *Schlussanträge des Generalanwalts Paolo Mengozzi vom 18. Juli 2013: Rechtssache C 285/12, Aboubacar Diakité gegen Commissaire général aux réfugiés et aux apatrides, C 285/12*, Europäische Union: Gerichtshof der Europäischen Union, 18. Juli 2013.
Abrufbar unter: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:62012CC0285:DE:HTML#Footnote15> [aufgerufen am 20. November 2014]
- EuGH, *Schlussanträge der Generalanwältin Eleanor Sharpston vom 17. Juli 2014: Verbundene Rechtssachen C-148/13, C-149/13 und C-150/13, A, B and C, C-148/13, C-149/13 und C-150/13*, Europäische Union: Gerichtshof der Europäischen Union, 17. Juli 2014.
Abrufbar unter: <http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=155164&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=352097> [aufgerufen am 20. November 2014]
- EuGH, *Schlussanträge des Generalanwalts Yves Bot vom 17. Juli 2014: Rechtssache C 542/13, Mohamed M'Bodj gegen Conseil des ministres, C 542/13*, Europäische Union: Gerichtshof der Europäischen Union, 17. Juli 2014.
Abrufbar unter: <http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?doclang=DE&text=&pageIndex=1&part=1&mode=lst&docid=155174&occ=first&dir=&cid=139457> [aufgerufen am 20. November 2014]
- EuGH, *Schlussanträge des Generalanwalts Yves Bot vom 4. September 2014: Rechtssache C 562/13, Centre public d'action sociale d'Ottignies-Louvain-La-Neuve gegen Moussa Abdida, C 562/13*, Europäische Union: Gerichtshof der Europäischen Union, 4. September 2014.
Abrufbar unter: <http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=157401&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=228522> [aufgerufen am 20. November 2014]
- David, E., 'Internal (non- international) armed conflict'. Oxford: Oxford University Press, 2014, p. 353-362. In: *The Oxford handbook of international law in armed conflict*, Cote 345.2/952.
- Durieux, J.-F., 'Of War, Flows, Laws and Flaws: A reply to Hugo Storey', *Refugee Survey Quarterly*, 31(3), 2012, p. 161-176.
- Durieux, J.-F., 'Salah Sheekh is a Refugee: New insights into Primary and Subsidiary Forms of Protection', *Refugee Studies Centre Working Paper No 49*, October 2008.
Abrufbar unter: <http://www.rsc.ox.ac.uk/files/publications/working-paper-series/wp49-salah-sheekh-refugee-2008.pdf> [aufgerufen am 20. November 2014]
- EASO Schulungsmodul „Schutzgewährung“ (Untermodul 3 – Definition des subsidiären Schutzes).

- ELENA & ECRE, 'The Impact of the EU Qualification Directive on International Protection', October 2008, p. 26–29.
Abrufbar unter: www.ecre.org/component/downloads/downloads/131.html [aufgerufen am 20. November 2014]
- ELENA & ECRE, ELENA Advanced Course, 'Generalised Violence, Armed Conflict and the Need for International Protection', Course Booklet, 4-6 May 2012, Bologna, Italien.
- Errerra, R., 'The CJEU and Subsidiary Protection: Reflections on Elgafaji – and after', in *International Journal of Refugee Law*, Vol. 23 (2011), p. 93-112.
- Europäische Kommission, Vorschlag für eine Richtlinie des Rates über Mindestnormen für die Anerkennung und den Status von Drittstaatsangehörigen und Staatenlosen als Flüchtlinge oder als Personen, die anderweitig internationalen Schutz benötigen, KOM(2001) 510 endg.
Abrufbar unter: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2001:0510:FIN:DE:PDF> [aufgerufen am 20. November 2014]
- Europäische Kommission, Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Mindestnormen für die Anerkennung und den Status von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen als Personen mit Anspruch auf internationalen Schutz und über den Inhalt des zu gewährenden Schutzes, 21. Oktober 2009, KOM(2009) 551 endg., Begründung.
Abrufbar unter: <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52009PC0551&from=DE> [aufgerufen am 20. November 2014]
- Farrell, T. and Schmitt, O., 'The Causes, Character and Conduct of Armed Conflict, and the Effects on Civilian Populations', 1990-2010, April 2012, PPLA/2012/03.
Abrufbar unter: <http://www.refworld.org/docid/4f8c3fcc2.html> [aufgerufen am 20. November 2014]
- Fullerton, M., 'A Tale of Two Decades: War Refugees and Asylum Policy in the European Union', 2010.
Abrufbar unter: http://works.bepress.com/maryellen_fullerton/37 [aufgerufen am 20. November 2014]
- Gábor Gyulai, 'The Luxembourg Court: Conductor for a Disharmonious Orchestra? Mapping the national impact of the four initial asylum-related judgments of the EU Court of Justice', Hungarian Helsinki Committee, 6-4-2012.
Abrufbar unter: <http://helsinki.hu/wp-content/uploads/The-Luxemburg-Court-06-04-2012-final.pdf> [aufgerufen am 20. November 2014]
- Henckaerts, J. and Doswald-Beck, L., 'Customary International Humanitarian Law', Cambridge University Press, 2005.
- Home Office, Operational Systems Management, Operational Policy and Rules Unit, Asylum Process Guidance, Humanitarian Protection, 15 May 2013.
Abrufbar unter: <http://www.ukba.homeoffice.gov.uk/sitecontent/documents/policyandlaw/asylumprocessguidance/consideringanddecidingtheclaim/guidance/huma-prot.pdf?view=Binary> [aufgerufen am 20. November 2014]
- International Committee of the Red Cross (ICRC), Opinion Paper, "How is the Term 'Armed Conflict' Defined in International Humanitarian Law?", March 2008.
Abrufbar unter: <https://www.icrc.org/eng/assets/files/other/opinion-paper-armed-conflict.pdf> [aufgerufen am 20. November 2014]
- Lambert, H., 'Causation in International Protection from Armed Conflict', in Cantor, D and Durieux, J.-F., 'Refuge from Inhumanity? War Refugees and International Humanitarian Law', Martinus Nijhoff Publishers, 2014.
- Lambert, H., 'The next frontier: Expanding protection in Europe for victims of Armed Conflict and Indiscriminate Violence', in: *International Journal of Refugee Law*, Vol. 25 (2013), p. 207-234.
- Lambert, H. and Farrell, T., 'The changing character of armed conflict and the implications for refugee law jurisprudence', in *International Journal of Refugee Law*, Vol. 22 (2010), p. 237-273.

- McAdam, J., 'Examining flight from generalised violence in situations of conflict - An Annotated Bibliography on Article 15(c) of the Qualification Directive', International Association of Refugee Law Judges Convention Refugee Status and Subsidiary Protection Working Party Third Report, Bled, Slovenia, September 2011. Abrufbar unter: http://www.iarlj.org/general/images/stories/BLED_conference/papers/WP_1951_Conv_-_J_McAdam.pdf [aufgerufen am 20. November 2014]
- McAdam, J., 'Individual Risk, Armed Conflict and the Standard of Proof in Complementary Protection Claims: The European Union and Canada Compared' in Simeon, J.C. (ed), 'Critical Issues in International Refugee Law: Strategies for Interpretative Harmony', Cambridge University Press, 2010.
- Melzer, N., 'The principle of distinction between civilians and combatants', Oxford: Oxford University Press, 2014, p. 296-331. In: The Oxford handbook of international law in armed conflict. Cote 345.2/952.
- Moreno Lax, V., 'Of Autonomy, Autarky, Purposiveness and Fragmentation: The Relationship between EU Asylum Law and International Humanitarian Law' in D. Cantor and J.-F. Durieux (eds.), 'Refuge from Inhumanity? War Refugees and International Humanitarian Law', Martinus Nijhoff Publishers, 2014.
- Satvinder, S. J., "Problematizing the protection of 'war refugees': A rejoinder to Hugo Storey and Jean-François Durieux". Abrufbar unter: <http://rsq.oxfordjournals.org/content/32/1/122.short?rss=1> [aufgerufen am 20. November 2014].
- Storey, H., "Armed Conflict in Asylum Law: The 'War-Flaw'", in: Refugee Survey Quarterly, 2012, Vol. 31, No. 2, p. 1-32.
- Tiedeman, P., 'Subsidiary Protection and the function of Art. 15(c) of the Qualification Directive', in: Refugee Survey Quarterly, 2012, Vol. 31, No. 1, p. 123–138.
- Tsourdi, E., 'What Protection for Persons Fleeing Indiscriminate Violence? The Impact of the European Courts on the EU Subsidiary Protection Regime' in Cantor, D. and Durieux, J.-F. (eds.), 'Refuge from Inhumanity? War Refugees and International Humanitarian Law', Martinus Nijhoff Publishers, 2014.
- UNHCR, Guidelines on International Protection No. 10: 'Claims to Refugee Status related to Military Service within the context of Article 1A (2) of the 1951 Convention and/or the 1967 Protocol relating to the Status of Refugees', 3 December 2013. Abrufbar unter: <http://www.refworld.org/docid/529ee33b4.html> [aufgerufen am 20. November 2014]
- UNHCR, 'Eligibility Guidelines for Assessing the International Protection Needs of Asylum-Seekers from Afghanistan', 6 August 2013, HCR/EG/AFG/13/01. Abrufbar unter: <http://www.refworld.org/docid/51ffdca34.html> [aufgerufen am 20. November 2014]
- UNHCR, Summary Conclusions on International Protection of Persons Fleeing Armed Conflict and Other Situations of Violence; Roundtable 13 and 14 September 2012, Cape Town, South Africa, 20 December 2012. Teilnehmer waren 30 Experten auf 15 Ländern, als Vertreter von Regierungen, NRO, der Wissenschaft, der Richterschaft, der Rechtsberufe und internationaler Organisationen. Abrufbar unter: <http://www.refworld.org/docid/50d32e5e2.html> [aufgerufen am 20. November 2014]
- UNHCR, 'Eligibility Guidelines for Assessing the International Protection Needs of Asylum-Seekers from Iraq', 31 May 2012, HCR/EG/IRQ/12/03. Abrufbar unter: <http://www.refworld.org/docid/529ee33b4.html> [aufgerufen am 20. November 2014]
- UNHCR, 'Statement on Subsidiary Protection Under the EC Qualification Directive for People Threatened by Indiscriminate Violence', January 2008. Abrufbar unter: <http://www.refworld.org/docid/529ee33b4.html> [aufgerufen am 20. November 2014]
- UNHCR, 'Safe at Last? Law and Practice in Selected EU Member States with Respect to Asylum-Seekers Fleeing Indiscriminate Violence', 27 July 2011. Abrufbar unter: <http://www.refworld.org/docid/529ee33b4.html> [aufgerufen am 20. November 2014]
- Wilmshurst, E. and Breau, S., 'Perspective on the ICRC Study on Customary International Humanitarian Law', Cambridge University Press, 2007.

Appendix D — Compilation of Jurisprudence on Article 15(c) of the Qualification Directive (QD)

Number	Key words	Case name/ reference	Country of decision	Language of decision	Court or Tribunal	Date of decision	Claimant's country of origin	Relevance of the decision
International Jurisprudence								
EASO1	Conflict	Aboubacar Diakité v Commissaire général aux réfugiés et aux apatrides (Case C-285/12)	CJEU	French, also available in other languages	CJEU	30.1.13	Guinea	CJEU's ruling on the interpretation of the notion of 'armed conflict'.
EASO2	Cease of refugee status	Aydin Salahadin Abdulla, Kamil Hasan, Ahmed Adem, Hamrin Mosa Rashi & Dier Jamal v Bundesrepublik Deutschland (Joined cases C-175/08, C-176/08, C-178/08, C-179/08)	CJEU	German, also available in other languages	CJEU	2.3.10	Iraq	In its decision, the CJEU interprets Article 7(1) (b) QD concerning the actors of protection.
EASO3	Armed conflict, indiscriminate violence, individual threat, serious harm	Meki Elgafaji and Noor Elgafaji v Staatssecretaris van Justitie (Case C-465/07)	CJEU	Dutch, also available in other languages	CJEU	17.2.09	Iraq	Judgment regarding the relation between Article 15(c) QD and Article 3 of the European Convention on Human Rights and interpreting the meaning of Article 15(c).

The main points of the decision's reasoning (if possible)	References to jurisprudence of European or national courts
<p>“on a proper construction of Article 15(c) of Council Directive 2004/83/EC of 29 April 2004 on minimum standards for the qualification and status of third country nationals or stateless persons as refugees or as persons who otherwise need international protection and the content of the protection granted, it must be acknowledged that an internal armed conflict exists, for the purposes of applying that provision, if a State's armed forces confront one or more armed groups or if two or more armed groups confront each other. It is not necessary for that conflict to be categorised as ‘armed conflict not of an international character’ under international humanitarian law; nor is it necessary to carry out, in addition to an appraisal of the level of violence present in the territory concerned, a separate assessment of the intensity of the armed confrontations, the level of organisation of the armed forces involved or the duration of the conflict”.</p>	
<p>The actors of protection referred to in Article 7(1)(b) of Directive 2004/83 may comprise international organisations controlling the State or a substantial part of the territory of the State, including by means of the presence of a multinational force in that territory.</p>	
<p>The fundamental right guaranteed under Article 3 of the European Convention on Human Rights forms part of the general principles of Community law, observance of which is ensured by the Court. In addition, the case-law of the European Court of Human Rights is taken into consideration in interpreting the scope of that right in the Community legal order. However, it is Article 15(b) of Directive 2004/83 on minimum standards for the qualification and status of third country nationals or stateless persons as refugees or as persons who otherwise need international protection and the content of the protection granted, which corresponds, in essence, to Article 3 of the ECHR. By contrast, Article 15(c) of that directive is a provision, the content of which is different from that of Article 3 of the ECHR, and the interpretation of which must, therefore, be carried out independently, although with due regard for fundamental rights as they are guaranteed under the ECHR. 2. Article 15(c) of Directive 2004/83 on minimum standards for the qualification and status of third country nationals or stateless persons as refugees or as persons who otherwise need international protection and the content of the protection granted, in conjunction with Article 2(e) thereof, must be interpreted as meaning that:</p> <ul style="list-style-type: none"> – the existence of a serious and individual threat to the life or person of an applicant for subsidiary protection is not subject to the condition that that applicant adduce evidence that he is specifically targeted by reason of factors particular to his personal circumstances; – the existence of such a threat can exceptionally be considered to be established where the degree of indiscriminate violence characterising the armed conflict taking place – assessed by the competent national authorities before which an application for subsidiary protection is made, or by the courts of a Member State to which a decision refusing such an application is referred – reaches such a high level that substantial grounds are shown for believing that a civilian, returned to the relevant country or, as the case may be, to the relevant region, would, solely on account of his presence on the territory of that country or region, face a real risk of being subject to that threat. <p>That interpretation is fully compatible with the European Convention on Human Rights (ECHR), including the case-law of the European Court of Human Rights relating to Article 3 of the ECHR.</p>	<p>Referenced cases concern main principles of EU law and not asylum law (CJEU , C-106/89, Marleasing SA v La Comercial Internacional de Alimentacion SA ; CJEU, C-188/07 Commune de Mesquer v Total France SA and Total International Ltd.) ECtHR - NA v UK, Application No 25904/07</p>

Number	Key words	Case name/ reference	Country of decision	Language of decision	Court or Tribunal	Date of decision	Claimant's country of origin	Relevance of the decision
EASO 4	Credibility assessment, individual threat, inhuman or degrading treatment or punishment, membership of a particular social group, previous persecution, relevant facts, well-founded fear	T.K.H. v. Sweden, Application No 1231/11	ECTHR	English	ECTHR	19.12.13	Iraq	No violation of Article 2 and Article 3 ECHR in the event of expulsion to Iraq.
EASO 5	Benefit of doubt, credibility assessment, individual threat, inhuman or degrading treatment or punishment, internal protection, membership of a particular social group, standard of proof, well-founded fear	B.K.A. v. Sweden, Application No 11161/11	ECTHR	English	ECTHR	19.12.13	Iraq	No violation of Article 3 ECHR in the event of expulsion to Iraq.
EASO 6	Credibility assessment, individual threat, inhuman or degrading treatment or punishment, membership of a particular social group, relevant documentation, well-founded fear	T.A. v. Sweden, Application No 48866/10	ECTHR	English	ECTHR	19.12.13	Iraq	No violation of Article 2 and Article 3 ECHR in the event of expulsion to Iraq.

The main points of the decision's reasoning (if possible)	References to jurisprudence of European or national courts
<p>The Applicant, a Sunni Muslim from Iraq, faced deportation from Sweden back to Iraq, on account of his asylum claim having been rejected in 2010, three years after his arrival. T.K.H. served in the new Iraqi army from 2003 to 2006, was allegedly seriously injured in both a suicide bomb explosion and a drive-by shooting outside his home, and purported to be the recipient of death threats. He fled Iraq and relies on his rights under Articles 2 and 3 to resist his return. The Court first declared the general situation in Iraq to be not sufficiently serious to warrant the conclusion that any return to Iraq would violate Article 3 irrespective of personal circumstances. No violation of Article 2 or 3 was found in relation to T.K.H. Regarding the Applicant's particular situation, the Court noted that his service in the Iraqi army ended over seven years ago, and therefore no longer formed the basis of a risk of persecution. As to the two incidents of serious injury, the Court concluded that the first had not resulted from the Applicant being specifically targeted and the second was a historical incident with no evidence to suggest any future risk. The Court also regarded T.K.H.'s medical problems as neither untreatable in Iraq nor prohibitive of air travel. Two judges of the Court dissented from the majority opinion, on account of the Applicant's former employment placing him in a specific risk category, the escalating violence in Iraq in 2013, and the overall plausibility of his account.</p>	<p>ECtHR - Hilal v United Kingdom, Application No 45276/99 ECtHR - F.H. v Sweden (Application No 32621/06) ECtHR - Collins and Akaziebe v Sweden (Application No 23944/05) ECtHR - Mamatkulov Askarov v Turkey (Applications Nos 46827/99 and 46951/99) ECtHR - N v United Kingdom (Application No 26565/05) ECtHR - Saadi v Italy (Application No 37201/06) ECtHR - Chahal v the United Kingdom (Application No 22414/93) ECtHR - HLR v France (Application No 24573/94) ECtHR - NA v UK, Application No 25904/07 ECtHR - Üner v. the Netherlands [GC], Application No 46410/99 ECtHR - P.Z. and Others and B.Z. v. Sweden, Application Nos 68194/10 and 74352/11 ECtHR - Hakizimana v. Sweden, Application No 37913/05 ECtHR - A.G.A.M., D.N.M., M.K.N., M.Y.H. and Others, N.A.N.S., N.M.B., N.M.Y. and Others and S.A. v. Sweden, Application Nos 71680/10, 28379/11, 72413/10, 50859/10, 68411/10, 68335/10, 72686/10 and 66523/10 UK - HM and others (Article 15(c) Iraq CG, [2012] UKUT 00409 (IAC) ECtHR - Abdulaziz, Cabales and Balkandali v. the United Kingdom, Application Nos 9214/80, 9473/81 and 9474/81 ECtHR - Boujlifa v. France, 21 October 1997, § 42, Reports of Judgments and Decisions 1997-VI ECtHR - Kaboulov v. Ukraine, Application No 41015/04 ECtHR - T.A. v. Sweden, Application No 48866/10</p>
<p>The Applicant, a Sunni Muslim from Baghdad, faced deportation from Sweden back to Iraq, on account of his asylum claim having been rejected in 2010, three years after his arrival. In Iraq, the Applicant was a member of the Ba'ath party, and worked as a professional soldier for over a year for the regime of Saddam Hussein. He was also involved in a blood feud after unintentionally killing a relative. He fled Iraq and relied on his rights under Article 3 to resist his return. The Court first declared the general situation in Iraq to be not sufficiently serious to warrant the conclusion that any return to Iraq would violate Article 3 irrespective of personal circumstances. Turning to the Applicant's particular situation, the Court ruled that B.K.A.'s membership of the Ba'ath party and former military service no longer posed a threat to him, given the long time that had since passed, his low-level role in both, and the lack of any recent threats related to his involvement. The Court also dismissed his fears of persecution by Iraqi authorities, given he had successfully applied for a passport from them. The Court, however, accepted the risk posed by the blood feud, notwithstanding the lack of evidence, due to the obvious difficulties in obtaining such evidence. Despite this risk, a majority of the Court decided that it was geographically limited to Baghdad and Diyala, and that B.K.A. could reasonably relocate to the Anbar governorate, the largest province in Iraq. Judge Power-Forde dissents from the majority on the previous point, arguing instead that the possibility of relocation offered by the Swedish government and accepted by the majority as reasonable did not include the requisite guarantees for the individual set out in Salah Sheekh v. the Netherlands No 1948/04, §§ 141-142, 11 January 2007. In particular, no arrangements for safe travel to Anbar have been made. The dissenting judge therefore concluded that there was no reasonable relocation alternative to nullify the risk of Article 3 violation on return to Iraq.</p>	<p>ECtHR - Hilal v United Kingdom, Application No 45276/99 ECtHR - F.H. v Sweden (Application No 32621/06) ECtHR - Mamatkulov Askarov v Turkey (Applications Nos 46827/99 and 46951/99) ECtHR - Salah Sheekh v The Netherlands (Application No 1948/04) - resource ECtHR - Saadi v Italy (Application No 37201/06) ECtHR - HLR v France (Application No 24573/94) ECtHR - Collins and Akaziebe v Sweden (Application No 23944/05) ECtHR - NA v UK, Application No 25904/07 ECtHR - Abdulaziz, Cabales and Balkandali v. the United Kingdom, Application Nos 9214/80, 9473/81 and 9474/81 ECtHR - Hakizimana v. Sweden, Application No 37913/05 ECtHR - Sufi and Elmi v. the United Kingdom, Application Nos 8319/07 and 11449/07 ECtHR - Boujlifa v. France, 21 October 1997, § 42, Reports of Judgments and Decisions 1997-VI ECtHR - Üner v. the Netherlands [GC], Application No 46410/99 ECtHR - A.G.A.M., D.N.M., M.K.N., M.Y.H. and Others, N.A.N.S., N.M.B., N.M.Y. and Others and S.A. v. Sweden, Application Nos 71680/10, 28379/11, 72413/10, 50859/10, 68411/10, 68335/10, 72686/10 and 66523/10</p>
<p>The Applicant, a Sunni Muslim from Iraq, faced deportation from Sweden back to Iraq, on account of his asylum claim having been rejected in 2010, three years after his arrival. He worked for security companies in Baghdad who co-operated with the US military, and alleged that his house was completely destroyed by Shi'ite militias. He fled Iraq and relied on his rights under Articles 2 and 3 to resist his return. The Court first declared the general situation in Iraq to be not sufficiently serious to warrant the conclusion that any return to Iraq would violate Article 3 irrespective of personal circumstances. Turning to the Applicant's particular situation, the Court accepted that those associated with security companies employed by the international forces in Iraq faced a greater risk of persecution from militias than the general population. However, the Court was sceptical of an internal contradiction in the Applicant's account and evidence, namely his brother's documented claim that four people went into T.A.'s house a year after it was allegedly completely destroyed. This problem, coupled with the general lack of evidence for his claims and the near six year time lapse since the relevant acts of persecution, led the Court to reject T.A.'s Article 2 and 3 complaints. Two judges of the Court dissented from the majority opinion, on account of the Applicant's former employment placing him in a specific risk category, the escalating violence in Iraq in 2013, the overall plausibility of T.A.'s account, the overly onerous credibility test applied by the Swedish authorities, and the majority according too much weight to the alleged discrepancy in his account. Related complaints under Article 8 and Article 1 of Protocol 7 were rejected by the court as manifestly ill-founded. Regarding the former, the Applicant had been split up from his family since 2007, and a decision to deport would not change this. For the latter, the Applicant had had ample opportunity to make representations against his removal.</p>	<p>ECtHR - Hilal v United Kingdom, Application No 45276/99 ECtHR - F.H. v Sweden (Application No 32621/06) ECtHR - Mamatkulov Askarov v Turkey (Applications Nos 46827/99 and 46951/99) ECtHR - HLR v France (Application No 24573/94) ECtHR - Saadi v Italy (Application No 37201/06) ECtHR - Chahal v the United Kingdom (Application No 22414/93) ECtHR - Collins and Akaziebe v Sweden (Application No 23944/05) ECtHR - NA v UK, Application No 25904/07 ECtHR - Abdulaziz, Cabales and Balkandali v. the United Kingdom, Application Nos 9214/80, 9473/81 and 9474/81 UK - HM and others (Article 15(c) Iraq CG, [2012] UKUT 00409 (IAC) ECtHR - Kaboulov v. Ukraine, Application No 41015/04 ECtHR - Boujlifa v. France, 21 October 1997, § 42, Reports of Judgments and Decisions 1997-VI ECtHR - Üner v. the Netherlands [GC], Application No 46410/99 ECtHR - Hakizimana v. Sweden, Application No 37913/05</p>

Number	Key words	Case name/ reference	Country of decision	Language of decision	Court or Tribunal	Date of decision	Claimant's country of origin	Relevance of the decision
EASO7	Credibility assessment, indiscriminate violence, real risk, religion	K.A.B. v. Sweden, Application No 886/11	ECTHR	English	ECTHR	5.9.13	Somalia	No violation of Article 2 and Article 3 ECHR in the event of expulsion to Somalia.

The main points of the decision's reasoning (if possible)	References to jurisprudence of European or national courts
<p>By a 5-2 Majority, the Chamber decided against the Applicant, both due to recent improvements in the security situation in Mogadishu, and due to the applicant's personal circumstances.</p> <p>As to the former, the Chamber ruled that the situation had changed since Sufi and Elmi v. the United Kingdom (Nos 8319/07 and 11449/07, 28 June 2011). The general level of violence in Mogadishu had decreased and al-Shabaab was no longer in power. The Chamber relied on recent country reports from the Danish and Norwegian immigration authorities, which stated that there was no longer any front-line fighting or shelling and the number of civilian casualties had gone down. Despite continued unpredictability and fragility, the Chamber concluded that not everyone in Mogadishu faced a real risk of death or ill-treatment.</p> <p>As to the Applicant's own situation, the Chamber shared the Swedish authorities' scepticism regarding the Applicant's claims of persecution. The Chamber cited credibility and vagueness issues concerning the Applicant's purported residence in Mogadishu prior to leaving Somalia in 2009, his employment with American Friends Service Community, and the four year delay after his employment ended before alleged threats were made. The Chamber also placed weight on the Applicant not belonging to a group targeted by al-Shabaab, and on his having a home in Mogadishu (where his wife lives).</p>	<p>UK - Upper Tribunal, 28 November 2011, AMM and others v Secretary of state for the Home Department [2011] UKUT 00445</p> <p>ECtHR - Mamatkulov Askarov v Turkey, Applications Nos 46827/99 and 46951/99</p> <p>Sweden - Migration Court of Appeal, 22 February 2011, UM 10061-09</p> <p>ECtHR - Salah Sheekh v The Netherlands (Application No 1948/04) - resource</p> <p>ECtHR - Vilvarajah & Ors v United Kingdom, Application Nos 13163/87, 13164/87, 13165/87, 13447/87, 13448/87</p> <p>ECtHR - Saadi v Italy, Application No 37201/06</p> <p>ECtHR - HLR v France (Application No 24573/94)</p> <p>ECtHR - Hilal v United Kingdom, Application No 45276/99</p> <p>ECtHR - F.H. v Sweden (Application No 32621/06)</p> <p>ECtHR - N. v. Finland, Application No 38885/02</p> <p>ECtHR - Sufi and Elmi v. the United Kingdom, Application Nos 8319/07 and 11449/07</p> <p>ECtHR - Kaboulov v. Ukraine, Application No 41015/04</p> <p>ECtHR - Abdulaziz, Cabales and Balkandali v. the United Kingdom, Application Nos 9214/80, 9473/81 and 9474/81</p> <p>ECtHR - Chalal v. the United Kingdom, Application No 1948/04</p> <p>ECtHR - Boujlifa v. France, 21 October 1997, § 42, Reports of Judgments and Decisions 1997-VI</p> <p>ECtHR - Collins and Akaziebe v Sweden (Application No 23944/05)</p> <p>ECtHR - NA v UK, Application No 25904/07</p> <p>ECtHR - Üner v. the Netherlands [GC], Application No 46410/99</p> <p>ECtHR - Hakizimana v. Sweden, Application No 37913/05</p>

Number	Key words	Case name/ reference	Country of decision	Language of decision	Court or Tribunal	Date of decision	Claimant's country of origin	Relevance of the decision
EASO8	How to assess the existence of a real risk in situations of indiscriminate violence and in respect of humanitarian conditions	Sufi and Elmi v. The United Kingdom, applications Nos 8319/07 and 11449/07	ECTHR	English, also available in Russian	ECTHR	28.6.11	Somalia	Violation of Article 3 in case of expulsion to Somalia.
EASO9	Level of violence and individual risk	NA v. The United Kingdom, application No 25904/07	ECTHR	English, also available in Russian	ECTHR	17.7.08	Sri Lanka	Violation of Article 3 in case of expulsion to Somalia.

The main points of the decision's reasoning (if possible)	References to jurisprudence of European or national courts
<p>The sole question in an expulsion case was whether, in all the circumstances of the case, substantial grounds had been shown for believing that the applicant would, if returned, face a real risk of treatment contrary to Article 3*.1 If the existence of such a risk was established, the applicant's removal would necessarily breach Article 3, regardless of whether the risk emanated from a general situation of violence, a personal characteristic of the applicant, or a combination of the two. However, not every situation of general violence would give rise to such a risk. On the contrary, a general situation of violence would only be of sufficient intensity to create such a risk "in the most extreme cases". The following criteria** were relevant (but not exhaustive) for the purposes of identifying a conflict's level of intensity: whether the parties to the conflict were either employing methods and tactics of warfare which increased the risk of civilian casualties or directly targeting civilians; whether the use of such methods and/or tactics was widespread among the parties to the conflict; whether the fighting was localised or widespread; and finally, the number of civilians killed, injured and displaced as a result of the fighting. Turning to the situation in Somalia, Mogadishu, the proposed point of return, was subjected to indiscriminate bombardments and military offensives, and unpredictable and widespread violence. It had substantial numbers of civilian casualties and displaced persons. While a well-connected individual might be able to obtain protection there, only connections at the highest level would be able to assure such protection and anyone who had not been in Somalia for some time was unlikely to have such connections. In conclusion, the violence was of such a level of intensity that anyone in the city, except possibly those who were exceptionally well-connected to "powerful actors", would be at real risk of proscribed treatment. As to the possibility of relocating to a safer region, Article 3 did not preclude the Contracting States from placing reliance on the internal flight alternative provided that the returnee could travel to, gain admittance to and settle in the area in question without being exposed to a real risk of ill-treatment. The Court was prepared to accept that it might be possible for returnees to travel from Mogadishu International Airport to another part of southern and central Somalia. However, returnees with no recent experience of living in Somalia would be at real risk of ill-treatment if their home area was in – or if they were required to travel through – an area controlled by al-Shabaab, as they would not be familiar with the strict Islamic codes imposed there and could therefore be subjected to punishments such as stoning, amputation, flogging and corporal punishment. It was reasonably likely that returnees who either had no close family connections or could not safely travel to an area where they had such connections would have to seek refuge in an Internally Displaced Persons (IDP) or refugee camp. The Court therefore had to consider the conditions in these camps, which had been described as dire. In that connection, it indicated that where a crisis was predominantly due to the direct and indirect actions of parties to a conflict – as opposed to poverty or to the State's lack of resources to deal with a naturally occurring phenomenon, such as a drought – the preferred approach for assessing whether dire humanitarian conditions had reached the Article 3 threshold was that adopted in <i>M.S.S. v. Belgium and Greece***</i>, which required the Court to have regard to an applicant's ability to cater for his most basic needs, such as food, hygiene and shelter, his vulnerability to ill-treatment and the prospect of his situation improving within a reasonable time frame. Conditions in the main centres – the Afgooye Corridor in Somalia and the Dadaab camps in Kenya – were sufficiently dire to amount to treatment reaching the Article 3 threshold. IDPs in the Afgooye Corridor had very limited access to food and water, and shelter appeared to be an emerging problem as landlords sought to exploit their predicament for profit. Although humanitarian assistance was available in the Dadaab camps, due to extreme overcrowding, access to shelter, water and sanitation facilities was extremely limited. The inhabitants of both camps were vulnerable to violent crime, exploitation, abuse and forcible recruitment and had very little prospect of their situation improving within a reasonable time frame. Moreover, the refugees living in – or, indeed, trying to get to – the Dadaab camps were also at real risk of refoulement by the Kenyan authorities. As regards the applicants' personal circumstances, the first applicant would be at real risk of ill-treatment if he were to remain in Mogadishu. Since his only close family connections were in a town under the control of al-Shabaab and as he had arrived in the United Kingdom in 2003, when he was only sixteen years old, there was also a real risk of ill-treatment by al-Shabaab if he attempted to relocate there. Consequently, it was likely that he would find himself in an IDP or refugee camp where conditions were sufficiently dire to reach the Article 3 threshold and the first applicant would be particularly vulnerable on account of his psychiatric illness. The second applicant would be at real risk of ill-treatment if he were to remain in Mogadishu. Although it was accepted that he was a member of the majority Isaaq clan, the Court did not consider this to be evidence of connections powerful enough to protect him. There was no evidence that he had any close family connections in southern and central Somalia and, in any case, he had arrived in the United Kingdom in 1988, when he was nineteen years old, and had had no experience of living under al-Shabaab's repressive regime. He would therefore be at real risk if he were to seek refuge in an area under al-Shabaab's control. Likewise, if he were to seek refuge in the IDP or refugee camps. Lastly, the fact that he had been issued with removal directions to Mogadishu rather than to Hargeisa appeared to contradict the Government's assertion that he would be admitted to Somaliland.</p>	<p>A. v. the United Kingdom, 23 September 1998, § 22, Reports of Judgments and Decisions 1998-VI Abdulaziz, Cabales and Balkandali v. the United Kingdom, judgment of 28 May 1985, Series A No 94, p. 34, § 67 Al-Agha v. Romania, No 40933/02, 12 January 2010 Boujlifa v. France, judgment of 21 October 1997, Reports 1997-VI, p. 2264, § 42 Chahal v. the United Kingdom, 15 November 1996, Reports of Judgments and Decisions 1996-V D. v. the United Kingdom, 2 May 1997, § 59, Reports of Judgments and Decisions 1997-III Dougoz v. Greece, No 40907/98, ECHR 2001-II H. v. the United Kingdom, cited above H.L.R. v. France, judgment of 29 April 1997, Reports 1997-III, § 40 Hilal v. the United Kingdom, No 45276/99, ECHR 2001-II</p>
<p>The Court never excluded the possibility that a general situation of violence in a country of destination will be of a sufficient level of intensity as to entail that any removal to it would necessarily breach Article 3 of the Convention. Nevertheless, the Court would adopt such an approach only in the most extreme cases of general violence, where there was a real risk of ill-treatment simply by virtue of an individual being exposed to such violence on return.</p>	<p>Abdulaziz, Cabales and Balkandali v. the United Kingdom, judgment of 28 May 1985, Series A No 94, p. 34, § 67 Ahmed v. Austria, judgment of 17 December 1996, Reports 1996-VI Bahaddar v. the Netherlands, judgment of 19 February 1998, Reports of Judgments and Decisions 1998-I, §§ 47 and 48 Boujlifa v. France, judgment of 21 October 1997, Reports 1997-VI, p. 2264, § 42 Chahal v. the United Kingdom, judgment of 15 November 1996, Reports 1996-V, § 96 D. v. the United Kingdom, judgment of 2 May 1997, Reports 1997-III, § 59 Garabayev v. Russia, No 38411/02, § 74, 7 June 2007, ECHR 2007 (extracts) H. v. the United Kingdom, No 10000/82, Commission decision of 4 July 1983, Decisions and Reports (DR) 33, p. 247 H.L.R. v. France, judgment of 29 April 1997, Reports 1997-III, § 40 and § 41 Hilal v. the United Kingdom (dec.), No 45276/99, 8 February 2000</p>

Number	Key words	Case name/ reference	Country of decision	Language of decision	Court or Tribunal	Date of decision	Claimant's country of origin	Relevance of the decision
EASO10	Prohibition of torture, expulsion	Saadi v. Italy - application No 37201/06	ECTHR	English and French, also available in Armenian, Azeri, Georgian, Italian, Macedo- nian, Romanian, Russian, Serbian, Turkish, Ukrainian.	ECTHR	28.2.08	Tunis	Violation of Article 3 in case of expulsion to Tunis.

The main points of the decision's reasoning (if possible)	References to jurisprudence of European or national courts
<p>The applicant is a Tunisian national. In 2001 he was issued with an Italian residence permit. In 2002 he was arrested and placed in pre-trial detention on suspicion of international terrorism. In 2005 he was sentenced by an assize court in Italy to imprisonment for criminal conspiracy, forgery and receiving stolen goods. On the date the Grand Chamber's judgment was adopted an appeal was pending in the Italian courts. Also in 2005 a military court in Tunis sentenced the applicant in his absence to 20 years' imprisonment for membership of a terrorist organisation acting abroad in peacetime and for incitement to terrorism. In August 2006 he was released from prison, having served his sentence in Italy. However, the Minister of the Interior ordered him to be deported to Tunisia under the legislation on combating international terrorism. The applicant's request for political asylum was rejected. Under Rule 39 of the Rules of Court (interim measures), the Court asked the Italian Government to stay his expulsion until further notice.</p> <p>The Court could not underestimate the danger of terrorism and the considerable difficulties States were facing in protecting their communities from terrorist violence. However, it was not possible to weigh the risk that a person might be subjected to ill-treatment against his dangerousness to the community if he was not sent back. The prospect that he might pose a serious threat to the community did not diminish in any way the risk that he might suffer harm if deported. For that reason it would be incorrect to require a higher standard of proof where the person was considered to represent a serious danger to the community or even a threat to national security, since such an approach was incompatible with the absolute nature of Article 3. It amounted to asserting that, in the absence of evidence meeting a higher standard, protection of national security justified accepting more readily a risk of ill-treatment for the individual. The Court reaffirmed that for a forcible expulsion to be in breach of the Convention it was necessary – and sufficient – for substantial grounds to have been shown for believing that there was a risk that the applicant would be subjected to ill-treatment in the receiving country. The Court referred to reports by Amnesty International and Human Rights Watch which described a disturbing situation in Tunisia and which were corroborated by a report from the US State Department. These reports mentioned numerous and regular cases of torture inflicted on persons accused of terrorism. The practices reported – said to be often inflicted on persons in police custody – included hanging from the ceiling, threats of rape, administration of electric shocks, immersion of the head in water, beatings and cigarette burns. It was reported that allegations of torture and ill-treatment were not investigated by the competent Tunisian authorities and that the latter regularly used confessions obtained under duress to secure convictions. The Court did not doubt the reliability of those reports and noted that the Italian Government had not adduced any evidence capable of rebutting such assertions. Given the applicant's conviction of terrorism related offences in Tunisia, there were substantial grounds for believing that there was a real risk that he would be subjected to treatment contrary to Article 3 if he were to be deported to Tunisia. Furthermore, the Tunisian authorities had not provided the diplomatic assurances requested by the Italian Government. The existence of domestic laws guaranteeing prisoners' rights and accession to relevant international treaties, referred to in the notes verbales from the Tunisian Ministry of Foreign Affairs, were not sufficient to ensure adequate protection against the risk of ill-treatment where, as in the applicant's case, reliable sources had reported practices manifestly contrary to the principles of the Convention. Furthermore, even if the Tunisian authorities had given the diplomatic assurances, that would not have absolved the Court from the obligation to examine whether such assurances provided a sufficient guarantee that the applicant would be protected against the risk of treatment.</p> <p>Conclusion: violation, if the decision to deport the applicant to Tunisia were to be enforced (unanimously).</p>	<p>Abdulaziz, Cabales and Balkandali v. the United Kingdom, judgment of 28 May 1985, Series A No 94, § 67</p> <p>Ahmed v. Austria, judgment of 17 December 1996, Reports 1996-VI, § 38 and § 39</p> <p>Al-Adsani v. the United Kingdom [GC], No 35763/97, § 59, ECHR 2001-XI</p> <p>Al-Moayad v. Germany (dev.), No 35865/03, §§ 65-66, 20 February 2007</p> <p>Aydin v. Turkey, judgment of 25 September 1997, Reports 1997-VI, § 82</p> <p>Belziuk v. Poland, judgment of 25 March 1998, Reports 1998-II, § 49</p> <p>Boujlifa v. France, judgment of 21 October 1997, Reports 1997-VI, § 42</p> <p>Chahal v. the United Kingdom judgment of 15 November 1996, Reports of Judgments and Decisions 1996-V, §§ 79, 80, 81, 85-86, 96, 99-100 and 105</p> <p>Chamaiev and Others v. Georgia and Russia, No 36378/02, § 335, ECHR 2005-III</p> <p>Fatgan Katani and Others v. Germany (dev.), No 67679/01, 31 May 2001</p>

Number	Key words	Case name/ reference	Country of decision	Language of decision	Court or Tribunal	Date of decision	Claimant's country of origin	Relevance of the decision
EASO11	Burden of proof for members of persecuted groups	Salah Sheekh v. The Netherlands, application No 1948/04	ECTHR	English and French, also available in Azeri, Russian	ECTHR	11.1.07	Somalia	Violation of Article 3 in case of expulsion to Somalia.

The main points of the decision's reasoning (if possible)	References to jurisprudence of European or national courts
<p>The Court observed that it was not the Government's intention to expel the applicant to any area in Somalia other than those that they considered 'relatively safe'. The Court noted that although those territories – situated in the north – were generally more stable and peaceful than south and central Somalia, there was a marked difference between the position of, on the one hand, individuals who originate from those areas and have clan and/or family links there and, on the other hand, individuals who hail from elsewhere in Somalia and do not have such links. As far as the second group was concerned, the Court considered that it was most unlikely that the applicant, who was a member of the Ashraf minority hailing from the south of Somalia, would be able to obtain protection from a clan in the "relatively safe" areas. It noted that the three most vulnerable groups in Somalia were said to be internally displaced persons, minorities and returnees from exile. If expelled to the "relatively safe" areas, the applicant would fall into all three categories. The Court observed that Somaliland and Puntland authorities have informed the respondent Government of their opposition to the forced deportations of, in the case of Somaliland, non-Somalilanders and, in the case of Puntland, "refugees regardless of which part of Somalia they originally came from without seeking either the acceptance or prior approval" of the Puntland administration. In addition, both the Somaliland and Puntland authorities have also indicated that they do not accept the EU travel document. The Netherlands Government insisted that expulsions are nevertheless possible to those areas and pointed out that, in the event of an expellee being denied entry, he or she would be allowed to return to the Netherlands. They maintained that Somalis are free to enter and leave the country as the State borders are hardly subject to controls. The Court accepted that the Government might well succeed in removing the applicant to either Somaliland or Puntland. However, this by no means constituted a guarantee that the applicant, once there, would be allowed or enabled to stay in the territory, and with no monitoring of deported rejected asylum seekers taking place, the Government would have no way of verifying whether or not the applicant would have succeeded in gaining admittance. In view of the position taken by the Puntland and particularly the Somaliland authorities, it seemed to the Court rather unlikely that the applicant would be allowed to settle there.</p> <p>Consequently, the Court found that there was a real chance of his being removed, or of his having no alternative but to go to areas of the country which both the Government and UNHCR consider unsafe. The Court considered that the treatment to which the applicant claimed he had been subjected prior to his leaving Somalia could be classified as inhuman within the meaning of Article 3 and that vulnerability to those kinds of human rights abuses of members of minorities like the Ashraf has been well-documented. The Court reiterated its view that the existence of the obligation not to expel is not dependent on whether the source of the risk of the treatment stems from factors which involve the responsibility, direct or indirect, of the authorities of the receiving country. Article 3 may thus also apply in situations where the danger emanates from persons or groups of persons who are not public officials. What is relevant in that context is whether the applicant was able to obtain protection against and seek address for the acts perpetrated against him. The Court considered that this was not the case. Given the fact that there had been no significant improvement of the situation in Somalia, there was no indication that the applicant would find himself in a significantly different situation from the one he fled. The Court took issue with the national authorities' assessment that the treatment to which the applicant fell victim was meted out arbitrarily. It appeared from the applicant's account that he and his family were targeted because they belonged to a minority and for that reason it was known that they had no means of protection. The Court considered, on the basis of the applicant's account and the information about the situation in the "relatively unsafe" areas of Somalia in so far as members of the Ashraf minority were concerned, that his being exposed to treatment in breach of Article 3 upon his return was foreseeable rather than a mere possibility. The Court concluded that the expulsion of the applicant to Somalia as envisaged by the respondent Government would be in violation of Article 3.</p>	<p>Ahmed v. Austria, judgment of 17 December 1996, Reports of Judgments and Decisions 1996-VI, p. 2206, §§ 38-41</p> <p>Chahal v. the United Kingdom, judgment of 15 November 1996, pp. 1856 and 1859, §§ 86 and 97-98, Reports 1996-V</p> <p>Conka v. Belgium, No 51564/99, § 79, ECHR 2002-I</p> <p>H.L.R. v. France, 9 April 1997, Reports 1997-III, p. 758, § 37 and § 40</p> <p>Hilal v. the United Kingdom, No 45276/99, §§ 59, 60 and 67-68, ECHR 2001-II</p> <p>Mamatkulov and Askarov v. Turkey [GC], Nos 46827/99 and 46951/99, ECHR 2005-I, § 67 and § 69</p> <p>Selmouni v. France ([GC], No 25803/94, §§ 74-77, ECHR 1999-V</p> <p>T.I. v. the United Kingdom (dec.), No 43844/98, ECHR 2000-III</p> <p>Vilvarajah and Others v. the United Kingdom, judgment of 30 October 1991, Series A No 215, p. 36, § 107, and p. 37, §§ 111-112</p>

Number	Key words	Case name/ reference	Country of decision	Language of decision	Court or Tribunal	Date of decision	Claimant's country of origin	Relevance of the decision
National Jurisprudence (post-Elgafaji)								
EASO12	Article 15(c) QD application in relation to the situation in Mogadishu (Somalia)	MOJ and others (Return to Mogadishu) (Rev1) (CG) [2014] UKUT 442 (IAC).	United Kingdom	English	Upper Tribunal (Immigration and Asylum Chamber)	3.10.14	Somalia	Return to Mogadishu.
EASO13	Interpretation of Article 15(c) QD, internal armed conflict, assessing the level of violence	I U 1327/2013-10	Slovenia	Slovene	Administrative Court of the Republic of Slovenia	29.1.14	Afghanistan	The Court added new factors to be taken into account when assessing the level of violence.
EASO14	Interpretation of Article 15(c) QD, internal armed conflict, assessing the level of violence	I U 498/2013-17	Slovenia	Slovene	Administrative Court of the Republic of Slovenia	25.9.13	Afghanistan	The Court stated that the meaning of provision of Article 15(c) of the QD must be based on the autonomous interpretation of EU law on asylum. The Court put forward factors that should be taken into consideration in assessing the level of violence.
EASO15	Existence of indiscriminate violence, assessment of past circumstances	CNDA 5 septembre 2013 M. MUELA n° 13001980 C	France	French	CNDA (National Asylum Court)	5.9.13	Congo (DRC)	The Court found that, at the date of its ruling, the province of North Kivu was plagued by indiscriminate violence but did not specify the level of this violence.
EASO16	High level of indiscriminate violence, surrogate character of international protection	CNDA 22 juillet 2013 Mme KABABJI ép. KHACHERYAN no 13001703 C+	France	French	CNDA (National Asylum Court)	22.7.13	Syria	The Court found that, at the date of its ruling, blind violence in Alep reached such a high level that the appellant would be exposed to a serious threat against his life. Nevertheless, the claim was rejected because appellant was also a Lebanese national and could avail herself of the protection of Lebanon.
EASO17	Absence of indiscriminate violence	CNDA 15 juillet 2013 M. ROSTAMI no 13000622 C	France	French	CNDA (National Asylum Court)	15.7.13	Afghanistan	The Court found that, at the date of its ruling, there was no indiscriminate violence in the province of Bamyan. Therefore subsidiary protection on the '15(c)' ground could not be granted to the appellant.

The main points of the decision's reasoning (if possible)	References to jurisprudence of European or national courts
<p>(excerpt) - COUNTRY GUIDANCE</p> <p>(i) The country guidance issues addressed in this determination are not identical to those engaged with by the Tribunal in AMM and others (conflict; humanitarian crisis; returnees; FGM) Somalia CG [2011] UKUT 445 (IAC). Therefore, where country guidance has been given by the Tribunal in AMM in respect of issues not addressed in this determination then the guidance provided by AMM shall continue to have effect.</p> <p>(ii) Generally, a person who is 'an ordinary civilian' (i.e. not associated with the security forces; any aspect of government or official administration or any NGO or international organisation) on returning to Mogadishu after a period of absence will face no real risk of persecution or risk of harm such as to require protection under Article 3 of the ECHR or Article 15(c) of the Qualification Directive. In particular, he will not be at real risk simply on account of having lived in a European location for a period of time of being viewed with suspicion either by the authorities as a possible supporter of Al Shabaab or by Al Shabaab as an apostate or someone whose Islamic integrity has been compromised by living in a Western country.</p> <p>(iii) There has been durable change in the sense that the Al Shabaab withdrawal from Mogadishu is complete and there is no real prospect of a re-established presence within the city. That was not the case at the time of the country guidance given by the Tribunal in AMM.</p> <p>(iv) The level of civilian casualties, excluding non-military casualties that clearly fall within Al Shabaab target groups such as politicians, police officers, government officials and those associated with NGOs and international organisations, cannot be precisely established by the statistical evidence which is incomplete and unreliable. However, it is established by the evidence considered as a whole that there has been a reduction in the level of civilian casualties since 2011, largely due to the cessation of confrontational warfare within the city and Al Shabaab's resort to asymmetrical warfare on carefully selected targets. The present level of casualties does not amount to a sufficient risk to ordinary civilians such as to represent an Article 15(c) risk.</p> <p>(v) It is open to an ordinary citizen of Mogadishu to reduce further still his personal exposure to the risk of 'collateral damage' in being caught up in an Al Shabaab attack that was not targeted at him by avoiding areas and establishments that are clearly identifiable as likely Al Shabaab targets, and it is not unreasonable for him to do so.</p> <p>(vi) There is no real risk of forced recruitment to Al Shabaab for civilian citizens of Mogadishu, including for recent returnees from the West.</p> <p>(vii) A person returning to Mogadishu after a period of absence will look to his nuclear family, if he has one living in the city, for assistance in re-establishing himself and securing a livelihood. Although a returnee may also seek assistance from his clan members who are not close relatives, such help is only likely to be forthcoming for majority clan members, as minority clans may have little to offer.</p> <p>(viii) The significance of clan membership in Mogadishu has changed. Clans now provide, potentially, social support mechanisms and assist with access to livelihoods, performing less of a protection function than previously. There are no clan militias in Mogadishu, no clan violence, and no clan based discriminatory treatment, even for minority clan members.</p> <p>(ix) If it is accepted that a person facing a return to Mogadishu after a period of absence has no nuclear family or close relatives in the city to assist him in re-establishing himself on return, there will need to be a careful assessment of all of the circumstances. These considerations will include, but are not limited to:(...)</p>	<p>AMM and others (conflict; humanitarian crisis; returnees; FGM) Somalia CG [2011] UKUT 445 (IAC)</p>
<p>The Administrative Court added to the factors mentioned in its previous case I U 498/2013-17 a temporal dynamics of numbers of deaths and injuries, whether they raise or not during the certain period; The Administrative Court also added a factor of 'state failure' to guarantee basic material infrastructure, order, health care, food supply, drinking water - all these for the purpose of protection of a civilian's life or person in the sense of protection against inhuman treatment.</p>	
<p>In its judgment the Administrative Court stated that the determining authority in the assessment whether there is internal armed conflict in the country of destination may take as a certain guidance the Additional Protocol II to the Geneva Convention from 12. 8. 1949, but the determining authority cannot base its interpretation on that non-EU legal source; the meaning of provision of Article 15(c) of the QD must be based on the autonomous interpretation of EU law on asylum. With further references to the case-law of several courts of the Member States, ECtHR, opinion of Advocate General of the CJEU and academic work of researchers, the Administrative Court put forward the following factors that should be taken into account in assessing the level of violence: battle deaths and injuries among the civilian population, number of internally displaced persons, basic humanitarian conditions in centres for displaced persons, including food supply, hygiene, safety. The Administrative Court pointed out that the protected value in relation to Article 15(c) of the QD is not a mere "survival" of asylum seeker, but also a prohibition against inhuman treatment.</p>	<p>Judgments in case of GS Article 15(c) (indiscriminate violence), Afghanistan v. Secretary for the Home department CG, [2009] UKAIT 00044, 19.10.2009, Cour nationale du droit d'asile (CNDA, No 613430/07016562, 18. 2. 2010), judgment of the Conseil d'Etat (EC, 3.7. 2009, OFPRA v. Baskarathas, No 320295), judgment of the Federal Supreme Administrative Court of Germany, (BverwG 10 C.409, judgment of section 10, 27. 4. 2010, paragraph 25), judgment of the ECtHR in case of Sufi and Elmi</p>
<p>The Court noted that because of his many professional travels to and from Angola the appellant had been exposed to violent acts emanating from armed groups in the context of an armed conflict. This finding about past circumstances sufficed to admit that he would be exposed, in case of return, to the threats encompassed in Article L.712-1 c) CESEDA. Subsidiary protection was granted.</p>	
<p>Here the classic refugee law principle of surrogacy interferes with the positive finding on the threats originated in the blind violence prevailing in Alep.</p>	
<p>Claim was rejected both on Geneva Convention and subsidiary protection grounds.</p>	

Number	Key words	Case name/ reference	Country of decision	Language of decision	Court or Tribunal	Date of decision	Claimant's country of origin	Relevance of the decision
EASO18	Assessment of facts and circumstances, non-refoulement, subsidiary protection, serious harm, torture	M.R.D. v Office of Immigration and Nationality (OIN), 6.K.31.548/2013/3	Hungary	Hungarian	Administrative and Labour Court of Budapest	13.6.13	Cuba	The Court granted the applicant subsidiary protection status because he would be at risk of serious harm upon returning to his home country (torture, cruel, inhuman, degrading treatment or punishment).
EASO19	Actor of persecution or serious harm, burden of proof, medical reports/ medico-legal reports, inhuman or degrading treatment or punishment, internal armed conflict, subsidiary protection	S.M.A. v Office of Immigration and Nationality (OIN), 20.K.31072/2013/9	Hungary	Hungarian	Administrative and Labour Court of Budapest	23.5.13	Afghanistan	The Court recognised the subsidiary protection status of the applicant, as his return to the country of origin would lead to the risk of serious harm (inhuman, degrading treatment or indiscriminate violence).
EASO20	Assessment of risk/ due consideration to the situation in the region of origin and to the practical conditions of a return to this region	CNDA 28 mars 2013 M. MOHAMED ADAN n° 12017575 C	France	French	CNDA (National Asylum Court)	28.3.13	Somalia	The specific assessment of conditions described in Article L.712-1 c) CESEDA requires analysing not the nationwide general situation but the situation in the area of origin and also in the areas that the appellant would have to cross to reach this area. In the appellant's particular case, although the Court is convinced that he comes from Somalia it has not been possible to determine that he originates from the Afgooye province and therefore he would be eligible to subsidiary protection under Article L.712-1 c) CESEDA provisions.
EASO21	High level of indiscriminate violence	CNDA 21 mars 2013 M. YOUMA KHAN n° 12025577 C	France	French	CNDA (National Asylum Court)	21.3.13	Afghanistan	The Court found that, at the date of its ruling, blind violence in the province of Kunduz reached such a high level that the appellant would be exposed to a serious threat against his life.
EASO22	Absence of indiscriminate violence	CNDA 28 février 2013 M. ADDOW ISE no 12018920 C	France	French	CNDA (National Asylum Court)	28.2.13	Somalia	The Court found that, at the date of its ruling, there was no indiscriminate violence in Mogadishu. Therefore subsidiary protection on the '15(c)' ground could not be granted to the appellant.
EASO23	Conflict and internal protection	BVerwG 10C15.12 VGH A 11 S 3079/11	Germany	German	Federal Administrative Court	31.1.13	Afghanistan	The Court ruled on the conditions in which the return may take place depending on the situation in the region of origin.
EASO24	Real risk	M A-H (Iraq) v Secretary of State for the Home Department [2013] EWCA Civ 445	United Kingdom	English	Court of Appeal	30.1.13	Iraq	The Claimant claimed that, if returned to Iraq, he was likely to be targeted by militia who had killed two of his brothers. The Immigration Judge found that the Claimant did not fear the general lawlessness in Iraq, but feared Al-Dinai, that he had received threats and that he had been targeted and would continue to be targeted if returned. Further, that the Claimant could not realistically relocate outside Baghdad. The Upper Tribunal (IAC) found that the Immigration Judge had made a material error of law on the issue of relocation and in having not considered the country guidance in HM Article 15(c) (Iraq) v Secretary of State for the Home Department [2010] UKUT 331 (IAC). The claimant appealed.

The main points of the decision's reasoning (if possible)	References to jurisprudence of European or national courts
<p>Aside from an armed conflict, the risk of torture, inhuman or degrading treatment can arise in other more general situations too. Additionally, when defining protection categories it is not important whether the risk is general or not, but what the risk is based on. If an Applicant meets the requirements of a higher protection category as well, then he shall be given a higher level of protection.</p>	<p>Hungary - Metropolitan Court, 30 September 2009, D.T. v. Office of Immigration and Nationality 17.K.33.301/2008/15 Hungary - Metropolitan Court, 24.K.33.913/2008 Hungary - Metropolitan Court, 17.K.30.307/2009</p>
<p>The Court held that there is a serious threat to the life or physical integrity of the applicant as a consequence of indiscriminate violence in a situation of internal armed conflict, i.e. the risk of serious harm is present; and Afghanistan, including Kabul, does not provide a safe internal relocation option for him. The Court noted that even though the country information in this respect is not necessarily consistent and coherent, the escalation of the risk, the increase of violence and the dominance of internal anarchy can be established based on almost all of the available information. In this respect, since the life, basic safety and livelihood of the person is involved and based on the extent and nature of the danger described above (in such cases naturally the actual danger need not and cannot be proven beyond a doubt) persecution, harm or other significant detriment is likely to occur.</p>	<p>CJEU - C-465/07 Meki Elgafaji, Noor Elgafaji v Staatssecretaris van Justitie ECtHR - D v The United Kingdom (Application No 30240/96) - resource ECtHR - Hussein v. Sweden, Application No 10611/09 ECtHR - JH v United Kingdom, Application No 48839/09 ECtHR - S.H. v. United Kingdom, Application No 19956/06 Hungary - Metropolitan Court, 3.K.31346/2012/11</p>
<p>This ruling directly originates in the difficult issue of unexploitable fingerprints that undermines the whole Dublin system. The failure of the fingerprints initial checking also challenges the inner credibility of the claim, making a sound assessment of facts and chronology virtually impossible. Here, impossibility to determine appellant's provenance leads to a necessarily negative assessment of his eligibility to subsidiary protection under Article L.712-1 c) CESEDA provisions. Claim is rejected both on Geneva Convention and subsidiary protection grounds.</p>	
<p>The Court nevertheless notes that the appellant's young age enhances the risk inherent to the situation of indiscriminate violence. Subsidiary protection was granted.</p>	
<p>The Court notes in fine that appellant has rendered the checking of his fingerprints impossible, thus preventing asylum authorities from establishing with certainty his identity. This statement is not part of the reasoning in the determination but underlines once again the frequency of this phenomenon. Claim was rejected both on Geneva Convention and subsidiary protection grounds.</p>	
<p>Where there is an armed conflict that is not nationwide, the prognosis of danger must be based on the foreigner's actual destination in the event of a return. This will regularly be the foreigner's region of origin. If the region of origin is out of the question as a destination because of the danger threatening the complainant there, he can be expelled to another region of the country only under the conditions established in Article 8 of Directive 2004/83/EC. In assessing whether extraordinary circumstances exist that are not the direct responsibility of the destination state of expulsion, and that prohibit the expelling state from deporting the foreigner under Article 3 of the European Convention on Human Rights, normally the examination should be based on the entire destination state of expulsion, and should first examine whether such conditions exist at the place where the deportation ends. Poor humanitarian conditions in the destination state of expulsion may provide grounds for a prohibition of deportation only in exceptional cases having regard to Article 3 of the European Convention on Human Rights. The national prohibition of deportation under Section 60 (5) of the Residence Act, with reference to Article 3 of the European Convention on Human Rights, is not superseded by the prohibition of deportation under Union law pursuant to Section 60 (2) of the Residence Act.</p>	<p>(Confirmation of the judgment of 14 July 2009 – BVerwG 10 C 9.08 – BVerwGE 134, 188 – paragraph. 17, and the decision of 14 November 2012 – BVerwG 10 B 22.12 –). (Poor humanitarian conditions may provide grounds for a prohibition of deportation only in exceptional cases: denied for Afghanistan, following European Court of Human Rights judgments of 21 January 2011 – No 30696/09, M.S.S. – NVwZ 2011, 413; of 28 June 2011 – No 831/07, Sufi and Elmi – NVwZ 2012, 681; and of 13 October 2011 – No 10611/09, Hussein – NJOZ 2012, 952).</p>
<p>The Court of Appeal allowed the appeal holding that it would be wrong to read the Immigration Judge's decision as intending to exclude the KRG from his conclusion that the Claimant would be an easy target. He had been expressing his conclusion on the risk posed to the appellant in Baghdad, the administrative areas of Iraq and the KRG. Further, the Immigration Judge had considered <i>HM</i>. Personalised targeting was not addressed in <i>HM</i>; it was premised on the risk of generalised, indiscriminate violence. The Claimant had not advanced his case on a fear of generalised violence, therefore, the Immigration Judge had been required to concentrate on the specific threat posed to the Claimant. There was no basis on which to contend that it had been an error of law for the Immigration Judge to have found that the Claimant would be a target of Al-Diani even in the KRG.</p>	<p>HM (Article 15) (Iraq) v Secretary of State for the Home Department [2010] UKUT 331 (IAC)</p>

Number	Key words	Case name/ reference	Country of decision	Language of decision	Court or Tribunal	Date of decision	Claimant's country of origin	Relevance of the decision
EASO25	Low level of indiscriminate violence, personal scope of Article 15 QD, civilian	CNDA 24 janvier 2013 M. Miakhail no 12018368 C+	France	French	CNDA (National Asylum Court)	24.1.13	Afghanistan	The Court found that, at the date of its ruling, indiscriminate violence in the province of Laghman reached only a moderate level so that the appellant had to demonstrate that he would be personally threatened in case of return. The appellant failed to do so and subsidiary protection was denied.
EASO26	Indiscriminate violence and real risk	HM and others (Article 15(c)) Iraq CG [2012] UKUT 00409	United Kingdom	English	Upper Tribunal (Immigration and Asylum Chamber)	13.11.12	Iraq	The evidence did not establish that the degree of indiscriminate violence characterising the armed conflict taking place in the five central governorates in Iraq, namely Baghdad, Diyala, Tameen (Kirkuk), Ninawah, Salah Al-Din, was at such a high level that substantial grounds were shown for believing that any civilian returned there would solely on account of his presence there face a real risk of being subject to that threat. Nor did the evidence establish that there was a real risk of serious harm under Article 15(c) QD for civilians who were Sunni or Shi'a or Kurds or had former Ba'ath Party connections: these characteristics did not in themselves amount to 'enhanced risk categories' under Article 15(c)'s 'sliding scale' (see [39] of <i>Elgafaji</i>).
EASO27	Armed conflict, subsidiary protection	No RG 10952/2011	Italy	Italian	Rome Court	14.9.12	Pakistan	The concept of a local conflict as referred to in Article 14 of Legislative Decree 251/2007 (c) and which is a sufficient reason for granting subsidiary protection, should not be understood as applying only to civil war. It should cover all circumstances where conflicts or outbreaks of violence, whatever their origins, between opposing groups or various factions appear to have become permanent and ongoing and widespread, not under the control of the state apparatus or actually benefiting from cultural and political ties with this apparatus.
EASO28	Internal protection, indiscriminate violence, individual threat, internal armed conflict, subsidiary protection	M.A., No 11026101	France	French	CNDA (National Asylum Court)	30.8.12	Somalia	The situation in Somalia, in particular in the south and central regions , should be regarded as a situation of generalised violence resulting from an internal armed conflict.
EASO29	Armed conflict, burden of proof, standard of proof, vulnerable person, serious harm	5114/2012	Spain	Spanish	Supreme Court. Chamber for Contentious Administrative Proceedings, third section	12.7.12	Colombia	The Court held that there was no armed conflict in Colombia.

The main points of the decision's reasoning (if possible)	References to jurisprudence of European or national courts
<p>The Court notes that the appellant, a former soldier who left the Afghan army in July 2008, can be considered as a civilian and falls therefore within the personal scope of Article L.712-1 c) CESEDA. Claim was rejected both on Geneva Convention and subsidiary protection grounds.</p>	
<p>Of particular importance was the observation that decision-makers ensured that following <i>Elgafaji</i>, Case C-465/07 and <i>QD (Iraq)</i> [2009] EWCA Civ 620, in situations of armed conflict in which civilians were affected by the fighting, the approach to assessment of the level of risk of indiscriminate violence was an inclusive one, subject only to the need for there to be a sufficient causal nexus between the violence and the conflict.</p>	<p>Many cases cited, significant cases are: AK (Afghanistan) [2012] UKUT 163 MK (documents - relocation) Iraq CG [2012] UKUT 126 AMM [2011] UKUT 445 EA (Sunni/Shi'a mixed marriages) Iraq CG [2011] UKUT 342 HM (Iraq) [2011] EWCA Civ 1536 MSS v Belgium & Greece [2011] 53 EHRR2 HM and Others (Article 15(c)) Iraq CG [2010] UKUT 331 Elgafaji v Staatssecretaris van Justitie Case C-465/07; [2009] 1 WLR 2100 FH v. Sweden, No 32621/06, § 9320, January 2009 NA v United Kingdom [2009] 48 EHRR 15 QD (Iraq) [2009] EWCA Civ 620 ZQ (serving soldier) Iraq CG [2009] UKAIT 00048 SR (Iraqi/Arab Christian: relocation to KRG) Iraq CG [2009] UKAIT 00038 KH (Article 15(c) Qualification Directive) Iraq CG [2008] UKAIT 46 SI (expert evidence – Kurd- SM confirmed) Iraq CG [2008] UKAIT 00094</p>
<p>The subsidiary protection was granted on the basis of the situation of generalised violence that exists in Pakistan. In fact, on the basis of an interpretation of the requirements provided in the Act, the court considered the Applicant's request, which included abundant supporting documentation (international reports), to be justified. In particular, the court held that there did not have to be a real civil war as such, but that it is sufficient if violence appears to have become permanent and ongoing and has spread to a significant degree.</p>	<p>Italy - Court of Cassation, No 27310/2008</p>
<p>Relying on a variety of information on the country of origin, deriving in particular, from the United Nations Security Council and the UNHCR, the Court concluded that the conflicts between the forces of the Transitional Federal Government, various clans and a number of Islamist militias were characterised, in certain geographical areas and in particular the southern and central regions, by a climate of generalised violence. Citing the 28 June 2011 ruling of the European Court of Human Rights in the case of <i>Sufi and Elmi v. the United Kingdom</i>, the Court moreover expressed doubts about the feasibility of internal relocation for a person who, having landed at Mogadishu, would need to cross a zone controlled by Al-Shabaab, and who had no family ties. The Court concluded that this situation must be regarded as a situation of generalised violence resulting from an armed conflict. Lastly, the Court considered that, taking account of the level of intensity that this situation of generalised violence had attained in the region from which the Applicant originated, he was currently exposed to a serious, direct and individual threat to his life or person and was unable at present to secure of any kind of protection within his country.</p>	<p>ECtHR - Sufi and Elmi v United Kingdom (Application Nos 8319/07 and 11449/07)</p>
<p>The Supreme Court held that the appellant has not provided a basis to allow him to reside in Spain on grounds of humanitarian considerations. In this sense, the Supreme Court abided by the same definition of 'serious harm' contained in Article 15(c) of the Qualification Directive, as well as the CJEU's interpretation in case C-465/07, affirmed the non-existence of an armed conflict in Columbia (that is, a situation of widespread violence). In effect, according to the arguments raised, the Supreme Court deemed that the violent situation that existed in some areas of Columbia did not extend to the whole territory or affect the entire population. Furthermore, it emphasised the implausibility of the appellant's narrative, as well as his inability to provide evidence of a real risk of serious threats to his life and physical integrity in the event of his returning to his country. Therefore, the Supreme Court's assessment was that in this particular case there were no grounds for humanitarian considerations which justified the appellant's right to reside in Spain.</p>	<p>CJEU - C-465/07 Meki Elgafaji, Noor Elgafaji v Staatssecretaris van Justitie Spain - Supreme Court, 22 December 2006, No 2956/03 Spain - High National Court, 22 February 2008, No 832/2005 Spain - High National Court, 14 December 2007, No 847/2005 Spain - High National Court, 14 July 2006, No 449/2006</p>

Number	Key words	Case name/ reference	Country of decision	Language of decision	Court or Tribunal	Date of decision	Claimant's country of origin	Relevance of the decision
EASO30	Assessment of facts and circumstances, credibility assessment, internal protection, obligation/duty to cooperate, subsidiary protection	S.N. v Office of Immigration and Nationality (OIN), 3. K.31.192/2012/6	Hungary	Hungarian	Administrative and Labour Court of Budapest	4.7.12	Afghanistan	The Court held that since the life, basic safety and livelihood chances of people are involved, based on the amount and nature of danger (in such cases naturally the actual danger need not and cannot be undoubtedly proved) the very likely occurrence of persecution, harm or other significant detriment cannot be risked.
EASO31	High level of indiscriminate violence	CNDA 2 juillet 2012 M. CHIR n° 12008517 C	France	French	CNDA (National Asylum Court)	2.7.12	Afghanistan	The Court found that, at the date of its ruling, blind violence in the province of Nangarhar reached such a high level that the appellant would be exposed to a serious threat against his life.
EASO32	Low level of indiscriminate violence	CNDA 2 juillet 2012 M. AHMAD ZAI n° 12006088 C	France	French	CNDA (National Asylum Court)	2.7.12	Afghanistan	The Court found that, at the date of its ruling, indiscriminate violence in the province of Logar reached only a moderate level so that the appellant had to demonstrate that he would be personally threatened in case of return.
EASO33	Internal protection, internal armed conflict, subsidiary protection, serious harm	G.N. v Office of Immigration and Nationality, 20.K.31.576/2012/3	Hungary	Hungarian	Metropolitan Court of Budapest (currently: Budapest Administrative and Labour Court)	28.6.12	Afghanistan	The Court granted subsidiary protection status to the single female applicant and her minor children, as their return to the country of origin would lead to the risk of serious harm (indiscriminate violence).

The main points of the decision's reasoning (if possible)	References to jurisprudence of European or national courts
<p>Based on the country information obtained as part of the investigation as well as the information available in the public domain, the Court held that it can be ascertained that Afghanistan is increasingly characterised by unpredictable and indiscriminate violence that significantly affects the civilian population. "The relative assessment whether the situation is slightly better (or worse) in certain regions by itself does not make a major difference with regards to harm or persecution. Objectively, all the Afghan regions that the applicant could reside in are regions at increasing risk, and can be classified as ones with deteriorating security situation. Undoubtedly, the security situation, as well as the events in Afghanistan, are under frequent and intensive change, thus the above mentioned situation certainly cannot be considered as an improving one. (...) This uncertain situation in relation to constantly deteriorating domestic politics, economics and security jeopardises an increasing number of the civilian population and means more and more civilians suffering serious harm. (...) Since the life, basic safety and livelihood chances of people are involved, based on the above described amount and nature of danger (in such cases naturally the actual danger need not and cannot be undoubtedly proved) the very likely occurrence of persecution, harm or other significant detriment cannot be risked.</p> <p>In relation to the internal protection alternative, the Court held that Section 92 of the Governmental Decree on the Implementation of Act II of 2007 on the Entry and Stay of Third-country Nationals determines the cumulative conditions concerning what can be reasonably expected. 'According to this, the applicant must have family or kinship ties, or his/her basic livelihood and accommodation must be provided by other means in a certain part of the country.' No evidence justifying the above was produced, thus the internal protection alternative in Afghanistan cannot be applicable in respect of this applicant.</p>	
<p>Subsidiary protection was granted regardless of any personal reason.</p>	
<p>The Court notes that because of his young age and the death of his father the appellant would be particularly exposed to the threats encompassed in Article L.712-1 c) CESEDA. Subsidiary protection was granted.</p>	
<p>The Court held that the risk of indiscriminate violence existed both in the part of the country where she is originally from (Herat) and in the capital. This was ascertainable based on the information available both at the time when the administrative decision was made and the country information available at the time when the judgment was made. Thus the Court took the most up-to-date information into account. With respect to the internal relocation alternative, the Court highlighted that 'not only the situation present at the time of the judgment of the application should be taken into account, but also the fact that neither persecution nor serious harm is expected to persist in that part of the country in the foreseeable future', in other words the protection shall last. Based on the country information, the applicant cannot be sent back to Kabul either, as it cannot be expected that she could find internal protection there. According to the ministerial reasoning, 'countries experiencing armed conflict cannot provide safe internal refuge for the above reason, as the movement of the front lines can make previously seemingly safe areas dangerous'.</p>	<p>ECtHR - Chahal v the United Kingdom (Application No 22414/93) ECtHR - Salah Sheekh v The Netherlands, Application No 1984/04,</p>

Number	Key words	Case name/ reference	Country of decision	Language of decision	Court or Tribunal	Date of decision	Claimant's country of origin	Relevance of the decision
EASO34	Consideration of Article 15(c) QD	AK (Article 15(c)) Afghanistan CG [2012] UKUT 163	United Kingdom	English	Upper Tribunal (Immigration and Asylum Chamber)	18.5.12	Afghanistan	The level of indiscriminate violence in Afghanistan as a whole was not at such a high level so that within the meaning of Article 15(c) QD, a civilian, solely by being present in the country, faced a real risk which threatened his life or person. Nor was the level of indiscriminate violence, even in the provinces worst affected (which included Ghazni but not Kabul), at such a level. Whilst when assessing a claim in the context of Article 15(c) in which the respondent asserted that Kabul city was a viable internal relocation alternative, it was necessary to take into account (both in assessing 'safety' and 'reasonableness') not only the level of violence in that city but also the difficulties experienced by that city's poor and the many Internally Displaced Persons (IDPs) living there, these considerations would not in general make return to Kabul unsafe or unreasonable. This position was qualified (both in relation to Kabul and other potential places of internal relocation) for certain categories of women.
EASO35	Assessment of risk under Article 15(c) QD provisions, balancing scale, personal elements not required beyond a certain threshold of indiscriminate violence, obligation to assess the level of indiscriminate violence	CE 7 mai 2012 M.Umaramanam N° 323667 C	France	French	Council of State	7.5.12	Sri Lanka	It is not required by Article L.712-1 c) CESEDA that indiscriminate violence and armed conflict should coincide in every way in the same geographic zone. When assessing subsidiary protection on this ground, the asylum judge has to verify that indiscriminate violence reaches such a level that a person sent back to the area of conflict should be at risk because of his mere presence in this territory.
EASO36	Country of origin information, credibility assessment, internal protection, refugee status, subsidiary protection	KF v Bevándorlási és Állampolgársági Hivatal (Office of Immigration and Nationality, OIN) 6.K.31.728/2011/14	Hungary	Hungarian	Metropolitan Court of Budapest	26.4.12	Afghanistan	The Court held that the authority must make sure that the applicant is not at risk of serious harm or persecution in the relevant part of the country, not only at the time the application is assessed but also that this is not likely to occur in the future either. Countries struggling with armed conflicts do not normally provide safe internal flight options within the country, as the movement of front lines can put areas at risk that were previously considered safe.
EASO37	High level of indiscriminate violence	CNDA 11 avril 2012 M. MOHAMED JAMAL n° 11028736 C	France	French	CNDA (National Asylum Court)	11.4.12	Somalia	The Court found that, at the date of its ruling, blind violence in Mogadiscio reached such a high level that the appellant would be exposed to a serious threat against his life.

The main points of the decision's reasoning (if possible)	References to jurisprudence of European or national courts
<p>The Tribunal continued to regard as correct the summary of legal principles governing Article 15(c) of the Qualification Directive as set out in <i>HM</i> and others (Article 15(c)) <i>Iraq CG</i> [2010] <i>UKUT</i> 331 (IAC) and more recently in <i>AMM and Others</i> (conflict; humanitarian crisis; returnees; FGM) <i>Somalia CG</i> [2011] <i>UKUT</i> 00445 (IAC) and <i>MK</i> (documents - relocation) <i>Iraq CG</i> [2012] <i>UKUT</i> 00126 (IAC). The need, when dealing with asylum-related claims based wholly or significantly on risks arising from situations of armed conflict and indiscriminate violence, to assess whether Article 15(c) of the Qualification Directive was engaged, should not have led to judicial or other decision-makers going straight to Article 15(c). The normal course was to deal with the issue of refugee eligibility, subsidiary (humanitarian) protection eligibility and Article 3 ECHR in that order.</p>	<p>Many cases cited, significant cases are: AA (unattended children) Afghanistan CG [2012] UKUT 00016 (IAC) HK (Afghanistan) and Ors v Secretary of State for the Home Department [2012] EWCA Civ 315 MK (documents - relocation) Iraq CG [2012] UKUT 00126 (IAC) AMM and Others (conflict; humanitarian crisis; returnees; FGM) Somalia CG [2011] UKUT 00445 (IAC) DS (Afghanistan) v Secretary of State for the Home Department [2011] EWCA Civ 305 HM (Iraq) v Secretary of State for the Home Department [2011] EWCA Civ 1536 SA v Federal Office for Migration 2011 E-7625/2008 – ATAF (FAC) – 2011/7 ZG v The Federal Republic of Germany International Journal of Refugee Law, Vol 23, No 1, March 2011 HH (Somalia) v Secretary of State for the Home Department [2010] EWCA Civ 426 HK and Others (minors – indiscriminate violence – forced recruitment by the Taliban) Afghanistan CG [2010] UKUT 378 (IAC) HM and others (Article 15(c)) Iraq CG [2010] UKUT 331 (IAC) Elgafaji v Staatssecretaris van Justitie (C-465/07) [2009] 1 WLR 2100 GS (Article 15(c): indiscriminate violence) Afghanistan CG [2009] UKAIT 00044 Husseini v Sweden Application No 10611/09 JH v UK Application No 48839/09 N v Sweden Application No 23505/09, 20 July 2010 QD (Iraq) v Secretary of State for the Home Department [2009] EWCA Civ 620 AM & AM (armed conflict: risk categories) Somalia CG [2008] UKAIT 00091 NA v UK Application No 25904/07 Secretary of State for the Home Department v AH (Sudan) [2007] UKHL 49 Sufi and Elmi v UK Applications Nos 8319/07 and 11449/07 Januzi v Secretary of State for the Home Department [2006] UKHL 5 Salah Sheekh v Netherlands Application No 1948/04</p>
<p>The Council stated that the asylum judge commits an error of law if he grants subsidiary protection on the ground of Article L.712-1 c) CESEDA without referring to any personal elements justifying the threats, if he does not assess beforehand the level of indiscriminate violence existing in the country of origin.</p>	
<p>It was justified in granting the claimant subsidiary protection status since according to the latest country of origin information when the decision was made, the security situation in Afghanistan is extremely volatile, and the claimant cannot be expected to seek refuge in the capital city from the threats brought on by the armed conflict in his province of origin. Countries struggling with armed conflicts do not normally provide safe internal flight options within the country, as the movement of front lines can put areas at risk that were previously considered safe.</p>	<p>ECtHR - Salah Sheekh v The Netherlands (Application No 1948/04) - resource ECtHR - Husseini v. Sweden, Application No 10611/09 ECtHR - Chalal v. the United Kingdom, Application No 1948/04</p>
<p>Subsidiary protection is granted regardless of any personal reason and despite remaining doubts about him having resided recently in Mogadiscio.</p>	<p>ECHR 28 June 2011, Sufi et Elmi c/ UK No 8319/07 and No 11449/07</p>

Number	Key words	Case name/ reference	Country of decision	Language of decision	Court or Tribunal	Date of decision	Claimant's country of origin	Relevance of the decision
EASO38	Conflict and serious harm	FM, Re Judicial Review [2012] ScotCS CSOH_56	United Kingdom	English	Court of Session	30.3.12	Yemen	The Claimant petitioned for judicial review of a decision refusing his application under paragraph 353 of the Immigration Rules, based on Article 2(e) of the Qualification Directive, for humanitarian protection on account of the outbreak of internal armed conflict in Yemen in early 2011 and the effect thereof. He submitted that the Secretary of State had been sent a substantial amount of information about the aforementioned outbreak of internal armed conflict and had erred in concluding that another immigration judge, applying the rule of anxious scrutiny, would not come to a different conclusion and that there was no reason why he could not return to the Yemen in safety. Consideration was given to the definition of 'serious harm' pursuant to Article 15 QD.
EASO39	Delay, credibility assessment, medical reports/ medico-legal reports, indiscriminate violence, subsidiary protection	Ninga Mbi v Minister for Justice and Equality & Ors, [2012] IEHC 125	Ireland	English	High Court	23.3.12	Democrat Republic of Congo (DRC)	The Court found that the level of violence in the DRC was not as high as to engage Article 15(c) QD taking into account the situation of the applicant.
EASO40	Child specific considerations	HK (Afghanistan) & Ors v Secretary of State for the Home Department, [2012] EWCA Civ 315	United Kingdom	English	Court of Appeal	16.3.12	Afghanistan	The case concerns the State's obligation to attempt to trace the family members of unaccompanied minor asylum seekers.
EASO41	High level of indiscriminate violence, internal flight alternative	CNDA 28 février 2012 M. MOHAMED MOHAMED n° 11001336 C+	France	French	CNDA (National Asylum Court)	28.2.12	Somalia	The Court found that, at the date of its ruling, blind violence in Mogadishu reached such a high level that the appellant would be exposed to a serious threat against his life.
EASO42	High level of indiscriminate violence	CNDA 28 février 2012 Mme HAYBE FAHIYE n° 10019981 C	France	French	CNDA (National Asylum Court)	28.2.12	Somalia	The Court found that, at the date of its ruling, blind violence in the Afgooye district reached such a high level that the appellant would be exposed to a serious threat against his life.
EASO43	Level of violence and individual risk	CE, arrêt n° 218.075 du 16 février 2012.	Belgium	French	Council of State	16.2.12	Unknown	In this decision, the Council of State interprets Article 15 (b) QD according to the ECtHR's case-law concerning Article 3 of ECHR. Based on this interpretation the Council rejects the Elgafaji interpretation according to which the asylum applicant is not absolved of showing individual circumstances except in case of indiscriminate violence.
EASO44	Indiscriminate violence	72787	Belgium	Dutch	Council of Alien Law Litigation (Raad voor Vreemdelingenbetwistingen) - adopted by a special seat of three judges	31.1.12	Iraq	Held that there is no more indiscriminate violence in Central Iraq. Comes to that conclusion after analysing the factual information presented by the administration and recent ECtHR jurisprudence.
EASO45	Assessment of risk, due consideration to the practical conditions of a return to the region of origin	CNDA 11 janvier 2012 M. SAMADI+D54 n° 11011903 C	France	French	CNDA (National Asylum Court)	11.1.12	Afghanistan	The Court found that, at the date of its ruling, the appellant in order to return to the faraway province of Nimruz would have to travel through several provinces plagued by indiscriminate violence and was exposed therefore to the threats encompassed in Article L.712-1 c) CESEDA.

The main points of the decision's reasoning (if possible)	References to jurisprudence of European or national courts
<p>Granting the prayer of a judicial review, the Court held that the serious and individual threat to life or person by reason of indiscriminate violence had to be assessed not separately or alternatively but in the context of internal armed conflict. The Secretary of State had erred in law both in her statement of the test to be applied and in reaching a perverse conclusion in relation to internal armed conflict on the material before her. Further, her consideration that the violence could not be considered to be indiscriminate was problematic, particularly when the 'activists' who were allegedly targeted were unarmed civilians according to the information before her.</p>	<p>HM (Iraq) and Another v Secretary of State for the Home Department [2011] EWCA Civ 1536 HM (Article 15(c)) (Iraq) v Secretary of State for the Home Department [2010] UKUT 331 (IAC) Elgafaji v Staatssecretaris van Justitie (C-465/07) [2009] 1 WLR 2100 GS (Article 15(c) Indiscriminate violence) Afghanistan CG [2009] UKAIT 44 QD (Iraq) v Secretary of State for the Home Department [2009] EWCA Civ 620 KH (Article 15(c) Qualification Directive) Iraq CG [2008] UKAIT 0023 WM (Democratic Republic of Congo) v Secretary of State for the Home Department [2006] EWCA Civ 1495</p>
<p>The level of violence in the DRC did not amount to an internal or international armed conflict and therefore the applicant did not run a real risk of serious and individual threat by reason of indiscriminate violence in situations of armed conflict.</p>	<p>ECtHR - R.C. v. Sweden (Application No 41827/07) - resource CJEU - C-277/11 MM v Minister for Justice, Equality and Law Reform, Ireland, Attorney General (UP)</p>
<p>The Court noted that there was an obligation on the UK government to trace the family members of a child asylum applicant, under Article 19(3) of the Reception Directive, as enshrined in domestic law. It held that this duty was 'intimately connected' with the asylum application decision-making process as the question of whether a child has a family to return to or not is central to the asylum decision. Thus the duty to trace falls to the government, not the child. That said, however, the Court held that the government's failure to trace an applicant's family would not automatically lead to the grant of asylum – every case depends on its own facts and is a matter for the fact-finding Tribunal to determine.</p> <p>The Court also pointed out that if the government's efforts to trace families in Afghanistan are slow, this should not be allowed to delay a decision on an asylum case, particularly if the decision would be to grant protection. In such cases, the best interests of the child may require asylum to be granted. Later on, if the families are successfully traced, that may justify a revocation of refugee status, if the need for asylum is no longer deemed present.</p>	<p>ZK (Afghanistan) v Secretary of State for the Home Department [2010] EWCA Civ 749 UK - Court of Appeal, 22 March 2011, DS (Afghanistan) v Secretary of State for the Home Department [2011] EWCA Civ 305 UK - Asylum and Immigration Tribunal, 15 March 2007, LQ, Afghanistan [2008] UKAIT 00005 UK - ZH (Tanzania) (FC) v Secretary of State for the Home Department [2011] UKSC 4 CJEU - C-465/07 Meki Elgafaji, Noor Elgafaji v Staatssecretaris van Justitie UK - Upper Tribunal, AA (unattended children) v Secretary of State for the Home Department, [2012] UKUT 00016</p>
<p>Subsidiary protection was granted regardless of any personal reason. The Court noted that internal relocation in another area of Somalia was not possible.</p>	
<p>Subsidiary protection was granted regardless of any personal reason.</p>	
<p>The Council of State reminds that firstly, based on the CJEU's judgment in <i>Elgafaji</i>, Article 15(b) QD must be interpreted according with the case-law of the ECtHR.</p> <p>Secondly, the Council of State underlines that the judgment of the ECtHR in <i>Saadi v. Italy</i> enshrines the principle according to which a person's membership to a 'group systematically exposed to inhuman and degrading treatments' frees him/her from the obligation to present other individual circumstances to establish a real risk of a violation of Article 3 of the ECHR.</p> <p>The Council of State concluded that by requiring the asylum seeker to show individual circumstances other than the membership to a specific group there had been a violation of the obligation of the lower court to reason its decision. The lower court should have first answer to the question if the said group was systematically exposed to inhuman or degrading treatments.</p>	<p>(CJEU) Elgafaji (C-465/07) (ECtHR) Saadi c. Italie (37201/06)</p>
	<p>ECJ, Elgafaji, case C-465/07; ECtHR, NA. v. UK, 25904/07; ECtHR, Sufi and Elmi v. UK, 8319/07; ECtHR, J.H. v. UK, 48839/09; E.Ct.H.R., F.H. v. Sweden, 32621/06</p>
<p>The Court here does not specify the level of violence prevailing in the province of Nimruz but focuses mostly on the practical aspects of a return trip to a province located in the southwestern border : when assessing the prospective risk the Court takes due consideration of the dangers inherent to this journey. Subsidiary protection was granted.</p>	

Number	Key words	Case name/ reference	Country of decision	Language of decision	Court or Tribunal	Date of decision	Claimant's country of origin	Relevance of the decision
EASO46	Serious risk and children	AA (unattended children) Afghanistan CG [2012] UKUT 00016	United Kingdom	English	Upper Tribunal (Immigration and Asylum Chamber)	6.1.12	Afghanistan	The evidence demonstrated that unattached children returned to Afghanistan, depending upon their individual circumstances and the location to which they were returned, may have been exposed to risk of serious harm, inter alia from indiscriminate violence, forced recruitment, sexual violence, trafficking and a lack of adequate arrangements for child protection. Such risks had to be taken into account when addressing the question of whether a return was in the child's best interests, a primary consideration when determining a claim to humanitarian protection.
EASO47	High level of indiscriminate violence	CNDA 23 décembre 2011 M. MOHAMED ALI n° 11021811 C	France	French	CNDA (National Asylum Court)	23.12.11	Somalia	The Court found that, at the date of its ruling, blind violence in Mogadishu reached such a high level that the appellant would be exposed to a serious threat against his life.
EASO48	Indiscriminate violence, procedural guarantees, internal armed conflict, subsidiary protection	HM (Iraq) and RM (Iraq) v Secretary of State for the Home Department [2011] EWCA Civ 1536	United Kingdom	English	Court of Appeal	13.12.11	Iraq	Country Guidance on application of Article 15(c) QD quashed.
EASO49	Real risk and level of violence	Upper Tribunal, 28 November 2011, AMM and others v Secretary of State for the Home Department [2011] UKUT 00445	United Kingdom	English	Upper Tribunal	28.11.11	Somalia	In this case the Tribunal considered the general country situation in Somalia as at the date of decision for five applicants, both men and women from Mogadishu, south or central Somalia, Somaliland and Puntland. The risk of female genital mutilation (FGM) was also considered.

The main points of the decision's reasoning (if possible)	References to jurisprudence of European or national courts
<p>The evidence did not alter the position as described in HK and Others (minors – indiscriminate violence – forced recruitment by Taliban – contact with family members) Afghanistan CG [2010] UKUT 378 (IAC), namely that when considering the question of whether children were disproportionately affected by the consequences of the armed conflict in Afghanistan, a distinction had to be drawn between children who were living with a family and those who were not. That distinction was reinforced by the additional material before the Tribunal. Whilst it was recognised that there were some risks to which children who had the protection of the family were nevertheless subject, in particular the risk of landmines and the risks of being trafficked, they were not of such a level as to lead to the conclusion that all children would qualify for international protection. In arriving at this conclusion, account was taken of the necessity to have regard to the best interests of children.</p>	<p>AD Lee v SSHD [2011] EWCA Civ 348 DS (Afghanistan) [2011] EWCA Civ 305 FA (Iraq) (FC) (Respondent) v SSHD (Appellant) [2011] UKSC 22 ZH (Tanzania) v SSHD [2011] UKSC 4 FA (Iraq) v SSHD [2010] EWCA Civ 696 HK and Others (minors-indiscriminate violence-forced recruitment by Taliban-contact with family members) Afghanistan CG [2010] UKUT 378 (IAC) HM (Article 15(c)) (Iraq) v Secretary of State for the Home Department [2010] UKUT 331 (IAC) Elgafaji (Case C-465/07); [2009] 1WLR 2100 GS (Article 15(c): Indiscriminate Violence) Afghanistan CG [2009] UKAIT 0044 GS (Existence of internal armed conflict) Afghanistan [2009] UKAIT 00010 RQ (Afghan National Army, Hizb-i-Islami, risk) Afghanistan CG [2008] UKAIT 00013 HK v Secretary of State for the Home Department [2006] EWCA Civ 1037 R (Mlloja) v SSHD [2005] EWHC 283 (Admin) R (Q & Others) v SSHD [2003] EWCA Civ 364, R (on the application of Howard League for Penal Reform) v Secretary of State for the Home Department & Anor [2002] EWHC 2497 (Admin)</p>
<p>Subsidiary protection was granted regardless of any personal reason.</p>	<p>ECHR 28 June 2011, Sufi et Elmi c/ UK No 8319/07 and No 11449/07</p>
<p>The Court quashed a country guidance decision on the application of Article 15(c) QD in Iraq because the Tribunal had not considered what was necessary to ensure that it heard proper argument in a case designed to give binding guidance for other applicants.</p>	<p>UK - Court of Appeal, 24 June 2009, QD & AH (Iraq) v Secretary of State for the Home Department with the United Nations High Commissioner for Refugees Intervening [2009] EWCA Civ 620 UK - Russian Commercial and Industrial Bank v British Bank for Foreign Trade Ltd [1921] 2AC 438 UK - OM (Zimbabwe) v. Secretary of State for the Home Department, CG [2006] UKAIT 00077 UK - KH (Iraq) CG [2008] UKIAT 00023 UK - HM and Others (Iraq) v. Secretary of State for the Home Department, CG [2010] UKUT 331 (IAC) UK - In re F [1990] 2 AC UK - Clarke v Fennoscandia Ltd [2007] UKHL 56</p>
<p>The Tribunal considered the 'significance' of <i>Sufi and Elmi</i> and the rulings of the ECtHR in general. It observed that more extensive evidence was available to it than was considered by the ECtHR and so it was entitled to attribute weight and make its own findings of fact in these cases, which otherwise would have been disposed of by reference to <i>Sufi and Elmi</i>. It received the submissions of UNHCR but reiterated the view that it was not bound to accept UNHCR's recommendation that at the time of hearing nobody should be returned to central and southern Somalia. It concluded that at the date of decision 'an Article 15(c) risk exists, as a general matter, in respect of the majority of those in Mogadishu and as to those returning there from the United Kingdom.' The Tribunal did identify a category of people who might exceptionally be able to avoid Article 15(c) risk. These were people with connections to the 'powerful actors' in the TFG/AMISOM. The Tribunal was not satisfied that the conditions in southern or central Somalia would place civilians at risk of Article 15(c) mistreatment. The Tribunal was satisfied that a returnee to southern or central Somalia would be at risk of harm which would breach Article 3 of ECHR, but reached its conclusion by a different route and on different evidence from that taken in <i>Sufi and Elmi</i>. Given the general findings on risk of persecution (Article 2 of the Qualification Directive) and serious harm (Article 15) there was a similar finding that internal flight to Mogadishu or to any other area would not be reasonable. From Mogadishu international airport to the city, notwithstanding the risk of improvised explosive devices, was considered safe under TFG/AMISOM control. There may be safe air routes, but overland travel by road was not safe if it entailed going into an area controlled by Al Shabab. Safety and reasonableness would also be gauged by reference to the current famine. Individuals may be able to show increased risk e.g. women who were not accompanied by a protecting male.</p>	<p>(ECtHR): Aktas v France (2009) (Application No 43568/08); D v The United Kingdom (Application No 30240/96); Kokkinakis v Greece (1994) (Application No 14307/88); Moldova v Romania (Application No 41138/98 and 64320/01); MSS v Belgium and Greece (Application No 30696/09); N v United Kingdom (Application No 26565/05); NA v United Kingdom (Application No 25904/07); Salah Sheekh v The Netherlands (Application No 1948/04); Sufi and Elmi v United Kingdom (Application Nos 8319/07 and 11449/07); CJEU: Elgafaji v Staatssecretaris van Justitie C-465/07; UK and other national: R v Horseferry Road Magistrates Court ex-parte Bennett [1993] UKHL 10; Adan [1998] UKHL 15; Shah and Islam v Secretary of State for the Home Department [1999] UKHL 20 Omoruyi v Secretary of State for the Home Department [2001] Imm AR 175 Sepet & Anor, R (on the application of) v Secretary of State for the Home Department [2003] UKHL 15 R (Alconbury Developments Ltd) v Environment Secretary [2003] 2 AC 395 (...) See the judgment for more related cases</p>

Number	Key words	Case name/ reference	Country of decision	Language of decision	Court or Tribunal	Date of decision	Claimant's country of origin	Relevance of the decision
EASO50	Level of violence and individual risk	AMM and others (conflict, humanitarian crisis, returnees, FGM) Somalia CG [2011] UKUT 445	United Kingdom	English	Upper Tribunal (Immigration and Asylum Chamber)	25.11.11	Somalia	Despite the withdrawal in early August 2011 of Al-Shabab conventional forces from at least most of Mogadishu, there remained a real risk of Article 15(c) QD harm for the majority of those returning to that city after a significant period of time abroad. Such a risk did not arise in the case of those connected with powerful actors or belonging to a category of middle class or professional persons, who lived to a reasonable standard in circumstances where the Article 15(c) risk, which existed for the great majority of the population, did not apply. The significance of this category should not be overstated and was not automatically assumed to exist, merely because a person had told lies. Outside Mogadishu, the fighting in southern and central Somalia was both sporadic and localised and not such as to place every civilian in that part of the country at real risk of Article 15(c) harm. In individual cases, it was necessary to establish where a person came from and what the background information said was the present position in that place.
EASO51	High level of indiscriminate violence	CNDA 25 novembre 2011 M. SAMER n° 11003028 C	France	French	CNDA (National Asylum Court)	25.11.11	Afghanistan	The Court found that, at the date of its ruling, blind violence in the province of Nangarhar reached such a high level that the appellant would be exposed to a serious threat against his life.
EASO52	Real risk and level of violence	Federal Administrative Court, 17 November 2011, 10 C 13.10	Germany	German	Federal Administrative Court	17.11.11	Iraq	Concerned questions of fundamental significance regarding the definition of Section 60(7)(2) Residence Act/Article 15(c) QD: When establishing the necessary 'density of danger' in an internal armed conflict within the meaning of Section 60(7) (2) Residence Act/Article 15(c) QD, it is not sufficient to quantitatively determine the number of victims in the conflict. It is necessary to carry out an 'evaluating overview' of the situation, which takes into account the situation of the health system.
EASO53	Actors of protection, internal protection	D.K. v Ministry of Interior, 6 Azs 22/2011	Czech Republic	Czech	Supreme Administrative Court	27.10.11	Nigeria	The Court held inter alia that effective protection cannot be provided by non-governmental organisations which do not control the state or a substantial part of its territory.
EASO54	Level of violence and individual risk	CNDA, 18 October 2011, M. P., Mme P. & Mme T., n°11007041, n°11007040, n°11007042	France	French	CNDA (National Asylum Court)	18.10.11	Sri Lanka	Since the situation of generalised violence which prevailed in Sri Lanka ended with the military defeat of LTTE combatants in May 2009, the only valid ground for claiming subsidiary protection would be Article L.712-1 b) CESEDA [which transposes Article 15(b) QD]. The CNDA added that the <i>Elgafaji</i> Case, (C-465/07) was restricted to stating principles on the assessment of the individual risks in case of return to the country of origin, considering both the personal and current risk claimed by the applicant and the degree of violence prevailing in the country.

The main points of the decision's reasoning (if possible)	References to jurisprudence of European or national courts
<p>Despite the suggestion in <i>Sufi & Elmi</i> that there was no difference in the scope of Article 3 of the ECHR and Article 15(c) of the Qualification Directive, the binding Luxembourg case law of <i>Elgafaji</i> [2009] EUECJ C-465/07 made it plain that Article 15(c) could be satisfied without there being such a level of risk as was required for Article 3 in cases of generalised violence (having regard to the high threshold identified in <i>NA v United Kingdom</i> [2008] ECHR 616). The difference involved the fact that Article 15(c) covered a 'more general risk of harm' than Article 3 of the ECHR; that Article 15(c) included types of harm that were less severe than those encompassed by Article 3; and that the language indicating a requirement of exceptionality was invoked for different purposes in <i>NA v United Kingdom</i> and <i>Elgafaji</i> respectively). A person was not entitled to protection under the Refugee Convention, the Qualification Directive or Article 3 of the ECHR, on the basis of a risk of harm to another person, if that harm would be willingly inflicted by the person seeking such protection.</p>	<p>Significant cases cited: <i>Sufi v United Kingdom</i> (8319/07) (2012) 54 EHRR 9 <i>AM</i> (Armed Conflict: Risk Categories) [2008] UKAIT 91</p>
<p>Subsidiary protection was granted regardless of any personal reason.</p>	
<p>There were no individual 'risk enhancing' circumstances, nor was the degree of danger in the applicant's home region high enough to justify the assumption that any civilian would face a serious risk. However, the High Administrative Court failed to carry out an 'evaluating overview' of the situation which should not only include the number of victims and the severity of harm, but also the situation of the health system and thus access to medical help. However, this omission in the findings of the High Administrative Court does not affect the result of the decision as the applicant would only face a low risk of being injured.</p>	<p>(ECTHR) <i>Saadi v Italy</i> (Application No 37201/06) (CJEU) <i>Elgafaji v Staatssecretaris van Justitie</i> C-465/07 (Germany) Federal Administrative Court, 24 June 2008, 10 C 43.07 Federal Administrative Court, 14 July 2009, 10 C 9.08 Federal Administrative Court, 27 April 2010, 10 C 5.09 Federal Administrative Court, 8 September 2011, 10 C 14.10</p>
<p>Fulfilling the conditions of internal protection (the availability of protection, the effectiveness of moving as a solution to persecution or serious harm in the area of origin, and a minimal standard of human rights protection) must be assessed cumulatively in relation to specific areas of the country of origin. It also must be clear from the decision which specific part of the country of origin can provide the applicant refuge from imminent harm. For the purposes of assessing the ability and willingness to prevent persecution or serious harm from non-State actors, possible protection provided by the state, parties or organisations which control the state or a substantial part of its territory, must be examined. Effective protection cannot be provided by non-governmental organisations which do not control the state or a substantial part of its territory.</p>	<p>ECTHR - <i>Collins and Akaziebie v Sweden</i> (Application No 23944/05) ECTHR - <i>Izevbekhai and Others v Ireland</i> (Application No 43408/08) Czech Republic - Supreme Administrative Court, 30 September 2008, S.N. v Ministry of Interior, 5 Azs 66/2008-70 Czech Republic - Supreme Administrative Court, 28 July 2009, L.O. v Ministry of Interior, 5 Azs 40/2009 Czech Republic - Supreme Administrative Court, 16 September 2008, N.U. v Ministry of Interior, 3 Azs 48/2008-57 Czech Republic - Supreme Administrative Court, 24 January 2008, E.M. v Ministry of Interior, 4 Azs 99/2007-93 Czech Republic - Supreme Administrative Court, 25 November 2011, D.A. v Ministry of Interior, 2 Azs 100/2007-64</p>
<p>The CNDA noted that the CJEU judgment dating from 17 February 2009 on a preliminary ruling relating to the interpretation of the provisions of Article 15(c) of the Qualification Directive (<i>Elgafaji Case</i>, C-465/07) was restricted to stating principles on the assessment of the individual risks in case of return to the country of origin, considering both the personal and current risk claimed by the applicant and the degree of violence prevailing in the country. It concluded that these judgments did not exempt an applicant for subsidiary protection from establishing an individual risk of persecution or ill-treatment, by attempting to prove personal factors of risk that he/she would face in case of return to his/her country of origin. The Court insisted that the only valid ground for subsidiary protection was Article L.712-1 b) CESEDA [which transposes Article 15(b) of the Qualification Directive] since the situation of generalised violence which prevailed in Sri Lanka ended with the military crushing of the LTTE combatants in May 2009.</p>	<p>(ECTHR) <i>NA v United Kingdom</i> (Application No 25904/07) (CJEU) <i>Elgafaji v Staatssecretaris van Justitie</i> C-465/07</p>

Number	Key words	Case name/ reference	Country of decision	Language of decision	Court or Tribunal	Date of decision	Claimant's country of origin	Relevance of the decision
EASO55	Low level of indiscriminate violence	CNDA 18 octobre 2011 M. HOSSEINI n° 10003854 C+	France	French	CNDA (National Asylum Court)	18.10.11	Afghanistan	The Court found that at the date of its ruling indiscriminate violence in the province of Parwan reached only a moderate level so that the appellant had to demonstrate that he would be personally threatened in case of return.
EASO56	High level of indiscriminate violence	CNDA 18 octobre 2011 M. TAJIK n° 09005623 C	France	French	CNDA (National Asylum Court)	18.10.11	Afghanistan	The Court found that, at the date of its ruling, blind violence in the province of Kunduz reached such a high level that the appellant would be exposed to a serious threat against his life.
EASO57	Low level of indiscriminate violence	CNDA 3 octobre 2011 M. DURANI n° 10019669 C	France	French	CNDA (National Asylum Court)	3.10.11	Afghanistan	The Court found that, at the date of its ruling, indiscriminate violence in the province of Nangarhar reached only a moderate level so that the appellant had to demonstrate that he would be personally threatened in case of return. The appellant failed to do so and subsidiary protection was denied.
EASO58	Indiscriminate violence	AJDCoS, 8 September 2011, 201009178/1/V2	Netherlands	Dutch	Administrative Jurisdiction Division of the Council of State	8.9.11	Zimbabwe	The fact that riots took place in poorer neighbourhoods which resulted in sudden police charges to dispel the riots is insufficient for the application of Article 15(c) QD.
EASO59	Situation of trouble and unrest not amounting to indiscriminate violence	CNDA 1er septembre 2011 M. PETHURU n° 11003709 C	France	French	CNDA (National Asylum Court)	1.9.11	Sri Lanka	The Court found that, at the date of its ruling, the prevailing situation of tension and unrest in the Jaffna peninsula did not reach the level of indiscriminate violence within the meaning of Article L.712-1 c) CESEDA provisions. Therefore subsidiary protection on the '15c' ground could not be granted to the appellant.
EASO60	Conflict	High Administrative Court Hessen, 25 August 2011, 8 A 1657/10.A	Germany	German	High Administrative Court Hessen	25.8.11	Afghanistan	The applicant was eligible for subsidiary protection as an internal armed conflict was taking place in Logar .
EASO61	Assessment of risk under Article 15(c) QD provisions, balancing scale, personal elements not required beyond a certain threshold of indiscriminate violence, obligation to assess the level of indiscriminate violence	CE 24 Août 2011 M.Kumarasamy n° 341270 C	France	French	Council of State	24.8.11	Sri Lanka	When indiscriminate violence reaches such a level that a person sent back to the area of conflict is at risk because of his mere presence in this territory, an appellant does not have to prove that he is specifically targeted to meet the requirements of Article L.712-1 c) CESEDA. Thus, for denying a claim for subsidiary protection, it is not sufficient to discard the credibility of the alleged personal circumstances and the asylum judge has to verify that the level of violence does not entail by itself a real risk against life and security.

The main points of the decision's reasoning (if possible)	References to jurisprudence of European or national courts
<p>The Court noted that because of his young age and lack of family links the appellant would be particularly exposed to the threats encompassed in Article L.712-1 c) CESEDA. Subsidiary protection was granted.</p>	
<p>Subsidiary protection was granted regardless of any personal reason.</p>	
<p>Claim was rejected both on Geneva Convention and subsidiary protection grounds. This assessment of the situation in the Nangarhar province has evolved very quickly: see EASO 31.</p>	(CJEU) <i>Elgafaji v Staatssecretaris van Justitie</i> C-465/07
<p>The Council of State referred to case C-465/07 of the Court of Justice EU of 17 February 2009 (<i>Elgafaji vs. Staatssecretaris van Justitie</i>) and held that Article 15(c) of the Qualification Directive is only applicable in extraordinary cases in which the degree of indiscriminate violence characterising the armed conflict reaches such a high level that substantial grounds are shown for believing that a civilian would, solely on account of presence, face a real risk of being subject to a serious threat.</p> <p>Travel advice of the Minister of Foreign Affairs concerning Zimbabwe dated 1 December 2009 described that in the poor neighbourhoods riots take place and sudden police charges may take place. However, it did not follow from this that the level of indiscriminate violence was so high that substantial grounds were shown for believing that a civilian would, solely on account of presence, face a real risk of being subject to a serious threat.</p>	(CJEU) <i>Elgafaji v Staatssecretaris van Justitie</i> C-465/07
<p>Claim was rejected both on Geneva Convention and subsidiary protection grounds.</p>	
<p>The High Administrative Court upheld its position according to which the applicant was eligible for subsidiary protection under Article 15(c) of the Qualification Directive. At the time of its first decision (January 2010), the Court found that an internal armed conflict took place in the applicant's home region, the province of Logar, in the form of civil war-like clashes and guerrilla fighting. The situation had worsened to such an extent that the armed conflict reached a high level of indiscriminate violence which involved a high 'density of danger' for the civilian population. It could be established that virtually the whole population of the province of Logar was subject to 'acts of arbitrary, indiscriminate violence' by the parties to the conflict. The Court found that the applicant was facing an even higher risk due to his Tajik ethnicity, his Shiite religion, his previous membership of the youth organization of the PDPA, which had become known in the meantime, and due to the fact that his family (formerly) owned real estate in his hometown. These circumstances had to be taken into consideration in the existing context as they suggested that the applicant was not only affected more severely than others by the general indiscriminate violence, but since they exposed him additionally to the risk of target-oriented acts of violence. It was precisely such target-oriented assaults which could be expected to intensify in the province of Logar which, to a great extent, was dominated by insurgents.</p>	(CJEU) <i>Elgafaji v Staatssecretaris van Justitie</i> C-465/07 (Germany) Federal Administrative Court, 14 July 2009, 10 C 9.08 Federal Administrative Court, 14 July 2010, 10 B 7.10
<p>The asylum judge commits an error of law if he denies subsidiary protection on the sole basis of a negative assessment of personal circumstances without any reference to the level of indiscriminate violence possibly existing in the country of origin.</p>	

Number	Key words	Case name/ reference	Country of decision	Language of decision	Court or Tribunal	Date of decision	Claimant's country of origin	Relevance of the decision
EASO62	Assessment of facts and circumstances, country of origin information, inadmissible application, relevant documentation, subsequent application, subsidiary protection	II OSK 557/10	Poland	Polish	Supreme Administrative Court of Poland	25.7.11	Russia	The administrative authorities, when carrying out an assessment of whether a subsequent application for refugee status is inadmissible (based on the same grounds), should compare the factual basis for the administrative case on which a final decision has been made with the testimony of the foreigner provided in the subsequent application and should also examine whether the situation in the country of origin of the applicant and also the legal position have changed.
EASO63	Absence of indiscriminate violence	CNDA 22 juillet 2011 M. MIRZAIE n° 11002555 C	France	French	CNDA (National Asylum Court)	22.7.11	Afghanistan	The Court found that, at the date of its ruling, there was no indiscriminate violence in the province of Parwan. Therefore subsidiary protection on the «(15c)» ground could not be granted to the appellant.
EASO64	Level of violence and individual risk	ANA (Iraq) v Secretary of State for the Home Department [2011] CSOH 120	United Kingdom	English	Court of Session	8.7.11	Iraq	The Claimant sought judicial review of the Secretary of State's refusal to treat representations as a fresh claim for asylum or humanitarian protection. The Claimant arrived in the UK in 2010 and sought asylum or humanitarian protection on the basis that as a medical doctor, he was at risk of violence in Iraq. His application and subsequent appeals were refused and his rights of appeal were exhausted. Further representations were made on the basis that the findings in the country guidance case of <i>HM (Iraq) v Secretary of State for the Home Department</i> [2010] UKUT 331 (IAC) to the effect that persons such as medical doctors were at greater risk of violence than other civilians and were likely to be eligible for either refugee or humanitarian protection under Article 15 QD, were in accordance with the Secretary of State's own Iraq country of origin information report.
EASO65	Conflict	High National Court, 8 July 2011, 302/2010	Spain	Spanish	High National Court	8.7.11	Côte d'Ivoire	The applicant claimed asylum in November 2009 alleging a well-founded fear of persecution for reasons of race and religion. The application was refused by the Ministry of Interior on the grounds that the application did not amount to persecution in accordance with the 1951 Refugee Convention. On appeal, the High National Court re-examined the application and held that the conflict which had arisen in the Ivory Coast had to be taken into account and on that basis subsidiary protection should be granted.

The main points of the decision's reasoning (if possible)	References to jurisprudence of European or national courts
<p>The Supreme Administrative Court of Poland found that, when an assessment is being made of whether a subsequent application for refugee status is based on the same grounds, the administrative authorities should not limit themselves only to a simple comparison between the facts set out in the subsequent application and the facts cited by the applicant in the previous applications. This is because the grounds on which basis a subsequent application has been drawn up should be set against all relevant facts established by the authorities in the previous proceedings and not just those contained in previous applications.</p> <p>The facts cited by the foreigner in his application for refugee status, for the purposes of the authority, are just a source of information about the circumstances of the case and serve to provide direction for the Court's investigations. The administrative authority is not bound by the legal or factual basis indicated by the foreigner in his application; it is obliged to investigate the facts in accordance with the principle of objective truth. Furthermore, the facts that form the basis for an application frequently change or are added to during the course of the proceedings. At the same time, the scope of information contained in the application by the foreigner is not identical to the factual findings established by the administrative authority during the course of the proceedings (as the findings of the authority are supposed to be broader in scope). One cannot assess whether two administrative cases are identical by comparing the two applications that initiated these proceedings. Rather, the content of the subsequent application must be compared with the totality of facts considered to form the factual basis for the administrative case on which a final decision was made.</p> <p>The factual basis of an application consists in information concerning the individual position of the foreigner and the situation in his country of origin. The administrative authorities should therefore, when performing a subsequent assessment, examine whether the situation has changed in the country of origin of the applicant from the position found in the course of the previous proceedings for refugee status.</p> <p>If the foreigner cites only personal circumstances in his application, this does not relieve authorities of this obligation, as the situation in the country of origin may be unknown to the applicant, who typically assesses his situation subjectively, unaware of what has happened since he left his country of origin.</p> <p>The assessment of how similar two or more cases are cannot be limited just to an analysis of the facts; the assessor also needs to examine whether the legal position in relation to the proceedings in question has changed. An application is found inadmissible if it is based on the same grounds. This concerns not just the facts but also the legal basis. If the law changes, an application made on the same factual grounds as before will not prevent a subsequent application from being examined on the merits.</p>	<p>CJEU - C-465/07 Meki Elgafaji, Noor Elgafaji v Staatssecretaris van Justitie</p>
<p>Claim was rejected both on Geneva Convention and subsidiary protection grounds.</p>	
<p>The Secretary of State's decision was reduced. The question was whether there was any possibility, other than a fanciful possibility, that a new immigration judge might take a different view given the material. The Secretary of State had failed to explain in her decision why she was of the view that a new immigration judge would come to the view that <i>HM</i> and the country of origin information report were not matters which might lead to a decision favourable to the claimant. Moreover, she had placed weight on the finding of an immigration judge who had heard the claimant's appeal that his claim lacked credibility but did not explain why that was relevant in considering the view which could be taken by a new immigration judge in light of <i>HM</i>.</p>	<p>Ruddy v Chief Constable of Strathclyde [2011] CSIH 16 Colstoun Trust v AC Stoddart & Sons, Colstoun (1995) [2010] CSIH 20 HM (Article 15(c)) (Iraq) v Secretary of State for the Home Department [2010] UKUT 331 (IAC) GM (Eritrea) v Secretary of State for the Home Department [2008] EWCA Civ 833</p>
<p>When assessing if the applicant qualified for subsidiary protection, the Court relied on a report issued by UNHCR (UNHCR Position on Returns to Côte d'Ivoire, 20 January 2011) stating that serious human rights violations were taking place due to the conflict in Ivory Coast. These violations had been inflicted by both Gbagbo's government and Ouattara's political opposition. Also, the recommendation by UNHCR in the above report to cease forced returns to Côte d'Ivoire had to be taken into account. The Court held that there was a real risk to the applicant if returned to his country of origin. Therefore, subsidiary protection could be granted since the applicant faced a real risk of suffering serious harm (Article 4, Law 12/2009).</p>	

Number	Key words	Case name/ reference	Country of decision	Language of decision	Court or Tribunal	Date of decision	Claimant's country of origin	Relevance of the decision
EASO66	Internal protection	AWB 08/39512	Netherlands	Dutch	District Court Almelo	23.6.11	Somalia	This was an appeal against the first instance decision to refuse the applicant's asylum claim on the basis of an internal protection alternative. The District Court held the respondent had interpreted the requirements of sub (c) of the Dutch policy concerning internal protection alternative too restrictively by only assessing whether the situation in southern and central Somalia fulfilled the requirements of Article 15(c) QD and amounted to a violation of Article 3 of the ECHR. The interpretation used by the respondent would entail that requirement sub (c) of the Dutch policy has no independent meaning, since the assessment regarding Article 15(c) QD and Article 3 of the ECHR is already made when examining whether requirement sub (a) is fulfilled.
EASO67	Existence of indiscriminate violence	CNDA 3 juin 2011 M. KHOGYANAI n° 09001675 C	France	French	CNDA (National Asylum Court)	03/06/2011	Afghanistan	The Court found that, at the date of its ruling, the province of Nangarhar was plagued by indiscriminate violence but did not specify the level of this violence.
EASO68	Level of violence and individual risk	MAS, Re Application for Judicial Review [2011] ScotCS CSOH_95	United Kingdom	English	Court of Session	2.6.11	Somalia	The claimant sought judicial review of the Secretary of State's refusal to treat further submissions as a fresh claim for asylum. He claimed to be a member of a Somali minority clan and thereby at risk of persecution if returned there. On an unsuccessful appeal, an immigration judge rejected his claim to be from a minority clan and had found that, on the authorities, returning someone from a minority clan to Somalia would not, of itself, lead to danger for that person unless there was anything further in the special circumstances of the case to justify it. The claimant made additional submissions, under reference to further authorities including <i>Elgafaji</i> , that having regard to armed conflict in Somalia, the demonstration of a serious and individual threat to him was no longer subject to the requirement that he would be specifically targeted by reason of factors peculiar to his personal circumstances.
EASO69	Internal protection	EA (Sunni/Shi'a mixed marriages) Iraq CG [2011] UKUT 00342	United Kingdom	English	Upper Tribunal (Immigration and Asylum Chamber)	16.5.11	Iraq	In general there was not a real risk of persecution or other significant harm to parties to a Sunni/Shi'a marriage in Iraq. There may, however, have been enhanced risks, crossing the relevant risk thresholds, in rural and tribal areas, and in areas where though a Sunni man may marry a Shi'a woman without risk, the converse may not pertain. Even if an appellant was able to demonstrate risk in his/her home area, in general it was feasible for relocation to be effected, either to an area in a city such as Baghdad, where mixed Sunni and Shi'a families live together, or to the Kurdistan region.
EASO70	Level of violence and individual risk	Metropolitan Court, 22 April 2011, 17.K30. 864/2010/18	Hungary	Hungarian	Metropolitan Court	22.4.11	Afghanistan	The applicant could not substantiate the individual elements of his claim with respect to his well-founded fear of a blood feud; however, he was able to satisfy the criteria for subsidiary protection. As a result of the armed conflict that was ongoing in the respective province in his country of origin (Ghazni , Afghanistan), the high intensity of the indiscriminate violence was deemed to be sufficient to be a threatening factor to the applicant's life. As a result, the criteria of subsidiary protection were fulfilled.

The main points of the decision's reasoning (if possible)	References to jurisprudence of European or national courts
<p>The District Court ruled that the applicant did not fall under any of the categories of persons who, in principle, cannot rely on internal protection. Therefore, it had to be considered whether there is the possibility of internal protection in this individual case. According to Dutch policy, an internal protection alternative is available if:</p> <p>a) it concerns an area where there is no well-founded fear of persecution or a real risk of torture, inhuman or degrading treatment or punishment for the asylum seeker;</p> <p>b) the asylum seeker can enter that area safely;</p> <p>c) the asylum seeker can settle in the area and he/she can reasonably be expected to stay in that part of the country.</p>	
<p>The Court noted that because of his young age and the death of his parents, the applicant had to be considered a vulnerable claimant exposed to violence and forced enlistment in one of the conflicting armed forces. The applicant was exposed to the threats encompassed in Article L.712-1 c) CESEDA. Subsidiary protection was granted.</p>	
<p>The Secretary of State had erred in refusing to treat further submissions made on behalf of a foreign national as a fresh claim for asylum where she had lost sight of the test of anxious scrutiny and proceeded on the basis of her own opinion as to the merits of the case. Where, in general, judges should not adjudicate on the issue before the Secretary, the decision should be reduced and remitted to her for further consideration. The key issue was whether there was a sufficient level of indiscriminate violence in southern Somalia or on the route from Mogadishu airport as to satisfy the requirements of Article 15(c) of the Qualification Directive; whereas, in the main, the previous hearing dealt with the petitioner's claim to be from a minority clan.</p>	<p>KD (Nepal) v Secretary of State for the Home Department [2011] CSIH 20 R (on the application of MN (Tanzania)) v Secretary of State for the Home Department [2011] EWCA Civ 193 Colstoun Trust v AC Stoddart & Sons, Colstoun (1995) [2010] CSIH 20 MA (Somalia) v Secretary of State for the Home Department [2010] EWCA Civ 426 R (on the application of YH (Iraq)) v Secretary of State for the Home Department [2010] EWCA Civ 116 Elgafaji v Staatssecretaris van Justitie (C-465/07) [2009] 1 WLR 2100 QD (Iraq) v Secretary of State for the Home Department [2009] EWCA Civ 620 WM (Democratic Republic of Congo) v Secretary of State for the Home Department [2006] EWCA Civ 1495</p>
<p>Given the general lack of statistics, any risk on account of being a party to a mixed marriage on return in an Article 15(c) of the Qualification Directive sense had to be seen in the context of the general violence and general insecurity. The evidence showed an improvement in the situation for couples to mixed marriages which mirrored an overall improvement in the security situation in Iraq since 2006/2007. That was subject to the caveat set out in a letter from the British Embassy of 9 May 2011, that there may have been enhanced risks in rural and tribal areas where mixed marriages were less common. This had to be established by proof.</p>	<p>HM and Others (Article 15(c)) Iraq CG [2010] UKUT 331 (IAC)</p>
<p>Regarding the applicant's claim for subsidiary protection, the Court assessed the risk of serious harm and stated that 'during the armed conflict in the Ghazni province, the indiscriminate violence has spread to such an extent as to threaten the applicant's life or freedom.' According to available country of origin information, the court pointed out that the conditions in the country of origin of the applicant could qualify as serious harm that would threaten the applicant's life or freedom.</p> <p>The Court examined the possibility of internal protection alternatives; however, since the applicant did not have family links in other parts of Afghanistan, it would not be reasonable for him to return back.</p>	

Number	Key words	Case name/ reference	Country of decision	Language of decision	Court or Tribunal	Date of decision	Claimant's country of origin	Relevance of the decision
EASO71	Conflict and individual risk	High Administrative Court of Niedersachsen, 13 April 2011, 13 LB 66/07	Germany	German	High Administrative Court of Niedersachsen	13.4.11	Iraq	The question of whether the situation in Iraq was an internal armed conflict (nationwide or regionally) according to Section 60(7)(2) Residence Act/Article 15(c) QD was left open. Even if one assumes that such a conflict takes place, subsidiary protection is only to be granted if the applicant is exposed to a serious and individual threat to life or physical integrity 'in the course of' such a conflict. That could not be established regarding the applicant in the case.
EASO72	Conflict and level of violence	CNDA, 31 March 2011, Mr. A., No 100013192	France	French	CNDA (National Asylum Court)	31.3.11	Somalia	The situation which prevailed at the time of the evaluation in some geographical areas of Somalia, in particular in and around Mogadishu, must be seen as a situation of generalised violence resulting from a situation of internal armed conflict, in the meaning of Article L.712-1 c) CESEDA [which transposed Article 15(c) QD].
EASO73	Indiscriminate violence and serious risk	A v Immigration Service, 28.3.2011/684	Finland	Finnish	Supreme Administrative Court	28.3.11	Afghanistan	Appeal against refusal to grant international protection on the ground that the security situation in the Ghazni province did not give rise to a need for protection.
EASO74	Conflict and country of origin information	M.A.A. v Minister for Justice, Equality, and Law Reform, High Court, 24 March 2011	Ireland	English	High Court	24.3.11	Iraq	Documentation that assesses the security situation in a volatile area which is three years old is of limited value. A decision maker who relies on such information could be subject to criticism and challenge.
EASO75	Conflict	CNDA, 11 March 2010, Mr. C., n° 613430/07016562	France	French	CNDA (National Asylum Court)	11.3.11	Iraq	The situation which prevailed at the time of the evaluation in the region of Mosul, as well as in the whole territory of Iraq, could no longer be considered as a situation of armed conflict, within the meaning of Article L.712-1 c) CESEDA [which transposed Article 15(c) QD].

The main points of the decision's reasoning (if possible)	References to jurisprudence of European or national courts
<p>The Court held that it could be left open whether the situation in Iraq justified the assumption that an internal armed conflict was taking place (either nationwide or regionally). Even if one assumed that such a conflict was taking place, deportation would only be prohibited if the applicant was exposed to a serious and individual threat to life and limb 'in situations of' (i.e., 'in the course of') the conflict. Such a threat cannot be established regarding the applicant. According to the decision by the Federal Administrative Court of 14 July 2009, 10 C 9.08 (asyl.net, M16130) an 'individual accumulation of a risk', which is essential for granting subsidiary protection, may on the one hand occur if individual circumstances lead to an enhancement of the risk for the person concerned. On the other hand, it may also, irrespective of such circumstances, arise in extraordinary situations which are characterised by such a 'density of danger' that practically any civilian would be exposed to a serious individual threat simply by being present in the relevant territory.</p> <p>Regarding the applicant, who was born in Germany, there were no individual risks which could enhance the general risk in case of return. Though she was born in Germany and therefore was influenced by a 'western lifestyle', she shared this characteristic with many other Kurds who were born in western countries or with those Kurds who had been living there for a long time. Without further 'risk-enhancing' circumstances, an 'individualisation of a real risk' could not be derived from that fact. Furthermore, it could be assumed that the applicant, being a child, would easily be able to adapt to the cultural realities of her home region.</p> <p>Furthermore, the necessary individualisation cannot be deduced from an exceptional 'density of danger' which the applicant may be exposed to and against which she may not find internal protection in other parts of Iraq. A degree of danger which would expose virtually any civilian to a serious and individual threat solely by being present in the relevant territory could not be established for the province of Dohuk, where the applicant's parents came from. According to the country of origin information, the number of attacks in Dohuk was rather low in comparison to other regions and the security situation was considered to be good.</p>	<p>(Germany) Administrative Court Göttingen, 18 January 2006, 2 A 506/05 Federal Administrative Court, 14 July 2009, 10 C 9.08</p>
<p>Regarding subsidiary protection, CNDA recalled that the well-founded nature of the protection claim of the applicant has to be assessed in light of the situation which prevails in Somalia. The Court stated in particular that this country experienced a new and significant deterioration of the political and security situation since the beginning of 2009; that this deterioration resulted from violent fighting against the forces of the Federal Transitional Government and several clans and Islamic militia; that this fighting was currently characterised, in some geographical areas, in particular in and around Mogadishu, by a climate of generalised violence including the perpetration of extortion, slaughters, murders and mutilations targeting civilians in these areas; that consequently this situation must be seen as a situation of generalised violence resulting from a situation of internal armed conflict, in the meaning of Article L.712-1 c) CESEDA [which transposes Article 15(c) of the Qualification Directive].</p> <p>The Court added that this situation of generalised violence, due to its intensity in the region of origin of the applicant, who is moreover made vulnerable by his isolation because of the disappearance of his family, is sufficient to allow the court to consider that this individual currently faces a serious, direct and individual threat against his life or his person, without being able to avail himself of any protection.</p> <p>The applicant therefore has a well-founded claim for subsidiary protection under Article L.712-1 c) CESEDA [which transposes Article 15(c) of the Qualification Directive].</p>	
<p>The Supreme Administrative Court accepted that the security situation in the Ghazni province did not give rise to a need for protection. However, the Court also considered the safety of the travel route for those returning to Jaghori: 'The return to an area judged to be relatively safe also necessitates that the individual has a reasonable possibility of travelling to and entering that area safely. In assessing the possibility for a safe return, regard must be had to whether possible restlessness in the neighbouring regions would prevent or substantially impede the returnees' possibilities to access the basic needs for a tolerable life. Furthermore, the return cannot be considered safe, if the area would run an imminent risk of becoming isolated.'</p> <p>Having regard to current and balanced country of origin information (COI) the Supreme Administrative Court concluded that the road from Kabul to Jaghori could not be considered safe. Nor could the detour or the flight connection from Kabul to Jaghori, as suggested by the Immigration Service, be considered feasible for an individual asylum seeker.</p> <p>Finally, the Supreme Administrative Court found that internal relocation was not a practical or reasonable alternative taking into account that A. had left his Hazara village in Jaghori as a teenager and thereafter lived outside Afghanistan for over ten years.</p>	
<p>Obiter: Documentation that assesses the security situation in a volatile area which is three years old is of limited value. A decision maker who relies on such information could be subject to criticism and challenge. Information relating to societal attitudes and tribal customs may evolve more slowly and therefore be more reliable. There is also a burden on all parties to submit the most up-to-date information available.</p> <p>The representative of the Minister for Justice's claim that the security situation in Iraq was 'not yet ideal' was a markedly optimistic choice of language.</p> <p>The conclusions of the decision of the UK's Immigration and Asylum Chamber in <i>HM and Others (Article 15(c)) Iraq CG [2010] UKUT 331 (IAC)</i> were consistent with the findings of the Minister's representative.</p>	<p>(UK) <i>HM and Others (Article 15(c)) Iraq v. Secretary of State for the Home Department, CG [2010] UKUT 331 (IAC)</i> (Ireland) <i>D.C. v The Director of Public Prosecutions [2005] 4 IR 281</i> <i>F.N. v Minister for Justice, Equality and Law Reform [2008] IEHC 107</i> <i>G. v Director of Public Prosecutions [1994] 1 IR 374</i></p>
<p>The CNDA found that 'if the context of diffuse insecurity which prevails in the region of Mosul and in the Governorate of Ninive translates in particular into attacks against minorities, including Christians, this situation of unrest does not amount to a situation of internal armed conflict'. The CNDA considered that 'in particular, the acts committed by radical Kurdish groups and extremist Sunnite groups are real but they do not reach an organisational degree or objectives which correspond to this definition'.</p> <p>The CNDA therefore concluded that the situation which prevailed in the region of Mosul, as well as in the whole Iraqi territory, could no longer be considered as a situation of armed conflict, within the meaning of Article L.712-1 c) CESEDA [which transposes Article 15(c) of the Qualification Directive].</p>	

Number	Key words	Case name/ reference	Country of decision	Language of decision	Court or Tribunal	Date of decision	Claimant's country of origin	Relevance of the decision
EASO76	Armed conflict, exclusion from protection, internal armed conflict, subsidiary protection	UM 10061-09	Sweden	Swedish	Migration Court of Appeal	24.2.11	Somalia	The Migration Court of Appeal held that internal armed conflict prevailed in all parts of southern and mid Somalia.
EASO77	Absence of indiscriminate violence	CNDA 23 février 2011 M. SAID ALI n° 08015789 C	France	French	CNDA (National Asylum Court)	23.2.11	Irak	The Court found that, at the date of its ruling, there was no indiscriminate violence in autonomous region of Kurdistan. On the contrary this area may be regarded as a safe place of relocation for those fleeing violence in the southern part of Iraq. Therefore subsidiary protection on the '15(c)' ground could not be granted to the appellant.
EASO78	Existence of indiscriminate violence, internal flight alternative (IFA)	CNDA 8 février 2011 M. AMIN n° 09020508 C	France	French	CNDA (National Asylum Court)	8.2.11	Afghanistan	The Court found that, at the date of its ruling, the province of Helmand was plagued by indiscriminate violence and that the appellant may be considered as exposed to the threats encompassed in Article L.712-1 c) CESEDA. CNDA nevertheless rejected his claim on the ground of internal flight alternative.
EASO79	Individual risk	High Administrative Court Bayern, 3 February 2011, 13a B 10.30394	Germany	German	High Administrative Court Bayern	3.2.11	Afghanistan	The Court held that the applicant, being a young, single man and fit for work, was at no substantial individual risk, neither in his home province Parwan nor in Kabul. Therefore, it could remain undecided if the conflict in Afghanistan constituted an internal armed conflict.
EASO80	Level of violence and individual risk	KHO:2010:84, Supreme Administrative Court, 30 Dec 2010	Finland	Finnish	Supreme Administrative Court	30.12.10	Iraq	The applicant was granted a residence permit on the grounds of subsidiary protection. Based on up-to-date accounts of the security situation in central Iraq he was found to be at risk of suffering serious harm from indiscriminate violence in Baghdad, his region of origin, in accordance with Section 88(1)(3) of the Aliens' Act. The ruling of the CJEU in <i>Elgafaji v Staatssecretaris van Justitie</i> (C-465/07) was taken into consideration in the case. At issue in the case was whether the security situation in central Iraq, and especially in Baghdad, met the requirements of subsidiary protection in this specific case.

The main points of the decision's reasoning (if possible)	References to jurisprudence of European or national courts
<p>Regarding internal armed conflict, the Court stated that it had established the requirements for an internal armed conflict in its previous case law, and that such had been found to prevail in Mogadishu (MIG 2009:27). The Court then stated that the security situation at this point had worsened so that the internal armed conflict now had extended to all of Somalia, except Somaliland and Puntland. The Court based its conclusion on the extent of the conflict, its character, geography and the consequences for civilians as well as the lack of further information on the events in southern and mid part of Somalia. The Migration Court of Appeal concluded that as the applicant is a resident of Mogadishu and has no previous connection to Somaliland or Puntland (and therefore cannot rely on internal protection in those regions) he must be found eligible for international protection and for subsidiary protection status in Sweden. His criminal record had no bearing on this decision as the Aliens Act, Chapter 4 Section 2 c (transposing Article 17.1 of the Qualification Directive) stated that exclusion from protection could apply only where there were particularly strong reasons to believe that the applicant has been guilty of a gross criminal offence. This requirement was not fulfilled in this case.</p>	Sweden - MIG 2007:29
<p>Claim was rejected both on Geneva Convention and subsidiary protection grounds. The finding on applicability of Article L.712-1 c) CESEDA was an implicit one.</p>	
<p>IFA is very seldom used in French jurisprudence. The rationale here lies predominantly on the lack of links between the appellant and the Helmand which he left twenty years before to live in Iran, Turkey and Pakistan. Having no compelling reasons to return to this province, he can be expected to relocate in any area where indiscriminate violence does not prevail. The assumption that IFA is possible in a war-torn country is a matter of dissenting opinions within the Court.</p>	
<p>The High Administrative Court found that the applicant was not eligible for subsidiary protection but the issue of whether there is an internal armed conflict according to Article 15(c) Qualification Directive in Afghanistan or in parts of Afghanistan can be left open, since the applicant would not be exposed to a serious and individual threat to life or physical integrity in case of return.</p> <p>According to the case law of the Federal Administrative Court, the assumption of such an individual risk requires a sufficient 'density of danger'. In order to establish if such a 'density of danger' exists, it is necessary to determine the relation between the number of inhabitants with the number of victims in the relevant area. In addition, it is necessary to make an evaluating overview of the number of victims and the severity of casualties (deaths and injuries) among the civilian population.</p> <p>It is true that the security situation in Afghanistan has deteriorated nationwide in 2010. However, it cannot be established that the security situation in the provinces of Parwan and Kabul deteriorated in 2010 or will deteriorate in 2011 to such an extent that practically any civilian would be exposed to a serious and individual threat solely by being present in the relevant territory.</p> <p>Furthermore, one cannot assume that there are individual 'risk-enhancing' circumstances which would lead to a concentration of risks for the applicant. Such circumstances do not arise from the fact that the applicant belongs to the Hazara minority. According to the information available to the Court, the overall situation of the Hazara, who have traditionally been discriminated against, has improved, even if traditional tensions persist and reappear from time to time. The Hazara have always lived in the provinces of Parwar and Kabul and, according to information from UNHCR, many Hazara returned to this region. Neither does the applicant's membership of the religious group of Shiites constitute an individual 'risk-enhancing' circumstance since 15 per cent of the Afghan population are Shiites.</p>	(Germany) Federal Administrative Court, 14 July 2009, 10 C 9.08 Federal Administrative Court, 27 April 2010, 10 C 4.09
<p>The Court stated that an assessment of international protection includes assessments of both law and fact. The previous experience of the applicant in his country of origin should be taken into account, as well as current information concerning the security situation.</p> <p>Regarding subsidiary protection, the Supreme Administrative Court (SAC) stated that both collective and individual factors must be reviewed. The SAC applied the reasoning of the CJEU in <i>Elgafaji v Staatssecretaris van Justitie</i> (C-465/07), stating that the more the applicant can prove a serious and individual threat, the less indiscriminate violence is required.</p> <p>According to the Government Bill on the Aliens' Act, international or internal armed conflict does not only cover armed conflict which is defined by the Geneva Conventions 1949 and its protocols of 1977, but also other forms of armed violence and disturbances. Concerning humanitarian protection the Government Bill states that the risk of harm can also include that from the general situation in the country where anyone could be at risk, as opposed to individual targeting.</p> <p>The SAC found that the applicant's family members had personal and severe experiences of arbitrary violence and that the applicant himself has been threatened. These experiences did not prove that the risk of being a target of arbitrary violence concerned the applicant because of his individual features. These experiences must, however, be taken into consideration when evaluating the security situation, and especially how the violence, undeniably occurring in Baghdad, may be targeted at anyone indiscriminately.</p> <p>The SAC also held there was no internal flight alternative in Iraq (based on UNHCR Eligibility Guidelines).</p> <p>The SAC held that although recent developments had shown some improvements in the security situation there were no grounds to overrule the decision of the Administrative Court.</p>	(CJEU) <i>Elgafaji v Staatssecretaris van Justitie</i> C-465/07 (UK) <i>HM and Others</i> (Article 15(c)) <i>Iraq v. Secretary of State for the Home Department</i> , CG [2010] UKUT 331 (IAC) (Sweden) MIG 2009:27 (Germany) Federal Administrative Court, 14 July 2009, 10 C 9.08

Number	Key words	Case name/ reference	Country of decision	Language of decision	Court or Tribunal	Date of decision	Claimant's country of origin	Relevance of the decision
EASO81	Level of violence and individual risk	Metropolitan Court, 28 December 2010, A.M. v. Office of Immigration and Nationality 15.K.34.141/2009/12	Hungary	Hungarian	Metropolitan Court	28.12.10	Afghanistan	The Metropolitan Court emphasised that country of origin information can verify an exceptional situation in which the existence of persecution can be considered to be proven. There is no need to prove the personal circumstances of the applicant, not even the likelihood that he would personally face persecution. In such cases, there is a real risk of suffering serious harm, and the requirements to establish subsidiary protection have been met.
EASO82	Real risk	OA, Re Judicial Review [2010] ScotCS CSOH_169	United Kingdom	English	Court of Session	21.12.10	Somalia	The claimant sought judicial review of the Secretary of State's refusal to treat further submissions as a fresh claim for asylum. He relied on new case law, namely the country guidance case of <i>AM (Armed Conflict: Risk Categories)</i> [2008] UKAIT 91, which was not available at the original hearing, as providing evidence that it was not safe for him to return to Somalia. The claimant submitted that, <i>inter alia</i> , the Secretary of State had failed to take into account that he had no family in Somalia, would be out of his home area, did not come from an influential clan, lacked experience of living in Somalia, and did not speak Somali, which would create a differential impact on him given that central and southern Somalia were in armed conflict.
EASO83	Consideration of Article 15(c) QD	R (on the application of Nasire) v Secretary of State for the Home Department [2010] EWHC 3359 (Admin)	United Kingdom	English	Administrative Court	21.12.10	Afghanistan	The claimant applied for judicial review of the Secretary of State's rejection of his further representations made in relation to his asylum claim. He claimed to be a former member of the Taliban. He had entered the UK illegally and had unsuccessfully appealed against a refusal to grant asylum. The Secretary of State rejected further representations made on the basis of an escalation of the conflict in Afghanistan as having no realistic prospect of success. One of the main issues was the legal effect of representations invoking Article 15(c) QD.
EASO84	Existence of indiscriminate violence	CNDA 20 décembre 2010 M. HAIDARI n° 10016190 C+	France	French	CNDA (National Asylum Court)	20.12.10	Afghanistan	The Court found that, at the date of its ruling, the province of Baghlan was plagued by indiscriminate violence but did not specify the level of this violence.
EASO85	Consideration of Article 15(c) QD	Metropolitan Court, 17 December 2010, H.M.A. v. Office of Immigration and Nationality 6.K.30.022/2010/15	Hungary	Hungarian	Metropolitan Court	17.12.10	Iraq	The Court accepted the argument that by granting a lower protection status (tolerated status), even if the applicant qualifies for subsidiary protection, the asylum authority violates Article 15(b) and (c) QD (Art 61(b) and (c) of the Asylum Act).
EASO86	Conflict	CNDA, 17 December 2010, Mr. T., n° 10006384	France	French	CNDA (National Asylum Court)	17.12.10	Sudan	The Court found that the region of El Fasher, in Darfur (Sudan), was plagued by a generalised armed conflict.

The main points of the decision's reasoning (if possible)	References to jurisprudence of European or national courts
<p>The country of origin information confirmed that in Ghazni province, Afghanistan, indiscriminate violence reached the threshold to be considered an armed conflict. Attacks in Ghazni were mostly committed by explosive devices and suicide bombers. These methods of fighting qualify as acts of indiscriminate violence per se. The credibility of the applicant was not a precondition to be granted subsidiary protection.</p>	<p>(CJEU) Elgafaji v Staatssecretaris van Justitie C-465/07 Case No 24.K.33.913/2008 of the Metropolitan Court Case No 17.K.33.301/2008/15 of the Metropolitan Court</p>
<p>A petition for judicial review of a decision of the Secretary of State refusing to treat further submissions from a Somali national as a fresh claim for asylum should be refused where it could not be concluded that he would be at risk on his return to Somalia.</p>	<p>FO (Nigeria) v Secretary of State for the Home Department [2010] CSIH 16 IM (Libya) v Secretary of State for the Home Department [2010] CSOH 103 R (on the application of YH (Iraq)) v Secretary of State for the Home Department [2010] EWCA Civ 116 WM (Democratic Republic of Congo) v Secretary of State for the Home Department [2006] EWCA Civ 1495</p>
<p>The rejection of further representations by a failed asylum seeker did not constitute an immigration decision under sections 82 and 92 of the Nationality, Immigration and Asylum Act 2002 such as to provide an in-country right of appeal. The representations did not amount to a fresh claim within r.53 of the Immigration Rules and the decisions were not inadequately reasoned or irrational.</p>	<p>FA (Iraq) v Secretary of State for the Home Department [2010] EWCA Civ 696 Omar v Secretary of State for the Home Department [2010] EWHC 2792 (Admin) R (on the application of YH (Iraq)) v Secretary of State for the Home Department [2010] EWCA Civ 116 R (on the application of ZA (Nigeria)) v Secretary of State for the Home Department [2010] EWCA Civ 926 R (on the application of ZA (Nigeria)) v Secretary of State for the Home Department [2010] EWHC 718 (Admin) S (A Child), Re [2010] EWCA Civ 1550 Secretary of State for the Home Department v Pankina [2010] EWCA Civ 719 GS (Afghanistan) v Secretary of State for the Home Department [2009] UKAIT 44 Odelola v Secretary of State for the Home Department [2009] UKHL 25 QD (Iraq) v Secretary of State for the Home Department [2009] EWCA Civ 620 R (on the application of PE (Cameroon)) v Secretary of State for the Home Department [2009] UKSC 7 R (on the application of TK) v Secretary of State for the Home Department [2009] EWCA Civ 1550 ZT (Kosovo) v Secretary of State for the Home Department [2009] UKHL 6 R (on the application of Lutete) v Secretary of State for the Home Department [2007] EWHC 2331 (Admin)</p>
<p>The Court noted that because of his young age the appellant would be exposed to violence and forced enlistment in one of the conflicting armed forces. The appellant was therefore exposed to the threats encompassed in Article L.712-1 c) CESEDA. Subsidiary protection was granted.</p>	
<p>The Metropolitan Court found that the Office of Immigration and Nationality failed to specify on which basis the tolerated status was granted. The Court established that given the fact that the same conditions apply for granting subsidiary protection as for the protection under the principle of non-refoulement, the higher protection status should have been granted to the applicant unless exclusion arose.</p>	<p>(Hungary) Metropolitan Court - 17. K. 30. 307/2009/8 Metropolitan Court - 24. K. 33.913/2008 Metropolitan Court - 17. K. 33.301/2008/15</p>
<p>The Court considered that the applicant established that he would face one of the serious threats mentioned in Article L.712-1 c) CESEDA [which transposes Article 15(c) of the Qualification Directive]. It stated in particular that the town of Tawila was again the scene of fighting in the beginning of November 2010; that this region was plagued by a generalised armed conflict; that due to his young age Mr. T. faced a serious, direct and individual threat in case of return to Tawila. He therefore had a well-founded claim for subsidiary protection. Note: Under French legislation, the threat should not only be 'serious and individual' (as in the Qualification Directive) but also 'direct'. Also, French legislation refers to 'generalized' violence rather than 'indiscriminate' violence.</p>	

Number	Key words	Case name/ reference	Country of decision	Language of decision	Court or Tribunal	Date of decision	Claimant's country of origin	Relevance of the decision
EASO87	Conflict	Council of State, 15 December 2010, Ofpra vs. Miss A., n° 328420	France	French	Council of State	15.12.10	Democratic Republic of Congo (DRC)	Before granting subsidiary protection under Article L.712-1 c) CESEDA [which corresponds to Article 15(c) QD] to an applicant originating from the Congo, the Court had to inquire whether the situation of general insecurity which prevails in this country results from a situation of internal or international armed conflict.
EASO88	Serious risk and level of violence	AO (Iraq) v Secretary of State for the Home Department [2010] EWCA Civ 1637	United Kingdom	English	Court of Appeal	30.11.10	Iraq	The claimant challenged a refusal of permission to apply for judicial review out of time with respect to his contention that he was unlawfully detained by the Secretary of State pending deportation. The Secretary of State had adopted a policy sometime in 1998 that he would not deport nationals who had originated from countries which were active war zones. The claimant contended that Iraq was at the time of his initial detention an active war zone, and that had the policy been properly applied, he could never have been lawfully detained. The Secretary of State's conjecture when repealing the policy, was that the policy had become otiose because its purpose was achieved by a combination of the Convention rights and Article 15(c) QD.
EASO89	Indiscriminate violence	AM (Evidence – route of return) Somalia [2011] UKUT 54 (IAC)	United Kingdom	English	Upper Tribunal (Immigration and Asylum Chamber)	18.11.10	Somalia	The general evidence before the Upper Tribunal failed to establish that generalised or indiscriminate violence was at such a high level along the route from Mogadishu to Afgoye that the appellant would face a real risk to his life or person entitling him to a grant of humanitarian protection.
EASO90	Level of violence vs individualisation of risk	Omar v Secretary of State for the Home Department [2010] EWHC 2792 (Admin)	United Kingdom	English	Administrative Court	5.11.10	Iraq	The claimant applied for judicial review of the Secretary of State's decision refusing to treat his submissions as a fresh claim. He was an ethnic Kurd from Fallujah. He was convicted of criminal offences and was served with a notice of intention to make a deportation order. His appeal was dismissed. Approximately four months later the European Court of Justice (ECJ) gave its decision in <i>Elgafaji v Staatssecretaris van Justitie</i> (C-465/07) in which it considered subsidiary or humanitarian protection under the Qualification Directive for non-refugees who would face a real risk of suffering serious harm if returned to their country of origin and 'serious harm' under Article 15(c) concerning indiscriminate violence in conflict situations. The claimant's further submissions seeking humanitarian protection under Article 15(c) and <i>Elgafaji</i> were rejected. In finding that those submissions did not amount to a fresh claim, the Secretary of State said that in the absence of a heightened risk specific to an individual, an ordinary Iraqi civilian would generally not be able to show that he qualified for such protection.
EASO91	Armed conflict	CNDA 2 novembre 2010 M. SOUVIYATHAS n° 08008523 R	France	French	CNDA (National Asylum Court)	2.11.10	Sri Lanka	The Court found that there was no more armed conflict in Sri Lanka since LTTE's final defeat in June 2009. Hence Article L.712-1 c) CESEDA provisions were no more applicable in the context of Sri Lanka.

The main points of the decision's reasoning (if possible)	References to jurisprudence of European or national courts
<p>The Council of State recalled the provision of the French legislation relating to subsidiary protection, in particular in a situation of general insecurity (Article L.712-1 c) CESEDA). It recalled that in granting subsidiary protection to the applicant under this provision, the CNDA considered that the applicant faced in her country of origin, one of the serious threats provided for under this article.</p> <p>The Council of State found that by refraining from inquiring whether the situation of general insecurity which prevailed at that time in the Congo resulted from a situation of internal or international armed conflict, the CNDA made a legal error and did not make a sufficiently reasoned decision.</p>	
<p>To say that the policy was not in force following the implementation of Article 15(c) of the Qualification Directive was inconsistent with the decision in <i>Secretary of State for the Home Department v HH (Iraq)</i> [2009] EWCA Civ 727, where it was held that a failure to have regard to the policy could render the initial decision unlawful. The Court rejected firstly, the Claimant's contention that the policy would apply even where a lower level of risk was apparent than required to attract the humanitarian protection conferred by Article 15(c) and secondly, his submission that the purpose behind the policy was the need to safeguard escorts who were taking persons back to the war zones. The Claimant also submitted that, as Article 15(c) did not apply to persons who had committed serious offences, the policy might fill a gap. The Court of Appeal could not properly determine that submission without evidence as to how the policy was understood by those implementing it at the material time. The judge was right to refuse to permit the application for judicial review to go ahead, and accordingly the appeal was dismissed.</p>	<p>QD (Iraq) v Secretary of State for the Home Department [2009] EWCA Civ 620 Secretary of State for the Home Department v HH (Iraq) [2009] EWCA Civ 727 R (on the application of G) v Immigration Appeal Tribunal [2004] EWCA Civ 1731 R (on the application of I) v Secretary of State for the Home Department [2002] EWCA Civ 888 R v Chief Constable of Merseyside Ex p. Calveley [1986] QB 424; [1986] 2 WLR 144; [1986] 1 All ER 257 R v Secretary of State for the Home Department Ex p. Swati [1986] 1 WLR 477; [1986] 1 All ER 717; [1986] Imm AR 88 R v Governor of Durham Prison Ex p. Singh [1984] 1 WLR 704; [1984] 1 All ER 983; [1983] Imm AR 198</p>
<p>It was accepted that the situation in Somalia was volatile but the issue was whether the appellant in his particular circumstances was at real risk of serious harm when returning from Mogadishu to Afgoye so that he was entitled to humanitarian or Article 3 protection. In the light of the Tribunal's findings of fact and the appellant's own evidence that he had been able to make this journey on two occasions without harm, when considered against the background of the travel actually taking place in the Afgoye corridor, the Tribunal was not satisfied that it had been shown that the generalised or indiscriminate violence had reached such a high level that, solely on account of his presence in Somalia, travelling from Mogadishu to Afgoye, would face a real risk threatening his life or person. There was no particular feature in the appellant's profile or background which put him at a risk above that faced by other residents or returnees.</p>	<p>HH (Somalia) v Secretary of State for the Home Department [2010] EWCA Civ 426 HM and Others (Article 15(c)) Iraq CG [2010] UKUT 331 (IAC) MA (Somalia) v Secretary of State for the Home Department [2010] UKSC 49 AM & AM (Armed conflict: Risk Categories) Somalia CG [2008] UKAIT 00091</p>
<p>A Claimant from Iraq who was not a refugee, and was not protected by the ECHR might have considerable difficulties in demonstrating that he was entitled to protection under Article 15(c) of the Qualification Directive, <i>Elgafaji</i>, <i>QD (Iraq) v Secretary of State for the Home Department</i> [2009] EWCA Civ 620 and <i>HM</i> [2010] UKUT 331 (IAC) considered. However, those cases did not indicate that the question was to be decided without proper and individual consideration of the case. To achieve any measure of ordinary or secure life the Claimant might, on returning to Iraq, need to live in relatively confined areas, where he might find others of similar backgrounds. The fact that he could do so, and thereby reduce the risk of any targeted attack, deprived him of the possibility of protection under the Refugee Convention or the ECHR. It might therefore be necessary to see what was the risk of harm from indiscriminate violence, not in Iraq, or Fallujah, as a whole, but in the area where he would be living. It was not sufficient to treat Article 15(c) as raising questions only in relation to Iraq as a whole or to civilians in Iraq, without distinction.</p>	<p>FA (Iraq) v Secretary of State for the Home Department [2010] EWCA Civ 696 R (on the application of ZA (Nigeria)) v Secretary of State for the Home Department [2010] EWCA Civ 926 Elgafaji v Staatssecretaris van Justitie (C-465/07) [2009] 1 WLR 2100 QD (Iraq) v Secretary of State for the Home Department [2009] EWCA Civ 620</p>
<p>Claim was rejected both on Geneva Convention and subsidiary protection grounds. The Court noted that, at the date of its ruling, the situation described in ECHR NA c. UK 17 July 2008 had notably evolved and that the ECJ decision in <i>El Gafaji</i> aims only at providing principles in matters of conflict-related risk assessment.</p>	<p>(ECtHR) NA v United Kingdom (Application No 25904/07) (CJEU) Elgafaji v Staatssecretaris van Justitie C-465/07</p>

Number	Key words	Case name/ reference	Country of decision	Language of decision	Court or Tribunal	Date of decision	Claimant's country of origin	Relevance of the decision
EASO92	Indiscriminate violence	High Administrative Court North Rhine-Westphalia, 29 Oct 2010, 9 A 3642/06.A	Germany	German	High Administrative Court North Rhine-Westphalia	29.10.10	Iraq	The Court found that even if it is assumed that an internal armed conflict is taking place, a serious individual risk can only be established if the degree of indiscriminate violence which is characteristic of the conflict has reached such a high level that any civilian is at risk of a serious individual threat simply by his or her presence in the region. The suicide attacks and bombings typical of Iraq and also of the hometown of the applicants could be classified as acts of indiscriminate violence. However, a density of danger as it is necessary for the assumption of a serious and individual risk could not be established. Nor did the applicants possessed individual characteristics which resulted in an increased risk for them when compared to other members of the civilian population.
EASO93	Real risk, minors	HK and others (minors – indiscriminate violence – forced recruitment by Taliban – contact with family members) Afghanistan CG [2010] UKUT 378	United Kingdom	English	Upper Tribunal (Immigration and Asylum Chamber)	21.10.10	Afghanistan	The Court found that children were not disproportionately affected by the problems and conflict being experienced in Afghanistan. Roadside blasts, air-strikes, crossfire, suicide attacks and other war-related incidents did not impact more upon children than upon adult civilians. While forcible recruitment by the Taliban could not be discounted as a risk, particularly in areas of high militant activity or militant control, evidence was required to show that it is a real risk for the particular child concerned and not a mere possibility.

The main points of the decision's reasoning (if possible)	References to jurisprudence of European or national courts
<p>The 'facilitated standard of proof' of Article 4(4) of the Qualification Directive cannot be applied in the present case. Even if it is assumed that an incident during which the applicants were threatened at gunpoint in December 2000, took place as reported by the applicants, there is no internal connection between this threat of past persecution and a possible future threat of serious harm. The overall situation had seriously changed following the downfall of Saddam Hussein's regime. In any case, there was no connection between the reported past persecution and the possible threat in a situation of internal armed conflict according to Section 60(7) Sentence 2 Residence Act (Article 15(c) Qualification Directive). As the facilitated standard of proof did not apply, the risk of serious harm had to be measured against the common standard of proof. Within the common standard of proof the applicants did not face a considerable probability of harm within the meaning of Section 60(7) of the Sentence 2 Residence Act (Article 15(c) of the Qualification Directive). In Iraq a multitude of civilians were affected by risks which emanate from the strained security situation. Accordingly, this risk was a general one which affected the whole of the population in Iraq, with the exception of the Kurdish Autonomous Region. However, for subsidiary protection (under Article 15(c) of the Qualification Directive) to be granted, the requirement of a serious and individual threat had to be met. This was only the case if general risks cumulate in such a manner that all inhabitants of a region are seriously and personally affected, or if someone is particularly affected because of individual circumstances increasing the risk. Such individual, risk-enhancing circumstances can also result from someone's membership to a group. Nevertheless, the density of danger ('Gefahrendichte') had to be of a kind that any returning Iraqi citizen seriously had to fear becoming a victim of a targeted or random terrorist attack or of combat activities.</p> <p>Against this background the suicide attacks and bombings typical of Iraq and also of the hometown of the applicants could be classified as acts of indiscriminate violence. However, a density of danger as it is necessary for the assumption of a serious and individual risk could not be established. Nor did the applicants possess individual circumstances which resulted in an increased risk for them when compared to other members of the civilian population.</p> <p>Indeed, it had to be concluded from the Foreign Office's country report of 11 April 2010 and from other sources that the security situation in Iraq is still disastrous. The situation in Tamim province with its capital, Kirkuk, is particularly precarious. Nevertheless, it could not be assumed that the density of danger in Kirkuk is of a kind which leads to serious and individual risk in practice for any civilian simply because of his or her presence in the region. This could be shown by comparing the scale of attacks with the overall number of people affected by these attacks. According to the data compiled by the British NGO Iraq Body Count, 99 attacks took place in Tamim province in 2009, in which 288 civilians were killed. Assuming that the population of Tamim province stands at 900 000, this means that 31.9 people were killed per 100 000 inhabitants. This meant that the statistical probability of being killed in an attack in Tamim is 1 in 3 100. Tamim therefore is the most dangerous province in Iraq. In addition, it had to be taken into account that a considerable number of civilians were seriously injured in attacks. It could be assumed that for every person killed in an attack, about five others were injured. All in all, it could be concluded that the statistical probability of suffering harm to life and limb in the course of combat operations in Tamim province was at 1 in 520 in the year 2009.</p> <p>So even if one presumes that an internal armed conflict is taking place in Tamim province, it could not be assumed that the indiscriminate violence which is characteristic of this conflict had reached such a high level that any person was at risk of a serious and individual threat simply by his or her presence in the region. Furthermore, being of Kurdish ethnicity, the applicants would not belong to an ethnic minority in Tamim province upon return, nor did they belong to another group with risk-enhancing characteristics.</p>	<p>(Germany) Federal Administrative Court, 24 June 2008, 10 C 43.07 Federal Administrative Court, 21 April 2009, 10 C 11.08 High Administrative Court Nordrhein-Westfalen, 21 March 2007, 20 A 5164/04.A</p>
<p>In considering the matter of Article 15(c) of the Qualification Directive, the Tribunal had regard to paragraphs 39 and 43 of the European Court's determination in <i>Elgafaji</i> and their guidance that the more an applicant was able to show that he was specifically affected by reason of factors particular to his own circumstances the lower the level of indiscriminate violence needed for him to be eligible for subsidiary protection. Although there was shown to have been an increase in the number of civilian casualties, the Tribunal was not satisfied that the evidence was sufficient to show that the guidance given in <i>GS</i> (Article 15(c) Indiscriminate violence) <i>Afghanistan CG</i> [2009] <i>UKAIT 44</i> was no longer valid, namely that the violence in Afghanistan had not then reached such a high level that the adult civilian population generally were at risk.</p>	<p>HH (Somalia) and others [2010] EWCA Civ 426 ZK (Afghanistan) v SSHD [2010] EWCA Civ 749 AH [2009] EWCA Civ 620 Elgafaji (Case C-465/07) [2009] 1 WLR 2100 GS (Article 15(c): indiscriminate violence) Afghanistan CG [2009] UKAIT 00044 GS (existence of internal armed conflict) Afghanistan CG [2009] UKAIT 00010 QD (Iraq) [2009] EWCA Civ 620 LQ (age: immutable characteristic) Afghanistan [2008] UKAIT 00005</p>

Number	Key words	Case name/ reference	Country of decision	Language of decision	Court or Tribunal	Date of decision	Claimant's country of origin	Relevance of the decision
EASO94	Level of violence	High Administrative Court of Bavaria, 21 October 2010, 13a B 08.30304	Germany	German	High Administrative Court of Bavaria	21.10.10	Iraq	The Court found that the applicant was not entitled to protection from deportation within the meaning of Section 60(7)(2) of the Residence Act/Article 15(c) QD as the levels of indiscriminate violence in his home area were not characterised by a sufficient 'density of danger'.
EASO95	Internal protection	HM and Others (Article 15(c)) Iraq CG [2010] UKUT 331	United Kingdom	English	Upper Tribunal (Immigration and Asylum Chamber)	10.10.10	Iraq	If there were certain areas where the violence in Iraq reached levels sufficient to engage Article 15(c) QD, the Tribunal considered it is likely that internal relocation would achieve safety and would not be unduly harsh in all the circumstances.
EASO96	Level of risk (to be assessed against the applicant's area of origin)	AJDCoS, 9 September 2010, 201005094/1/V2	Netherlands	Dutch	Administrative Jurisdiction Division of the Council of State	9.9.10	Somalia	The Council of State found that where the situation described in Article 15(c) QD does not occur in all parts of the country of origin, it must be assessed in respect of the distinct area of the country from which the applicant originates.
EASO97	Existence of indiscriminate violence	CNDA 1er septembre 2010 M. HABIBI n° 09016933 C+	France	French	CNDA (National Asylum Court)	1.9.10	Afghanistan	The Court found that, at the date of its ruling, the province of Ghazni was plagued by indiscriminate violence but did not specify the level of this violence.
EASO98	Indiscriminate violence	CNDA, 27 July 2010, Mr. A., No 08013573	France	French	CNDA (National Asylum Court)	27.7.10	Afghanistan	The situation in the province of Kabul could not be seen as a situation of indiscriminate generalised violence, within the meaning of Article L.712-1 c) CESEDA [which transposed Article 15(c) QD].
EASO99	Individual risk	46530	Belgium	Dutch	Council of Alien Law Litigation (Raad voor Vreemdelingenbetwistingen) - adopted by a special seat of three judges	20.7.10	Afghanistan	Takes into account the mental deficiencies the young applicant suffers of to consider that he risks to be the victim of indiscriminate violence in northern Afghanistan then considered as quieter by UNHCR.

The main points of the decision's reasoning (if possible)	References to jurisprudence of European or national courts
<p>Internal crises that lie between the provisions of Article 1.1 and Article 1.2 of the Additional Protocol II to the Geneva Conventions can still have the character of armed conflicts under Article 15(c). However, such a conflict has to be characterised by a certain degree of intensity and durability. Typical examples are civil war-like conflicts and guerrilla warfare.</p> <p>Based on the case law of the Federal Administrative Court (decision of 24 June 2008, asyl.net M13877), it has to be established whether a conflict has the necessary characteristics of the Convention of 1949 in order to meet the requirements of the prohibition of deportation status.</p> <p>In case of an internal armed conflict under Article 1(1) Additional Protocol II, these conditions are fulfilled but not in case of situations as described in Article 1(2) of Protocol II. Concerning situations between these two definitions, the degree of intensity and durability must be examined individually. In this context, according to the Federal Administrative Court, the courts also have to take into consideration further interpretations of the concept of 'internal conflict', especially the jurisdiction of the international criminal courts. An internal conflict may also exist if it only affects a part of a state's territory. This has to be concluded from the fact that the concept of an internal protection alternative may also be applied to subsidiary protection.</p> <p>Normally, internal armed conflicts are not characterised by a sufficient 'density of danger' to allow for the assumption that all inhabitants of the affected region are seriously and individually at risk, unless it can be established that there are individual risk-enhancing circumstances. Risks which are simply a consequence of the conflict, such as the worsening of the supply situation, must not be taken into consideration when examining the density of danger. In the present case, the necessary requirements are not met since the density of danger in the applicant's home region, Kirkuk or Tamin respectively, does not justify the statement that virtually all civilians are at a significant and individual risk simply because of their presence in that area. This can be concluded from the proportion of victims of the conflict as compared to the number of inhabitants. There are no well-founded reasons to assume that the security situation will deteriorate significantly or that there is a high unrecorded number of persons injured in attacks. There are also no circumstances that might aggravate the claimant's individual risk, since as a Sunnite Kurd he belongs to the majority population of that area and he does not belong to a profession with a particular risk.</p> <p>Although returnees are affected by criminal acts to a disproportionate degree, this does not constitute a reason for protection from deportation status under Article 15(c) of the Qualification Directive, since criminal acts which are not committed in the context of an armed conflict do not fall into the scope of this provision.</p>	<p>(Germany) Federal Administrative Court, 8 December 2006, 1 B 53.06 Federal Administrative Court, 24 June 2008, 10 C 43.07 Federal Administrative Court, 14 July 2009, 10 C 9.08 High Administrative Court Baden-Württemberg, 8 August 2007, A 2 S 229/07 High Administrative Court Schleswig-Holstein, 3 November 2009, 1 LB 22/08</p>
<p>If the figures relating to indices such as the number of attacks or deaths affecting the civilian population in a region or city rose to unacceptably high levels, then, depending on the population involved, Article 15(c) might well have been engaged, at least in respect of the issue of risk in that area, although it was emphasised that any assessment of real risk to the appellant should have been one that was both quantitative and qualitative and took into account a wide range of variables, not just numbers of deaths or attacks. If there were certain areas where the violence in Iraq reached levels sufficient to engage Article 15(c) the Tribunal considered it likely that internal relocation would achieve safety and would not be unduly harsh in all the circumstances. Evidence relating to UK returns of failed asylum seekers to Iraq in June 2010 did not demonstrate that the return process would involve serious harm. Note: This case was overturned in its entirety by <i>HM (Iraq) v Secretary of State for the Home Department</i> [2011] EWCA Civ 1536 but the guidance as to the law relating to Article 15(c) of the Qualification Directive given by the Tribunal in this case at [62]-[78] was reaffirmed in <i>HM and others</i> (Article 15(c)) <i>Iraq CG</i> [2012] UKUT 00409.</p>	<p>Many cases cited, significant cases include: <i>HH & Others (Somalia)</i> [2010] EWCA Civ 426 <i>Elgafaji v Staatssecretaris van Justitie (C-465/07)</i> [2009] 1 WLR 2100 <i>GS (Article 15(c) Indiscriminate violence) Afghanistan CG</i> [2009] UKAIT 44 <i>QD (Iraq) v Secretary of State for the Home Department</i> [2009] EWCA Civ 620 <i>KH (Article 15(c) Qualification Directive) Iraq CG</i> [2008] UKAIT 00023 <i>AH (Sudan)</i> [2007] UKHL 49 Office Français de Protection des Réfugiés et Apatrides v Baskarathas, No 32095, 3 July 2009 Januzi [2006] UKHL 5</p>
<p>The Council of State considered that where the situation described in Article 15(c) of the Qualification Directive does not exist in all parts of the country of origin, it must be assessed in respect of the distinct area of the country from which the applicant originates. The relevant question is whether in that distinct area an Article 15(c) situation is in existence.</p> <p>Given that the applicant originated from Mogadishu, and that the country of origin reports compiled by the Ministry of Foreign Affairs of March 2009, October 2009 and March 2010 separately discuss the general security situation in Mogadishu, the District Court erred by following the view of the Minister of Justice that the general security situation in this case must be assessed in the context of central and southern Somalia.</p> <p>Whether an Article 15(c) situation exists must be examined by assessing the security situation in the area in the country of origin from which the applicant originates (home area). In this case that is Mogadishu and not the whole of central and southern Somalia.</p>	<p>(ECtHR) <i>F.H. v Sweden</i> (Application No 32621/06) <i>NA v United Kingdom</i> (Application No 25904/07) (CJEU) <i>Elgafaji v Staatssecretaris van Justitie C-465/07</i></p>
<p>The Court noted that the appellant was a 23 years old orphan who may be exposed to violence and forced enlistment in one of the conflicting armed forces. The appellant is therefore exposed to the threats encompassed in Article L.712-1 c) CESEDA. Subsidiary protection was granted.</p>	
<p>The Court recalled that the situation of insecurity in Afghanistan has to be assessed according to the geographic origin of the applicant and considered that while insecurity increased in 2009 in the province of Kabul, due to the increasing number of attacks against foreign delegations and Afghan and international security forces, the assessment of the case does not lead to the conclusion that the situation in this province can be seen as a situation of indiscriminate generalised violence, within the meaning of Article L.712-1 c) CESEDA [which transposes Article 15(c) of the Qualification Directive] and as defined in a decision from the Council of State [CE, 3 juillet 2009, Ofpra c/ M.A., n° 320295].</p>	<p>(France) CE, 3 juillet 2009, Ofpra c/ M.A., n° 320295</p>

Number	Key words	Case name/ reference	Country of decision	Language of decision	Court or Tribunal	Date of decision	Claimant's country of origin	Relevance of the decision
EASO100	Internal protection	Federal Administrative Court, 14 July 2010, 10 B 7.10	Germany	German	Federal Administrative Court	14.7.10	Afghanistan	Examining the conditions of subsidiary protection (Section 60(7) Sentence 2 Residence Act/Article 15(c) QD), the High Administrative Court proceeded from the assumption that the applicant could not be expected to stay in another part of his country of origin (Section 60(7) Residence Act, Article 8 QD).
EASO101	Individual risk	Supreme Court, 30 June 2011, 1519/2010	Spain	Spanish	Supreme Court	30.6.10	Colombia	Subsidiary protection was granted.
EASO102	Level of violence and individual risk	44623	Belgium	Dutch	Council of Alien Law Litigation (Raad voor Vreemdelingenbetwistingen) - adopted by a special seat of three judges	08/06/2010	Afghanistan	The Council considered that the applicant could not simply refer to the general situation prevailing in his/her home country to benefit from Article 15(c) QD. He/she must also 'show any link between that situation of general violence and his/her own individual situation, what does not mean that he/she must establish an individual risk of serious harm' ('moet enig verband met zijn persoon aannemelijk maken, ook al is daartoe geen bewijs van een individuele bedreiging vereist').
EASO103	Individual risk	10/0642/1, Helsinki Administrative Court, 28 May 2010	Finland	Finnish	Helsinki Administrative Court	28.5.10	Somalia	The Helsinki Administrative Court found that a female minor from a town near Mogadishu was in need of subsidiary protection. The Court held that to return home the applicant would have to travel via Mogadishu which would place her at serious and personal risk due to the nature of the armed conflict.
EASO104	Level of violence and individual risk	Federal Administrative Court, 27 April 2010, 10 C 4.09	Germany	German	Federal Administrative Court	27.4.10	Afghanistan	This case concerns the criteria for determining a serious individual threat and the necessary level of indiscriminate violence in an internal armed conflict. In order for Article 15(c) QD to apply, it is necessary to determine the level of indiscriminate violence in the territory of an internal armed conflict. When determining the necessary level of indiscriminate violence, not only acts which contravene international law, but any acts of violence which put life and limb of civilians at risk, have to be taken into account. In the context of Article 4.4 QD, an internal nexus must exist between the serious harm (or threats thereof) suffered in the past, and the risk of future harm.

The main points of the decision's reasoning (if possible)	References to jurisprudence of European or national courts
<p>Examining the conditions of subsidiary protection (Section 60(7) Sentence 2 Residence Act/Article 15(c) of the Qualification Directive), the High Administrative Court proceeded from the assumption that the applicant could not be expected to stay in another part of his country of origin (Section 60(7) Residence Act, Article 8 of the Qualification Directive). The High Administrative Court found that in case of deportation even young, single men in the Kabul region could face so-called extreme risks if it was not ensured that they could safeguard their means of existence under humane conditions. This could be the case if the returnees did not have a sufficient school or vocational education and did not own property and real assets and, especially, if they could not rely on a functioning network of family and friends. The High Administrative Court considered that this also applied to the forty year old applicant who originated from a rural area south of Kabul.</p> <p>When examining a significant individual risk in the context of an internal armed conflict (Section 60(7) sentence 2 Residence Act/Article 15(c) of the Qualification Directive), the High Administrative Court should have complied with the requirements set out in the decision of the Federal Administrative Court of 27 April 2010 - BVerwG 10 C 4.09 - paragraph 33. Accordingly, it is necessary to at least approximately establish the total number both of civilians in the area who are affected by the conflict and of the acts of indiscriminate violence from parties involved in the conflict which impact on the health and life of civilians in that area. Furthermore, an overall assessment is necessary taking into account the number of victims and the severity of harm (deaths and injuries).</p>	(Germany) Federal Administrative Court, 27 April 2010, 10 C 4.09
<p>The Court examined the secondary request for subsidiary protection on the grounds of serious and individual threat by reason of an internal armed conflict and found that the physical and mental integrity of the applicant would be threatened if she returned to Colombia. Its declaration and granting of subsidiary protection, were based fully on the information provided in a psychosocial report by the Refugee Reception Centre (CAR) of Valencia. This report recommended that the applicant should not be returned as she required a secure and stable environment. According to the report, the applicant suffered individually as a result of the on-going situation of indiscriminate violence in Colombia.</p>	
<p>The application of the Afghan national, whose Afghan origin was established, was rejected because he was not credible when pretending that he came from the region struck by indiscriminate violence. Note: See also, adopting the same reasoning: CALL (3 judges), 28796 of 16 June 2009; CALL (3 judges), case 51970 of 29 November 2010; CALL (single judge), case 37255 of 20 January 2010.</p>	(CJEU) <i>Elgafaji v Staatssecretaris van Justitie</i> C-465/07; Council of State, 29 November 2007, 117.396; Council of State, 26 May 2009, 193.523; Council of State, 29 March 2010, 202.487
<p>The Administrative Court held that based on media coverage, Somalia's Transitional Federal Government was only able to control a small area in the capital, Mogadishu. The general security and humanitarian situation was precarious. The Court took into consideration the current nature of the armed conflict. There was reason to believe that an individual could be at risk of serious harm just by being in the city. The applicant was from a town which is around 50 km from Mogadishu. To return home, the applicant would have to travel via Mogadishu, which would place her at serious and personal risk due to the nature of the armed conflict.</p>	
<p>The High Administrative Court had correctly found that an internal armed conflict takes place in the applicant's home province. It has based its definition of the term 'internal armed conflict' on the meaning of this term in international humanitarian law, particularly the Geneva Conventions of 12 August 1949 including the Additional Protocols (especially Article 1 of the Second Additional Protocol). The Federal Administrative Court supported this approach of the High Administrative Court, even in light of the recent decision by the European Court of Justice (17 February 2009, <i>Elgafaji</i>, C-465/07) which has not dealt in detail with this legal question, and although the UK Court of Appeal (24 June 2009, QD and AH v. <i>Secretary of State for the Home Department</i>) seems to have a different opinion. It is not necessary to strictly adhere to the requirements of Article 1 of the Second Additional Protocol. These requirements rather should be drawn upon for guidance, together with the interpretation of this term in international criminal law. However, the conflict must in any case have a certain intensity and consistency. It may suffice that the parties to the conflict carry out sustained and coordinated combat operations with such an intensity and consistency that the civilian population is affected in a significant manner. Considering this, the High Administrative Court had sufficiently established that there is an internal armed conflict taking place in Paktia province.</p> <p>It is necessary to determine the level of indiscriminate violence in the territory in question. For this purpose it is necessary to determine approximately the number of civilians living in the territory in question and the number of acts of indiscriminate violence in the territory. Furthermore, an evaluation has to be made taking into account the number of victims and the severity of the damage suffered (deaths and injuries). Therefore it is possible to apply the criteria which have been developed to determine group persecution.</p> <p>The Federal Administrative Court noted that in the context of Article 4.4 of the Qualification Directive an internal nexus must exist between the serious harm or threats of serious harm suffered in the past, and the risk of a future harm. This is the case both in the context of refugee protection and in the context of subsidiary protection.</p>	(CJEU) <i>Elgafaji v Staatssecretaris van Justitie</i> C-465/07 (UK) GS (Article 15(c): indiscriminate violence) Afghanistan CG [2009] UKAIT 00044 (UK) QD and AH (Iraq) v Secretary of State for the Home Department [2009] EWCA Civ 620 (Germany) Federal Administrative Court, 24 June 2008, 10 C 43.07 (Germany) Federal Administrative Court, 14 July 2009, 10 C 9.08 (Germany) Federal Administrative Court, 27 April 2010, 10 C 5.09

Number	Key words	Case name/ reference	Country of decision	Language of decision	Court or Tribunal	Date of decision	Claimant's country of origin	Relevance of the decision
EASO105	Serious risk and return	HH, AM, J and MA (Somalia) v Secretary of State for the Home Department [2010] EWCA Civ 426	United Kingdom	English	Court of Appeal	23.4.10	Somalia	The proceedings concerned joined appeals which raised common issues related to the enforced return of individuals to a war-torn country, Somalia, where their safety was or might be in serious doubt. None of the Claimants claiming humanitarian and human rights protection had any independent entitlement to be in the UK and one Claimant had committed a serious crime. The Court of Appeal gave consideration to the meaning and scope of Article 15(c) QD and made obiter observations on the Qualification Directive and Directive 2005/85/EC on minimum standards on procedures in Member States for granting and withdrawing refugee status.
EASO106	Conflict and individual risk	Administrative Court Karlsruhe, 16 April 2010, A 10 K 523/08	Germany	German	Administrative Court Karlsruhe	16.4.10	Iraq	The Court found that the applicant was entitled to subsidiary protection since there was an armed conflict in the Nineveh region and because the threats by terrorists experienced in the past constituted individual 'risk-enhancing' circumstances.
EASO107	Conflict and consideration of Article 15(c) QD	Ibrahim and Omer v Secretary of State for the Home Department [2010] EWHC 764 (Admin)	United Kingdom	English	Administrative Court	13.4.10	Iraq	The Claimants, Iraqi national prisoners, applied for judicial review of their detention pending deportation. They unsuccessfully appealed to the Asylum and Immigration Tribunal (AIT). A policy that the Secretary of State would not take enforcement action against nationals originating from countries that were active war zones was not relied on by either Claimant in the AIT. The Claimants submitted, inter alia, that at the time the enforcement action was taken against them Iraq was an active war within the meaning under the policy. Article 15(c) QD and associated case law was considered in the context of active war zones.
EASO108	Level of violence and individual risk	High Administrative Court Baden-Wuerttemberg, 25 March 2010, A 2 S 364/09	Germany	German	High Administrative Court Baden-Wuerttemberg	25.3.10	Iraq	Even if one presumes that an internal armed conflict is taking place in the applicant's home province (Tamim), it cannot be assumed that the indiscriminate violence has reached such a high level that practically any civilian is at risk of a serious and individual threat simply by his or her presence in the region.

The main points of the decision's reasoning (if possible)	References to jurisprudence of European or national courts
<p>The Court found that where it could be shown either directly or by implication what route and method of return was envisaged, the Asylum and Immigration Tribunal was required by law to consider and determine any challenge to the safety of that route or method, on appeal against an immigration decision.</p>	<p>Elgafaji v Staatssecretaris van Justitie (C-465/07) [2009] 1 WLR 2100 QD (Iraq) v Secretary of State for the Home Department [2009] EWCA Civ 620 GM (Eritrea) v Secretary of State for the Home Department [2008] EWCA Civ 833 Gedow v Secretary of State for the Home Department [2006] EWCA Civ 1342 GH (Iraq) v Secretary of State for the Home Department [2005] EWCA Civ 1182 Adan (Hassan Hussein) v Secretary of State for the Home Department [1997] 1 WLR 1107; [1997] 2 All ER 723 Vilvarajah v United Kingdom (13163/87) (1992) 14 EHRR 248</p>
<p>According to the standards as defined by the Federal Administrative Court, an armed conflict within the meaning of Article 15(c) of the Qualification Directive does not necessarily have to extend to the whole territory of a state. Neither does it necessarily have to reach the threshold which international humanitarian law has set for an armed conflict (Article 1 No 1 of the Second Additional Protocol to the Geneva Conventions), however, a situation of civil unrest, during which riots or sporadic acts of violence take place, is not sufficient. Conflicts which are in between those two situations, have to be marked by a certain degree of durability and intensity.</p> <p>In the present case, the applicant could only take up residence in Nineveh province upon return to Iraq. This is where her family lived. As mother of an infant she could not be expected to take up residence in another region where she did not have this family background. Therefore the situation in Nineveh province had to be taken into account in the course of the examination of whether the applicant was to be granted subsidiary protection.</p> <p>The Court proceeded from the assumption that an armed conflict within the meaning of the Qualification Directive existed in Niniveh province in 2007 and that the situation has not significantly improved since then. A high number of attacks took place in the province and the number of those incidents indicated that members of the terrorist organisation had a certain strength in terms of their numbers.</p> <p>Against this background, and because the applicant and her family were subjected to threats and attacks in the past, it had also to be assumed that individual, 'risk-enhancing' circumstances existed.</p>	<p>(CJEU) Elgafaji v Staatssecretaris van Justitie C-465/07 (Germany) Federal Administrative Court, 24 June 2008, 10 C 42/07 Federal Administrative Court, 14 July 2009, 10 C 9.08</p>
<p>Permission to apply for judicial review under the active war zone ground was refused. The policy was concerned with countries that could be considered in their entirety to be active war zones, with the underlying concern that there was nowhere in the country to which a person could safely be returned. However, Iraq could not properly be considered as a war zone at the time enforcement action was taken against the claimants, <i>HH (Iraq) v Secretary of State for the Home Department</i> [2008] UKAIT 51 doubted. There were undoubtedly areas of conflict and a pattern of localised violence within the country, but none of the evidence suggested that Iraq as a whole was an active war zone.</p>	<p>HH (Iraq) v Secretary of State for the Home Department [2008] UKAIT 51 F (Mongolia) v Secretary of State for the Home Department [2007] EWCA Civ 769 R (on the application of G) v Immigration Appeal Tribunal [2004] EWCA Civ 1731 R (on the application of I) v Secretary of State for the Home Department [2002] EWCA Civ 888 R v Governor of Durham Prison Ex p. Singh [1984] 1 WLR 704</p>
<p>When defining the term 'international or internal armed conflict' under Article 15(c) of the Qualification Directive one has to take into account international law. This implies that combat operations must have an intensity which is characteristic of a civil war situation but have to exceed situations of internal disturbances and tensions, such as riots, isolated and sporadic acts of violence and other acts of a similar nature. Internal crises which fall in between these two definitions must not be excluded out of hand from fulfilling the standards of Article 15(c) of the Qualification Directive. However, the conflict had to be marked by a certain degree of intensity and duration (cf. Federal Administrative Court of 24 June 2008, 10 C 43.07).</p> <p>By this measure, the situation considered presumably did not justify the assumption that an international or internal armed conflict existed in Iraq. However, this question can be left open here for even if one assumes that an international or internal armed conflict was taking place, subsidiary protection can only be granted if there is a serious and individual threat in the context of the conflict. According to the Federal Administrative Court (decision of 14 July 2009, 10 C 9.08) it is possible that a serious and individual threat is also posed in an extraordinary situation, which is characterised by such a high level of risk that any civilian is at risk of a serious and individual threat simply by his or her presence in the region. However, such a high level of risk cannot be established for the applicant's home region, Tamim province.</p> <p>On the basis of various sources (e.g. the Foreign Office's country report of 12 August 2009) it was not concluded that the security situation in Iraq was disastrous. However, in order to establish the degree of danger, one has to put the number of victims of bomb attacks in relation to the whole population of Iraq. The information department of the Federal Office for Migration and Refugees quotes from a report by the British NGO Iraq Body Count, according to which the number of civilian victims in 2009 had been at the lowest level since 2003. In Tamim province 99 bomb attacks were recorded in which 288 people were killed. This meant that 31.9 in 100 000 people were killed, assuming that the number of inhabitants in this province is at 900 000, or 25.5 in 100 000 if the number of inhabitants is estimated at 1 130 000.</p> <p>So even if it was presumed that an internal armed conflict was taking place in Tamim province, it cannot be assumed that the indiscriminate violence which is characteristic of that conflict had reached such a high level that any person was at risk of a serious and individual threat simply by his or her presence in the region.</p>	<p>(Germany) Federal Administrative Court, 24 June 2008, 10 C 43.07 Federal Administrative Court, 14 July 2009, 10 C 9.08</p>

Number	Key words	Case name/ reference	Country of decision	Language of decision	Court or Tribunal	Date of decision	Claimant's country of origin	Relevance of the decision
EASO109	Indiscriminate violence	40093	Belgium	French	Council of Alien Law Litigation (Conseil du contentieux des étrangers) - adopted by a special seat of three judges	11.3.10	Russia (Chechnya)	No indiscriminate violence in Chechnya
EASO110	Conflict	AJDCoS, 26 January 2010, 200905017/1/V2	Netherlands	Dutch	Administrative Jurisdiction Division of the Council of State	26.1.10	Somalia	When assessing whether a situation under Article 15(c) QD exists, consideration is given to the nature and intensity of the violence as a result of the conflict as well as its consequences for the civilian population of Mogadishu.
EASO111	Conflict	High Administrative Court, 25 January 2010, 8 A 303/09.A	Germany	German	High Administrative Court	25.1.10	Afghanistan	The Court found that the situation in Logar province in Afghanistan could be characterised as an internal armed conflict. Therefore, the applicant as a member of the civilian population was at a significant risk in terms of Article 15(c) QD.
EASO112	Consideration of Article 15(c) QD	High Court, 14 January 2010, Obuseh v Minister for Justice, Equality and Law Reform [2010] IEHC 93	Ireland	English	High Court	14.1.10	Nigeria	This case concerned the appropriate manner in which an application for subsidiary protection is to be decided where there may be at least an implicit claim of a 'serious and individual threat' to the applicant by reason of indiscriminate violence. The Court found that Article 15(c) QD does not impose a free-standing obligation on the Minister to investigate a possible armed conflict situation, it is for the applicant to make this claim and to make submissions and offer evidence establishing that he is from a place where there is a situation of international or internal armed conflict, and that he is at risk of serious harm by reason of indiscriminate violence.
EASO113	Scope of Article 15(c) QD, provisions/ applicability subject to the existence of an armed conflict	CE 30 décembre 2009 OFPRA c/ Peker n° 322375	France	French	Council of State	30.12.09	Haiti	Article L.712-1 c) CESEDA applies to threats resulting from a situation of internal or international armed conflict. Thus CNDA made an error of law when granting subsidiary protection on the sole basis of threats from armed groups without examining if those threats could be related to a situation of armed conflict.
EASO114	Subsequent application, persecution, serious harm	200706464/1/V2	Netherlands	Dutch	Administrative Jurisdiction Division of the Council of State	8.12.09	Afghanistan	The Court assessed the relation between Article 3 ECHR and Article 15(c) QD.

The main points of the decision's reasoning (if possible)	References to jurisprudence of European or national courts
<p>The Council found that there was no indiscriminate violence in Chechnya because, first, armed attacks happened less often and were less intense and, second, such armed attacks were at that time targeted.</p>	
<p>The submitted documents suggested that at the time of the decision of 15 June 2009 an armed conflict existed in Mogadishu between government troops backed by Ethiopian troops on the one hand and a complex set of other rebel groups on the other hand who were also fighting among themselves. The violence in Mogadishu flared in May 2009 due to this conflict. This led to many civilian casualties and a large flow of refugees (about 40 000 people in May 2009, reaching about 190 000 people in June 2009). While the Secretary of State, acknowledged that the circumstances outlined above had been considered in the assessment, the Secretary of State, to justify her position that at the relevant time no exceptional situation existed in Mogadishu, sufficed with the mere assertion that the number of civilian casualties is no reason for adopting such a view.</p> <p>Given the nature and intensity of violence as a result of the conflict and its consequences for the civilian population of Mogadishu, as may be inferred from the aforementioned documents, the Secretary of State with that single statement insufficiently reasoned that the applicant had failed to show that the level of indiscriminate violence in Mogadishu at the time of the adoption of the decision of 15 June 2009 was so high that substantial grounds existed for believing that a citizen by his sheer presence there, faced a real risk of serious harm.</p>	(ECtHR) NA v United Kingdom (Application No 25904/07) (CJEU) Elgafaji v Staatssecretaris van Justitie C-465/07
<p>The applicant was entitled to subsidiary protection in terms of Section 60 (7) (2) Residence Act / Article 15(c) of the Qualification Directive. The prerequisite for which requires that members of the civilian population face a significant and individual threat to life and physical integrity in a situation of an armed conflict.</p> <p>An internal armed conflict is characterised by durable and concerted military operations under responsible command, but not cases of internal disturbances and tensions. Whether civil war-like or other conflicts, which fall between these two categories, may still be classified as armed conflicts depending on their degree of intensity and durability. However, a nationwide situation of conflict is not a necessary requirement for granting protection. This can be deduced from the fact that in case of internal armed conflicts an internal flight alternative outside the area of conflict can be taken into consideration.</p> <p>The situation in the applicant's home region, Logar, is particularly precarious, as it borders on the so-called 'Pashtun belt'/Pakistan and belongs to the heartland of the Pashtuns, where the Taliban and Al Qaeda have strong support. The Taliban increasingly launch attacks and wage a severe war on governmental and NATO-troops. Furthermore, Logar borders on Kabul province, where the Taliban also have military bases, but prefer guerrilla tactics (the applicant's home village is situated at the main road to Kabul). The civilian population is also terrorised by the Taliban.</p> <p>Considering this high degree of indiscriminate violence, civilians in the province Logar are facing a significant individual risk of life and physical integrity. The situation for the applicant is further exacerbated, since he belongs to the ethnic minority of Tajiks and to the religious minority of Shiites; furthermore, he was a member of the youth organisation of the Communist party (PDPA), and this fact has become known. Finally his family possesses real estate in Logar, which might expose him to covetousness of other people. He has no relatives who might be willing and able to protect him.</p> <p>Kabul might be the only suitable place of internal protection. However, based on new evidence and jurisdiction, even young single men cannot make a living there, unless they have vocational education, property and, above all, social support by their family and friends. This does not apply to the applicant.</p>	(CJEU) Elgafaji v Staatssecretaris van Justitie C-465/07 (Germany) Federal Administrative Court, 24 June 2008, 10 C 43.07 High Administrative Court Baden-Württemberg, 14 May 2009, A 11 S 610/08 High Administrative Court Hessen, 11 December 2008, 8 A 611/08.A High Administrative Court Hessen, 26 November 2009, 8 A 1862/07.A High Administrative Court Rheinland Pfalz, 06 May 2008, 6 A 10749/07
<p>The Court noted that it was difficult to envisage any circumstances where an asylum applicant who is found not credible as to the existence of a well-founded fear of persecution will be granted subsidiary protection on exactly the same facts and submissions.</p> <p>An applicant seeking to rely on Article 15(c) of the Qualification Directive (which would not be covered by the Refugee application) must do so explicitly and must show that he faces a serious and individual threat by reason of indiscriminate violence in situations of international or internal armed conflict, that state protection would not be available to him and that he could not reasonably be expected to stay in another part of the country of origin where there is no real risk of suffering serious harm. It follows that if a person who claims to face such danger cannot establish that he is from a place where there is a situation of international or internal armed conflict, or that such a situation actually exists, and further cannot show why he could not reasonably be expected to relocate, then he will not be eligible for such protection.</p> <p>The applicant in this case furnished no particulars, documentation, information or evidence in relation to a threat from armed conflict.</p> <p>The Court found that the Minister does not have a free-standing obligation to investigate whether a person is eligible for protection within the meaning of Article 15(c) of the Qualification Directive when that person has not identified the risk to his life or person. While the Minister is mandated by Article 4 of the Qualification Directive to consider up to date information on the conditions on the ground in the applicant's country of origin, this is far from imposing a free-standing obligation to go beyond that information and to investigate whether the applicant faces any unclaimed and unidentified risk.</p>	(CJEU) Elgafaji v Staatssecretaris van Justitie C-465/07 (UK) QD and AH (Iraq) v Secretary of State for the Home Department [2009] EWCA Civ 620 (Ireland) G.T. v Refugee Appeals Tribunal [2007] IEHC 287 N & Anor v Minister for Justice Equality and Law Reform [2007] IEHC 277 Neosas v Minister for Justice [2008] IEHC 177, unreported, High Court, Charleton J.
<p>Council of State held that 'indiscriminate violence' and 'existence of an armed conflict' are cumulative conditions required for application of Article L.712-1 c) CESEDA.</p>	
<p>Article 29(1), introductory paragraph and (b) of the Foreigners Act (2000), which provides protection in the Netherlands against a potential breach of Article 3 ECHR, provides for the same protection as Article 15(c) of the Qualification Directive. The latter article therefore does not amend the law.</p>	Nederland - ABRvS, 25 mei 2009, 200702174/2/V2 (CJEU) Elgafaji v Staatssecretaris van Justitie C-465/07 Netherlands - ABRvS, 25 June 2009, 200900815/1V2

Number	Key words	Case name/ reference	Country of decision	Language of decision	Court or Tribunal	Date of decision	Claimant's country of origin	Relevance of the decision
EASO115	Civilian	ZQ (serving soldier) Iraq CG [2009] UKAIT 00048	United Kingdom	English	Asylum and Immigration Tribunal	2.12.09	Iraq	Article 15(c) QD depended upon a distinction between civilian and non-civilian status (it referred to the need to show a threat to a 'civilian's life or person').
EASO116	Level of violence and individual risk	Asylum and Immigration Tribunal, GS (Article 15(c): indiscriminate violence) Afghanistan CG [2009] UKIAT 00044	United Kingdom	English	Asylum and Immigration Tribunal	19.10.09	Afghanistan	In this case the Tribunal sought to apply the guidance in <i>Elgafaji</i> on Article 15(c) QD and give country guidance on Afghanistan.
EASO117	Humanitarian considerations, internal protection, gender based persecution, medical reports/ medico-legal reports, membership of a particular social group, nationality, persecution grounds/reasons, race	I.A.Z. v. Office of Immigration and Nationality	Hungary	Hungarian	Metropolitan Court	15.10.09	Somalia	The Court annulled the decision of the asylum authority on the basis that there was insufficient evidence that an internal protection alternative existed.

The main points of the decision's reasoning (if possible)	References to jurisprudence of European or national courts
<p>Although this case was concerned with return to a country, Iraq, which (at least for International Humanitarian Law purposes) remained in a state of internal armed conflict, it was not concerned with the issue of whether an appellant qualified for subsidiary/humanitarian protection under Article 15(c) of the Qualification Directive (para 339(iv) of Statement of Immigration Rules HC395 as amended), since the material scope of that provision was confined to civilians. (This case was about a soldier.)</p>	<p>QD (Iraq) [2009] EWCA Civ 620 (CJEU) Elgafaji v Staatssecretaris van Justitie C-465/07 1 WLR 2100 Krotov [2004] EWCA Civ 69 Prosecutor v Blaskic (Judgement) Appeals Chamber, Case No IT-95-14-A, 29 July 2004 Fadli [2000] EWCA Civ 297 Horvath [2000] UKHL 37 Sepet and Bulbul [2003] UKHL 15</p>
<p>The Tribunal assessed evidence which examined the number of civilian fatalities directly caused by both sides to the conflict, the ease of access on the road between Kabul and Jalalabad, the option of internal relocation and enhanced risk categories. This decision was replaced as current country guidance on the applicability of Article 15(c) of the Qualification Directive to the on-going armed conflict in Afghanistan by <i>AK</i> (Article 15(c)) <i>Afghanistan CG</i> [2012] <i>UKUT</i> 163 .</p>	<p>(CJEU) Elgafaji v Staatssecretaris van Justitie C-465/07 (UK) PM and Others (Kabul-Hizbi-i-Islami Afghanistan CG [2007] UKIAT 00089 HH & others (Mogadishu: armed conflict: risk) Somalia CG [2008] UKAIT 00022 HJ (Homosexuality: reasonably tolerating living discreetly) Iran [2008] UKIAT 00044 KH (Article 15(c) Qualification Directive) Iraq CG [2008] UKIAT 00023 J v Secretary of the State for the Home Department [2006] EWCA Civ 1238 RQ (Afghan National army-Hizbi-i-Islami-risk) Afghanistan CG [2008] UKIAT 00013 GS (Existence of armed conflict) Afghanistan CG [2009] UKIAT 00010 AH (Sudan) v Home Secretary [2008] 1 AC 678 Batayav v Secretary of State for the Home Department 2003] EWCA Civ 1489 Januzi v SSHD [2006] UKHL 5 AM & AM (armed conflict: risk categories) Somalia CG [2008] UKAIT 00091 QD and AH (Iraq) v Secretary of State for the Home Department [2009] EWCA Civ 620</p>
<p>The Court held that, although the applicant was able to stay in Somalia from 2006 until 2008, the decision of the asylum authority could not be regarded as lawful given that: 'the authority could not identify a specific territory where the internal protection alternative would be possible.' The asylum authority therefore breached its obligation by failing to collect all of the relevant facts and evidence before making its decision. The Court stated that the asylum authority has to indicate whether the internal protection alternative is available and if so, in which specific territory of Somalia. The court did not address the question whether the applicant's hiding in the forest without any sort of protection constituted internal protection.</p>	

Number	Key words	Case name/ reference	Country of decision	Language of decision	Court or Tribunal	Date of decision	Claimant's country of origin	Relevance of the decision
EASO118	Conflict	Migration Court of Appeal, 6 October 2009, UM8628-08	Sweden	Swedish	Migration Court of Appeal	6.10.09	Somalia	This case concerned the criteria that needed to be fulfilled in order to establish the existence of an internal armed conflict. It was held that in Somalia's capital, Mogadishu, at the time of this decision, a state of internal armed conflict was found to exist without an internal protection alternative. The applicant was therefore considered in need of protection.
EASO119	Consideration of Article 15(c) QD	Metropolitan Court, 23 September 2009, M.A.A. v. Office of Immigration and Nationality 21.K.31484/2009/6	Hungary	Hungarian	Metropolitan Court	23.9.09	Somalia	The Office of Immigration and Nationality (OIN) found the applicant not credible and therefore did not assess the risk of serious harm. Instead the OIN granted protection against refoulement. The Metropolitan Court ruled that the OIN was obliged to assess conditions for subsidiary protection and serious harm even if the applicant was not found credible.
EASO120	Consideration of Article 15(c) QD	Secretary of State for the Home Department v HH (Iraq) [2009] EWCA Civ 727	United Kingdom	English	Court of Appeal	14.7.09	Iraq	HH was liable to deportation because, during a period of exceptional leave to remain in the UK, he committed three sexual offences. A deportation order was made without regard to a forgotten policy which provided that 'Enforcement action should not be taken against Nationals who originate from countries which are currently active war zones'. HH appealed, relying upon that policy. Shortly before the start of the hearing, the Secretary of State withdrew the policy. The Tribunal considered that the policy had been in force at the date of the decision to make a deportation order and that its belated withdrawal could not retrospectively make the initial decision lawful. The Secretary of State appealed. HH had two further elements of his appeal, that deportation would violate his rights under Article 8 of the ECHR and Article 15(c) QD. The Asylum and Immigration Tribunal did not consider it necessary to decide that aspect of the appeal because of their decision that the making of the decision to deport HH was unlawful.

The main points of the decision's reasoning (if possible)	References to jurisprudence of European or national courts
<p>• The Migration Court of Appeal noted that the <i>Elgafaji</i> decision stated that it is not an absolute requirement that threats must be specifically directed against the applicant based on personal circumstances. In situations of indiscriminate violence a person can, by his mere presence, run a risk of being exposed to serious threats. Regarding internal armed conflict the Court noted that there is no clear definition of the concept in international humanitarian law. Neither the 1949 Geneva Conventions' common Article 3, nor the Additional Protocol (1977), contains a definition of the concept. However, the Protocol does state which non-international conflicts it applies to. These are conflicts that take place on the territory of a party to the convention between its own forces and rebellious armed groups or other organised groups who are under responsible leadership and who have control over part of its territory and can organise cohesive and coordinated military operations as well as implement the protocol. The protocol thus presumes that government forces participate in the conflict and also that the rebels have some territorial control. The International Red Cross drew conclusions in its paper "How is the term 'armed conflict' defined in International Humanitarian Law?" March 2008, that it is an extended armed conflict between armed government forces and one or more armed groups or between such armed groups which occurs on the territory of a state. There must be a minimum level of intensity and the parties concerned must exhibit a minimum level of organisation. Further guidance can be sought in the International Criminal Court (ICC) Yugoslav Tribunal case concerning ICTFY, <i>Prosecutor v Dusko Tadic</i>. From article 8:2 of the ICC it is clear that non-international conflicts are in focus and not situations that have arisen because of internal disturbances or tensions such as riots, individual or sporadic acts of violence or other such acts.</p> <p>The Migration Court of Appeal concluded that an internal armed conflict cannot be precluded in a state solely on the grounds that the requirement in the protocol from 1977 for territorial control is not met. Nor can it be required that government forces are involved in the conflict since this would mean that persons from a failed state would not enjoy the same possibilities as others to seek international protection.</p> <p>The Court concluded that an internal armed conflict within the meaning of the Swedish Aliens Act exists if certain conditions (which they listed) are fulfilled. The Court then addressed the question: Can an internal armed conflict be declared in only a part of a country?</p> <p>• The Tribunal concluded that the presence of an armed conflict depended mainly on the assessment of the actual circumstances at hand. The Tribunal also made a distinction between the area where the conflict took place and the question of within which area international humanitarian law was applicable (the wider area surrounding Mogadishu and the then TFG base in Baidoa). The UK decision was considered relevant as it is a legal authority in another country which is bound by the same international legal obligations as Sweden and for whom the same Community provisions apply. The UK decision held that it is possible and pertinent in legal terms to limit a geographical area for an internal armed conflict to the town of Mogadishu.</p> <p>• For the Migration Court of Appeal the population of Mogadishu, and not least its significant strategic role based on the most recent country of origin information, and the sharp decline in respect for human rights further support this conclusion.</p> <p>• Regarding internal protection the Court noted that it is the responsibility of the first instance Migration Board to prove that there is an alternative. This has not been established by the Board and it is the opinion of the Court that no such alternative exists.</p>	<p>(CJEU) <i>Elgafaji v Staatssecretaris van Justitie</i> C-465/07 (ICTY) <i>Prosecutor v Tadic</i> (IT-94-1-AR72) ICTY (UK) <i>HH & others</i> (Mogadishu: armed conflict: risk) Somalia CG [2008] UKAIT 00022 (Germany) Federal Administrative Court, 24 June 2008, 10 C 43.07</p>
<p>The Court applied the Jurisprudence of the Court of Justice of the European Union (C-465/07. <i>Elgafaji</i>), which examined the notion of generalised violence and indiscriminate violence, and found that Mogadishu was affected by an internal armed conflict where the level of indiscriminate violence was high enough to qualify as serious harm. The Court stated that the OIN did not assess the risk of serious harm and the principal of non-refoulement properly, and did not collect and consider all relevant information and evidence. Therefore, the risk of serious harm needed to be analysed in a new procedure.</p>	<p>(CJEU) <i>Elgafaji v Staatssecretaris van Justitie</i> C-465/07</p>
<p>Where a Home Office policy had been overlooked when a decision to deport an Iraqi national had been made, the Secretary of State's subsequent withdrawal of that policy could not retrospectively make the initial decision lawful. However, it was clear that there remained issues under Article 8 of the ECHR and Article 15(c) of the Qualification Directive which were likely to have to be determined. The Secretary of State's decision was quashed, but if, as might be likely, the decision to deport was made again, it would be open to HH to raise arguments under Article 8 of the ECHR and Article 15(c) of the Qualification Directive on his appeal against that decision.</p>	<p>QD (Iraq) v Secretary of State for the Home Department [2009] EWCA Civ 620 Secretary of State for the Home Department v Abdi (Dhudi Saleban) [1996] Imm AR 148</p>

Number	Key words	Case name/ reference	Country of decision	Language of decision	Court or Tribunal	Date of decision	Claimant's country of origin	Relevance of the decision
EASO121	Level of violence and individual risk	Federal Administrative Court, 14 July 2009, 10 C 9.08	Germany	German	Federal Administrative Court	14.7.09	Iraq	A serious and individual threat to life and limb may result from a general risk in the context of an armed conflict if the risk is enhanced because of the applicant's individual circumstances or from an extraordinary situation which is characterised by such a high degree of risk that practically any civilian would be exposed to a serious and individual threat simply by his or her presence in the affected region.
EASO122	Armed conflict	CNDA 9 juillet 2009 Pirabu n° 608697/07011854	France	French	CNDA (National Asylum Court)	9.7.09	Sri Lanka	The Court found that there was no more armed conflict in Sri Lanka since LTTE's final defeat in June 2009. Hence Article L.712-1 c) CESEDA provisions were no more applicable in the context of Sri Lanka.
EASO123	Level of violence and individual risk	CE, 3 July 2009, Ofpra vs. Mr. A., n° 320295	France	French	Council of State	3.7.09	Sri Lanka	The requirement of an individualisation of the threat to the life or person of an applicant for subsidiary protection is inversely proportional to the degree of indiscriminate violence which characterises the armed conflict.
EASO124	Assessment of risk under Article 15(c) QD provisions, balancing scale, personal elements not required beyond a certain threshold of indiscriminate violence, indiscriminate violence not necessarily limited to the conflict zone <i>sticto sensu</i>	CE 3 juillet 2009 OFPRA c/ Baskarathas n° 320295	France	French	Council of State	3.7.09	Sri Lanka	It is not required by Article L.712-1 c) CESEDA that indiscriminate violence and armed conflict should coincide in every way in the same geographic zone. When indiscriminate violence reaches such a level that a person sent back to the area of conflict is at risk because of his mere presence in this territory, an appellant does not have to prove that he is specifically targeted to meet the requirements of Article L.712-1 c) CESEDA.

The main points of the decision's reasoning (if possible)	References to jurisprudence of European or national courts
<p>In spite of minor deviations in wording, the provision of Section 60 (7) sentence 2 of the Residence Act is equivalent to Article 15(c) of the Qualification Directive. The High Administrative Court found that general risks could not constitute an individual threat within the meaning of Article 15(c) of the Qualification Directive, unless individual risk-enhancing circumstances exist. However, this court has already found in its decision of 24 June 2008 (10 C 43.07) that a general risk to which most civilians are exposed may cumulate in an individual person and therefore pose a serious and individual threat within the definition of Article 15(c) of the Qualification Directive. At the time this court argued that the exact requirements would have to be clarified by the European Court of Justice. In the meantime, the European Court of Justice has clarified this question in <i>Elgafaji</i> C-465/07. The requirement in <i>Elgafaji</i> is essentially equivalent to this court's requirement of an 'individual accumulation' of a risk.</p> <p>The High Administrative Court would have to examine whether a serious and individual threat to life and limb exists for the applicant in Iraq or in a relevant part of Iraq in the context of an armed conflict. It is not necessary that the internal armed conflict extends to the whole country. However, if the internal armed conflict affects only parts of the country, as a rule the possibility of a serious and individual threat may only be assumed if the conflict takes place in the applicant's home area, to which he would typically return.</p> <p>If it is established in the new proceedings that an armed conflict in the applicant's home area indeed poses an individual threat due to an exceptionally high level of general risks, it must be examined whether internal protection within the meaning of Article 8 of the Qualification Directive is available in other parts of Iraq.</p>	<p>(CJEU) <i>Elgafaji v Staatssecretaris van Justitie</i> C-465/07 (Germany) Federal Administrative Court, 24 June 2008, 10 C 43.07</p>
<p>Claim was rejected both on Geneva Convention and subsidiary protection grounds.</p>	
<p>According to Article L.712-1 c) CESEDA [which transposed Article 15(c) of the Qualification Directive], the Council of State considered that generalised violence giving rise to the threat at the basis of the request for subsidiary protection is inherent to the situation of armed conflict and characterises it. The Council of State considered that according to the interpretation of this provision, as well as, the provisions of the Qualification Directive, the violence and the situation of armed conflict coexist in all regards on the same geographical zone.</p> <p>The Council of State stated that the existence of a serious, direct and individual threat to the life or person of an applicant for subsidiary protection is not subject to the condition that he/she proves that he/she is specifically targeted because of elements which are specific to his/her personal situation as soon as the degree of indiscriminate violence characterising the armed conflict reaches such a high level that there are serious and established grounds for believing that a civilian, if returned to the country or region concerned, would, by his/her sole presence on the territory, face a real risk of suffering these threats.</p>	
<p>This is the first major post - <i>El Gafaji</i> case. The first finding answers to OFPRA's position that application of L.712-1c) had to be strictly restricted to the area where fighting/combat are actually taking place. The rationale is that the war may generate indiscriminate violence beyond the limits of the conflict zone.</p>	

Number	Key words	Case name/ reference	Country of decision	Language of decision	Court or Tribunal	Date of decision	Claimant's country of origin	Relevance of the decision
EASO125	Level of violence and individual risk	QD (Iraq) v Secretary of State for the Home Department; AH (Iraq) v Secretary of State for the Home Department [2009] EWCA Civ 620	United Kingdom	English	Court of Appeal	24.6.09	Iraq	It fell to be determined whether the approach of the Asylum and Immigration Tribunal to the meaning and effect of Article 15(c) QD was legally flawed. The Claimant in the first appeal had entered the UK and claimed asylum on the basis that, as a member of the Ba'ath Party under the Saddam regime, he was in fear of reprisals upon return. His claim was refused. The Immigration Judge refused his appeal having concluded that, in the light of the law set out in <i>KH</i> (Article 15(c) Qualification Directive: Iraq), Re [2008] UKAIT 23, the level of violence in his home area did not pose a sufficiently immediate threat to his safety to attract the protection of Article 15(c). In the second appeal, the Tribunal had found, likewise applying <i>KH</i> , that it was not satisfied that the level of violence prevalent in the home area of the Claimant would place him at sufficient individual risk if he were to be returned.
EASO126	Conflict	CNDA, 9 June 2009, Mr. H., n° 639474/08019905	France	French	CNDA (National Asylum Court)	9.6.09	Somalia	The Court found that the situation which prevailed at the moment of the assessment in Mogadishu must be seen as a situation of generalised violence resulting from a situation of internal armed conflict. Its intensity was sufficient to consider that at the moment of the evaluation the applicant faced a serious, direct and individual threat to his life or person, without being able to avail himself of any protection.
EASO127	High level of indiscriminate violence	CNDA 9 juin 2009 M.HAFHI n° 639474	France	French	CNDA (National Asylum Court)	9.6.09	Somalia	The Court found that, at the date of its ruling, blind violence in Mogadishu reached such a high level that the appellant would be exposed to a serious threat against his life.
EASO128	Level of violence and individual risk	AJDCoS, 25 May 2009, 200702174/2/V2	Netherlands	Dutch	Administrative Jurisdiction Division of the Council of State	25.5.09	Iraq	Article 15(c) QD only offers protection in exceptional circumstances where there is a high level of indiscriminate violence.
EASO129	Existence of conditions required by Article 15(c) QD not precluding potential applicability of Geneva Convention provisions	CE 15 mai 2009, Mlle Kona n° 292564	France	French	Council of State	15.5.09	Irak	It is a contradictory reasoning and an error of law to deny an Assyro-Chaldean woman refugee status and to grant her subsidiary protection because of threats rooted in her being member of a wealthy Christian family.
EASO130	Absence of indiscriminate violence	CNDA 24 avril 2009 Galaev n° 625816	France	French	CNDA (National Asylum Court)	24.4.09	Russian Federation	The Court found that, at the date of its ruling, there was no indiscriminate violence in Chechnya. Therefore subsidiary protection on the '15(c)' ground could not be granted to the appellant.

The main points of the decision's reasoning (if possible)	References to jurisprudence of European or national courts
<p>Appeals allowed and cases remitted to the Tribunal for reconsideration. The effects of the Tribunal's erroneous premise in <i>KH</i> were that the concepts of 'indiscriminate violence' and 'life or person' had been construed too narrowly, and 'individual' had been construed too broadly, so that the threshold of risk had been set too high, <i>KH</i> was overruled. On the proper construction of Article 15(c) of the Qualification Directive, the existence of a serious and individual threat to the life or person of an applicant for subsidiary protection was not subject to the condition that that applicant adduce evidence that he was specifically targeted by reason of factors particular to his personal circumstances; the existence of such a threat could exceptionally be considered to be established where the degree of indiscriminate violence, as assessed by the competent national authorities, reached such a high level that substantial grounds were shown for believing that a civilian, returned to the relevant country or region, would, solely on account of his presence in that territory, face a real risk of being subject to that threat.</p>	<p>Elgafaji v Staatssecretaris van Justitie (C-465/07) [2009] 1 WLR 2100 <i>KH</i> (Article 15(c) Qualification Directive) Iraq CG [2008] UKAIT 23 <i>R v Asfaw</i> (Fregenet) [2008] UKHL 31 <i>Saadi v United Kingdom</i> (13229/03) (2008) 47 EHRR 17 <i>Sheekh v Netherlands</i> (1948/04) (2007) 45 EHRR 50 <i>Bosphorus Hava Yollari Turizm ve Ticaret Anonim Sirketi v Ireland</i> (45036/98) (2006) 42 EHRR 1 <i>K v Secretary of State for the Home Department</i> [2006] UKHL 46 <i>Muslim v Turkey</i> (53566/99) (2006) 42 EHRR 16; <i>Batayav v Secretary of State for the Home Department (No 2)</i> [2005] EWCA Civ 366 <i>R (on the application of Razgar) v Secretary of State for the Home Department (No 2)</i> [2004] UKHL 27 <i>R (on the application of Ullah) v Special Adjudicator</i> [2004] UKHL 26 <i>Criminal Proceedings against Lyckeskog</i> (C99/00) [2003] 1 WLR 9 <i>Pretty v United Kingdom</i> (2346/02) [2002] 2 FLR 45 <i>Aspichi Dehwari v Netherlands</i> (37014/97) (2000) 29 EHRR CD74 <i>Kurt v Turkey</i> (24276/94) (1999) 27 EHRR 373 <i>Osman v United Kingdom</i> (23452/94) [1999] 1 FLR 193 <i>HLR v France</i> (24573/94) (1998) 26 EHRR 29 <i>Chahal v United Kingdom</i> (22414/93) (1997) 23 EHRR 413 <i>D v United Kingdom</i> (30240/96) (1997) 24 EHRR 423 <i>Chiron Corp v Organon Teknika Ltd (No 3)</i> [1996] RPC 535 <i>Vilvarajah v United Kingdom</i> (13163/87) (1992) 14 EHRR 248 <i>Soering v United Kingdom</i> (A/161) (1989) 11 EHRR 439</p>
<p>The Court examined the situation which prevailed in Somalia at that time and its deterioration due to the violent fighting between the Federal Transitional Government and several clans and Islamic militia and considered that, in some geographical areas, in particular in and around Mogadishu, the fighting was at the time characterised by a climate of generalised violence which included the perpetration of acts of violence, slaughters, murders and mutilations targeted at civilians in these areas. The Court therefore considered that this situation must be seen as a situation of generalised violence resulting from a situation of internal armed conflict. Finally, the Court considered that the situation of generalised violence, due to its intensity in the applicant's region of origin, was sufficient to find that he currently faced, a serious, direct and individual threat to his life or person, without being able to avail himself of any protection.</p>	
<p>Subsidiary protection was granted regardless of any personal reason.</p>	
<p>The Council of State concluded that it follows from the <i>Elgafaji</i> judgment (C 465/07) that Article 15(c), read in conjunction with Article 2(e) of the Qualification Directive, is designed to provide protection in the exceptional situation where the degree of indiscriminate violence characterising the armed conflict reaches such a high level that substantial grounds are shown for believing that a civilian, if returned to the relevant country or, as the case may be, to the relevant region, would, solely on account of his presence on the territory of that country or region, face a real risk of being subject to the serious threat referred to. The Court of Justice in <i>Elgafaji</i> held that the interpretation of Article 15(c) of the Qualification Directive should be carried out independently. Nonetheless, it can be inferred from the decision in <i>Elgafaji</i> and the jurisprudence of the ECtHR regarding Article 3 of ECHR, that Article 15(c) of the Qualification Directive refers to a situation where Article 29 (1)(b) of the Aliens Act is also applicable.</p>	<p>(ECtHR) <i>NA v United Kingdom</i> (Application No 25904/07) (CJEU) <i>Elgafaji v Staatssecretaris van Justitie</i> C-465/07</p>
<p>Even when there is an armed conflict going on in a given country, subsidiary protection can only be granted if the prospective risk is not linked to a conventional reason.</p>	
<p>Claim was rejected both on Geneva Convention and subsidiary protection grounds.</p>	

Number	Key words	Case name/ reference	Country of decision	Language of decision	Court or Tribunal	Date of decision	Claimant's country of origin	Relevance of the decision
EASO131	Level of violence and individual risk	Federal Administrative Court, 21 April 2009, 10 C 11.08	Germany	German	Federal Administrative Court	21.4.09	Iraq	The application of assessing group persecution is comparable to the European Court of Justice's consideration of subsidiary protection under Article 15(c) QD (Elgafaji, 17 February 2009, C 465/07), linking the degree of danger for the population or parts of the population to the individual danger of an individual person.
EASO132	Existence of indiscriminate violence, assessment of past circumstances	CNDA 3 avril 2009 M. GEBRIEL n° 630773	France	French	CNDA (National Asylum Court)	3.4.09	Sudan	The Court found that, at the date of its ruling, the area of North Darfour was plagued by indiscriminate violence but did not specify the level of this violence.
EASO133	Existence of indiscriminate violence, internal flight alternative (IFA)	CNDA 1er avril 2009 Mlle Thiruchelvam n° 617794	France	French	CNDA (National Asylum Court)	1.4.09	Sri Lanka	The Court found that, at the date of its ruling, the eastern and northern parts of Sri Lanka were plagued by indiscriminate violence but did not specify the level of this violence. CNDA nevertheless rejected appellant's claim on the ground of internal flight alternative in Colombo where she has been living since 2000.
EASO134	Actor of persecution or serious harm, inhuman or degrading treatment or punishment, internal armed conflict, subsidiary protection, membership of a particular social group	24. K. 33.913/2008/9	Hungary	Hungarian	Metropolitan Court of Budapest	16.3.09	Iraq	The Court granted the applicant subsidiary protection status on the grounds that he would be at risk of serious harm on return to his home country (indiscriminate violence).
EASO135	Individual risk	Supreme Administrative Court, 13 March 2009, H.A.Š. v Ministry of Interior n.5 Azs 28/2008-68	Czech Republic	Czech	The Supreme Administrative Court	13.3.09	Iraq	The case concerned an application for international protection by an Iraqi national. The application was dismissed on the grounds of a failure to establish that his life or person was threatened by reason of indiscriminate violence. The applicant failed to demonstrate individual risk.

The main points of the decision's reasoning (if possible)	References to jurisprudence of European or national courts
<p>The assumption of group persecution, meaning persecution of every single member of the group, requires a certain 'density of persecution', justifying a legal presumption of persecution of every group member. These principles, initially developed in the context of direct and indirect State persecution, are also applicable in the context of private persecution by non-State actors under Article 60(1) sentence (4)(c) of the Residence Act (in compliance with Article 6(c) of the Qualification Directive), which now governs explicitly private persecution by non-State actors. Under the Qualification Directive, the principles developed in German asylum law in the context of group persecution are still applicable. The concept of group persecution is by its very nature a facilitated standard of proof and in this respect compatible with basic principles of the 1951 Refugee Convention and the Qualification Directive. Article 9.1 of the Qualification Directive defines the relevant acts of persecution, whereas Article 10 of the Qualification Directive defines the 'characteristics relevant to asylum' as 'reasons for persecution'. The Court found that in order to establish the existence of group persecution it is necessary to at least approximately determine the number of acts of persecution and to link them to the whole group of persons affected by that persecution. Acts of persecution not related to the characteristics relevant to asylum (reasons for persecution) are not to be included.</p>	<p>(CJEU) <i>Elgafaji v Staatssecretaris van Justitie</i> C-465/07 (Germany) Federal Administrative Court, 18 July 2006, 1 C 15.05 Federal Administrative Court, 1 February 2007, 1 C 24.06</p>
<p>Subsidiary protection was granted to the appellant on consideration of his reasons of fleeing from his native region, directly rooted in murderous attacks by the Janjawid militia.</p>	
<p>Claim was rejected both on Geneva Convention and subsidiary protection grounds. One of the few examples of IFA cases registered in French jurisprudence.</p>	
<p>The Court rejected the applicant's request for refugee status as the persecution he was subject to was in no way related to the reasons outlined in the Geneva Convention, in particular, membership of a particular social group. The applicant's kidnapping was the consequence of the general situation in the country. The Court examined Article 15(b) and (c) of the Qualification Directive. In this context the Court relied significantly on the judgment reached by the European Court of Justice on 17 February 2009 in Case C-465/07. Article 15(b) of the Qualification Directive assumes facts relating to the personal situation of the applicant, which did not apply in the applicant's case. The subsidiary protection status contained in Section 61(c) of the Asylum Act and in Article 15(c) of the Qualification Directive is more general, and connected rather to the situation in the country than personally to the applicant. The Court lists the conditions for subsidiary protection status in accordance with paragraph (c). In the applicant's case, the violations of law affecting him are consequences of the general risk of harm and indiscriminate internal armed conflict, while according to the country information reports, the violence not only affects the applicant's place of residence but also most of the country. In contrast to non-refoulement, the granting of subsidiary protection status is not based on the extreme nature of the prevailing situation, but on the fulfilment of statutory conditions for granting the status. The conditions differ for the two legal concepts. If the country information indicates without any doubt that the conditions for subsidiary protection apply, the applicant must be granted subsidiary protection.</p>	<p>(CJEU) <i>Elgafaji v Staatssecretaris van Justitie</i> C-465/07</p>
<p>The Supreme Administrative Court (SAC) interpreted the meaning of the phrase 'a risk of serious harm and individual threat to a civilian's life or person by reason of indiscriminate violence in situations of international or internal armed conflict'. The Court set out a three-stage test that must be satisfied in order to establish this type of 'serious harm'. All three elements of the test must be met for subsidiary protection to be granted in a situation of indiscriminate violence. According to the final decision of SAC, the applicant fulfilled two conditions. It was accepted that Iraq was in a situation of international or internal armed conflict and that the applicant was a civilian. However, according to the Court, the applicant's life or person was not threatened by reason of indiscriminate violence. The situation in Iraq could not be classified as a 'total conflict' where a civilian may solely on account of his presence on the territory of that country or region, face a real risk of being subjected to that threat. The applicant was not a member of a group that was at risk and therefore did not establish a sufficient level of individualisation.</p>	<p>(CJEU) <i>Elgafaji v Staatssecretaris van Justitie</i> C-465/07 (ICTY) <i>Prosecutor v Tadic</i> (IT-94-1-AR72) ICTY <i>Prosecutor v Kunarac and Others</i> (IT-96-23 and IT-96-23-1) ICTY</p>

Number	Key words	Case name/ reference	Country of decision	Language of decision	Court or Tribunal	Date of decision	Claimant's country of origin	Relevance of the decision
National Jurisprudence (pre-Elgafaji)								
EASO136	Indiscriminate violence and serious threat	AM & AM (armed conflict: risk categories) Somalia CG [2008] UKAIT 00091	United Kingdom	English	Asylum and Immigration Tribunal	27.1.09	Somalia	The historic validity of the country guidance given in HH and Others (Mogadishu: armed conflict: risk) [2008] UKAIT 22 was confirmed but it was superseded to extent that there was an internal armed conflict within the meaning of Article 15(c) QD throughout central and southern Somalia, not just in and around Mogadishu. The conflict in Mogadishu amounted to indiscriminate violence of such severity as to place the majority of the population at risk of a consistent pattern of indiscriminate violence. Those not from Mogadishu were not generally able to show a real risk of serious harm simply on the basis that they were a civilian or even a civilian internally displaced person, albeit much depended on the background evidence relating to their home area at the date of decision or hearing. Whether those from Mogadishu (or any other part of central and southern Somalia) were able to relocate internally depended on the evidence as to the general circumstances in the relevant area and the personal circumstances of the applicant.
EASO137	Conflict and internal protection	High Administrative Court Hessen, 11 December 2008, 8 A 611/08.A	Germany	German	High Administrative Court Hessen	11.12.08	Afghanistan	The situation in Paktia province in Afghanistan meets the requirements of an internal armed conflict in terms of Section 60(7)(2) Residence Act/Article 15(c) QD. An internal armed conflict does not necessarily have to affect the whole of the country of origin. The concept of internal protection does not apply if the applicant cannot reasonably be expected to reside in another part of the country because of an illness, even if that illness is not life-threatening (epilepsy in the case at hand).

The main points of the decision's reasoning (if possible)	References to jurisprudence of European or national courts
<p>A person might have succeeded in a claim to protection based on poor socio-economic or dire humanitarian living conditions under the Refugee Convention or Article 15 of the Qualification Directive or Article 3, although to succeed on this basis alone the circumstances would have to be extremely unusual. In the context of Article 15(c) the serious and individual threat involved did not have to be a direct effect of the indiscriminate violence; it was sufficient if the latter was an operative cause. Assessment of the extent to which internally displaced persons faced greater or lesser hardships, at least outside Mogadishu, varied significantly depending on a number of factors. Note: This case was considered in HH (Somalia) & Ors v Secretary of State for the Home Department [2010] EWCA Civ 426. The appeal of one of the Claimants was allowed on the ground that where the point of return and any route to the safe haven were known or ascertainable, these formed part of the material immigration decision and so were appealable.</p>	<p>Many cases cited, significant cases include: Elgafaji v Staatssecretaris van Justitie (C-465/07) [2009] 1 WLR 2100 HH and others (Mogadishu: armed conflict: risk) Somalia CG [2008] UKAIT 00022 KH (Article 15(c) Qualification Directive) Iraq CG [2008] UKAIT 00023 HS (returned asylum seekers) Zimbabwe CG [2007] UKAIT 00094 NA v UK Application No 25904/07 AG (Somalia) [2006] EWCA Civ 1342 M and Others (Lone women: Ashraf) Somalia CG [2005] UKIAT 00076 R (On the appellant of Adam v Secretary of State for the Home Department [2005] UKHL 66 Yassin Abdullah Kadi, Al Barakaat International Foundation v Council of the European Union and Commission of the European Communities, joined cases C-402/05 C-402/05 P and C-415/05 R (Sivakumar) v Secretary of State for the Home Department [2003] 1 WLR 840 Ullah [2004] UKHL 26 Prestige Properties v Scottish Provident Institution [2002] EWHC 330 Adan v Secretary of State for the Home Department [1999] 1 AC 293; [1998] 2 WLR 703 Shah and Islam [1999] 2 AC 629 Vilvarajah and Others v United Kingdom [1991] 14 EHRR 248</p>
<p>The term 'internal armed conflict' has to be interpreted in line with the case law of the Federal Administrative Court in the light of the Geneva Conventions of 1949 including their Additional Protocols. If a conflict is not typical of a civil war situation or of guerrilla warfare, especially as concerns the degree of organisation of the parties to the conflict, they must be marked by a certain degree of durability and intensity in order to establish protection from deportation under Article 15(c) of the Qualification Directive. However, the conflict does not necessarily have to affect the whole territory of the state. This is clearly evident from the fact that subsidiary protection is not granted if an internal protection alternative exists.</p> <p>The requirements for subsidiary protection are met for the applicant as an internal armed conflict takes place in his home province Paktia which takes the form of a civil war-like conflict and of guerrilla warfare with the Afghan government forces, ISAF and NATO units on one side and the Taliban on the other. This conflict results in risks for a high number of civilians, which would be concentrated in the applicant's person in a manner that he would face a serious and individual threat upon return which could take the form of punishment and/or forced recruitment. As a result of what happened to the applicant before he left Afghanistan, and in any case because he is a male Pashtun who could be recruited for armed service, there is a sufficient degree of individualisation of a risk of punishment and/or forced recruitment which might even make the granting of refugee status applicable. Therefore, it is not necessary to clarify in this decision other open questions in this context, which might have to be clarified by a European Court in any case. This includes the exact requirements of individualisation of risk which generally affect the civilian population. This would include a more concrete definition of the term 'indiscriminate violence', which is part of Article 15(c) of the Qualification Directive but has not been included in Section 60 (7) (2) of the Residence Act. It also has not been clarified whether it is necessary in the context of Article 15(c) of the Qualification Directive to identify a certain 'density of danger' (as in the concept of group persecution) or whether it is sufficient to establish a close connection in time and space to an armed conflict.</p> <p>The applicant cannot avail of internal protection in other parts of Afghanistan. This is because the issue of whether he can be reasonably expected to stay in another part of his country of origin does not only involve risks related to persecution. It must also be taken into account whether he could safeguard at least a minimum standard of means of existence (minimum subsistence level). As a result of the poor security and humanitarian situation this is not the case in Afghanistan in general, and Kabul in particular. In contrast to its former judgment (decision of 7 February 2008, 8 UE 1913/06) the Court is now convinced that Kabul does not provide an internal protection alternative even to young single male returnees, unless they are well educated, have assets or may rely on their families. In this context it has to be considered as questionable that the concept of internal protection is not applied only in cases of extreme risk such as starvation or severe malnutrition. Furthermore, the applicant is able to work in a limited way only due to his epilepsy and he would not be able to secure the necessary medication.</p>	<p>(Germany) Administrative Court Stuttgart, 21.05.2007, 4 K 2563/07 Federal Administrative Court, 7 February 2008, 10 C 33.07 Federal Administrative Court, 29 May 2008, 10 C 11.07 Federal Administrative Court, 24 June 2008, 10 C 43.07 High Administrative Court Hessen, 10 February 2005, 8 UE 280/02.A High Administrative Court Hessen, 26 June 2007, 8 UZ 452/06.A High Administrative Court Hessen, 7 February 2008, 8 UE 1913/06</p>

Number	Key words	Case name/ reference	Country of decision	Language of decision	Court or Tribunal	Date of decision	Claimant's country of origin	Relevance of the decision
EASO138	Individual risk	Administrative Court München, 10 December 2008, M 8 K 07.51028	Germany	German	Administrative Court München	10.12.08	Iraq	The risk of the applicant becoming a victim of an honour killing (or respectively a weaker, non-life threatening disciplinary measure by her clan) because of her moral conduct, disapproved by her clan, constitutes an increased individual risk. However, this risk is not the result of arbitrary violence, but constitutes a typical general risk.
EASO139	Internal protection	District Court Almelo, 28 November 2008, AWB 08/39512	Netherlands	Dutch	District Court Almelo	28.11.08	Colombia	The District Court held the stated lack of credibility in the first instance decision did not exclude the possible granting of asylum status on the grounds of Article 15(c) QD, since it has been established that the applicants are Colombian nationals. Regarding the respondent's claim that the applicants cannot be granted an asylum permit on the grounds of Article 15(c) QD, because there is a possibility of internal protection in Colombia, the District Court held that it follows from Article 8 para 1 QD that at a minimum the applicant must not run a real risk of serious harm in the relocation alternative.
EASO140	Conflict	Council for Alien Law Litigation, 23 October 2008, Nr. 17.522	Belgium	French	Council for Alien Law Litigation	23.10.08	Burundi	This case concerned the definition of an 'internal armed conflict.' Relying on international humanitarian law and in particular on the <i>Tadic</i> decision of the International Criminal Tribunal for the former Yugoslavia (ICTY), the Council defined an 'internal armed conflict' as continuous conflict between government authorities and organised armed groups, or between such groups within a State. The Council also found that a ceasefire did not necessarily mean that such a conflict had ended.

The main points of the decision's reasoning (if possible)	References to jurisprudence of European or national courts
<p>The Court cannot establish a nationwide specific individual threat to the applicant (only a general risk) despite her status as a possible returnee. A different assessment does not even follow from the new case law of the Federal Administrative Court, according to which the provision of Section 60(7)(3) of the Residence Act, (referring to protection from deportation by the suspension of deportation in case of general risks) has to be applied in line with the Qualification Directive, which means that the provision in German law does not include those cases in which, on the basis of an individual assessment, the conditions of granting subsidiary protection under Article 15(c) of the Qualification Directive are fulfilled (Federal Administrative Court, 24 June 2008, 10C 43.07). The distinguishing characteristics of 'substantial individual danger to life and limb' are equivalent to those of a 'serious and individual threat to life or person' within the meaning of Article 15(c) of the Qualification Directive. It must be examined whether the threat arising for a large number of civilians resulting from an armed conflict, and thus a general threat, is so aggregated in the person of the applicant as to represent a substantial individual danger within the meaning of Section 60(7)(2) of the Residence Act. Such individual circumstances that aggravate the danger may be caused by one's membership of a group. In this context in Iraq, lower courts' decisions have mentioned membership in one of the political parties, for example, or membership in the occupational group of journalists, professors, physicians and artists. The applicant is not at risk due to her membership to a particular group, which, at the same time, excludes the existence of risk aggravating circumstances for the same reason.</p> <p>Another condition for assuming an individually aggravated threat, taken from the statements of reasons for the Residence Act 1, is that the applicant must be threatened with danger as a consequence of 'indiscriminate violence'. General dangers of life, which are simply a consequence of armed conflicts, for example due to the deterioration of the supply situation, cannot be considered for the assessment of the density of risks.</p> <p>As far as the applicant claims she will be a victim of an honour killing (or respectively a weaker, non-life threatening disciplinary measure by her clan) because of her moral conduct, disapproved by her clan, she is in fact subject to an increased individual risk. However, this risk is not a result of arbitrary violence, but is a target-oriented, predictable danger, aimed directly at the applicant, which is an expression of a criminal attitude among some individuals of her culture of origin, that even in Germany is noticeable. Like in any society characterised by anarchic circumstances, this risk may intentionally affect everybody who does not submit to 'fist law'. This risk emerges and prospers in the absence of a functional constitutional order based on peace, providing for corresponding punishment and is, therefore, a typical general risk.</p>	<p>(Germany) Federal Administrative Court, 24 June 2008, 10 C 43.07</p>
<p>The district court can conclude from the decisions that, in the framework of the research performed with regards to the applicants' asylum stories, the respondent consulted the general country of origin report of the Dutch Minister of Foreign Affairs about Colombia (of September 2008) and has heard the applicants. However, taking into account the complex situation in Colombia – according to the aforementioned country of origin report, there is a dynamic conflict there – the district court deems this research to be insufficient in the present case.' In addition, the country of origin report of 2008 describes the situation as it was in 2006 and, therefore, does not describe the current situation. The District Court referred to the respondent's policy regarding internal protection (paragraph C4/2.2 Aliens Circular 2000) and stated:</p> <p>'(...) it can only be reasonably expected from the applicant that he stays in another part of the country of origin, if there is an area where the applicant is not in danger and the safety there is lasting. It must be considered unlikely that there is a part of Colombia where safety is lasting, since the country report of Colombia states that there is a dynamic conflict and taking account of the safety situation per region as described in paragraph 2.3.2.'</p>	
<p>The debate before the Council for Alien Law Litigation (CALL) mainly concerned the definition of 'internal armed conflict' and the factors that need to be considered in order to determine when such a conflict ceases. In order to define the concept of 'internal armed conflict', the CALL relied on international humanitarian law (as neither the Belgian Alien Law nor the travaux préparatoires of that law provide a definition), and in particular on the <i>Tadic</i> decision of the ICTY.</p> <p>Further relying on <i>Tadic</i>, the CALL ruled that 'international humanitarian law continues to apply until a peaceful settlement is achieved, whether or not actual combat takes place there.' For the CALL a ceasefire does not suffice, but it is required that the fighting parties give 'tangible and unambiguous signals of disarmament, bringing about a durable pacification of the territory'. Based on that definition the CALL decided that it was premature to conclude that the May 2008 ceasefire had ended the conflict in Burundi. The situation in Burundi was still to be considered as an internal armed conflict.</p> <p>The CALL further examined the other conditions that must be fulfilled: indiscriminate violence, serious threat to a civilian's life or person, and a causal link between the two. With regard to 'indiscriminate violence', the CALL referred to its earlier case law, in which it had defined the concept as: 'indiscriminate violence that subjects civilians to a real risk to their lives or person even if it is not established that they should fear persecution on the basis of their race, religion, nationality, their belonging to a particular social group, or their political opinions in the sense of Art 1(A)(2) of the 1951 Refugee Convention.'</p> <p>For the CALL it therefore needed to be established that there was, in a situation of armed conflict, 'endemic violence or systematic and generalised human rights violations'. In the case at hand the CALL found that those conditions were met.</p>	<p>(ICTY) Prosecutor v Tadic (IT-94-1-AR72) ICTY</p>

Number	Key words	Case name/ reference	Country of decision	Language of decision	Court or Tribunal	Date of decision	Claimant's country of origin	Relevance of the decision
EASO141	Conflict	High Administrative Court, 19 September 2008, 1 LB 17/08	Germany	German	High Administrative Court of Schleswig-Holstein	19.9.08	Iraq	The situation in Iraq was not characterised by an armed conflict within the meaning of Section 60(7)(2) Residence Act/Article 15(c) QD. In any case, there was no sufficient individual risk for returnees.
EASO142	Refugee vs Subsidiary protection	District Court Zwolle, 15 August 2008, AWB 09/26758	Netherlands	Dutch	District Court Zwolle	15.8.08	Afghanistan	This case confirmed that the Qualification Directive makes a clear distinction between refugees and those in need of subsidiary protection. Further, that Article 28 of the Asylum Procedures Directive, which considers unfounded applications, is not applicable to those who fall within the scope of Article 15(c) QD.
EASO143	Serious risk and conflict	High Administrative Court Rheinland-Pfalz, 12 August 2008, 6 A 10750/07.OVG	Germany	German	High Administrative Court Rheinland-Pfalz	12.8.08	Afghanistan	The security and humanitarian situation in Kabul did not meet the standards for a 'situation of extreme risk' (extreme Gefahrenlage) for a returnee who grew up in Kabul. Article 15(c) QD requires that a particular risk resulting from an armed conflict is substantiated.

The main points of the decision's reasoning (if possible)	References to jurisprudence of European or national courts
<p>Within the definition of Article 1 of the Second Additional Protocol to the Geneva 1949 Conventions an internal armed conflict only takes place if an opposing party to a civil war has control over a part of the state's territory. The Federal Administrative Court additionally included 'civil war-like conflicts and guerrilla warfare' in the definition of an armed conflict in the meaning of Article 15(c) of the Qualification Directive, if they are marked by a certain degree of 'intensity and durability'.</p> <p>It was held that in Iraq, the high degree of organisation, which the Second Additional Protocol requires, was not met since a high number of very disparate actors are involved in the conflict, pursuing different goals and mostly acting in a part of the state's territory only. Even if one assumes that the situation in Iraq could be characterised as a civil war or a civil war-like situation, it still is a necessary requirement for the granting of protection from deportation that the applicant is affected individually. However, there is no evidence for the assumption that the applicant is specifically threatened by one of the parties to the conflict in Iraq. For example, there is no indication that she has adopted a 'western' lifestyle. This is not likely in the light of the comparably short duration of her stay in Germany. Neither are there any indications that the claimant will be specifically threatened by criminal acts. Such a threat would not be significantly different from 'general risks' which normally must not be taken into account within an examination of Section 60(7)(2) Residence Act/Article 15(c) of the Qualification Directive. The situation in Iraq at the moment does not present a risk for every returnee, especially since the conflict seems to become less intensive.</p> <p>The applicant is not at risk of 'arbitrary'/indiscriminate violence, even if an interpretation of this term is based on the English version of the Directive as 'indiscriminate', 'disproportionate', 'violating humanitarian law', or on the French version as 'random'. And even if she would face a risk at her place of origin, she, being a Kurdish woman, would be able to evade this risk by moving to the Kurdish Autonomous Region.</p>	<p>(Germany) Federal Administrative Court, 15 May 2007, 1 B 217.06 Federal Administrative Court, 7 February 2008, 10 C 23.07 Federal Administrative Court, 27 March 2008, 10 B 130.07 Federal Administrative Court, 31 March 2008, 10 C 15.07 (Germany) > Federal Administrative Court, 8 April 2008, 10 B 150.07 Federal Administrative Court, 17 April 2008, 10 B 124.07 Federal Administrative Court, 24 June 2008, 10 C 43.07 High Administrative Court Baden-Württemberg, 8 August 2007, A 2 S 229/07 High Administrative Court Bayern, 23 November 2007, 19 C 07.2527 High Administrative Court Hessen, 9 November 2006, 3 UE 3238/03.A High Administrative Court Hessen, 26 June 2007, 8 UZ 452/06.A High Administrative Court Saarland, 12 March 2007, 3 Q 114/06 High Administrative Court Schleswig-Holstein, 20 February 2007, 1 LA 5/07 High Administrative Court Schleswig-Holstein, 28 May 2008, 1 LB 9/08</p>
<p>The District Court held that the invocation of Article 15(c) of the Qualification Directive in this stage of the proceedings is contrary to the principle of due process. The Court therefore did not take the invocation of Article 15(c) of the Qualification Directive into account.</p> <p>The Qualification Directive makes a clear distinction between refugees and those in need of subsidiary protection. Article 15(c) of the Qualification Directive is particularly written for those in need of subsidiary protection. The District Court does not agree with the applicant's argument that the Asylum Procedures Directive requires an assessment of whether Article 15(c) of the Qualification Directive is applicable. The Court held that the application of the applicant was rightfully rejected with reference to Article 4:6 of the General Administrative Law Act.</p>	<p>(ECtHR) NA v United Kingdom (Application No 25904/07) (CJEU) Elgafaji v Staatssecretaris van Justitie C-465/07</p>
<p>The High Administrative Court agreed with the authorities' submissions. Despite the desperate security and supply situation and that the applicant had no relatives in Kabul anymore and does not seem to be in contact with other people in Afghanistan, he would not face an extreme risk because of destitution. As a result of his school education, his vocational training as a cook, completed in Germany, and his local knowledge he would be able to make a living through employed or self-employed work. It assumed that he had savings from his time of employment in Germany and thus would be able to overcome the initial difficulties. Moreover, they found that the security situation in Afghanistan did not result in a situation of extreme risks for every single returnee to Kabul, particularly since the district, where the applicant had lived before, is not considered to be insecure (based on a UNHCR-report of 25 February 2008, 'Security situation in Afghanistan').</p> <p>The applicant is not eligible for subsidiary protection based on Article 15(c) of the Qualification Directive. Eligibility for subsidiary protection requires, among other things, that valid reasons are put forward for the assumption that, in case of return, there is a real risk to be subject to serious harm, for example a serious individual threat to one's life or physical integrity as a result of indiscriminate violence in situations of international or internal armed conflicts. Such an armed conflict does not necessarily have to take place nationwide. As a principle, a general risk is not sufficient for granting subsidiary protection under Article 15(c) of the Qualification Directive, which requires an individual risk, resulting from indiscriminate violence in situations of armed conflicts. Risks resulting from armed violence, which is used indiscriminately and is not being aimed at an individual person, however, typically have to be classified as general risks.</p> <p>General risks can only constitute a serious and individual threat if valid reasons in terms of Art 2 (e) of the Qualification Directive are being put forward for the assumption that in case of return, there is a real risk of being affected by this indiscriminate violence. Such reasons, however, have not been submitted. Putting aside the fact that the indiscriminate violence in situations of an armed conflict, as shown above, are not the focus of threat to the civilian population in Kabul, the applicant himself did not submit anything indicating a serious individual risk of becoming a victim of arbitrary (indiscriminate) violence within the armed conflict in his home country. The fact that he was hostile to the Taliban before he left Afghanistan does not allow for the conclusion that in case of his return his life or his physical integrity would be seriously and individually at risk as a result of indiscriminate use of force in the context of an armed conflict.</p>	<p>(Germany) Federal Administrative Court, 15 May 2007, 1 B 217.06 Federal Administrative Court, 24 June 2008, 10 C 42.07 High Administrative Court Baden-Württemberg, 8 August 2007, A 2 S 229/07 High Administrative Court Schleswig-Holstein, 22 December 2006, 1 LA 125/06</p>

Number	Key words	Case name/ reference	Country of decision	Language of decision	Court or Tribunal	Date of decision	Claimant's country of origin	Relevance of the decision
EASO144	Conflict	Federal Administrative Court, 24 June 2008, 10 C 43.07	Germany	German	Federal Administrative Court	24.6.08	Iraq	The Court found that when defining the term 'international or internal armed conflict' as set out in Article 15(c) QD one has to take into account international law, in particular the four Geneva Conventions on International Humanitarian Law of 12 August 1949 and the Additional Protocols of 8 June 1977. An internal armed conflict within the meaning of Article 15(c) QD does not necessarily have to extend to the whole territory of a state. An examination of the requirements for subsidiary protection under Article 15(c) QD is not precluded if the authorities have issued a general 'suspension of deportation'.
EASO145	Conflict	KH v. Secretary of State for the Home Department	United Kingdom	English	Asylum and Immigration Tribunal	25.3.08	Iraq	The Court found that the situation in Iraq as a whole was not such that merely being a civilian established that a person faced a 'serious and individual threat' to his or her 'life or person'.
EASO146	Conflict	HH and Others (Mogadishu: armed conflict: risk) [2008] UKAIT 22	United Kingdom	English	Asylum and Immigration Tribunal	28.1.08	Somalia	Applying the definitions drawn from the <i>Tadic</i> jurisdictional judgment, for the purposes of paragraph 339C of the Immigration Rules and the Qualification Directive, on the evidence, an internal armed conflict existed in Mogadishu. The zone of conflict was confined to the city and international humanitarian law applied to the area controlled by the combatants, which comprised the city, its immediate environs and the TFG/Ethiopian supply base of Baidoa. A person was not at real risk of serious harm as defined in paragraph 339C by reason only of his or her presence in that zone or area. A member of a minority clan or group who had no identifiable home area where majority clan support could be found was in general at real risk of serious harm of being targeted by criminal elements, both in any area of former residence and in the event (which was reasonably likely) of being displaced. That risk was directly attributable to the person's ethnicity and was a sufficient differential feature to engage Article 15(c) QD.
EASO147	Internal protection	District Court Assen, 17 January 2008, AWB 07/35612	Netherlands	Dutch	District Court Assen	17.1.08	Sri Lanka	The applicant based his claim on both Article 3 of the ECHR and Article 15(c) QD. The Minister for Immigration and Asylum must, when making an assessment of whether the applicant is eligible for asylum where there is no internal protection alternative, take into consideration the general circumstances in that part of the country and the applicant's personal circumstances at the time of the decision.

The main points of the decision's reasoning (if possible)	References to jurisprudence of European or national courts
<p>Excerpt: Article 15(c) of the Qualification Directive had been implemented in German law as a "prohibition of deportation" under Section 60(7) Sentence 2 of the Residence Act. In spite of slightly divergent wording, the German provision conformed to the standards of Article 15(c) of the Qualification Directive. Concerning the situation in Iraq, the High Administrative Court had found that these standards were not fulfilled as there was no countrywide armed conflict taking place in Iraq. In doing so, the High Administrative Court had set the standards for the definition of an armed conflict too high.</p> <p>When defining the term 'international or internal armed conflict' one has to take into account international law, i.e. first and foremost the four Geneva Conventions on International Humanitarian Law of 12 August 1949. Furthermore, for the term "internal armed conflict" there is a more specific definition in Article 1 of the Second Additional Protocol of 8 June 1977. According to Article 1.1 of the Second Additional Protocol an internal armed conflict within the meaning of international law takes place if "dissident armed forces or other organised groups [...], under responsible command, exercise such control over a part of its territory as to enable them to carry out sustained and concerted military operations and to implement this Protocol." In contrast, Article 1.2 of the Second Additional Protocol excludes "situations of internal disturbances and tensions, such as riots, isolated and sporadic acts of violence and other acts of a similar nature" from the definition of an armed conflict.</p> <p>Internal crises which fall in between these two definitions must not be excluded out of hand from fulfilling the standards of Article 15(c) of the Qualification Directive. However, the conflict has to be marked by a certain degree of intensity and duration. Typical examples are civil wars and rebel warfare. It is not necessary here to come to a definite conclusion whether the parties to the conflict have to be as organised as the Geneva Conventions of 1949 stipulate. In any case, a definition based on the criteria of international law has its limits if it contradicts the purpose of providing protection under Article 15(c) of the Qualification Directive. On the other hand, this does not imply that a "low intensity war" satisfies the criteria for an internal armed conflict within the meaning of Article 15(c) of the Qualification Directive.</p> <p>The High Administrative Court was not justified in assuming that the existence of a countrywide conflict is a precondition for the granting of protection under Article 15(c) of the Qualification Directive. In contrast, an internal armed conflict may also take place, if its requirements only exist in a part of a state's territory. Accordingly, the law assumed that an internal protection alternative may be relevant for the determination of a prohibition of deportation under Section 60 (7) Sentence 2 of the Residence Act. This makes clear that an internal armed conflict does not need to take place in the whole territory of a country. Furthermore, Article 1 of the Second Additional Protocol also states that armed groups have to carry out their activities in "part of [the] territory".</p> <p>In addition, the High Administrative Court had argued that subsidiary protection in accordance with the Qualification Directive could not be granted since the Bavarian Ministry of Interior had generally suspended deportations of Iraqi citizens from 2003 onwards. According to the High Administrative Court the Ministry of Interior's directives offer "comparable protection against the general risks connected with an armed conflict" and therefore an examination of the preconditions of subsidiary protection was excluded under Section 60 (7) Sentence 3 of the Residence Act. (...)</p>	<p>(ICTY) Prosecutor v Haradinaj et al. (No IT-04-84-T) Prosecutor v Tadic (IT-94-1-AR72) ICTY (UK) KH (Article 15(c) Qualification Directive) Iraq CG [2008] UKIAT 00023 (Germany) High Administrative Court Schleswig-Holstein, 21 November 2007, 2 LB 38/07</p>
<p>In Court's view the fact that the appellant made no mention of any past difficulties faced by his family (apart from those at the hands of insurgents, which were found not credible) was a very relevant consideration in assessing the appellant's situation on the assumption he will go back to his family in Kirkuk. The Court rejected the view that for civilians in Kirkuk such insecurity was in general sufficient to establish the requisite risk under Article 15(c).</p>	
<p>In deciding whether an international or internal armed conflict existed for the purposes of the Qualification Directive, the Tribunal paid particular regard to the definitions in the judgments of international tribunals concerned with international humanitarian law (such as the <i>Tadic</i> jurisdictional judgment). Those definitions were necessarily imprecise and the identification of a relevant armed conflict was predominantly a question of fact. It was in general very difficult for a person to succeed in a claim to humanitarian protection solely by reference to paragraph 339C(iv) of the Immigration Rules and Article 15(c) of the Directive, i.e. without showing a real risk of ECHR Article 2 or Article 3 harm.</p>	<p>Many cases cited, significant include: Salah Sheekh v Netherlands [2007] ECHR 36 AG (Somalia) and Others v Secretary of State for the Home Department [2006] EWCA Civ 1342 AA (Involuntary returns to Zimbabwe) Zimbabwe [2005] UKAIT 00144 NM and Others (Lone women-Ashraf) Somalia CG [2005] UKIAT 00076 FK (Shekal Ghandershe) Somalia CG [2004] UKIAT 00127 Adan v Secretary of State for the Home Department [1997] 1 WLR 1107 HLR v France [1997] 26 EHRR 29 Vilvarajah and Others v United Kingdom [1991] 14 EHRR 248</p>
<p>The District Court considered that Tamils are a risk group that requires extra attention. Regarding the respondent's claim that there is possible internal protection in Colombo, the District Court stated: "The district court deems the referral, in this context, to the letter of the Secretary of State of the 12th July 2007, in which it is stated that there is internal protection regarding the generally unsafe situation in the north and east, insufficient. In this context the district court refers to Chapter C4/2.2.2 of the Aliens Circular 2000 states that in assessing whether a part of the country of origin can be seen as an internal protection alternative, account must be taken of the general circumstances in that part of the country and the applicant's personal circumstances at the time of the decision. The district court cannot infer from the appealed decision that the respondent has taken the aforementioned policy into consideration. Although the applicant stayed in Colombo for 10 days in October/ November 2006 and the authorities knew about this, the district court, in this context, deems the fact that the applicant did not report to the authorities before his departure in August 2007 and only stayed with the travel agent due to the worsened situation in his country of origin at that time, of importance."</p>	

Number	Key words	Case name/ reference	Country of decision	Language of decision	Court or Tribunal	Date of decision	Claimant's country of origin	Relevance of the decision
EASO148	Civilian	4460	Belgium	Dutch	Council of Alien Law Litigation (Raad voor Vreemdelingenbetwistingen) - adopted by a single judge	4.12.07	Iraq	The benefit of the doubt granted to the applicant who cannot prove that he/she is a civilian is submitted to the condition that the applicant collaborated with asylum authorities.
EASO149	Conflict	3391	Belgium	French	Council of Alien Law Litigation (Conseil du contentieux des étrangers) - adopted by a special seat of three judges	31.10.07	Ivory Coast	Defines the term 'armed conflict' by reference to international humanitarian law. There is no armed conflict in Ivory Coast because, first, there are no 'continuous and concerted military actions' opposing governmental and rebel forces and, second, there is no indiscriminate violence.
EASO150	Civilian	Council for Alien Litigation, 17 August 2007, Nr. 1.244	Belgium	Dutch	Council of Alien Law Litigation (Raad voor Vreemdelingenbetwistingen)	17.8.07	Iraq	The Council of Alien Law Litigation ruled that for the recognition of subsidiary protection status (serious threat to a civilian's life or person by reason of indiscriminate violence in situations of international or internal armed conflict), where doubt exists as to whether a person is a civilian or not, that person shall be considered to be a civilian.
EASO151	Conflict	AJDCoS, 20 July 2007, 200608939/1	Netherlands	Dutch	Administrative Jurisdiction Division of the Council of State	20.7.07	Kosovo	The question as to whether or not an armed conflict existed has to be answered according to humanitarian law (common Article 3 of the Geneva Convention and the second additional protocol).
EASO152	Internal protection	High Administrative Court Baden-Württemberg, 25 October 2006, A 3 S 46/06	Germany	German	High Administrative Court Baden-Württemberg	25/10/2006	Russia (Chechnya)	The Court, in favour of the applicants, assumed that the applicants had been subject to such persecution in the form of regional group persecution before they left Chechnya. However, the Court concluded that they were not eligible for refugee protection, since they could live safely in other parts of Russia.

The present collection of jurisprudence has been compiled by EASO with the assistance of the EDAL Database team, the UK Upper views of EASO.

The main points of the decision's reasoning (if possible)	References to jurisprudence of European or national courts
<p>Note: See also, more recently and adopting the same conclusion: Council of Alien Law Litigation (single judge), case 47380 of 24 August 2010.</p>	
<p>Note: See also, considering that the 'armed conflict' must be defined by reference to IHL: Council of Alien Law Litigation (three judges), case 1968 of 26 September 2007</p>	
<p>Referring to the applicable provision (Article 48/4, §2, c, Belgian Alien Law), the Council of Alien Law Litigation (CALL) noted that the concept of 'civilian' was not defined in Belgian Alien Law, nor in the preparatory works of Parliament. By analogy with Article 50 of the first additional Protocol of 8 June 1977 to the Geneva Conventions of 12 August 1949 relating to the Protection of Victims of International Armed Conflicts, the CALL found that it should therefore be accepted that in case of doubt as to whether a person is a civilian, that person shall be considered to be a civilian. In its decision the CALL also analysed the concept of 'internal armed conflict' and found that the definition as provided in Article 1 of the Second Protocol to the Geneva Conventions should be relied on (there is no clear definition of this concept in the Belgian Alien Law or in the preparatory works of Parliament). The CALL then determined that the situation in central Iraq could be considered an internal armed conflict.</p>	
<p>The applicants were Roma from Kosovo. They argued that they were entitled to subsidiary protection under Article 15(c) of the Qualification Directive. They argued that the position of Roma in Kosovo was particularly difficult and met the serious harm threshold. In dispute was whether or not an internal armed conflict existed. The Council of State held that the concept of 'internal armed conflict' is not defined in the Qualification Directive and so they applied international humanitarian law and found that such a conflict exists when: an organised armed group with a command responsibility is able to conduct military operations on the territory of a state (or a part thereof) against the armed forces of the state authorities. These military operations must be protracted and connected. It was further held that less serious forms of violence, such as internal disturbances and riots or acts cannot lead to the conclusion that such a conflict existed.</p>	
<p>The Court assumed that the applicants had been subject to such persecution in the form of regional group persecution before they left Chechnya but concluded that they are not eligible for refugee protection, since they could live safely in other parts of Russia.</p> <p>According to the Federal Administrative Court, persons who are able to work, can make their living at a place of refuge, at least after overcoming initial problems, if they can achieve what they need for survival by their own income, even if the work is less attractive and falls short of their education, or by support from other people.</p> <p>Based on these principles, the applicants can be reasonably expected to take up residence in another part of the Russian Federation, where they are protected against persecution and can secure a decent minimum standard of living.</p> <p>The applicant will successfully obtain accommodation in the male dominated Chechen diaspora and find for himself employment, which will enable him to secure a decent standard of living for himself and his family. It is immaterial in the present case, if he will get his own registration, which is rather improbable without a valid internal passport, and if it would be reasonable for him to return to Chechnya first, in order to obtain a new internal passport.</p>	<p>(CJEU) Ratti, 5 April 1979, Case 148/78 (Germany) Federal Administrative Court, 17 May 2005, 1 B 100/05 Federal Administrative Court, 31 August 2006, 1 B 96/06 High Administrative Court Sachsen-Anhalt, 31 March 2006, 2 L 40/06</p>

er Tribunal, Louvain University and the CNDA. The summaries are provided for reference and do not necessarily reflect the official

WO ERHALTE ICH EU-VERÖFFENTLICHUNGEN?

Kostenlose Veröffentlichungen:

- Einzelexemplar:
über EU Bookshop (<http://bookshop.europa.eu>);
- mehrere Exemplare/Poster/Karten:
bei den Vertretungen der Europäischen Union (http://ec.europa.eu/represent_de.htm),
bei den Delegationen in Ländern außerhalb der Europäischen Union
(http://eeas.europa.eu/delegations/index_de.htm),
über den Dienst Europe Direct (http://europa.eu/europedirect/index_de.htm)
oder unter der gebührenfreien Rufnummer 00 800 6 7 8 9 10 11 (*).

(*) Sie erhalten die bereitgestellten Informationen kostenlos, und in den meisten Fällen entstehen auch keine Gesprächsgebühren (außer bei bestimmten Telefonanbietern sowie für Gespräche aus Telefonzellen oder Hotels).

Kostenpflichtige Veröffentlichungen:

- über EU Bookshop (<http://bookshop.europa.eu>).

